

Kurt Schmid • Robert Streibel

Der Pogrom 1938



Judenverfolgung in Österreich und Deutschland

Picus

**Dokumentation
eines Symposiums der
Volkshochschule Brigittenau**

Picus Verlag Wien

Förderer des Symposiums:

Arbeiterkammer Wien, Bundesministeriums für Unterricht Kunst und Sport,
MA 13, Ronald Lauder Foundation (Vienna Fund), Österreichische Nationalbank,
Volkshochschule Floridsdorf, Verband Wiener Volksbildung

TREFF
PUNKT
VOLKS
HOCH
SCHULE



Wenn im Jahr 1 nach dem Gedenken eine Publikation über den Pogrom 1938 in Österreich erscheint, so soll dies als Aufforderung und Verpflichtung verstanden werden, daß die Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit keine Frage der Konjunktur von Gedenktagen und runden Jahreszahlen ist.

Die große Menge an Publikationen, die 1988 über die nationalsozialistische Herrschaft erschienen ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß es noch immer "weiße Flecken" der österreichischen Geschichte zwischen 1938 und 1945 gibt.

Gerade für den vorliegenden Themenbereich muß auf das fast völlige Fehlen von Dokumentationen über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung außerhalb Wiens hingewiesen werden. Die Herausgeber hoffen, daß Sie mit diesem Band zumindest das Bewußtsein über diese "weißen Flecken" wachgerufen haben - beziehungsweise wachhalten.

ISBN 3-85452-213-4
212 00 213-4

Copyright c 1990 by Picus Verlag Ges.m.b.H., Wien
2. Auflage 1990

Copyright der einzelnen Beiträge bei den Autoren.

Copyright des Beitrages von Ernst Piper: Piper Verlag, München

Alle Rechte vorbehalten

Redaktion und Layout: Robert Streibel

Umschlaggestaltung: Dorothea Locker, Wien, unter Verwendung
eines Fotos des Dokumentationsarchives des österreichischen
Widerstandes

Druck und Verarbeitung: RemaPrint, Wien

printed in Austria

ISBN 3-85452-213-4

Eingescannt mit OCR-Software [ABBYY Fine Reader](#)

Inhalt

Vorwort	7
Gerhard Botz «Judenhatz» und «Reichskristallnacht» im historischen Kontext: Pogrome in Österreich 1938 und in Osteuropa um 1900.	9
Elisabeth Klamper Der «Anschlusspogrom»	25
Günter Fellner Der Novemberpogrom in Westösterreich	34
Eduard Staudinger Die Pogromnacht vom 9./10. November 1938 in Graz	42
Robert Streibel «Und plötzlich waren sie alle weg...» Die Juden in Krems 1938	51
Ernst Piper Nationalsozialistische Kulturpolitik und ihre Profiteure am Beispiel Münchens	64
Kurt Pätzold Der deutsche Faschismus und die Juden	78
Brigitte Ungar-Klein Bei Freunden untergetaucht – U-Boot in Wien	87
Willy Stern Israelitische Kultusgemeinde – Ältestenrat der Juden in Wien 1938 – 1945	93
Jonny Moser Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien	96
Friederike Wilder-Okladek Die jüdische Bevölkerung Wiens nach dem Zweiten Weltkrieg	101
Peter Dusek Was bleibt vom Gedenken?	109
Erika Weinzierl Von der Macht der Zunge. Gedenken = Bedenken?	110
Ernst Steinbach Das Gedenkjahr in den Wiener Volkshochschulen	111
Hans Thalberg Über die politisch-moralische Sanierung des Landes	112
Die Widerlegung der Schönfärberei «Ihr werdet keinen grünen Rasen finden.»	113
Autorenverzeichnis	115

Vorwort

Wenn im Jahr 1 nach dem Gedenken eine Publikation über den Pogrom 1938 in Österreich erscheint, so soll dies als Aufforderung und Verpflichtung verstanden werden, dass die Auseinandersetzung mit der österreichischen Vergangenheit keine Frage der Konjunktur von Gedenktagen und runden Jahreszahlen ist.

Für die Volkshochschule Brigittenau war diese Beschäftigung, diese Thematisierung von für manche Österreicherinnen und Österreicher «unangenehmen Fragen» ein Teil des volksbildnerischen Auftrages und Programmes.

Um nur einige grössere Veranstaltungen der letzten Jahre herauszugreifen, sei auf die Filmreihe «Der gelbe Stern – ein Beitrag zur Wahrheitsfindung» im März 1987 hingewiesen. Das erschütterndste Erlebnis dieser Filmreihe war die Tatsache, dass Zuschauer im Saal Verwandte und Bekannte in den Dokumentarfilmen wiedererkennen mussten. Die Vergangenheit ist nicht tot. Die Erinnerungen sind noch lebendig.

Im November 1987 setzte die Volkshochschule Brigittenau diesen Schwerpunkt mit einer Filmreihe über «Minderheiten in Österreich» fort. Als Kooperation zwischen dem Institut für Zeitgeschichte Wien, dem Bildungszentrum Nürnberg und der Wiener Urania diskutierten im Februar 1988 Wissenschaftler aus der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und Österreich über das Thema «Denunziation, Kollaboration, Verführung».

Unmittelbar daran anschliessend startete die Filmreihe «Ein Volk, ein Reich, ein Führer – Der «Anschluss» und die Jahre 1938-1945». Neben diesen Filmreihen und Symposien konnten auch Akzente mit der Ausstellung «Die Rettung der bulgarischen Juden» und der österreichischen Erstaufführung des Filmes «Feldwebel Schmid – ein Brigittenauer im Widerstand» gesetzt werden.

Der vorliegende Band «Der Pogrom 1938. Judenverfolgung in Österreich und Deutschland»

basiert auf einem Symposium, das die Volkshochschule Brigittenau gemeinsam mit dem Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes im Herbst 1988 durchgeführt hat.

Als Organisatoren dieses Symposiums sei an dieser Stelle Dr. Wolfgang Neugebauer und Mag. Heinz Jankowsky gedankt. Ohne die Unterstützung der Arbeiterkammer Wien, des Verbandes Wiener Volksbildung, der MA 13, der Ronald Lauder Foundation (Vienna Fund), der Volkshochschule Floridsdorf und der Österreichischen Nationalbank wäre das Symposium und diese Publikation nicht möglich gewesen.

Die grosse Menge an Publikationen, die 1988 über die nationalsozialistische Herrschaft erschienen ist, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass es noch immer «weisse Flecken» der österreichischen Geschichte zwischen 1938 und 1945 gibt. Gerade für den vorliegenden Themenbereich muss auf das fast völlige Fehlen von Dokumentationen über das Schicksal der jüdischen Bevölkerung ausserhalb Wiens hingewiesen werden. Die Herausgeber hoffen, dass Sie mit diesem Band zumindest das Bewusstsein über diese «weissen Flecken» wachgerufen haben – beziehungsweise wachhalten.

Bei den Veranstaltungen zu diesem Thema zeigte sich jedoch auch, dass nicht nur die Erinnerungen an die Opfer noch frisch sind, denn nicht nur einmal stimmten Teilnehmer ein Lamento über die angebliche einseitige Sichtweise dieser Zeit an. «Ihr werdet keinen grünen Rasen finden», provozierte ein Mann während der Diskussion im Jänner 1989. Der beste Beweis für die Notwendigkeit, nicht aufzuhören, über diese Zeit des Faschismus in Österreich und dessen ideologische Reste zu reden.

Prof. Kurt Schmid
Mag. Robert Streibel

Gerhard Botz

«Judenhatz» und «Reichskristallnacht» im historischen Kontext: Pogrome in Österreich 1938 und in Osteuropa um 1900

Zur wissenschaftlich-gesellschaftlichen Ausgangssituation

Zwei «Ereignisse» und ein «Nicht-Ereignis» stecken meiner Meinung nach den äusseren gesellschaftlichen Rahmen dieser Vortragsveranstaltung ab:

- Im Aussenministerium war dem Vernehmen nach Anfang November 1988 eine Presseinformation (vor allem für das Ausland) vorbereitet worden, derzufolge die «Reichskristallnacht», abgesehen von Innsbruck (drei getötete Juden), in Österreich kein einziges Todesopfer gefordert habe. (Diese «Information» wurde schliesslich doch nur abgeschwächt formuliert.)

- Vermutlich gedankenlos hatten Mitarbeiter des Bundespressedienstes für 9. November 1988 eine Weinkost für internationale Pressevertreter angesetzt und auch auf verwunderte Anfragen hin nicht abgesagt, und zwar mit der Begründung, diese Veranstaltung sei ohnehin «dezent». (Sie wurde schliesslich im letzten Moment doch noch abgeblasen.)

- Die Republik Österreich veranstaltete zum 50. Jahrestag der «Reichskristallnacht» keine grosse, offizielle Gedenkveranstaltung, während hohe Staatsfunktionäre die Meinung zum Ausdruck brachten, Österreich habe ja damals nicht existiert und Österreicher seien an dem Pogrom nicht wesentlich beteiligt gewesen, zwar habe es damals in Österreich Antisemitismus gegeben, aber es müsse erst bewiesen werden, dass der Antisemitismus in der Zwischenkriegszeit und in der NS-Zeit in unserem Lande stärker als anderswo gewesen sei (1). Also die bekannte These: Österreich und die Österreicher waren Opfer des Nationalsozialismus!

Dass die beiden «Ereignisse» schliesslich nicht wie intendiert abliefen und das «Nicht-Ereignis» des politisch-historischen Gedenkens durch eine nicht unbeachtliche Zahl politisch-bildnerischer Aktivitäten ausgefüllt wurde, kann als Beweis dafür gelten, wie wichtig es im Österreich der späten 1980er Jahre immer noch ist, jede wissenschaftliche – und erst recht erwachsenenbildnerische – Erörterung der Judenverfolgung in unserem Lande 1938 bis 1945 in Relation zu setzen zu den wirklich grossen Tabus und den allesdurchdringenden politischen Mythen der Zweiten Republik: die NS-Judenverfolgung sei in Österreich nur auf Befehl deutscher Nazis und Staatsstellen erfolgt und ausschliesslich von (nicht-österreichischen) Gestapo- und SS-Männern durchgeführt worden; die nichtjüdische österreichische Bevölkerung habe weder davon profitiert noch sei sie gar emotionell-antijüdisch beteiligt gewesen;

nur einige Nazi-Bonzen und «Reichsdeutsche» hätten sich an den «Arisierungen» von Beamtenposten, Geschäften, Wohnungen, Luxusgegenständen etc. bereichert; die Photos von der Judenhatz im Frühjahr 1938 zeigten nur eine Minderheit «radikaler Nazis», nicht die hundertausenden Antinazis, die zuhause gewesen seien und geweint hätten über das Ende Österreichs. (Wenn dem so war, waren sie deswegen auch schon keine Antisemiten?) Im Übrigen seien schon im Frühjahr 1938 76.000 Österreicher von der Gestapo verhaftet worden, eine Zahl, die aufgrund der gegebenen Quellenlage ebenfalls eher als mythisch denn real zu gelten hat (2).

Dass die Demütigung, Bedrohung und Beraubung von Tausenden der fast 200.000 Juden, die überwiegend in der Hauptstadt des Landes konzentriert waren, kaum ohne eine mindestens ebensogrosse Menge von Menschen ablaufen konnten und unter den durch zahlreiche Photos dokumentierten «Hetzmeuten» (3) auf ein bis zwei Opfer mindestens die zehn- bis zwanzig- oder mehrfache Anzahl von Verfolgern kam, ist in Österreich bis heute nicht einmal denkbar, geschweige denn mitfühlend nachvollziehbar geworden; ein ebenso absolutes Tabu sind die in der Pogromnacht vorkommenden und für Linz in einem Fall aktenkundigen sexuellen Misshandlungen einer jüdischen Frau (4).

Es wäre falsch und ungerecht, ob dieser Defizite und Verzerrungen des österreichischen Geschichtsbildes über die NS-Vergangenheit zu behaupten, alle Österreicher seien Nationalsozialisten oder Antisemiten gewesen, es habe keinen Widerstand gegeben, der von so vielen bejubelte «Anschluss» sei nicht auch eine Okkupation gewesen, Befehle und Weisungen von oben, Terror und Gewalt hätten keine Rolle gespielt; die erwähnten Defizite und Verzerrungen seien durch vielfältige Bemühungen vor allem einiger jüngerer Historiker und Historikerinnen, Journalisten und Lehrer in den letzten Jahren nicht doch verringert oder partiell aufgehoben worden (5). Gerade deren Arbeiten haben zusammen mit den im Allgemeinen methodologisch und theoretisch anspruchsvolleren, neueren deutschen und angelsächsischen Forschungen zur «Reichskristallnacht» entscheidend dazu beigetragen, dass folgende Feststellungen wissenschaftlich doch nur mehr schwer zu erschüttern sein dürften:

– Es bestand während der entscheidenden Stunden der Auslösung und des Ablaufs des Novemberpogroms von 1938 in der Tat innerhalb der Polykratie der verschiedenen NS-Führer und Instanzen jene Uneinlichkeit, ja Widersprüchlichkeit, die auch sonst die

multizentrische Politik des Dritten Reichs kennzeichnet: die Initiative lag, mindestens mit Wissen Hitlers, bei Goebbels, der politischen Organisation und der SA, während Göring und vor allem Himmler mit seinen SS-Polizei-Apparaten der Entwicklung nachhinkten und sich eher bremsend bzw. systematisch vorgehend verhielten (6). Ebenso uneinheitlich war bekanntlich auch die Haltung der NS-Führung vor und während der «Anschluss»-Tage im März 1938 gewesen (7).

- Am Pogrom beteiligten sich im gesamten deutschen Reichsgebiet, allgemein gesprochen, «in nicht unerheblichem Masse» über die NSDAP hinausgehende Teile der Bevölkerung, wobei zweifelsohne eine beträchtliche regionale Unterschiedlichkeit festzustellen ist (8).

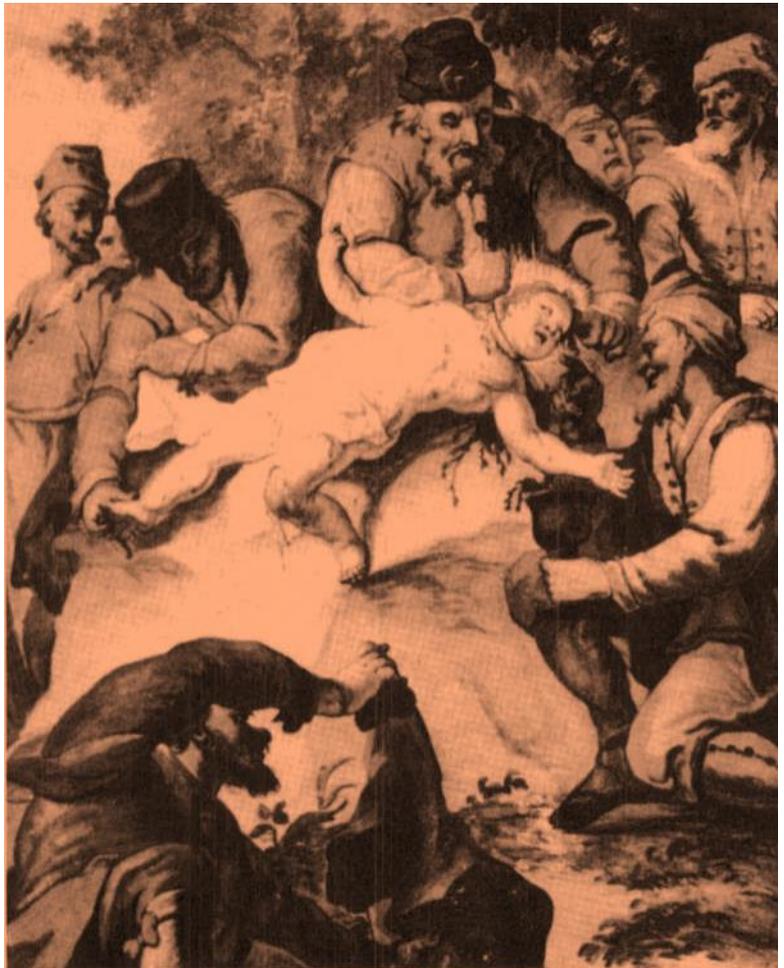
- In Österreich, vor allem aber in Wien, war der Pogrom besonders stark, was die Zahl der verletzten, getöteten und verhafteten Juden, die Intensität ihrer Verfolgung und die ökonomischen Konsequenzen anlangt; dies gilt vor allem auch im Vergleich mit dem «Altreich» insgesamt (9).

- Die ganz konkreten Motive wirtschaftlicher und sonstiger materieller Bereicherung und der Erlangung sozialer Vorteile sonstiger Art spielten insbesondere in Wien und wahrscheinlich überall dort, wo eine relativ zahlreiche und noch nicht vollkommen pauperisierte jüdische Minderheit vorhanden war, eine bedeutende Rolle (10); dies heisst allerdings nicht, dass andere Momente wie jene der kulturellen und religiösen «Prägung» und des Ausagierenlassens von sadistischen Tendenzen durch psychische Brechung und Demütigung von Juden (11) als Erklärungsmomente ignoriert werden sollten.

- Der Novemberpogrom selbst, aber auch die in Österreich schon seit März 1938 ablaufende «Entjudung» und überhaupt weite Strecken der Judenverfolgung im Dritten Reich dürften in ihren Details viel weniger (etwa von Hitler oder Himmler) bewusst geplant abgelaufen oder einfach die glatte Konsequenz antisemitischer Vorurteile und Handlungsorientierungen gewesen sein. Viel eher sind die Abfolge von antijüdischen Massnahmen und Ereignissen im «Dritten Reich» als gesamtgesellschaftlicher

Prozess zu begreifen, in dem von vornherein wohl die Zielrichtung – Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft (12) –, nicht aber die Zeitpunkte, Methoden und letzten Konsequenzen festgestanden sein dürften. Durch einen solchen Erklärungsansatz wird keineswegs in unzulässiger Weise jede Schuld auf «Hitler» und seine «Schergen» abgeschoben, die durch das Abgehen von einer singularisierenden Sicht erst ermöglichte vergleichende Betrachtungsweise bedeutet auch nicht unbedingt eine Verallgemeinerung der gesellschaftlich-historischen Verantwortung der Judenverfolgung und -Vernichtung im «Dritten Reich», sondern gerade ein solcher Ansatz kann auch die Einsicht in andere, gegenwartsnähere Vorgänge und Tendenzen erleichtern (13).

Nur innerhalb eines solchen Rahmen könnte, so meine ich, zusammen mit weiterer Detailforschung, ein echter Erkenntnisgewinn erwartet werden. Doch sollte uns damit klar sein, dass alle Versuche einer wissenschaftlichen Bearbeitung eigener belastender Vergangenheit mit der grundsätzlichen Frage konfrontiert



Gemälde vom angeblichen Kindesmord am Anderl von Rinn.
Aus: Hellmut Andics: Die Juden in Wien

sind, ob Angehörige von «Täter-Nationen» dabei (schon heute oder überhaupt) nüchtern-distanziert vorgehen können und sollen, ob wir etwa wie Ethnologen an die Beschreibung einer fremden Kultur von aussen oder Mittelalterhistoriker an das Erzählen zeitlich ferner Verhaltensweisen und Mentalitäten herangehen können. Muss nicht jede Typisierung und vergleichende Betrachtung der NS-Judenverfolgung unweigerlich den Eindruck von Verharmlosung und Verantwortungsabschiebung erwecken? Lässt die Ungeheuerlichkeit des Endpunktes des Prozesses der nationalsozialistischen Judenverfolgung überhaupt eine vergleichende Betrachtungsweise zu? Muss die Diskussion darüber nicht sofort in eine – nicht nur auf Seiten der sogenannten «Revisionisten» auftretende – Vereinfachung und Überspitzung der Positionen führen? (14)

Trotzdem, glaube ich, durch meine eigene wissenschaftliche Tätigkeit und meine politischen Stellungnahmen zu unserem Thema in ausreichendem Masse klargestellt zu haben, dass es hier nicht um eine solche Verantwortungsabwälzung oder -Verminderung geht. Auch scheint die österreichische Gesellschaft durch die Ereignisse der Jahre 1985 bis 1988 ausreichend sensibilisiert zu sein, dass der folgende Versuch einer vergleichend-typisierenden Einordnung der NS-Judenverfolgung in weitaus ältere Traditionen des Pogroms – würde es nicht zu neuerlichen Missverständnissen führen, könnte dies auch «Historisierung» genannt werden – nicht in die Gefahr geraten kann, hinsichtlich seiner weltanschaulichen Grundlagen falsch verstanden oder von Alt- bzw. Neonazis missbraucht zu werden. Eine solche vergleichende Sichtweise ist ja eigentlich schon in der nun gängig gewordenen Bezeichnung der Vorgänge um den 10. November 1938 als Pogrom impliziert, sie ist jedoch bisher nur selten eingehalten worden (15).

In der Folge geht es also darum, skizzenhaft darzustellen, was die häufigsten Merkmale, Voraussetzungen und Konsequenzen von Pogromen waren und inwiefern die antijüdischen Vorkommnisse im Frühjahr und November 1938 in Österreich einem historischen Typus «Pogrom» entsprechen. Allein aus der verglichenen Sichtweise können einige Rückschlüsse auf Ursachen und Triebkräfte dieser Ereignisse gewonnen werden, ohne dass hier schon eine umfassende Analyse versucht werden soll.

Der historische Typus des «Pogroms»

Der Begriff

«Pogrom» kommt aus dem Russischen und bedeutet ursprünglich «Zerstörung», «Aufbruch». Schon in dieser «wörtlichen» Bedeutung waren kollektive Angriffe eines Bevölkerungsteils auf einen anderen gemeint, die von massenhafter Zerstörung und Brandstiftung, von Plünderung, Mord und Vergewaltigung begleitet waren und worunter im zaristischen Russland vor allem Juden zu leiden hatten.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts, vor allem nach den nicht nur die Juden aufrüttelnden Pogrom-Ereignissen in der Ukraine im Jahre 1881 und ganz besonders nach dem Pogrom von Kischinew (1903), wurde diese Bezeichnung in alle westlichen Sprachen übernommen. Schon in der Tatsache, dass spezifische Ereignisse kollektiver Gewalt zu einem internationalen Begriff verdichtet wurden, spiegelt sich die hohe emotionale und politische Bedeutung wider, die diese Ereignisse für die Betroffenen, aber auch – in einem umgekehrten Sinn – für die Antisemiten weit über das zaristische Reich hinaus hatten.

In der Tat markiert dieser Begriffsbildungsvorgang nicht nur das Auftreten eines im 19. Jahrhundert bis dahin längst für überwunden gehaltenen politischen Phänomens, das sich dann in Wellen kulminierend rund alle 20 Jahre in Osteuropa und Ostmitteleuropa wiederholen und immer brutalere Formen annehmen sollte. (Auch die Pogrome im Umfeld des Zweiten Weltkrieges scheinen in dieses zeitliche Schema zu passen.) Diese Begriffsbildung markiert auch einen wesentlichen Wendepunkt des jüdischen Selbstverständnisses, das Ende des 19. Jahrhunderts in seinem Vertrauen in Aufklärung, Rationalismus und Assimilation in die jeweils nationalen bürgerlichen Gesellschaften schwer erschüttert wurde und bis dahin eine «Wiederkehr» von «Mittelaltererscheinungen», jedenfalls in Europa, für unmöglich gehalten hatte (16).

Zunächst wurde der Begriff tendenziell eher auf solche kollektiven Gewaltphänomene beschränkt, die sich gegen Juden richteten und in Osteuropa auftraten, während der Vergleich mit antiken (etwa Alexandria, 38 n.Chr.), mittelalterlichen («Wiener Geserah» 1421) und sonstigen neuzeitlichen Judenverfolgungen (antijüdische «Ausschreitungen» 1619 und 1642 in Wien) (17) meist nur implizit blieb. Wegen der zeitlichen und gesellschaftlichen Ferne muss allerdings eine solche Begriffsausweitung wohl immer problematisch bleiben und ihre Zulässigkeit wurde wohl auch nie ausreichend systematisch untersucht (18).

Erst in den letzten Jahren ist nun eine weitere Verallgemeinerung des Pogrom-Begriffs zu beobachten, zunächst in der Form, dass er, wie schon angedeutet, in der Geschichtswissenschaft mehr und mehr bei der Beschreibung der «Reichskristallnacht» herangezogen wird, sodann hinsichtlich der verstärkten Anwendung auch auf solche Gewaltereignisse, die sich auch gegen nichtjüdische ethnisch-kulturelle Minderheiten richteten. Gerade dadurch werden Parallelen der «klassischen» russischen und nationalsozialistischen Pogrome mit massenhafter Gewalt gegen armenische, griechische (19) und türkische Minderheiten schon um die Jahrhundertwende und im Ersten Weltkrieg sichtbar. In denselben Kontext können auch Ausbrüche von nationalistischem und religiösem Fanatismus in vielen Staaten Europas, im Mittleren Osten und in Nordafrika in den 30er und 40er Jahren und bis in die jüngste Vergangenheit gestellt werden. Zweifelsohne gehören

auch die jüngsten blutigen, pogromartigen Unruhen in der Sowjetunion hierher: Februar 1988 in Aserbeidschan (Sumgait) gegen Armenier, zuletzt der explizit von den Massenmedien so bezeichnete Pogrom in Usbekistan (Fergana, Kokand u.a.) an der Minderheit der Mescheten im Juni 1989.

Ganz allgemein kann man daher den heutigen Begriff von Pogrom, der sich vor allem auf das 19. und 20. Jahrhundert bezieht, folgendermassen umschreiben: Pogrom ist ein zeitlich und räumlich gehäuftes, mehr oder weniger spontanes bzw. organisiertes Auftreten von asymmetrischen manifesten Konflikten, begleitet von massenhafter Gewaltanwendung, materieller Beraubung und oft rituelle Formen annehmenden psychisch-sozialen Demütigungen gegen eine Minderheit, die als religiös, national, kulturell, und/oder sozial von einer Mehrheitsbevölkerung unterschieden, als «fremd» bzw. «feindlich» wahrgenommen wird, durch Teile dieser Mehrheitsbevölkerung; diese Handlungen verstossen eindeutig gegen die formellen Rechtsregeln und Gesetze, werden jedoch von den Pogromisten und der sie unterstützenden Bevölkerung durch Rückgriff auf ein vorgelagertes Rechtsempfinden oder widersprechende Normen legitimiert. Bei Pogromen nehmen staatliche bzw. sonstige obrigkeitliche Organe zunächst eine eher stimulierende, mindestens abwartende oder ambivalente, dann aber kontrollierende, die Exzesse eindämmende und die Zielrichtung des Pogroms reguliert weiterführende Rolle ein. Bestehen-

de, traditionell verankerte Feindbilder werden dabei von überregional (meist über religiöse Vorstellungen oder moderne Nationalismen) integrierten Gesellschaften aufgegriffen, aktualisiert und radikalisiert.

Historische Pogrome

Was diese Begriffsbestimmung bedeutet, lässt sich anhand konkreter Beschreibungen verdeutlichen. Schon der «erste» moderne Pogrom wurde von einer internationalen «zur Erforschung der Pogrome eingesetzten Kommission» mit sozialwissenschaftlichen Methoden untersucht. Die Beschreibung lässt den Typus des trotz aller vorhergehenden Pogrom-Agitation relativ spontanen Pogrom-Ereignisses deutlich hervortreten:

«1881 fanden vom April bis Juni in einer Reihe von grösseren und kleineren Städten vornehmlich des Südens und Südwestens Russlands (im übrigen Reich kam in diesem Jahr nur im Dezember in Warschau ein Pogrom vor) Pogrome statt, darunter in Elisabethgrad..., Kiew, Odessa, Smela und Nishin. An vielen Orten spielten Polizei und Militär lediglich die Rolle von Zuschauern. Die Pogrom-Bewegung stand in einem gewissen Zusammenhang mit der Ermor-

dung des Zaren Alexander II. durch Revolutionäre (1881). Um die Unzufriedenheit im Volk von der Regierung und dem morschen Regierungssystem abzulenken, versuchten nun die reaktionären Kreise und die reaktionäre Presse, im Volke die Meinung zu verbreiten, dass die schlechte Lage des Volkes eine Folge der Ausbeutung durch die Juden sei, die Regierung aber daran keine Schuld trage. Im Zusammenhang damit verbreitete sich im Volk die Version, Alexander II. sei von Juden ermordet worden, und es existiere ein Befehl des neuen Zaren, die Juden zu plündern, die Behörden aber, von den Juden bestochen,



Judenverbrennung im Mittelalter.
Aus: Hellmut Andics: Die Juden in Wien

hätten diesen Befehl verschwiegen. Bei vielen Pogromen, die damals stattfanden, war deutlich die Tätigkeit von Rädelsführern zu erkennen, die den Pöbel in diesem Sinne bearbeiteten und die Pogrome leiteten. Auch in verschiedenen Kreisen des gebildeten Teils der Bevölkerung wurden die Pogrome auf die Schuld der Juden zurückgeführt, da das Judentum in seinem Wesen der christlichen Zivilisation feindlich sei und das jüdische Volk die Weltherrschaft mittels des Geldes erstrebe. Andererseits sah auch ein Teil der Revolutionäre in den Pogromen ein willkommenes Zeichen der Volksgärung: Bei den späteren Pogromen, als ihr Wesen und Mechanismus aufgeklärt wurden, nahmen aber nicht nur die fortschrittlichen Elemente Russlands entschieden gegen die Pogrome Stellung, sondern auch ein grosser Teil der rechten Kreise. Obwohl die Regierung offiziell die Pogrome verurteilt und Alexander III. am 11.7.1881 einer von ihm empfangenen jüdischen Deputation erklärt hatte, die Pogrome seien das Werk von Anarchisten, ernannte der Minister des Innern Ignatiew in den Gouvernements des Ansiedlungsrayons Kommissionen zwecks Feststellung, 'welche Seiten der wirtschaftlichen Tätigkeit der Juden dem Leben der eingeborenen Bevölkerung schädlich seien, und was für gesetzgeberische

und administrative Massnahmen zu ihrer Abwehr ergriffen werden könnten' Die meisten dieser Kommissionen sprachen sich sehr ungünstig über die Juden aus, so z.B. die Kommission von Wilna. – 'Die Juden besitzen kein Vaterland, sie anerkennen nur die Macht des Kahal [Versammlung der jüdischen Gemeinde], sie bilden einen beweglichen Staat im Staate, gegen welchen sie ewigen, erbitterten wirtschaftlichen Kampf führen'. Auf Grund der Meinungsäusserungen dieser Kommissionen wurden schliesslich 'die provisorischen Regeln vom 3. Mai 1882' erlassen» (20), durch die den Juden verboten wurde, ausserhalb bestimmter Rayons in Städten zu wohnen, Grund und Boden in Landbezirken zu erwerben oder an Sonntagen und christlichen Feiertagen Handel zu treiben. Bis 1888 wurden in Russland insgesamt über 600 Ausnahmegesetze erlassen, die den Juden gravierende wirtschaftliche und soziale Behinderungen und rechtliche Einschränkungen auferlegten.

Stärker organisiert, jedoch durchaus demselben Muster folgend verlief auch der «klassische» Pogrom von Kischinew: «Im Jahre 1903 schien Kischinew, die Hauptstadt von Bessarabien und eine zu 45% jüdische Stadt, noch völlig ungestört durch politische Unruhen zu leben; aber der Besitzer der einzigen Lokalzeitung, Pawel Kruschewan, brachte in seinem Blatt und ebenso in dem, das er in Petersburg veröffentlichte, die ganze Skala der antisemitischen Gefühle in Wallung. (Er war auch der erste Herausgeber der Protokolle [der Weisen von Zion, 1905 (21)]. So wurde wohl auch der Mord an einem jungen Manne im Frühjahr 1903 durch ein in der Öffentlichkeit verbreitetes Gerücht den Juden zugeschrieben, und dies traf ebenso auf einige andere für verdächtig gehaltene Todesfälle quer durch die Ukraine zu.

Beim Herannahen von Ostern wurden Aufrufe zur Rache, die von einer 'Partei der echt christlichen Arbeiter' unterzeichnet waren, in den Schankwirtschaften von Kischinew verteilt. Die Juden als Mörder des Herrn wurden hier angeklagt, sie würden Blut von Christen trinken und die Bevölkerung 'gegen unseren Vater, den Zaren, aufhetzen, der wohl weiss, was für ein gemeines, boshafes und gieriges Volk die schmutzigen Juden sind, und der sich weigert, sie zu befreien.» Zu Ostern sollten alle, so die Aufforderungen in den Flugblättern, «im Namen unseres Heilands» und des «allerfrömmsten Väterchen Zar..... schreien 'Nieder mit den Jiden!' und munter ans Werk gehen gegen diese Krüppel, diese Blutsäufer, die auf das Blut der Russen gierig» seien.

Bezeichnenderweise wurde bereits an die 1881 entstandene Pogrom-Tradition angeknüpft, als gefordert wurde: «Erinnern wir uns an den Pogrom von Odessa, bei dem die Truppen dem Volke halfen. Sie werden dies auch jetzt tun; denn unser allerchristlichstes Heer ist noch nicht verjudet. Kommt uns zu Hilfe, stürzt euch auf die schmutzigen Jiden. Wir sind jetzt schon zahlreich.»

«Vor dem Feste wusste die ganze Stadt bestimmt und gewiss, dass irgendetwas Schwerwiegendes sich ereignen werde, aber die zivilen und militärischen Behörden hielten an einer offenkundig abgesprochenen Untätigkeit fest. Als am Ostersonntag (6. April) der Pogrom begann, wurde an den protokollarisch üblichen Feierlichkeiten und Besuchen nichts geändert: der Gouverneur blieb bei sich zu Hause, der Polizeichef verbrachte den Nachmittag beim Bischof und das Militärorchester spielte weiterhin sein Platzkonzert, während in seiner nächsten Nachbarschaft die Masse die Juden angriff und mit dem Anzünden ihrer Häuser begann. Das Heer wurde erst am Montag tätig, verhaftete einige hundert Pogromisten und stellte die Ruhe in einigen Minuten wieder her, ohne einen einzigen Schuss abgefeuert zu haben. Sowohl in Kischinew wie auch in Petersburg blieb der Bereich der genauen Verantwortlichkeit im Dunkeln.....

Was in Kischinew die Behörden nicht vorausgesehen zu haben schienen, war der Umfang des Pogroms, den dieser in einigen Stunden angenommen hatte. Am ersten Tag gab es zwei Tote; da aber die Untätigkeit der Behörden der Bevölkerung gegenüber bestätigt hatte, dass 'dies der Zar wolle', waren am zweiten Tag sieben- undvierzig Tote (darunter zwei Christen) zu verzeichnen. Die Zahl der Verwundeten stieg auf ein halbes Tausend an, und fast ein Drittel der Häuser der Stadt war zerstört oder beschädigt. Die Justizkommission, die den Auftrag hatte, die Bilanz des Pogroms zu ziehen, stellte fest: 'Überall in den Strassen sind die Trümmer von Möbeln, Splitter von Glas, Teile von Samowars und verbogenen Lampen zerstreut; in der gleichen Weise finden sich oft Kleidungs- und Wäschestücke, aufgeschlitze Matratzen und Daunenkissen. Die Strassen sind wie verschneit; denn sie sind von Daunenfedern bedeckt, ebenso wie die Bäume.» (22)

Gemahnen die Brutalität der äusseren Ereignisse und das Ausmass der – unter ökonomischen Gesichtspunkten sinnlosen – Zerstörungen, aber auch das Auftreten einer Aktivisten-Organisation, der sogenannten «Schwarzen Hundert», an die «Reichkristallnacht», so gibt es auch in den weiteren Folgen für die Juden eine gewisse Parallele mit dem «Dritten Reich»; schon im zaristischen Russland meinten die Behörden, die «Judenfrage» werde sich von selbst lösen, und zwar: «Ein Drittel der Juden wird auswandern, ein weiteres Drittel wird sich bekehren und das letzte Drittel wird umkommen.» (23)

In der Tat führten auch die russischen Pogrome von 1903 zu einer weiteren Steigerung der Dynamik der Judenverfolgung in den folgenden Jahren, die während der ersten revolutionären Erschütterung des zaristischen Reiches kulminierte; im Oktober 1905 ereigneten sich in etwa 725 Städten vor allem in Bessarabien, Ukraine und Weissrussland Pogrome, bei denen

insgesamt 810 Juden ermordet und 770 schwer verletzt wurden, zahlreiche Vergewaltigungen und Selbstmorde vorkamen (24). Neuerlich verschlechterte sich die rechtliche Lage der Juden in den folgenden Jahren, aber es kam zunächst nur mehr zu wenigen grossen Pogromen, doch die Propaganda gegen die Juden, in der sich ältere Formen – Ritualmordlegende, Blutsauger-Topos – mit «modernerer» west- und mitteleuropäischen, rassistischen Argumentationen vermischten, steigerte sich zu einer von antisemitischen Journalisten, Geheimdienstmännern und Geistlichen betriebenen Hetze, die im Kiewer Ritualmordprozess von 1912 ihren Höhepunkt erreichte und auf das antisemitische Klima Frankreichs und Österreichs, insbesondere Wiens (in den Spalten «Reichspost»), rückwirkte (25).

Noch ärger war 1917 bis 1921 die Pogromwelle im Gefolge der deutschen Besetzung weiter russischer Gebiete und während des Bürgerkriegs nach der Russischen Novemberrevolution, als vor allem im Herrschaftsbereich gegenrevolutionärer Armeen in weiten Teilen Weissrusslands und der Ukraine bei 1236 pogromartigen Ereignissen 31.000, möglicherweise sogar 60.000 Juden getötet wurden (26).

Die Auslösung von Pogromen gehörte auch zur Aufgabe der Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei, die 1941 in Gefolge der Wehrmacht nach dem Angriff auf die Sowjetunion nach Osten vorrückten. Vor allem in Litauen (5'000 Tote in Kaunas und anderen Städten) und Lettland (400 Tote in Riga) sowie in den polnisch-ukrainischen Mischgebieten Galiziens (vor allem in Lemberg, Tarnopol und Tschotkow) kam es im Juni und Juli 1941 zu blutigen Pogromen, die immer von der SS organisiert oder doch angestiftet waren. Diese Pogrome erlangten allerdings keinerlei Eigendynamik und beschränkten sich im Wesentlichen auf die Zeit unmittelbar nach Beginn der deutschen Besetzung und auf jene Gebiete, die erst im Hitler-Stalin-Pakt sowjetisch geworden waren, und wo die Kommunistenfurcht mit einem traditionellen Antisemitismus zusammenfiel. Die SS verfolgte damit nicht nur das Ziel, auf diese Weise diese Gebiete von Juden zu «säubern», sondern sie inszenierte die Pogrome vor allem, um für die eigenen weitaus weiterreichenden Vernichtungsmassnahmen ein Alibi zu schaffen. Von solchen «Selbstreinigungsaktionen» wurden von der SS sogar Filme und Photos angefertigt, um «für die spätere Zeit» die Unbarmherzigkeit des Vorgehens der Einheimischen gegen die Juden zu dokumentieren! (27)

Pogromtypologien und -theorien

Ganz allgemein lassen sich aus diesen wenigen hier angeführten Fällen vorläufig folgende Verallgemeinerungen über Typen, Ablaufformen und Ursachen von modernen Pogromen ziehen. Dabei stehen die letztgenannten. Beispiele eindeutig für den Typus des organisierten Pogroms, die russischen Pogrome von 1881, wahrscheinlich auch viele Einzelereignisse der

Pogromwellen von 1903/5 und 1917/21 für den Typus des eher spontanen Pogroms. Dementsprechend variieren auch die auf der Täterseite beteiligten Personengruppen.

Allgemein, so kann man vermuten, treten in Pogromen als «Akteure» auf:

- ein harter, meist organisierter und relativ kleiner Kern überwiegend junger Aktivisten, die den Grossteil der Gewalttaten und Zerstörungen vollbringen,
- diesen folgend eine grössere, vor allem aus unteren und mittleren sozialen Schichten sowie allen Altersgruppen bestehende Menge («Meute») von Pogromisten, die emotionell aufgestachelt auch gewalttätig an den Ausschreitungen teilnehmen, meist sich jedoch auf Plünderungen und Beraubungen beschränken,
- die grosse, scheinbar unbeteiligte Masse der Bevölkerung, die jedoch in ihrem Grossteil Zielrichtung und Feindbilder des Pogroms, nicht aber alle seine Formen billigt.
- Auf der Opferseite teils eine Minderheit, die soziokulturell als Feind stigmatisiert, dadurch gleichsam gelähmt und organisationsunfähig ist; sie besitzt – wenigstens in den Augen der Mehrheitsbevölkerung – ein Mehr an materiellen Gütern, wirtschaftlicher Macht und sozialen Positionen (meist im tertiären Wirtschaftssektor), das ihre Demütigung, Enteignung, Vertreibung bzw. Ermordung lohnenswert erscheinen lässt.
- Staatliche Organe und sonstige Herrschaftsapparate spielen anfangs nicht selten eine auslösende, antreibende oder wenigstens passiv abwartende Rolle, Pogrome jeder Art müssen jedoch früher oder später mit modernen Staatsapparaten in Konflikt geraten, stellen sie doch deren Monopol auf legitime Gewaltanwendung in Frage. Somit gehört zum Erscheinungsbild von Pogromen die ambivalente Haltung der Behörden den Trägern des Pogroms gegenüber. Sympathie diesen gegenüber wird schliesslich von Kontrollmassnahmen und von Versuchen zur Herstellung von «Ruhe und Ordnung» abgelöst. Die im weiteren Zusammenhang damit getroffenen «gesetzmässigen» Massnahmen sind nicht selten von noch schwereren Langfristfolgen für die verfolgte Minderheit begleitet als der spontane Pogrom selbst.

Häufig lässt sich in Pogromen eine typische Sequenz von fünf Phasen beobachten:

1. Latenzphase zunehmender psycho-sozialer und politischer Beunruhigung, minderheitenfeindliche Agitation und Diskriminierung sowie einzelne Gewalttaten, manchmal als «Vorpogrom» bezeichnet,
2. Ausbruchphase, in der sich der Pogrom auf organisierte Gruppen oder eine versammelte Menschenmasse beschränkt,
3. Höhepunkt des Pogroms, der sich räumlich ausdehnt, an dem nun eine grössere Menschenzahl aktiv teilnimmt und aus dem sich eine starke Eigendynamik entwickeln kann,
4. Eindämmungsphase, in der es zum Einschreiten der

Staatsorgane und der Obrigkeit gegen die Exzesse kommt, und

5. Nachwirkungen in Form wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Umschichtungen und Zerstörungen, einer Kette von gesetzgeberischen Akten und der einsetzenden rationalisierenden kollektiven Erinnerung oder Verdrängung und Mythenbildung, die in neuen Pogromen wieder aufgegriffen werden können (28).

Gemeinsam scheint den meisten Pogromen, vor allem wenn sie relativ spontan ausbrechen, zu sein:

- das Bestehen von kulturell verankerten, seit langem existierenden Feindbildern, die auf eine real vorhandene Menschengruppe projiziert und mit bestimmten politischen Symbolen und Ereignissen in Beziehung gebracht werden,

- eine akute politische Krise (oft Machtvakuum, Revolution, Krieg),

- die nicht selten einhergeht mit oder verschärft wird von einer wirtschaftlichen und sozialen strukturellen Krise und
- ein auslösendes Ereignis (politischer Mord, Mordanschuldigungen, Gerüchte, religiöse Feste, Ostern), wofür die Gruppe, gegen die sich der Pogrom richtet, verantwortlich gemacht wird.

Als Erklärungsmuster für Pogrome werden in der Geschichtsforschung häufig folgende mehr oder weniger ausgearbeitete bzw. stichhaltige theoretische Ansätze verwendet:

- eine Verschwörungs- oder Agententheorie, die den Pogrom auf geplante Propaganda und Agitation sowie überwiegend auf die Tätigkeit von «Drahtziehern»,

- ökonomische und soziale Konflikttheorien, die von wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ungleichheiten, deren Verschiebungen und von Konkurrenzsituationen als primären Pogromursachen ausgehen, -eine Theorie der «Überfremdung», die eine besondere Verschärfung der oben genannten Pogromursachen von Einwanderungsschüben und wachsendem «Bevölkerungsdruck» seitens einer Minderheit ableitet, und

- die Sündenbocktheorie, die eine Verschiebung der Aggression von einem «eigentlichen» Gegner auf einen religiös, gesellschaftlich oder politisch zulässigen oder wehrlosen Gegner annimmt.

Welche interpretatorische Einsichten lassen sich daraus für die nationalsozialistische Judenverfolgung im Frühjahr und November 1938 gewinnen?

«Umbruchpogrom» und Novemberpogrom im Vergleich

Anhand der zwei pogromartigen Ereignisse des Jahres 1938, das hier der Kürze halber so genannten «Umbruchpogroms» im Frühjahr 1938 und der «Reichskristallnacht», sei nun erörtert, inwieweit die hier entwickelte Pogrom-Typologie auch für das österreichische Gebiet, insbesondere für Wien, während der NS-Herrschaft zutrifft. Der Vergleich erfolgt nach den Dimensionen: allgemeine Charakteristik, Intensität (gemessen an Sach- und Personenschaden), aktive Pogromteilnehmer, Haltung der breiten Bevölkerung, Auslöser und Ursachen, Motive und kulturelle Muster sowie gesellschaftliche Folgen.

Allgemeine Charakteristik

Die beiden Verfolgungsereignisse weisen durchaus unterschiedliche Erscheinungsformen, jedoch auch beträchtliche Gemeinsamkeiten auf. Der «Umbruchpogrom» war langdauernd, erreichte seinen Höhepunkt schon in den ersten Tagen nach dem 11. März 1938 und dauerte, allmählich abklingend, in Wien bis etwa Mai oder Juni 1938, ohne dass er hier auch im Sommer 1938 ganz aufgehört hätte. Er war jedenfalls anfangs eher spontan, teilweise fast massenhaft und stark auf symbolische Aktionsformen gerichtet. Die Frühjahrsergebnisse 1938 waren eine auf die «Ostmark» beschränkte, regionale Erscheinung im nunmehrigen «Grossdeutschen Reich» und erfassten Wien besonders stark.

Der Novemberpogrom dagegen war bekanntlich ein «reichsweites» Phänomen, zog jedoch wiederum die Juden Wiens besonders schwer in Mitleidenschaft. Er dauerte nur wenige Tage, in Österreich allgemein vom



Die Vertreibung der Juden durch Leopold I im Jahre 1670
Aus: Hellmut Andics: Die Juden in Wien

einen Befehlsgeber oder eine kleine Aktivistengruppe zurückführt (29),

- Ethnozentrismus- oder Xenophobietheorien, die Pogrome auf das Bestehen wahrgenommener und überhöhter religiös-kultureller Differenzen und Feindbilder zurückführen,

9. bis 11. November, in Wien jedoch bis 15. November 1938. Er war hochorganisiert – Befehle und Weisungen ergingen von «reichsdeutschen» und österreichischen Partei- und Staatsstellen er war gewaltsamer als die Ereignisse im Frühjahr. Bis heute wissen wir nicht genau, wie viele Menschen sich wirklich aktiv in Österreich bzw. in Wien daran beteiligt haben; denn die von den staatlichen oder parteioffiziellen Stellen produzierten Akten weisen hierüber eine auffällige Leerstelle auf und anderen als offiziellen Quellen, seien es zeitgenössische Briefe, journalistische Berichte, Memoiren oder nachträgliche Erinnerungsinterviews, musste es im bereits etablierten Diktatorsystem an einem verlässlichen Überblick mangeln.

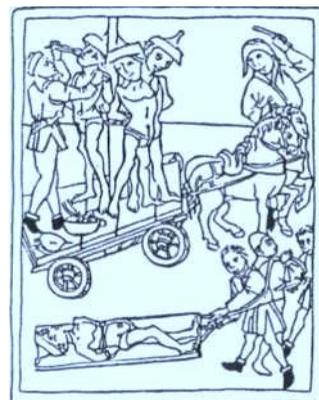
Intensität

Auf den Sachschaden des Novemberpogroms in Millioenhöhe braucht hier nicht näher eingegangen zu werden. Nicht nur 49 Synagogen und Bethäuser, nicht aber die Synagoge in der Wiener Seitenstättengasse, wurden zerstört und in vielen Fällen eingäschert, auch zahlreiche jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden geplündert und verwüstet. Damit im Zusammenhang wurden allein in Wien über 4'000 Geschäfte gesperrt und Tausende von Wohnungen «arisiert». Dagegen nimmt sich das Ausmass des unmittelbaren Sachschadens während des «Umbruchpogroms» vergleichsweise gering aus.

Im Zuge einer «Judenaktion» der Gestapo während des und unmittelbar nach dem Novemberpogrom wurden in ganz Österreich etwa 7800 Juden, davon rund 6550 in Wien, verhaftet und hievon 3700 bis 4600 in das KZ Dachau gebracht. In Linz hatten allerdings die Verhaftungen schon am 8. November, einen Tag nach dem Attentat Grynspans, eingesetzt. Über die Verhaftetenzahlen nach dem «Anschluss» (unter Einbeziehung der nichtjüdischen Österreicher) gibt es, wie schon erwähnt, äusserst unsichere Angaben; die von der neueren Widerstandsforschung mit 50.000 bis 76.000 angegebenen «Verhaftungen innerhalb der ersten sechs Wochen» sind nur als Vermutungen zu werten, die sich ausschliesslich von einer einzigen Quelle herleiten: Mitteilungen «höherer Staatsfunktionäre» des «Dritten Reiches» an den Nürnberger Verteidiger Seyss-Inquarts, Dr. Steinbauer. Gesichert ist jedoch durch Forschungen Karl R. Stadlers, dass bis Sommer 1938 in ganz Österreich etwa 10.000 Personen «regulär» verhaftet wurden, wovon im Juli noch 2'000 in Haft waren (30). Dies schliesst nicht eine beträchtlich höhere Zahl kurzdauernder Anhaltungen und «wilder» Verhaftungen aus; nur konnten auch hierüber die NS-Führer selbst kaum einen genauen Überblick erlangt haben. Ebenso ist die Anzahl der verhafteten Juden ungewiss; sie dürfte schon im Mai 1938 die Zahl 2'000 erreicht haben (31). Angesichts dieser Vorgänge zeigten sich die meisten Juden vollkommen überrascht von dem, was ihnen geschah, gleichsam gelähmt, resigniert und ihrem

Schicksal sich ergebend. Noch durch die Sprache der SD-Akten hindurch werden ihre Verhaltensweisen in Wien am 10. November erkennbar: *«Die im Zusammenhang mit den Verhaftungen vorkommenden Exzesse [sic] der jüdischen Frauen erregte stets die Empörung der Zuschauer. Die jüdischen Männer nahmen, wenn sie erfasst wurden in keiner Form eine böswillige Haltung ein und zeigten stets ein sehr verängstigtes Verhalten..In*

den Vormittagsstunden verliessen dann die männlichen Personen meist ihre Wohnung oder ihr Geschäft und versuchten, sich auf diese Art dem Zugriff zu entziehen.» (32)



Marterung von Juden
Aus: Rudolf Hirsch, Rosemarie Schuder:
Der Gelbe Fleck

Während nach dem «Anschluss» nur wenige Juden getötet worden sein dürften und deren Zahl zweifelsohne von den oft als Selbstmord getarnten Morden (so bei Emil Fey und Wilhelm Zehner) an nichtjüdischen Funktionären und Polizeibeamten des «Ständestaates» (allein zwei Ermordete in Linz) übertroffen wurde, liegen für die ganze «Ostmark» im November 1938 weit höhere, wenngleich nicht vollkommen gesicherte Zahlen vor. In Innsbruck wurden beim Novemberpogrom drei Juden ermordet, ein vierter erlag seinen schweren Verletzungen, was selten von der wissenschaftlichen Literatur registriert wird. Für Wien gibt es allerdings nur einigermaßen unsichere Zahlenangaben. In der sogenannten «Sammelstelle» Karajangasse, einer zum provisorischen Gestapo-Gefängnis umgewandelten Hauptschule, wurden nach Herbert Rosenkranz (unter Berufung auf Angaben eines dort eingesetzten Sanitäters) 27 jüdische Häftlinge ermordet und 88 schwer verletzt (33). Ein von Safrian und Witek zitierter Erinnerungsbericht eines dort Inhaftierten erwähnt dagegen eine geringere Zahl: «aus den Gesprächen konnte später eine Ziffer von zwanzig Toten nicht als zu hoch geschätzt werde...» (34). Auch von der «Sammelstelle» in der Kenyongasse wurde ein Toter berichtet. Auch Auszählungen in den Wiener Totenverzeichnissen ergeben einen Schätzwert ähnlicher Grössenordnung, und zwar 22 Tote (35). Zusammen ergibt dies wohl tatsächlich eine Zahl von etwa 20 bis 30 aus Anlass der «Reichskristallnacht» in Österreich ermordeten Juden, worauf hauptsächlich das Urteil von Historikern beruht, der Novemberpogrom sei in Österreich bedeutend ärger gewesen als im «Altreich», wo insgesamt nur

etwa rund 70 Todesopfer zu beklagen gewesen sein dürfen (36).

Hinsichtlich der jüdischen Selbstmorde, die im Gefolge der beiden hier verglichenen pogromartigen Ereignisse vorgekommen sind und die davon ausgelöst wurden, gibt es dagegen wieder eine deutliche Gleichförmigkeit. Beide Male kam es zu eindeutig übertriebenen Gerüchten



Auf das Rad geflochtene Juden
Aus: Rudolf Hirsch, Rosemarie Schuder:
Der Gelbe Fleck

und zeitgenössischen ausländischen Presseberichten über das vermutete Ausmass eines Tatbestandes, derbeieiniger Einfühlung in die psychische Situation der Opfer ohnehin schon tragisch genug war. Diese Überzeich-

nungen, obwohl schon mehrfach widerlegt, werden zum Teil immer noch von der österreichischen «antifaschistischen» Geschichtsdarstellung tradiert (37). Allein in Wien, wo ja rund neun Zehntel aller Österreicherjuden lebten, ereigneten sich in den Monaten März bis Mai 1938 234 Selbsttötungen von Juden, was etwa dem Zehnfachen der entsprechenden Zahl im Vorjahreszeitraum entsprochen haben dürfte (38). Auf den ersten Blick geringer erscheint die Zahl der wiederum nur für Wien vorliegenden jüdischen Selbstmordfälle im November 1938: insgesamt 41 (39). Doch ist dabei zu bedenken, dass sich die Zahl der Wiener Juden seit März 1938 durch Auswanderungen um ein Viertel verringert hatte und die Pogromereignisse sich auf einen wesentlich kürzeren Zeitraum zusammendrängten.

Pogromteilnehmer

Vom Novemberpogrom fehlen fast alle «action photos» (ausgenommen Löschaktionen an brennenden Synagogen). «Alle gemachten Photos» wurden einer Gestapo-Weisung zufolge vom SD eingezogen. Dagegen gestatten es die vorhandenen Bildquellen für das Frühjahr 1938 noch, die Pogromisten, ihre Opfer und die Verfolgungsformen in allen Details und bildhaft zu erfassen. (Im Übrigen wäre noch zu untersuchen, aus welchem Bedeutungszusammenhang heraus die zahlreichen bekannten Photos von den Misshandlungen und Demütigungen von Juden entstanden sind, welchen «Sinn» die jeweils als festhaltenswert gehaltene Situation für die Photographierenden und ihr vorgestelltes Publikum, das vermutlich antisemitische war, hatte.)

Die Aktivisten des «Umbruchpogroms», jedenfalls jene der «Putzkolonnen», waren einerseits meist relativ alte Männer, etwa im Alter von rund 30 bis 40 Jahren, andererseits Kinder und Jugendliche, die als Helfer in Erscheinung traten, etwa indem sie Judengeschäfte beschmierten und kennzeichneten oder «Putzkolonnen» beaufsichtigten und umringten. Handelte es sich bei den einen wohl um uniformierte oder nicht uniformierte Hitler-Jungen, so waren die andere Art von antisemitischen Aktivisten «Herren» mit weissem Hemd, Krawatte und oft mit Hut, also der Typus des nationalsozialistischen Kleinbürgers, deutlich unterschieden von der einfacheren Kleidung und den Kappen der eher «nur» zusehenden Proletarier, so auf einem bekannten Bild von einer «Reibpartie» in Wien-Erdberg. Ihre räumliche Stellung zu den Opfern und im Bildaufbau hebt diese «Herren» als Anführer und sozial «respektabel» hervor und Hakenkreuzbinden und -abzeichen kennzeichnen sie als Aktivisten der NSDAP.

In den schriftlichen Quellen werden als die Aktivisten der sonstigen «Beschlagnahmungen» und «Übergriffe» SA-Männer, oft motorisiert und im LKW vorfahrend, genannt. So offensichtlich war ihr Auftreten in der Öffentlichkeit, dass sie in Erlässen Bürckels als Kommunisten, die SA- und Partei-Uniformen entwendet hätten, bezeichnet wurden. Die Mitglieder jener grösseren oder kleineren Trupps, die die zahlreichen Verhaftungen vornahmen, waren natürlich oft das herkömmliche Polizei- und SS-Personal, aber wohl ebenso oft oder noch öfter wiederum SA-Angehörige.

An den Denunziationen von Juden und am «Ausräumen» von deren Wohnungen und Geschäften haben sich während der pogromartigen Situation auch Nachbarn beteiligt, wie jener Typus, der vom «Völkischen Beobachter» im Zusammenhang mit «wildem» Wohnungsarisierungen als die «Frau Hinterhuber» (40) bezeichnet wurde.

Bei den späteren, schon eher geordnet ablaufenden Geschäftsarisierungen trat nach Hans Witek wiederum anderer Sozialtypus in Erscheinung: «Seine politische Zuverlässigkeit war durch die langjährige Zugehörigkeit zur Partei oder einer ihrer Organisationen unter Beweis gestellt; seiner sozialen Herkunft nach war er meist Angestellter oder kleiner Selbständiger, manchmal arbeitslos; fachlich war er grösstenteils unqualifiziert und branchenfremd..... Eine kleine Gruppe von 'Kommissaren' rekrutierte sich aus Wirtschaftsfachmännern. Rechtsanwälte, Bankangestellte, Gewerbetreibende oder Kaufleute [sic].» (41)

Anders sind die Aktivisten des Novemberpogroms charakterisiert, sofern sie überhaupt quellenmässig erkennbar wurden. «Die Aktionen gegen die Geschäfte und Wohnungen wurden in der Hauptsache von politischen Leitern [d.b. praktisch von den Ortsgruppenleitern und ihren Mitarbeitern] und SA-Angehörigen durchgeführt», hiess es im abschliessenden Bericht des

Wiener SD vom 21. November 1938 (42). Diese Personengruppe erschien als erste auf dem Plan und beteiligte sich bis ans Ende am Pogrom. In Salzburg wurde ihr Durchschnittsalter mit 20 bis 35 Jahren angegeben. Auch NSKK und Hitlerjugend, die in Wien gelegentlich schulklassenweise zum Schauplatz der Ereignisse geführt wurde, traten dabei hervor: «In einigen Bezirken Wiens beteiligte sich vereinzelt auch die HJ, welche meist in roher Weise gegen die Juden vorging...» Die in einem Fall nachgewiesenen Vergewaltigungshandlungen wurden von zwei SA-Männern, von denen einer kurz vor seiner Verheiratung stand, begangen.

Etwa 25 Mann starke Rollkommandos der Allgemeinen SS und der SS-Verfügungstruppe führten, erst etwas später einsetzend und parallel dazu, systematisch die Tempelsprengungen und Brandlegungen aus. Parallel zu den Schätzungen Ian Kershaws (43) für das gesamte Deutsche Reich könnten für die in Wien zerstörten 49 Bethäuser insgesamt 1'000 SS-Männer ausgereicht haben. All diese Angehörigen der Partei und ihrer Gliederungen waren weisungsgemäss überwiegend im «Räuberzivil», um den Anschein eines spontanen Ausbruchs von «Volkszorn» zu wahren. Sie beteiligten sich ausgiebig in Formationen und als Einzelne an den Plünderungen.

Die Rolle der NS-Führer war bei den pogromartigen Ereignissen im Frühjahr und beim Novemberpogrom ebenfalls unterschiedlich. Beim «Umsturz» brauchten sie vielfach keine antisemitischen Weisungen zu geben, der Ausbruch erfolgte weitgehend spontan. Zweifelsohne waren in den «Anschluss»-Tagen die einheimischen Illegalen des sogenannten «revolutionären» Flügels der NSDAP die treibende Kraft, die schon in den ersten Stunden an die Führungspositionen des Staatsapparats gelangten «Gemässigten» versuchten, als sie das Ausmass des Pogroms erkannten, dagegen eher zu bremsen.

Beim Novemberpogrom erteilten die Partei- und Polizeistellen zu der gesamten Aktion die streng geheimen Befehle. Bezeichnenderweise waren in Wien alle Gliederungen der NSDAP, also SA, SS, NSKK, HJ, Studentenbund etc., die sonst auf Eigenständigkeit so grossen Wert legten, den Politischen Leitern der NSDAP unterstellt. Nirgendwo aus Österreich wurde bisher bekannt, dass die aus Berlin eintreffenden Weisungen nicht oder verspätet befolgt worden wären, es sei denn Weisungen auf sofortige Einstellung der antijüdischen Aktionen. Aber auch unter der NS-Führerschaft gab es schliesslich «Ablehnung und Erschütterung über die Tatsache, dass bei der Durchführung Skandalszenen vorgefallen sind, die das Ansehen der Partei und des Reichs aufs Schwerste schädigen». Wegen der eingangs festgehaltenen Konkurrenz der beteiligten Apparate des NS-Staats dürfen im Übrigen solche unterschiedlichen Verhaltensweisen und Weisungen während des

Novemberpogroms nicht überraschen, auch dass die SS «diszipliniert» und keineswegs am radikalsten in Erscheinung trat und der SD sogar gegen eine derartige Methode opponierte.

Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerungsmehrheit

Die Masse der jeweiligen Mehrheitsbevölkerung dürfte den antijüdischen Vorgängen, die sich im Frühjahr 1938 auf den Strassen Wiens und in ihrer Nachbarschaft vor ihren Augen zutrug, passiv zustimmend bis unbeteiligt gegenübergestanden sein, wohl auch die «blossen» Demütigungen und Enteignungen gebilligt haben (44). Beschämend für die heutigen Österreicher jedenfalls das schadenfrohe Grinsen, bestenfalls das teilnahmslose Dabei-Stehen des «Publikums» auf den Photos von der «Judenhatz» im März und April 1938. Reproduziert etwa das aus anderen Gründen 1988 öffentlich so umstrittenen Albertinaplatz-Mahnmal Alfred Hrdlickas unbewusst heute noch die damalige Gefühlslage? «Vielleicht erkennen die Betrachter des Denkmals die Parallele, vielleicht spüren sie, wenn sie auf den bronzenen Juden hinunterschauen, zum ersten Mal, welch Machtgefühl es ist, auf einen liegenden Menschen herabzusehen.» (45)

In welchem Ausmass im Gefolge der SA und SS auch einfache «Volksgenossen», Nachbarn, «arische» Konkurrenten und auf persönliche Rache Bedachte am Novemberpogrom beteiligt gewesen sind, ist nicht genau erfassbar; doch dass sich, nachdem die Aktion einmal in Gang gekommen war, auch gewisse Teile der Bevölkerung insbesondere in Wien an den «Ausschreitungen» beteiligten, ist durch einzelne Berichte über Zertrümmerungen von Auslagenfenstern und Plünderungen von Geschäften belegt. Jedenfalls wurden viele Augenzeugen des Pogroms, der sich nicht, wie das verharmlosend-zustimmende Tarnwort «Kristall-Nacht» suggeriert, im Dunkeln, sondern überwiegend am hellichten Tag zutrug.

Am 10. November berichtete der SD-Unterabschnitt Wien: «Mitleid mit dem Los der Juden wurde fast nirgends laut und wo sich ein solches dennoch schüchtern an die Oberfläche wagte, wurde diesem von der Menge sofort energisch entgegengetreten, einige allzugrosse Judenfreunde wurden festgenommen.» Ja, als am Abend des 10. November in Wien der Befehl gegeben wurde, die «Judenaktion abzubrechen,... wurden viele Stimmen laut, die bedauerten, dass mit den Aktionen nicht fortgesetzt werden dürfe, denn der heutige Tag sei die Gelegenheit, um mit dem Wienerjudenproblem radikal aufzuräumen.» Zutreffend scheint auch die folgende Schilderung im SD-Abschlussbericht zu sein: «Während sich die breiteren Volksschichten in ihrer Einstellung zu den getroffenen Massnahmen von ihrem natürlichen Instinkt leiten liessen und dies dadurch als Befreiung empfunden haben, hat die intellektuelle Oberschicht in den meisten Fällen Bedenken

wirtschaftlicher gefühlsmässiger Natur geäussert.» (46)

Insgesamt dürften jedoch, als das volle Ausmass des Pogroms erkennbar wurde, schliesslich unter der nicht-jüdischen Bevölkerung Österreichs und selbst Wiens ambivalente bis ablehnende Gefühle aufgetreten sein. Denn einerseits gab es gemäss SD-Berichten aus Wien eine «anfängliche günstige Aufnahme der Gesamaktion», andererseits nahm die Wiener Bevölkerung die offene Gewalt gegen Juden, die als «eine sehr harte ... und meistens in brutale Züchtigung» ausartend empfunden wurde, «allgemein sehr ungünstig» auf. Bezeichnend ist, dass die Konfiskationen von jüdischem Hab und Gut, wohl weil sie in der Regel von den NS-Organisationen und -Funktionären selbst vorgenommen wurden, und die «sinnlosen Zerstörungen ... bei der Bevölkerung schärfste Ablehnung» hervorriefen. Das Ergebnis des Novemberpogroms wirkte im Nachhinein selbst in NSDAP-Kreisen «auf die allgemeine Stimmung drückend», was als Anzeichen eines kollektiven schlechten Gewissens interpretiert werden kann. Insofern zeigte sich, dass auch die österreichische Bevölkerung den ärgsten antijüdischen Exzessen und der Propagandatätigkeit der «Partei» gegenüber – als Österreicher muss man resigniert sagen – nur teilweise resistent blieb, wahrscheinlich aber in einem weitaus schwächeren Masse als im «Altreich», wie anhand von Gestapo-Berichten direkt und aus den Folgen des Pogroms indirekt erschlossen werden kann.

Auslösende und verursachende Momente

Ausgelöst wurden die pogromartigen Vorgänge durch Ereignisse ganz unterschiedlicher Qualität. Im März 1938 war es Hitlers Einmarschdrohung bzw. der beginnende Einmarsch der deutschen Wehrmacht und die Abdankung Schuschniggs, im November 1938 der Tod des deutschen Diplomaten Ernst vom Rath infolge des Attentats Herschel Grynszpan vom 7. November. Im einen Fall signalisierte dies, wie auch bei älteren historischen Pogromen, die sich manchmal an einem Herrscherwechsel entzündeten, einen tiefgreifenden politischen Wandel zu Ungunsten der Juden; die jüdische Minderheit, der sonst ein gewisser Schutz der Obrigkeit zuteil geworden war, wurde dadurch ihres Protektors beraubt, gleichsam vogelfrei. Im anderen Fall liegt der «klassische» Anlassfall einer den Juden – fast immer fälschlich – angelasteten Mordtat vor. Der Tod vom Rath hatte keine andere symbolische Bedeutung für die Auslösung des Novemberpogroms als die traditionellen Ritualmordbeschuldigungen, die historischen Königsmorde oder das christliche, ekstatisch gefärbte Gedenken des Todes Jesu zu Ostern bei osteuropäischen und mittelalterlichen Pogromen. Auch in der Sprache der Gedenk- und Racheartikel der NS-Presse und im Stil des Totenkults für vom Rath kommt in November 1938 diese Parallele zum Vorschein. Es ist dann nur verwunderlich, warum ein ähnliches Attentat – die Ermordung des Landesleiters der NS-Auslandsor-

ganisation in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, durch David Frankfurter am 4. Februar 1936 – nicht schon früher einen Pogrom ausgelöst hatte; vermutlich war damals weder das in brutale, massenhafte Judenverfolgung umlenkbare Krisengefühl der deutschen Bevölkerung akut genug, noch hielt die NS-Staatsführung schon 1936 – im Jahr der internationalen Versöhnungsschalmeyen Hitlers und der kommenden Olympiade in Berlin – den Zeitpunkt für eine spektakuläre Judenverfolgungsaktion für günstig. In höchst bezeichnender Weise fiel aber der Ausbruch des Novemberpogroms 1938 mit dem regimopolitisch symbolgeladenen und quasiliturgischen offiziellen Gedenken an die «Blutzeugen der Bewegung» aus Anlass des 15. Jahrestages des «Marsches auf die Feldherrnhalle» am 9. November zusammen.

Es besteht kein Zweifel, dass der «Anschluss» im März 1938 eine schwere, nicht nur aussenpolitische, sondern auch innenpolitische Krise für Österreich darstellte, deren Lösung im Sinne des Nationalsozialismus von den Nationalsozialisten in einer Art Rausch der Befrei-



Karikatur zum NS-Terror im «Nazispiegel»
Aus: 1938-1988. Ein Beitrag der Zentralsparkasse zum Gedenkjahr

ung, des Machtgewinns und der Rache für vorher erfahrenes Unrecht erlebt wurde, ein Gefühlssturm, der binnen weniger Stunden auch weite Teile der nichtjüdischen und nicht ausgesprochen anlinazistischen Bevölkerungskreise erfasst haben muss. Die «Revolution von unten» der einheimischen Nazis richtete sich schon am Abend des 11. März 1938 mit besonderer Vehemenz gegen die Juden. Diese galten sowohl als in der pro-habsburgisch altösterreichischen Tradition stehende Repräsentanten des «Systems» und als Stützen des «christlichen Ständestaats» wie auch als Träger der Ideen von Liberalismus, Sozialismus und Bolschewismus. In der Logik des Nationalsozialismus waren die Juden nicht Blitzableiter für die Frustrationsgefühle infolge vielerlei wirtschaftlichen und politischen Übels, sondern dessen wichtigste Ursache selbst.

Auch die Wochen vor dem Novemberpogrom können als eine politische Krisenperiode im Dritten Reich gelten. Aussenpolitisch ging das sich zur militärischen Expansion anschickende Reich im September durch eine von der österreichischen Bevölkerung als äusserst kritisch empfundene Spannungszeit. Zu nahe fühlte man sich im drohenden Kriegsfall vor allem in der «Grossstadt im Südosten des Reiches» den Grenzen der militärisch nicht zu unterschätzenden Tschechoslowakei und ihren Flugzeugen. Auch innenpolitisch berührte die Sudetenkrise Wien stärker als andere Gaue des Deutschen Reiches. Denn hier gab es eine beträchtliche tschechische Minderheit, die die NS-Propaganda als innere Feinde hinstellte. So entlud sich, auch nachdem aussenpolitisch im Münchener Abkommen eine vorläufige Entspannung eingetreten war, die angestaute Fremdenangst über einem anderen potentiellen innerstaatlichen Oppositionsfaktor, der internationale Verbindungen hatte und dem Zusammenarbeit mit auswärtigen Feinden des «Reiches» nachgesagt wurde – über der katholischen Kirche Österreichs. Der Überfall auf das Wiener erzbischöfliche Palais nach der Demonstration politisch-katholischen Oppositionsgeistes beim «Rosenkranzfest» (7. Oktober 1938) und die darauf von oben entfachte antiklerikale Hetze erscheint im Nachhinein wie ein Vorzeichen des kommenden Judenpogroms. Nur waren Katholiken in einem katholischen Land weit entfernt, eine ebenso lohnende Zielscheibe des «Volkszorns» der Parteigenossen wie der «Rassefeind» anzugeben. Reichskommissar Bürckel selbst stellte am 12. Oktober 1938 diese Verknüpfung her, indem er drohend verkündete, «dass dieser Gau die unerhörteste Disziplin an den Tag gelegt hat, sowohl gegenüber den Tschechen wie gegenüber den Juden und den Schwarzen.» Jedenfalls in der «Ostmark» fügte sich der Novemberpogrom nahtlos in die Reihe der eskalierenden Aggression gegen die vorrangigen «Reichsfeinde», wozu noch ein generell verstärkter Verfolgungsdruck auf die politischen Gegner kam.

Diese politischen Krisensituationen waren von strukturellen Krisen begleitet, die vor allem den ökonomischen und sozialen Bereich betrafen. Im Frühjahr waren es in der «Ostmark» noch die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, die in Österreich erst 1937 nachzulassen begonnen hatten. Vor allem gab es hier nicht nur ein Heer buchstäblich oft hungernder Arbeitsloser, sondern auch einen numerisch starken, in seiner wirtschaftlichen Existenz schwer in Mitleidenschaft gezogenen und von Statusverlust bedrohten selbständigen Mittelstand. Dasselbe gilt mindestens ebenso für die Bauernschaft und die Angestellten. Gerade dies waren aber die wichtigsten sozialen Trägergruppen des österreichischen Antisemitismus und Nationalsozialismus. Da diesem das Judentum, in Wien nicht vollkommen ohne gesellschaftsgeschichtlichen Hintergrund, als der Träger des erdrückenden Grosskapitalismus und Anführer der «gleichmacherischen» Arbeiterbewegung

erschien, war «der Jude» in der sozialen Logik der nazistischen Mittelstände der Hauptfeind. Über den Juden entlud sich daher, als die letzten politischen Dämme gebrochen waren, die aufgestaute quasirevolutionäre Energie mit voller Wucht. Antisemitismus und Judenverfolgung waren vielleicht in ganz Österreich, auf jeden Fall in Wien, ein Ersatz für wirtschaftlich-sozialen Umsturz, und die Auswirkungen der NS-Zeit auf diesem Gebiet waren wohl einschneidender als jene der herkömmlichen österreichischen Revolutionen (1848 und 1918).

Im Herbst 1938 war zwar diese Krisensituation nach einem beispielelosen Intégrations- und Nachhol-Boom der österreichischen Wirtschaft schon weitgehend überwunden, doch machten sich neue, nun aus der internen wirtschaftlichen Dynamik des «Altreiches» auf österreichisches Gebiet ausstrahlende Krisenzeichen bemerkbar. Die ärgste materielle Not war zwar für viele ehemals Krisenbetroffene überwunden, doch gab es nun Rohstoffknappheit, Konsumgüterbeschränkungen, Arbeitskräftemangel, Konkurrenzdruck, Lohnstop und sozialpolitische Reglementierungen. Vor allem waren aber nach dem «Anschluss» die wirtschaftlichen Erwartungen in Österreich gewaltig gestiegen. Das auf wirtschaftliche Autarkie, militärische Aufrüstung und Kriegsvorbereitung zusteuende «Grossdeutsche Reich» konnte diese Erwartungen ohne Abgehen von seinen eigentlichen Zielen gar nicht erfüllen. Wachsende Enttäuschung unter verschiedenen Schichten der Bevölkerung waren die Folge. Am stärksten empörte dies jene mittelständischen Nazi-Aktivisten, die am schwersten unter der Wirtschaftsnot und den Unterdückungsmassnahmen des «Ständestaates» zu leiden gehabt hatten und sich bei der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Umverteilung auf Kosten der Juden zu Recht oder eingebildet als zu kurz gekommen fühlten. Am meisten traf dies auf die ehemaligen «Österreichischen Legionäre» und viele einheimische SA-Männer zu. War es dann ein Zufall, dass gerade die SA die stärkste und brutalste Triebkraft des Novemberpogroms wurde?

War es die gesamtgesellschaftliche Funktion schon des «Umbruchpogroms» gewesen, den unkontrollierbaren wirtschaftlich-sozialen Rebellionstendenzen innerhalb der NS-Anhängerschaft durch die «Judenhatz» ein Sicherheitsventil bzw. durch die «Arisierungen» eine erste Kompensation zu geben und die freigesetzten Energien auf die «Wahlbewegung» zum 10. April 1938 hin zu mobilisieren, so war es die Funktion des Novemberpogroms, von den inneren Schwierigkeiten des Regimes abzulenken, die sozialen Energien auf den «Reichsfeind» par excellence hin zu mobilisieren und damit noch die letzten Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Entschädigung auf Kosten der Juden (durch «negative Sozialpolitik») auszuschöpfen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt des Novemberpogroms wird vom SD in Wien selbst im Hinblick auf die Juden

erwähnt: den «letzten Rest ihres Behauptungswillens» zu brechen und «die Auswanderungsfreudigkeit» der Juden zu heben. Beide Ziele wurden erreicht und stellten einen wichtigen Schritt im Fortschreiten des Prozesses der Judenverfolgung dar.

Soziokulturelles Feindbild und Motive

Ohne Vorhandensein eines tief in den Traditionen der österreichischen Gesellschaft verankerten Feindbildes wäre es dem Nationalsozialismus wohl kaum gelungen, trotz aller perfekten Propagandaregie und hierarchischer Befehlsstruktur und Pflichterfüllungsbereitschaft pogromartige Zustände solchen Ausmasses wie im Frühjahr und November 1938 in Wien zu schaffen. Hier lag die Verknüpfung der Ursachen aller oben angeführten Krisen mit einem universell «Schuldigen» sozusagen in der Luft: mit den Juden. Im Bild vom «Juden» verschmolzen zwei relativ unterschiedliche, doch aufeinander bezogene Versionen von Antisemitismus: einerseits die des historisch jüngeren deutschnational-völkischen Rassismus, dessen Dogmen

Rassenantisemitismen im Sinne Schönerers und Hillers gewesen sein dürften. Abgesehen von einem Rest von nicht mehr als etwa 15 Prozent den Juden gegenüber vorurteilsfreien Österreichern dürfte auch 1938 der Grossteil der Bevölkerung in der einen oder anderen Form mehr oder weniger traditionellen antijüdischen Stereotypen verhaftet gewesen sein.

In ihren extremsten Ausprägungen gingen jedoch offensichtlich jene Eigenschaften, die von beiden Versionen des Antisemitismus den Juden zugeschrieben wurden, parallel: die biologistisch-medizinische Metapher des «Juden» als «Parasit» und «Blutsauger» entsprach dem traditionell christlichen und wirtschaftsantisemitischen Bild vom zinsnehmenden «Wucherjuden» und «Ritualmörder», dem Verbreiter von Krankheiten und unhygienischen Zuständen, dem Pesterreger und der «Judensau», dem «Rasseschänder» und «Zersetzer» der nationalen Stärke dem «Hostienschänder» und «Brunnenvergifter», der den «Dolchstoß in den Rücken» der unbesiegten Armee im Ersten Weltkrieg führte, dem Judaskuss und Christumord. Die nationalsozialistische, politische Liturgie knüpfte im Übrigen daran bewusst an, etwa in der Parallelisierung von Mustern der Heiligenverehrung und dem Kult um die «Blutzeugen».

Vielfach spiegeln sich in den schillernden, doch auch überraschend konstanten Facetten dieses Judenbildes die wirtschaftliche und soziale Positionen vieler Juden in Mittel- und Ostmitteleuropajuden als neureiche finanz- und industriekapitalistische Oberschicht, als ferne Kreditgeber und unerbittliche Gläubiger, als händlerische und gewerbliche Konkurrenz um die nächste Strassen Ecke, als brillante Schriftsteller, unschlagbare intellektuelle Gegner in der Presse, auf den Foren der Wissenschaft und im Gerichtssaal, als Inhaber der nächsten Arztpraxen usw., usf.

So sehr diese wirtschaftliche und soziale Interessenslage der Antisemiten deren Antisemitismus prägte, so konkret materiell waren die unmittelbaren Motive der Pogromisten. Viele handelten beim Novemberpogrom, von dem hier nur zu sprechen ist, offensichtlich einfach auf Weisung ihrer Vorgesetzten, ohne über ihre eigenen Beweggründe Auskunft zu geben. Manche Nationalsozialisten, die Juden getötet hatten und die später vor das Oberste Parteigericht gestellt (und von diesem freigesprochen) wurden, beriefen sich auf ein «Missverständnis» in der Befehlskette, als ihnen absichtlich unklar die Weisung zum Pogrom gegeben wurde, eben weil die «Judenaktion» spontan erscheinen musste, sollte sie ihr Ziel erreichen. Andere meinten – zu Recht-sie handelten dem Willen des «Führers» entsprechend, der nur seine eigentlichen Absichten nicht bekanntmachen könne.

Die Bevölkerung, durch die Pressemeldungen der vorhergehenden Tage eingestimmt, erwartete nach dem Bekanntwerden des Todes von vom Rath gerade-

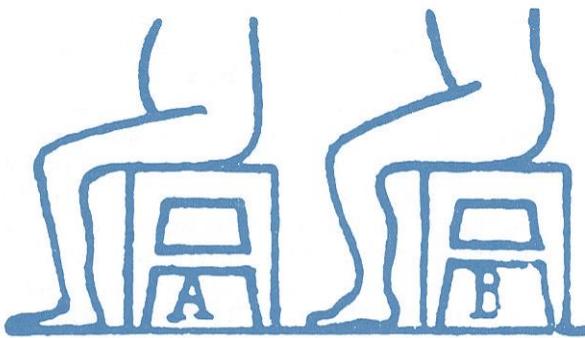


Abb. 47.

(Wesäbformen: A. der niederen,
B. der höheren Klasse.

Zeichnung von «Rassenunterschieden» bei Lanz von Liebenfels

auch unter der NS-Herrschaft nicht wesentlich über das am meisten säkularisierte Segment der Mittelschichten, das Bildungsbürgertum, hinaus verstanden oder gar wörtlich genommen worden sein dürften; andererseits der historisch ältere, christliche Antisemitismus, der am stärksten in dem eher noch traditionellen Lebensformen verbundenen katholisch-christlichsozialen «Lager» vorhanden war, jedoch auch die ehemals sozialdemokratische Arbeiterschaft insbesondere der ländlichen und kleinstädtischen Gebiete durchzog. Vergleichbare Befunde aus Deutschland (47) und abfällige Bemerkungen selbst hoher Parteifunktionäre in Österreich über die Rassedoktrin Streichers gestatten die Vermutung, dass schon damals nicht wesentlich mehr als jene 10 bis 25 Prozent der österreichischen Bevölkerung, die noch Anfang der 80er Jahre eher rassistisch und aggressiv antisemitisch eingestellt waren (48),

zu «Sühneaktionen» gegen die Juden. Also dürfte vor-dergründig das Vergeltungsmotiv vorhanden gewesen sein. Dann motivierten auch «die Ausbeutung der arischen Bevölkerung ... in der Systemzeit», «die vielen jüdischen Betrügereien» und die «anmassende Frechheit, mit der die Juden sich bereits im Wiener Volkskörper festgesetzt» hätten, also das Motiv der Austreibung vor allem der ostjüdischen Einwanderungsschichten. Für manche war der Pogrom in der Tat Auftakt zur vollständigen Vertreibung der Juden und der Beginn der wirtschaftlichen Lösung der «Judenfrage». Da Plünderer und «Arisseure» schon durch ihr Handeln ihre Motive zum Ausdruck bringen, brauchten sie auch darüber nichts mehr zu reden; überdies unterschlug die Gestapo oft solche gar nicht seltenen Vorkommnisse, da sie gegen den NS-«Ehrenkodex» verstießen. Dass materielle Begehrlichkeit auf Seiten der zusehenden Masse im Spiel war, geht aus deren ablehnende Haltung angesichts der oft gemachten Beschlagnahmungen von jüdischem Eigentum, Wertgegenständen, Geldbeträgen und Gütern aller Art durch Parteiführer und NSV sowie beim Vorkommen sinnloser Zerstörungen hervor. Sadistische Grausamkeit seitens der aktiven Pogromisten scheint in Österreich keine Ausnahme gewesen zu sein, praktisch alle verhafteten Juden und viele mehr waren ihr in Wien, Linz und Innsbruck ausgesetzt, in der NS-Sprache: «Die Behandlung der Juden war zum Grossteil eine sehr harte und artete meistens in brutale Züchtigungen aus.» Demütigung, psychische Brechung, Verletzung der religiösen Gefühle der Juden standen in der Tat oft im Vordergrund.

Eindämmung und Folgen

Wie bei jedem anderen Pogrom auch mussten die ohne spontane Elemente nicht vorstellbaren und trotz aller zentralen Befehlsgebung nicht oder nicht vollständig organisierten antijüdischen Aktionen im Frühjahr und November 1938, auch wenn sie im Interesse des Regimes waren, früher oder später mit der Logik und den Interessen der staatlichen Apparate in einen Gegensatz kommen. Je länger und wilder sich der Pogrom entwickelte, desto stärker. Nachdem aber die unmittelbaren Funktionen der Ausschreitungen mehr oder weniger erfüllt waren, traten wieder die ordnungsstaatlichen Tendenzen in den Vordergrund. Waren die deutschen und österreichischen Juden insgesamt symbolisch und physisch «bestraft», gedemütigt und in ihrem Selbstbewusstsein gebrochen, schienen auch die wirtschaftlich-gesellschaftliche «Entjudung» und die Auswanderung genügend Impulse erhalten zu haben und hatten die Pogromsituationen ihre regimeintegrierte Wirkung (via Mobilisierung auf die plebiszitäre Akklamation des «Anschlusses» bzw. auf volksextreme «Feinde») zu entfalten begonnen, so ging es nun wieder darum, die «kochende Volksseele» von oben her abzukühlen. Die Staatsautorität, die – programmgemäss, kann man sagen – den Obrigkeiten zum Teil

entglitten war, musste wieder voll hergestellt, die Funktionsfähigkeit der Wirtschaft aufrechterhalten werden. Denn auch eine im Interesse der Staatsführung auftretende Spontaneität und «Disziplinlosigkeit» der eigenen Anhängerschaft musste auf Dauer systemsprengend werden. Diese Wende geschah beim «Umbruchpogrom» nach wenigen Tagen bzw. Wochen, jedenfalls nach der «Volksabstimmung» im April, beim Novemberpogrom in Österreich durch Befehle der «Partei» und der Polizei vom späten Nachmittag des 10. November an. In der jeweils unterschiedlich langen Eindämmungsphase kam es daher zu der ebenfalls für andere Pogrome charakteristischen Konkurrenz widerstreitender politischer Strategien und Organisationen.

In einem noch höheren Ausmass als bei den historischen russischen Pogromen war auch bei den beiden Pogrom-Situationen im Dritten Reich die Fortsetzung des Pogroms mit anderen – administrativen und legalistischen – Mitteln integraler Teil des Gesamtablaufs. Von diesem sozialen «Mechanismus» aus gingen auch bedeutende Generalisierungs- und Radikalisierungsimpulse auf die Judenpolitik des gesamten NS-Systems aus. In der innenpolitisch vielschichtigen Situation des «Umbruchs» waren die Regulierungs- und Kontrollbemühungen vor allem in Wien zunächst von einem Tätigwerden der kommunalen und regionalen Instanzen und Apparate gekennzeichnet, die dabei oft auf ältere Pläne und Erfahrungen zurückgreifen konnten und manchmal geradezu bürokratisch innovative Lösungen entwickelten. Damit kamen sie den mehr oder minder vagen Ziel- und Mittelvorstellungen der jeweils übergeordneten Ebenen – «Land Österreich» und «Reich»- entgegen, und diese aktivierten ihre eigenen Absichten, nahmen die pogromartigen Ereignisse zum Anlass zu längst erwogenen Massnahmen oder kopierten bzw. modifizierten jene Lösungen, die sich auf den unteren Ebenen schon herausgebildet hatten und von dort an sie herangetragen wurden. Allein die notwendige Vereinheitlichung der staatlichen Tätigkeit im modernen Diktaturstaat in seinen unterschiedlichen Bereichen bewirkte oder förderte so eine Radikalisierung der Politik, und zwar oft von konkurrierenden Instanzen auf gleicher Ebene übergreifend wie auch von bevölkerungsnahen Aggregaten von unten nach oben aufsteigend und von den Peripherien ins Machtzentrum wirkend. Dies ist bei der Judenauswanderungspolitik (Tätigkeit Eichmanns) und bei den «Arisierungsmassnahmen» evident, lässt sich jedoch auch bei der damit verbundenen strukturbereinigenden Wirtschaftspolitik, bei der «negativen Sozialpolitik» insbesondere im Bereich des Wohnungswesens und bei der den Juden nach Kriegsbeginn auferlegten Deportations- und Konzentrationslagerpolitik beobachten. Im Sinne dieses Modells kann der von mir schon mehrfach betonte (aber oft missverstandenen) *Prozess der Verstärkung und Selbstverstärkung der Judenverfolgung*

und das Rückwirken der österreichischen Judenverfolgung auf das gesamte «Reich» (49) erklärt werden.

Ergebnisse der Analyse

Ein wesentliches Ergebnis dieser Untersuchungscheint mir zu sein, dass die Ausgangsannahme, es habe sich bei den pogromartigen Vorgängen in Wien in Frühjahr 1938 schon um einen Pogrom im «klassischen» Sinn gehandelt, revidiert werden muss. Dies wurde in der Terminologie der Darstellung, die meist vom «Umsturzpogrom» unter Anführungszeichen gesprochen hat, bereits berücksichtigt. Denn es handelte sich bei den Ereignissen im März und April 1938, deren volle Radikalität sich einerseits nahezu auf Wien beschränkte und die andererseits doch auch in einer gewissen Hinsicht mit judenfeindlichen Aktionen «von unten» im «Altreich» verglichen werden können, aus der Sicht der späteren wirklichen Pogromereignisse um typische Erscheinungen der Latenzphase, also um ein sogenanntes «Vorpogrom». Zu gross erscheinen mir alles in allem die Abweichungen quantitativer und qualitativer Art vom «klassischen» Pogromtypus und von der «Reichskristallnacht», wenngleich auch eine Interpretation des «Umbruchpogroms» als relativ eigenständiges Pogromereignis, vor allem im Hinblick auf die Massenbeteiligung und die Pogromfolgen, denkbar ist.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich dann typisierend gesehen folgendes Ablaufmuster:

- «Umbruchpogrom» im Frühjahr 1938 und teilweise Restabilisierung im Sommer als Latenzphase mit einer neuerlichen progressiven Radikalisierung im Oktober und Anfang November 1938,
- Ausbruchphase in der Nacht vom 9. auf den 10. November und am frühen Morgen des 10. November,
- Höhepunkt der Radikalisierung und relativ ausgedehnte Einbeziehung der nichtjüdischen Bevölkerung am Vormittag und Nachmittag dieses Tages,
- anbefohlenen Abklingen und Eindämmung des Pogroms am Abend des 10. Novembers und am folgenden Tag mit Nachwirkungen in Wien bis 15. November, und
- gesellschaftliche, gesetzgeberische und politische Folgen des Pogroms, die die Stossrichtung der Judenverfolgung mit anderen Mitteln fortführten und schliesslich auf eine neue Ebene hoben.

Wesentlich scheint mir auch zu sein, dass der Novemberpogrom (oder gar der «Umbruchpogrom») nicht allzu kurzschlüssig in das Modell einer als zielstrebig und vollkommen geplanten Judenpolitik des Dritten Reiches gepresst wird. Er war auch nicht einfach der Anfang eines nunmehr geradlinig in die «Endlösung» führenden Wegs. Vielmehr markiert die «Reichskristallnacht» sowohl das Ende traditioneller Judenverfolgung im Sinne der historischen mittel- und osteuropäischen Muster als auch den Beginn eines neuen eigen-

dynamisch und bürokratisch geprägten Wegs. An seinem Anfang standen verstärkte Impulse von antisemitischen Experimenten und Inventionen, worin die in Österreich schon seit März 1938 gemachten Erfahrungen und Lösungsmodelle auf Reichsebene einfließen und aus dem heraus schliesslich nach einigen «Umwegen» und Zwischenstufen jene bürokratischen Verfahrensweisen und Organisationsformen «erfunden» werden konnten, die in den rationalisierten, massenhaften Judenmord einmündeten. Gerade weil die «Endlösung» nicht wie ein Pogrom relativ ungeplant und öffentlich, daher letztlich doch unregelmäßig und unregelmäßig abblief, konnte erst «Auschwitz» so unvorstellbar radikal und historisch einmalig werden.

Anmerkungen

- (1) Diese – eigentlich für Nicht-Österreicher vertretbare – Fragestellung scheint auch stellenweise die so verdienstvolle Literaturübersicht von Günter Fellner (Der Novemberpogrom 1938. Bemerkungen zu Forschungen, in: Zeitgeschichte, 16.2. (1988), S. 35-58) zu leiten.
- (2) Immer noch nicht sind die quellenkritisch fundierten Darlegungen von Karl R. Stadler (Österreich 1938-1945, Wien 1966, S. 27ff.) rezipiert, nämlich, «dass die früheren Schätzungen über das Ausmass der Verhaftungsorgie in den unmittelbaren Anschlussstagen übertrieben waren».
- (3) Elias Canetti: Masse und Macht, Hamburg 1960.
- (4) Siehe; T. Friedmann: «Die Kristall-Nacht». Verbrennung der jüdischen Tempel am 10. November 1938 im Deutschen Reich. Dokumentarische Sammlung, (unveröffentlichtes Manuskript) Haifa 1972, Nr. 29 und 33; dagegen fast zur Gänze gekürzt in: Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1938, Bd. 2, Wien 1982, S. 378 f. und 605-
- (5) Hans Safrian u. Hans Witek: Und keiner war dabei, Wien 1988; Der Novemberpogrom 1938, Wien 1988; vgl. auch Verfolgung und Widerstand in Wien 1934-1945 – Eine Dokumentation, Wien 1975, Bd. 2 und 3; ebenso die Dokumentationen für Burgenland, Oberösterreich, Tirol und Niederösterreich: «Anschluss» 1938, Wien 1988; John Bunzl u. Bernd Marin: Antisemitismus in Österreich, Innsbruck 1983; Wien 1938, Wien 1978; Herbert Rosenkranz: «Reichskristallnacht», Wien 1968; ders.: Verfolgung und Selbstbehauptung, Wien 1978; Anna Drabek u.a.: Das österreichische Judentum, Wien 1974.
- (6) Hans Mommsen: Die Realisierung des Utopischen, in: Geschichte und Gesellschaft, 9.1 (1983), S. 381-420; vgl. auch: Walter H. Pehle (Hg.): Der Judenpogrom 1938, Frankfurt/M. 1988; dagegen nicht das im Wesentlichen seit 1972 unveränderte Buch: Rita Thalmann u. Emanuel Feinermann (Hg.): Die Reichskristallnacht, Frankfurt/M. 1988.
- (7) Vgl. Ulrich Eichstädt: Von Dollfuss zu Hitler, Wiesbaden 1955; Gerhard Botz: Die Eingliederung Österreichs in das Deutsche Reich, 3. Aufl., Wien 1988; Radomir Luza: Österreich und die grossdeutsche Idee in der NS-Zeit, Wien 1977.
- (8) Hermann Graml: Reichskristallnacht, München 1988, S. 14; Hans Mommsen u. Dieter Obst: Die Reaktion der Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933-1945, in: Hans Mommsen u. Susanne Willems (Hg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich, Düsseldorf 1988, S. 388 ff.
- (9) Vgl. Erika Weinzierl: Zu wenig Gerechte, Graz 1969, S. 54 f.; Radomir Luza: Österreich und die grossdeutsche Idee, Wien 1977, S. 140 ff.
- (10) Safrian u. Witek, a.a.O., vor allem S. 95ff.; Gerhard Botz: Wien vom «Anschluss» zum Krieg, Wien 1978, S. 243ff.; 397ff.; Götz Aly u. a.: Sozialpolitik und Judenvernichtung, Berlin 1987.
- (11) Peter Loewenberg: Die «Reichskristallnacht» vom 9. und 10. November 1938 als öffentliches Erniedrigungsritual, in: Sigmund Freud House Bulletin, 10 (1986), S. 313-324.
- (12) Gerhard Botz: Stufen der Ausgliederung der Juden aus der Gesellschaft, in: Zeitgeschichte, 14.9/10(1987), S. 359-378; ich gehe

hieb von dem Erklärungsmodell Raul Hilbergs (Die Vernichtung der europäischen Juden, Berlin 1982) aus; die amerikanische Erstausgabe dieses grundlegenden Buches (The Destruction of the European Jews, New York 1961) wurde bis über die Mitte der 80er Jahre hinaus von keiner einzigen wichtigen Arbeit österreichischer Autoren zu Judenverfolgung und KZs zur Kenntnis genommen weder zitiert noch rezipiert.

(13) Martin Broszat u. Saul Friedländer: Um die «Historisierung des Nationalsozialismus», in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 36,2 (1988), S. 339-372; siehe auch: «Historikerstreit», München 1987; Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit?, München 1988.

(14) Vgl. auch: Dan Diner (Hg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Frankfurt/M. 1987; Alain Finkielkraut: La défaite de la pensée, Paris 1987; Charles S. Maier: The Unmasterable Past, Cambridge, Mass. 1988.

(15) Ich beziehe mich hier vor allem auf meine Arbeiten: Wohnungspolitik und Judendeportation in Wien 1938 bis 1945, Wien 1975; Nationalsozialismus in Wien, 3. Aufl. (des in Anm. 10 genannten Buches über Wien), Buchloe 1988; und: «Ausmerzungen»: Von der Ächtung zur Vernichtung, in: Journal für Sozialforschung, 28.1. (1988), S. 5 – 52.

(16) Vgl. Jules Isaac: Genèse de l'antisémitisme, Paris 1956 (dt. Wien 1969); J.N. Sevensen: The Roots of Pagan Anti-Semitism in the Ancient World, Leiden 1975; Léon Poliakov: Histoire de l'antisémitisme, 4 Bde., Paris 1977 (dt. Frankfurt/M. 1988); Hans Tietze: Die Juden Wiens, Wien 1933 (Nachdruck 1987).

(17) Vgl. etwa Hans Tietze: Die Juden Wiens, Wien 1933-

(18) Siehe jedoch: Werner Bergmann u. Christian Hoffmann: Kalkül oder «Massenwahn»? in: Rainer Erb u. Michael Schmidt (Hg.): Antisemitismus und jüdische Geschichte, Berlin 1987, S. 15-46; Werner Bergmann: Soziale und kulturelle Bedingungen kollektiver Gewalt in Pogromen, in: Herbert A. Strauss u.a. (Hg.): Lerntage über Gewalt gegen Juden: Die Novemberpogrome von 1938 in historischer Perspektive, Berlin 1989, S. 7-22.

(19) Siehe auch die literarischen Verarbeitungen: Franz Werfel: Die vierzig Tage des Musa Dagh, Wien 1933; Nikos Kazantzakis: Rechenschaft vor El Greco, München 1967.

(20) Pogrome, in: Jüdisches Lexikon, Bd. 4, Berlin 1930, S. 980 f.

(21) Siehe: Norman Cohen: Die Protokolle der Weisen von Zion, Köln 1969

(22) Léon Poliakov: Geschichte des Antisemitismus, Bd. 7, Frankfurt/M. 1988, S. 148-152.

(23) Ebenda, S. 114 f.

(24) Die Judenpogrome in Russland. Hg. im Auftrage des Zionistischen Hilfsfonds in London von der zur Erforschung der Pogrome eingesetzten Kommission, Bd. 1, Köln 1910, S. 187 ff.

(25) Poliakov, Geschichte, Bd. 7, S. 153 – 161; vgl. allg. auch: Die Juden in Russland, Berlin 1900; Die Judenfrage in Rumänien, Wien [1902]; Judenhass. Eine Anthologie, Wien 1926; dagegen: Die Judenfrage in England, Hamburg [1920].

(26) Pogroms, in: The Universal Jewish Encyclopedia, Bd. 8, New York 1952, S. 561 f.

(27) Hilberg, Vernichtung, S. 222 – 224.

(28) Ich folge hier vor allem Modellen von B Neil J. Smelser: Theorie des kollektiven Verhaltens, Köln 1972.

(29) Ich stütze mich in der Folge auf Überlegungen bei: Bergmann u. Hoffmann, Kalkül, S. 17 – 26.

(30) Fälschlich unter Berufung auf Stadler, Österreich, S. 27 ff: Wolfgang Neugebauer u. Herbert Steiner: Widerstand und Verfolgung in Österreich..., in: Rudolf Neck u. Adam Wandruszka (Hg.): Anschluss 1938, Wien 1981, S. 92 – 102, vgl. auch Diskussion dazu, S. 336 ff.

(31) Siehe oben, Anm. 2 und Maria Szecei u. Karl R. Stadler: Die NS-Justiz in Österreich und ihre Opfer, Wien 1962, S. 13; vgl. auch: Jonny Moser: Die Judenverfolgung in Österreich 1938 – 1945, Wien 1966, S. 7.

(32) T. Friedmann: «Die Kristall-Nacht». Verbrennung der jüdischen Tempel am 10. November 1938 im Deutschen Reich, (unveröffentlichtes Manuskript), Haifa 1972, Nr. 9.

(33) Rosenkranz, «Reichkristallnacht», S. 48 f.; wiederholt in: Rosenkranz, Verfolgung, S. 162, jedoch ohne nachprüfbar Quellen.

(34) Safrian u. Witek, a.a.O., S. 181.

(35) Schätzungen aufgrund von eigenen Auszählungen nach den Totenverzeichnissen 1938 im Wiener Stadt- und Landesarchiv, siehe Botz, Wien, S. 553, Anm. 137.

(36) Bericht des Obersten Parteigerichts vom 13. Februar 1939, Dokument 3063-PS in: Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof, Bd. 32, Nürnberg 1948, S. 28, hier im ganzen Deutschen Reich 91 Tote, dagegen «rund hundert Tote» bei: Graml, Reichkristallnacht, S. 32; vgl. auch Fellner, Novemberpogrom, S. 37.

(37) Siehe wieder das 1981 wieder aufgelegte Buch: G.E.R. Gedye: Als die Bastionen fielen, Wien (1947).

(38) Quellenmässig eindeutig belegt und mehrfach durch Kontrollauszählungen in dieser Größenordnung bestätigt, siehe Botz, Wien, S. 99 ff; unabhängig davon auch Jonny Moser: Das Schicksal der Wiener Juden in den März- und Apriltagen 1938, in: Wien 1938, a.a.O., S. 172 – 182.

(39) Jonny Moser: Die «Reichkristallnacht» in Wien, in: Novemberpogrom 1938, a.a.O., S. 62; in eigenen Berechnungen und Schätzungen kam ich auf «etwa 30 jüdische Selbstmordfälle an den genannten drei Tagen», Botz, Wien, S. 553.

(40) Erstmals zit bei: Botz, Wien, S. 248.

(41) Hans Witek: «Arisierungen» in Wien, in: Talos u.a., S. 199-216, hier 205.

(42) Friedmann, «Kristall-Nacht», Dok.-Nr. 33; zum Ganzen auch vor allem Elisabeth Klamper: Der schlechte Ort zu Wien, in: Novemberpogrom 1938, a.a.O., S. 33 – 42; Moser: «Reichkristallnacht», ebenda, S. 59-63; Botz, Wien, S. 51 ff-, 93 ff, 397 ff.

(43) Ian Kershaw: Täter und Verweigerer, in: Strauss u.a., a.a.O., S. 43.

(44) Vgl. für Deutschland den möglicherweise von Österreich (Wien) beträchtlich abweichenden Befund: zum Novemberpogrom äusserten sich cca. 63% entrüstet ablehnend, 31% indifferent oder zurückhaltend und nur 6% ausdrücklich billigend, ebenda, S. 45.

(45) Ruth Beckermann: Unzugehörig. Österreicher und Juden nach 1945, Wien 1989, S. 15.

(46) Friedmann, «Kristall-Nacht», Nr. 11 und 33.

(47) Siehe Ian Kershaw: Populär Opinion and Political Dissent in the Third Reich: Bavaria 1933 – 1945, Oxford 1983, S. 230, 246 ff., 272; Hans Mommsen u. Dieter Obst: Die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf die Verfolgung der Juden 1933 – 1943, in: Hans Mommsen u. Susanne Willems (Hg.): Herrschaftsallday im Dritten Reich, Düsseldorf 1988, S. 378 ff.

(48) Heinz Kienzl: Ausgeheilt? Aufstieg und Niedergang der NS-Weltanschauung in Österreich, in: Die Zukunft, Jg. 1985, Nr. 11, S.33-35; Hilde Weiss: Antisemitische Vorurteile in Österreich, Wien 1984, S. 105 ff. Vgl. jedoch die interessanten Ausführungen über Parallelen bei der Zigeunerverfolgung: Erika Thurner: Zigeuner im Burgenland – Das Lager Lackenbach, in: Bericht über den 17. österr. Historikertag in Eisenstadt, Wien 1989, S. 112-116.

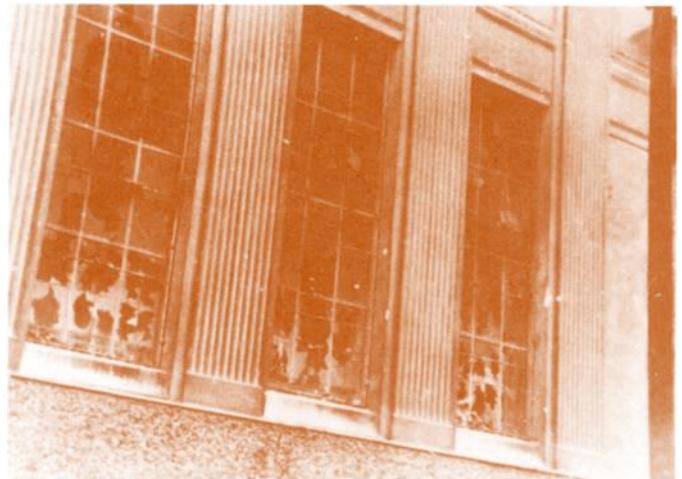
(49) Siehe vor allem Anm. 15.

Elisabeth Klamper

Der «Anschlusspogrom»

11. März 1938, 19.57 Uhr: Die Abschiedsworte des Bundeskanzlers Kurt von Schuschnigg – «Gott schütze Österreich» – waren im Radio kaum verklungen, als tausende Männer und Frauen auf die Strassen und Gassen Wiens strömten und hysterisch «Sieg Heil!» und «Heil Hitler!» brüllten, um ihrer Begeisterung über den bevorstehenden «Anschluss» gehörig – im wahrsten Sinne des Wortes – Ausdruck zu verleihen. Viele dieser begeisterten Wiener hatten wenige Stunden zuvor mit der gleichen Intensität «Heil Schuschnigg» und «Rot-Weiss-Rot bis in den Tod!» geschrien, unter den wohlwollenden Augen derselben Polizisten, die nun plötzlich die Hakenkreuzbinde am Ärmel trugen und von den Menschenmengen dafür gefeiert wurden. (1) G.E.R. Gedy, Korrespondent einer englischen Tageszeitung, über die Abendstunden des 11. März 1938: «Als ich auf dem Weg zu meinem Büro den Graben überquerte, wälzte sich auch hier schon die braune Flut heran. Es war ein unbeschreiblicher Hexensabbat – Sturmtruppeleute, von denen viele kaum der Schulbank entwachsen waren, marschierten mit umgeschlallten Patronengürteln und Karabinern, als einziges Zeichen ihrer Autorität die Hakenkreuzbinde auf dem Ärmel, neben den Überläufern aus den Reihen der Polizei; Männer und Frauen brüllten und schrien hysterisch den Namen ihres Führers, umarmten die Wachleute und zogen sie mit sich in den wirbelnden Menschenstrom; Lastwagen mit SA-Leuten, die ihre lang versteckt gehaltenen Mordwaffen nun offen trugen, hupten ohrenbetäubend und versuchten vergeblich, sich durch die Menge von Männern und Frauen einen Weg zu bahnen, die im Licht der nun auftauchenden, schwelenden Fackeln brüllten und tanzten. Die Luft war voll der Geräusche des heillosen Spektakels, und nur hin und wieder konnte man einzelne Schreie wie «Nieder mit den Juden! Heil Hitler! Sieg Fleil! Juda verrecke! An den Galgen mit Schuschnigg! Heil Seyss-Inquart! Heil Planetta! Nieder mit den Schwarzen! Ein Volk, ein Reich, ein Führer, ein Sieg!» unterscheiden. Fetzen des Horst-Wessel-Liedes klangen immer wieder auf, nur im Gebrüll des «Heute gehört uns Deutschland und morgen die ganze Welt!» und «Deutschland, Deutschland über alles!» wieder zu ertrinken.» (2) Die Wiener Nazis und ihre Anhängerschaft liessen bereits an jenem Abend keinen Zweifel darüber aufkommen,

gegen wen sich nun ihr Hass, ihre Aggressionen und ihre «Umsturz»-Trunkenheit in erster Linie richten würden: gegen die jüdische Bevölkerung der Stadt. Carl Zuckmayer erlebte in den Abendstunden des 11. März den zum Ausbruch kommenden Hass der Antisemitismus hautnah mit. Als er in einem Taxi vor der Oper in einer Menschenansammlung steckenblieb, drohte ihn die Menge aus dem Auto zu zerren und zusammenzuschlagen: «Im Taxi fahrn – dös san polnische Juden – holts es raus – schlagts es zsamm!» (3) Während Carl Zuckmayer mit Müh und Not der aufgebracht Menge entkam – das Grauen jenes Abends wird noch Jahre später in seiner Autobiographie spürbar sein –, spielten sich auf dem Wiener Ostbahnhof dramatische Szenen ab. Funktionäre des österreichischen Ständestaates, Sozialisten und Kommunisten, österreichische Juden aller sozialen Schichten – sie alle versuchten Platz in dem um 23.15 Uhr in die CSR abfahrenden Zug zu finden und so der drohenden Verhaftung durch die Nationalsozialisten zu entkommen. Als die Flüchtlinge nach zahllosen Schikanen an der Grenze zur CSR angekommen waren, wurde ihnen von



Zerstörter Tempel in Klosterneuburg Foto: DÖW

den tschechoslowakischen Grenzbeamten der Grenzübergang untersagt. Sie mussten wieder nach Wien zurückkehren, wo sie von SA-Männern bereits am Bahnhof erwartet wurden. (4) Unter den erzwungenen Heimkehrern war auch der ehemalige sozialdemokratische Finanzstadtrat von Wien, Dr. Robert Danneberg. Er wurde 1942 im KZ Auschwitz ermordet. (5)

Bereits in der Nacht zum 12. März begannen die zügellosen Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung Wiens, die für Wochen das alltägliche Strassenbild der Stadt prägten.

Jüdische Männer und Frauen wurden von SA-Männern, Angehörigen der HJ und Männern, die als einziges Zeichen ihrer Autorität ein NS-Abzeichen oder eine Hakenkreuzbinde trugen, gezwungen, mit Reib- und Zahnbürsten Kruckenkreuze und Schuschnigg-Wahlparolen von Gehsteigen und Hauswänden zu waschen, mit blossen Händen Toiletten in SS-Kasernen zu reinigen, in Kaffeehäusern kostenlos Schuhe zu putzen und zur allgemeinen «Volksbelustigung» bis zur totalen physischen Erschöpfung zu turnen. Die Opfer derartiger «Aktionen» empfanden es als besonderes Martyrium, wenn sie zu diesen «körperlichen Übungen» Gebetsmäntel anlegen oder die Klosetts mit den an den Handgelenken befestigten Tefillins, den Gebetsstreifen, reinigen mussten. (6)

Die berüchtigten «Reibpartien» wurden, wie der englische Korrespondent Gedye feststellte, zum «Lieblingssport» der Wiener Nazis.

Rudolf Stern beispielsweise, dessen Mutter im 3. Bezirk in der Schlachthausgasse 16 ein Haus-und-Küchengeräte-Geschäft betrieb, wurde wie viele Juden Erdbergs von einem bezirkbekannten SA-Mann zum «Reiben» geholt und lernte dabei das angeblich «goldene» Wienerherz kennen: «Die zu dieser Zeit in ganz Wien beliebte Art der Volksbelustigung, das 'Reiben', machte selbstverständlich auch vor den Juden Erdbergs nicht halt. (...) Als ich vor dem Realgymnasium Wien 3, Hagenmüllergasse, ankam, sah ich dort meine Freunde Heinrich Scheratter, Heinrich Saphirstein, Söhne von Kaufleuten aus den Häusern Schlachthausgasse 16 und Erdberger Strasse 156, sowie die Herren Löwenherz, Neumann und Halpern. Auch sie hatten Kübel und Bürsten. Im Gänsemarsch wurden wir durch die Reihe der spalierstehenden interessierten Zuschauer in die Häuser geführt, um unsere Kübel mit Wasser zu füllen, was wir im Laufe der darauffolgenden Arbeit häufig wiederholten. Die kleinen Neros jener Zeit und Hunderte von Zuschauern kamen gut auf ihre Rechnung, während der 'Stern-Jud', der 'Scheratter-Jud' usw. nach der Reihe auf der Strasse niederknien und jene mühselige Arbeit begannen – die mit Ölfarbe auf den Strassenbelag gemalten Parolen für die unterdrückte Volksbefragung abzureiben.» (7)

Die Schilderungen von Überlebenden des Holocausts, Augenzeugenberichte wie die des Engländers Gedye und in jenen Tagen aufgenommene Fotos (eines der erschütterndsten zeigt einen Buben, der unter dem höhnischen und schadenfrohen Grinsen der Umstehenden gezwungen wird, mit Ölfarbe das Geschäft seiner Eltern zu beschmieren) bezeugen, dass sich die Zuschauer derartiger Aktionen bestenfalls gleichgültig verhielten. Mangelnde Zivilcourage, Feigheit sowie weitgehendes Einverständnis mit dem tätlichen Antisemitismus liessen auch viele Wiener, die keine Nazis

waren, zu passiven Komplizen des Regimes werden, die vielleicht bei den Misshandlungen ihrer jüdischen Mitbürger wegschauten, aber keinen Protest dagegen erhoben.

Die jüdische Bevölkerung Wiens war in den ersten Wochen nach dem «Anschluss» gleichsam vogelfrei. Hass, Herrenmenschendünkel, Neid und jahrzehntelang in Wien «salonfähig» gewesener Antisemitismus brachen in Form von Sadismus, Brutalität und einer mittelalterlich anmutenden «Judenhatz» aus. Im 20. Bezirk pflegte beispielsweise der SA-Mann Josef Graf wochenlang in verschiedenen Cafés des Bezirks zu erscheinen, die anwesenden jüdischen Gäste zusammenzuschlagen, sie Spucknäpfe austrinken zu lassen und sie mit Schimpfworten wie «Gfrieser», «Schweine», «Saujuden» und die Frauen mit «Judenhuren» zu verhöhnen. (8)

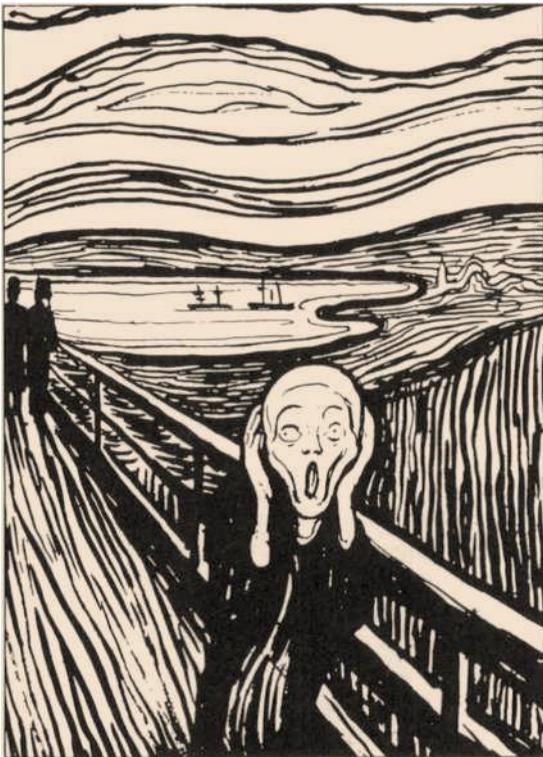
Die Initiatoren derartige Aktionen konnten sich des Beifalls der zufällig anwesenden Strassenpassanten sicher sein. Gegen Josef Graf wurde nach 1945 ein Volksgerichtsverfahren eingeleitet, was eine Ausnahme war. Nur ein winziger Bruchteil der unmittelbar nach dem «Anschluss» begangenen Straftaten wurde nach Kriegsende gerichtlich geahndet, teilweise, weil die Opfer umgekommen oder emigriert waren, teilweise, weil die Täter für die Justiz unauffindbar blieben.

Die Prozessunterlagen gegen Josef Graf, der 1948 zu acht Jahren Kerker verurteilt und 1952 begnadigt wurde, beweisen mit erschreckender Deutlichkeit, dass sämtliche seiner brutalen und sadistischen Ausschreitungen unter den Augen zahlreicher Zuschauer geschahen, die keinen Versuch machten, den Opfern (des Josef GraD zu Hilfe zu kommen. (9)

Hand in Hand mit den öffentlichen Demütigungen und Misshandlungen der Wiener Juden erfolgte deren Ausplünderung und Beraubung. Unter dem Vorwand, Hausdurchsuchungen vornehmen zu müssen, drangen sowohl Uniformierte als auch Zivilisten in jüdische Wohnungen ein und «requirierten» Geld, Schmuck und andere Wertgegenstände. Die damals 69-jährige Rosa Eisinger erlebte eine derartige «Hausdurchsuchung»: «Am 17. März 1938 erschienen in meiner Wohnung einige Herren in Uniform und machten, wiewohl ich mich als alte Frau nie mit Politik befasst habe, eine Hausdurchsuchung, bei welcher dann unter anderem nachstehende Mittel beschlagnahmt wurden, worüber mit auch eine Bestätigung gegeben wurde, und zw: S 700,- bar, S 500,- Trefferanleihe und Kc 400,- in Noten. Am 19. März erschienen neuerlich mehrere Herren in Zivil und machten neuerlich eine Hausdurchsuchung, bei welcher ein Grossteil meiner Wohnungseinrichtung, Bilder, etc. demoliert wurde und bei welcher mir verschiedene Schriftstücke und Geschäftsbücher abgenommen wurden.» (10)

Hilfe von der Polizei durften die Opfer von Plünderungen und Beraubungen nicht erwarten, vielmehr mussten sie damit rechnen, verhaftet zu werden, sollten sie es wagen, diese Vorfälle anzuzeigen. (11) Ein Teil der

Raubzüge wurde nach vorbereiteten Listen vorgenommen, um so bestimmte Gegenstände wie Schmuck, Pelze, Gemälde und sogar Möbelstücke, zu erbeuten(12). Alltäglich in jener Zeit waren auch die Plünderungen jüdischer Geschäfte am hellichten Tag. Grosse Kaufhäuser wurden von den Plünderern ebenso heimgesucht wie kleine Lebensmittelgeschäfte. Vor einem Kleidergeschäft in der Taborstrasse im 2. Bezirk stand in den Tagen nach dem «Anschluss» eine Kolonne von Lastautos, die SA-Männer mit Kleidungsstücken beluden, die sie aus dem Geschäft schleppten. (13). Männer und Frauen mit Hakenkreuzarmbinden betraten jüdische Süßwarengeschäfte, brüllten «Heil Hitler!» und rafften an sich, was immer ihnen ins Auge stach und gingen – natürlich ohne zu bezahlen (14). Viele Parteimitglieder und Mitläufer des NS-Regimes nutzen die



Eduard Munch: Der Schrei

Gunst der Stunde zur privaten Bereicherung. Die spontanen, pogromartigen Ausschreitungen mit all ihren grausamen Facetten wären in diesem Ausmass aber nicht möglich gewesen, wenn sie nicht ein wohlberechneter und als solcher willkommener Faktor des nationalsozialistischen Herrschafts- und Terrorsystems gewesen wären.

Der Terror war neben Propaganda, Indoktrination und Integrationsbemühungen eine der wichtigsten Stützen der NS-Herrschaft. Im Wesentlichen bestand er aus zwei einander ergänzenden Faktoren: dem staatlichen Terror (Gestapo, SS, SA.) und dem Terror «von unten», dem von einheimischen Nationalsozialisten und deren Anhängern. (15). Die neuen Machthaber liessen in den ersten Wochen nach dem «Anschluss» den antisemiti-

schen Ausbrüchen eines Teils der Wiener Bevölkerung freien Lauf, um damit einerseits die jüdische Bevölkerung zur raschen Auswanderung zu zwingen und um andererseits die Erwartungen vieler Parteimitglieder und «Volksgenossen» auf «Wiedergutmachung» für vergangene materielle und berufliche Benachteiligungen zu erfüllen. Viele NSDAP-Mitglieder – aber auch Leute, die sich vorher nie viel um Politik gekümmert hatten – «entschädigten» und bereicherten sich nun, indem sie Geschäfte und Wohnungen arisierten, plünderten und ihre soziale Unzufriedenheit an der jüdischen Bevölkerung ausliessen. Sie nahmen an der Entrechtung der Wiener Juden teil, zogen daraus konkrete wirtschaftliche und materielle Vorteile und wurden so zu Komplizen des nationalsozialistischen Regimes. Die antisemitischen Ausschreitungen kamen den NS-Machthabern auch insofern entgegen, als sie als Ventil für schwer kontrollierbare, pseudorevolutionäre Neigungen und Aversionen gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse dienten (16), wenngleich die Eigendynamik, welche die antijüdischen Exzesse entwickelten, den Machthabern in Staat und Partei mitunter Unbehagen bereitete.

Die spontanen Raubzüge nahmen bald ein Ausmass an, dass Staats- und Parteiführung um das Gelingen der planmässigen «Entjudung der Ostmark» zu fürchten begannen. Gauleiter Josef Bürckel rief daher bereits am 9. April 1938 im «Völkischen Beobachter» zur Ordnung: «Es ist mir bekannt geworden, dass gewisse Leute unter dem Vorwand, sie gehörten einer Gliederung der Partei an, Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen vornahmen. Es ist selbstverständlich, dass ein solches Vorgehen ungesetzlich und unzulässig ist. Zu Durchsuchungen und Beschlagnahmungen sind allein die gesetzlich zuständigen, öffentlichen Sicherheitsorgane befugt.»

Die NS-Machthaber beliessen es aber vorerst bei halberzogenen Warnungen und Appellen, ohne diesen Konsequenzen folgen zu lassen. Wenige Wochen vor der für 10. April 1938 angesetzten Volksabstimmung durften keine parteiinternen Konflikte ausbrechen, und die nationalsozialistischen Parteigänger sollten nicht vor den Kopf gestossen werden.

Die Empörung des Auslandes über die Pogrome sowie die Furcht der Partei- und Staatsführung, dass durch die Raubzüge und «Requirierungen» zu viele Werte dem Zugriff des Staates entzogen werden, veranlassten Gauleiter Bürckel Ende April, den Parteimitgliedern unter den Tätern zu drohen, dass «beim Vorkommen der geringsten Ausschreitungen, Unruhestiftungen, Anpöbelungen von Volksgenossen oder Nichtariern nicht nur die beteiligten SA-Männer, sondern in erster Linie der zuständige verantwortliche Führer mit der sofortigen Ablösung von seiner Dienststelle und mit Ausschluss aus der SA und der Partei zu rechnen (habe).» (17)

Die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung Wiens nahmen im Sommer 1938 zwar an Häufigkeit

und Intensität ab, ganz hörten sie allerdings nicht auf. Die Tatsache, dass am 18. August 1938 die Gauleitung Wien der NSDAP an sämtliche Dienststellen und Parteigliederungen ein Rundschreiben erliess, in dem darauf hingewiesen wurde, «dass kein Parteigenosse oder Angehöriger einer Gliederung berechtigt ist, ohne Auftrag seiner übergeordneten Dienststelle irgendwelche Judenaktionen vorzunehmen», bezeugt, dass es auch während des Sommers zu Ausschreitungen gekommen ist. (18). Bis Ende August wurde sogar ein spezieller «Streifendienst zur Verhütung von Einzelaktionen» – in der Regel aus SS-Männern und Schutzpolizisten bestehend – in allen Wiener Bezirken eingesetzt. Dieser Streifendienst griff zum Beispiel ein, als am 17. Mai 1938 SA-Männer in ein kleines Bethaus in der Stuwertstrasse (2. Bezirk) eindringen und die dort versammelten Juden misshandelten. Es mutet geradezu grotesk und seltsam an, wenn der Führer des SS-Abschnittes XXXI berichtet, dass – nachdem er die Stuwertstrasse von den SA-Männern hatte räumen lassen – diese erneut gewaltsam in das Bethaus eindringen, die Juden vertrieben und dort «wie üblich gehaust hatten» (19).

Im Oktober 1938 flammten die Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung Wiens erneut auf. Die Ursache dafür war, dass viele Wiener Nazis – vor allem SA-Männer und «alte Kämpfer» – das Gefühl hatten, bei der Vergabe von Posten, Wohnungen und Geschäften «zu kurz» gekommen zu sein und von der Beute keinen odereinen zu geringen Anteil erhalten zu haben. Viele der «Übergangenen» versuchten sich daher in «Einzelaktionen» bei der jüdischen Bevölkerung durch Raub und Erpressung gleichsam zu entschädigen.

Ab Herbst 1938 kam es auch vermehrt zu «wildem» Wohnungsarisierung.

Von den zum Zeitpunkt des «Anschlusses» gezählten 70.000 jüdischen Wohnungen in Wien befanden sich im Dezember 1938 lediglich 26.000 im Besitz ihrer rechtmässigen Eigentümer; mehr als 44.000 «Judenwohnungen» waren bereits in den ersten neun Monaten der nationalsozialistischen Herrschaft arisiert worden. (20).

Viele Juden sahen in dieser für sie so demütigenden und aussichtslosen Situation nur einen Ausweg – Selbstmord zu begehen., wie z.B. Egon Friedell, Kulturhistoriker, Feuilletonist, Kritiker und Leiter des Wiener Kabarets «Die Fledermaus»; um der Verhaftung zu entgehen, sprang Friedell am 16. März 1938 aus dem Fenster seiner Wohnung.

«Legalisierter» Antisemitismus

Bereits in den Morgenstunden des 12. März 1938 landete auf dem Flugfeld Aspern Heinrich Himmler, Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei, mit einem Stab ausgesuchter SD- und Gestapo-Beamter. Gleichzeitig mit dem spontanen Terror der einheimischen Nationalsozialisten und ihrer Anhängerschaft wurde nun der systematische, staatliche, auf pseudogesetzli-

chen Verordnungen und Erlässen basierende Terrorfeldzug gegen Regimegegner und österreichische Juden entfesselt (21).

Anhand bereits vorbereiteter Proskriptionslisten begann eine gross angelegte Verhaftungswelle, der neben politischen Gegnern vor allem prominente Wiener Juden – Repräsentanten der Kultusgemeinde (IKG), Intellektuelle sowie bekannte Bank- und Geschäftsleute – zum Opfer fielen (22). Manche der Inhaftierten wurden nach einigen Wochen, unter dem Zwang, Österreich sobald wie möglich unter Zurücklassung ihres ganzen Hab und Gutes zu verlassen, wieder enthaftet.

Als am 1. April 1938 der erste Transport österreichischer Häftlinge ins KZ Dachau abging, waren von den 151 «Schutzhäftlingen» 60 Juden. Nachdem anlässlich einer Hausdurchsuchung in den Amträumen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien am 17. und 18. März von den Polizei- und Parteiorganen eine Zahlungsbestätigung von 800.000 Schilling für die von Schuschnigg geplante Volksbefragung gefunden worden war, nahm Adolf Eichmann – der Sachverständige in Judenangelegenheiten bei SD in Wien – dies zum Anlass, um der jüdischen Gemeinde nochmals die gleiche Summe für die Volksabstimmung am 10. April abzu pressen. Amtsdirektor Dr. Josef Löwenherz wurde festgenommen und erst wieder freigelassen, nachdem 800.000 Schilling bzw. 500.000 RM bezahlt worden waren. (23).

Eine weitere grosse Verhaftungswelle gegen die jüdische Bevölkerung setzte im Mai 1938 ein. 2'000 Juden wurden entsprechend einer Anordnung der Gestapo festgenommen, in dafür vorgesehene «Notarreste» verbracht und von dort in die verschiedenen Konzentrationslager eingewiesen. Staat und Polizei beabsichtigten mit diesen Verhaftungen, Druck auf die Österreicherjuden auszuüben und damit möglichst viele zum Auswandern zu zwingen. (24). Obwohl sofort nach dem «Anschluss» eine Reihe «gesetzgeberischer» und administrativer Massnahmen zur Diskriminierung und Ausschaltung der österreichischen Juden aus dem öffentlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Leben getroffen wurde, hatten die neuen Machthaber Mühe, angesichts der antisemitischen Ausschreitungen und Exzesse mit den entsprechenden «gesetzlichen» Regelungen Schritt zu halten. Noch bevor im Mai 1938 die «Nürnberger Gesetze» in Österreich in Kraft traten, war die Mehrheit der jüdischen Bevölkerung bereits aus dem beruflichen, wirtschaftlichen und kulturellen Leben ausgeschaltet worden.

So trat beispielsweise die Verordnung über die Entlassung jüdischer Beamter aus dem Staats- und Gemeindedienst erst im Mai 1938 in Kraft, de facto waren jüdische Beamte bereits mit 15. März ihres Dienstes enthoben worden, da sie zur Dienstvereidigung auf den «Führer» nicht zugelassen worden waren, was automatisch einer Entlassung gleichkam (25). Ähnlich erging es den jüdischen Angestellten und Arbeitern.

Laut einem Rundschreiben des Industriellenverbandes vom 29. Juni 1938 sollte mit 30. Juni 1938 allen Juden und Mischlingen gekündigt werden (26). Tatsächlich verloren die meisten Juden sofort nach dem «Anschluss» ihre Arbeitsplätze. So konnte man zum Beispiel schon am 17. März 1938 im «Neuen Wiener Tagblatt» lesen, das Kaufhaus Herzmansky werde von einem Treuhänder geführt und alle «nichtarischen» Angestellten seien entlassen worden. Auch das Kaufhaus Gemgross konnte am 27. April 1938 darauf verweisen, dass aus der «Gefolgschaft» sämtliche «Nichtarier eliminiert» worden waren (27).

Die Entlassung der jüdischen Beamten und Arbeitnehmer hatte jedoch einen unerwünschten Nebeneffekt: Eine hektische Postenjagd setzte ein, der Nepotismus und Korruption Tür und Tor öffnete. Die Folge war, dass Posten mit Leuten besetzt wurden, die als einzige



Aus: Jüdisches Echo 1/1987

Qualifikation «alte Kämpfer» vorweisen konnten, sodass Gauleiter Josef Bürckel sich schon im März 1938 veranlasst sah, darauf hinzuweisen, dass «personelle Änderungen zurzeit unerwünscht sind» (28).

Der «überschäumende Radikalismus» (Diktion des «Völkischen Beobachters», 26. April 1938) der Wiener rief bei den auf legale Massnahmen und Gesetze pochenden NS-Machthabern Unbehagen hervor. Seyss-Inquart meinte daher in einem Brief an den Chef der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers, es gehe nun darum, die gegen die Juden getroffenen Massnahmen auf «eine rechtlich einwandfreie Basis» zu stellen (29). Durch Erlässe und Verordnungen wurde mit 24. April

1938 die Einführung des Numerus clausus für jüdische Studenten (30), mit 27. April bzw. 9. Mai 1938 die Absonderung jüdischer Schüler in «rein jüdische» Schulen beschlossen (31). Ab Sommer 1938 war es Juden verboten, Parkanlagen und öffentliche Badeanstalten zu besuchen (32). Jüdischen Ärzten wurde mit 30. September 1938 die Approbation entzogen; sie durften sich fortan nur mehr als «jüdische Krankenbehandler» bezeichnen und ausschliesslich jüdische Patienten behandeln. (33).

Im Sommer 1938 wurde die «Kennkarte» für alle Juden über 15 Jahre eingeführt, mit der sie im Verkehr mit amtlichen oder parteiamtlichen Dienststellen «unaufgefordert auf ihre Eigenschaft als Jude hinzuweisen» hatten, sowie die Vorschrift zur Führung der Vornamen «Sara» und «Israel» (34).

Arisierungen

Sofort nach dem «Anschluss» setzte in Wien ein regelrechter «Arisierungswettlauf» ein. Tausende Nazis und Mitläufer des Regimes nützten die Chance zur raschen individuellen Bereicherung, indem sie bereits in den ersten Tagen nach der Okkupation Österreichs als von eigenen Gnaden ernannte kommissarische Verwalter von jüdischen Betrieben und Geschäften Besitz nahmen.

Die Tätigkeit dieser kommissarischen Verwalter bestand vor allem in der weitreichenden Ausplünderung des jüdischen Betriebes. Die kommissarischen Verwalter liessen sich – obwohl sie in vielen Fällen nichts taten – hohe, für die Betriebe untragbare Gehälter auszahlen, plünderten Warenlager für den Eigenbedarf oder den ihrer Freunde und Verwandten, verkauften den vorhandenen Warenbestand zu Schleuderpreisen und steckten den daraus erzielten Erlös in die eigenen Tasche. Die Gesamtzahl dieser kommissarischen Verwalter soll laut Finanz- und Handelsminister Dr. Hans Fischböck in den ersten Wochen nach dem «Anschluss» ca. 25.000 betragen haben. (35).

Die «wilden Arisierungen» und das «Kommissarunwesen», wie diese Vorgänge in Wien von führenden Nationalsozialisten bezeichnet wurden, erreichten bald ein solches Ausmass, dass Staats- und Parteiführung dadurch die Wirtschaft ernstlich gefährdet sahen.

Dem Zugriff des NS-Staates entgingen durch die unkontrollierten Ausplünderungen und Arisierungen der jüdischen Geschäfte und Betriebe nicht nur erhebliche Vermögenswerte, sie verminderte auch die wirtschaftliche Kapazität der «Ostmark», die Hermann Göring, dem Beauftragten für den Vierjahresplan, in Hinblick auf den Südosthandel besonders wichtig war. Viele «Kommissare» wirtschafteten die Betriebe und Geschäfte zugrunde. Die «wilden Arisierungen» behinderten auch vielfach die von den nationalsozialistischen Ökonomen geplante Sperre unrentabler Kleinbetriebe und die damit beabsichtigte Strukturbereinigung der Wirtschaft. Bereits am 21. März 1938 ordnete das Reichsministerium des Innern in einem Telegramm

an, gegen dieses «unbefugte Vorgehen einzuschreiten und dafür Sorge zu tragen, dass derartige Arisierungsmassnahmen unterbleiben» (36). Hermann Göring betonte in seiner Rede vom 26. März 1938 in der Halle des Nordwestbahnhofes vor 20.000 Menschen, die Juden müssten aus der Wirtschaft ausgeschaltet werden. «Aber das darf nicht durch falsche Eingriffe oder dumme Massnahmen versucht werden,» rief Göring, «sondern (muss) ganz systematisch mit aller Überlegung geschehen. (37).

Um eine kontrollierte und «legale Entjudung» der «Ostmark» in die Wege zu leiten, wurde am 14. April 1938 das Gesetz über die Bestellung kommissarischer Verwalter und kommissarischer Überwachungspersonen erlassen, in dem ausdrücklich festgestellt wurde, dass kommissarische Verwalter vom Reichsstatthalter bestellt oder bestätigt werden müssen (38).

Am 26. April 1938 trat das Gesetz über die Anmeldung des Vermögens von Juden in Kraft, dessen praktische Bedeutung darin bestand, Unterlagen für eine spätere «legale» Arisierung der jüdischen Betriebe zu schaffen. Im Mai 1938 wurde im Ministerium für Handel und Verkehr die Vermögensverkehrsstelle eingerichtet, die von dem «kommissarischen Gau Wirtschaftsberater von Wien», Ing. Walter Rafelsberger, geführt wurde. Alle Arisierungen durften seitdem nur mit Genehmigung der Vermögensverkehrsstelle durchgeführt wer-

zuges ihren Lebensunterhalt bestreiten. Obwohl nun die Arisierungen unter der Kontrolle der Vermögensverkehrsstelle abgewickelt wurden, herrschten weiterhin Korruption, Denunziantentum und Neid unter den Arisierenden.

Das Attentat

Am 6. Oktober 1938 erliess das polnische Innenministerium eine Verordnung, wonach alle im Ausland lebenden polnischen Staatsangehörigen ihre Pässe den polnischen Konsulaten zur Überprüfung und zur Eintragung eines Kontrollvermerks vorzulegen halten. Personen, die mehr als fünf Jahre ununterbrochen im Ausland waren, sollten den Kontrollvermerk nicht erhalten und nach Ablauf der in der polnischen Verordnung festgesetzten Überprüfungsfrist – am 29. Oktober 1938 – als staatenlos erklärt werden. (40)

Am 27. und 28. Oktober 1938, zwei Tage vor Ablauf der Überprüfungsfrist, wurden auf Veranlassung des Auswärtigen Amtes 15.000 bis 17.000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit verhaftet und über die deutsch-polnische Grenze abgeschoben. (41)

Unter den von der Ausweisung Betroffenen befand sich auch die Familie des 17-jährigen Herschel Grynszpan, der zu diesem Zeitpunkt bei einem Onkel in Paris lebte. Dort erhielt er am 3. November 1938 von seiner

Schwester Berta eine Postkarte, die ihn mit der traurigen Situation seiner Familie – sie vegetierte in einem Barackenlager im polnischen Ort Zbaszyn – konfrontierte. Wenige Tage später – am 7. November – schoss Herschel Grynszpan auf den deutschen Botschaftssekretär Ernst vom Rath, um die Weltöffentlichkeit auf die verzweifelte Lage der Juden im Deutschen Reich aufmerksam zu machen (42). Am 9. November 1938 erlag Ernst vom Rath seinen Verletzungen.

Das Attentat Grynszpans bot den nationalsozialistischen Machthabern einen willkommenen Anlass zur Durchführung und Legitimierung der bereits schon länger geplanten Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben.

Bis zum Jahr 1938 war die Stellung der deutschen Juden in der Privatwirtschaft relativ unangestastet geblieben, wenngleich sie aus den freien Berufen ausgeschlossen worden waren.

Im Gegensatz zu Österreich bzw. der «Ostmark» war die Enteignung der Juden im «Altreich» nur schleppend vorangegangen. Noch im Mai 1939 betrug beispielsweise der Anteil der selbständigen Juden im Berlin 30%, in Wien hingegen nur 6%. Goebbels brüstete sich noch Jahre später, er habe das Problem des «jüdischen Einflusses» auf die deutsche Wirtschaft



Juden in Simmering müssen Wahlparolen Schuschniggs wegputzen
Foto: DÖW

den.(39). Die nun planmässigen Arisierungen bedeuteten für den rechtmässigen jüdischen Besitzer, dass er seinen Betrieb oder sein Geschäft weit unter dem Realwert dem Ariseur überlassen musste. Über den Verkaufserlös konnte der jüdische Verkäufer nicht frei verfügen, da dieser auf ein Sperrkonto eingezahlt wurde, von dem die Finanzverwaltung die «Reichsfluchtsteuer», die «Judenvermögensabgabe» usw. abzog, sodass bei der erzwungenen Auswanderung der Betroffene meist völlig verarmt war. Von den geringen Zinsen der Sperrkonten mussten die Opfer dieses staatlichen Raub-

«innerhalb 24 Stunden durch die Mobilisierung der Strasse beseitigt.».

Der Pogrom in Wien

Am 9. November 1938 fand im Beisein Adolf Hillers in München der traditionelle Kameradschaftsabend der nationalsozialistischen Parteiführung statt. Im Laufe des Abends – gegen 21 Uhr – wurde Hitler die Nachricht vom Ableben Ernst vom Rath überbracht.

Nach einer halbstündigen Unterredung mit Reichspropagandaminister Joseph Goebbels verliess Hitler die Versammlung. Goebbels ergriff nun das Wort und erging sich in einer wüsten antisemitischen Hetzrede, die von allen anwesenden Parteiführern als Aufruf zum Pogrom verstanden wurde. Wie die anderen anwesenden Funktionäre informierte auch der Wiener Gauleiter Odilo Globocnik sofort nach Ende dieser Rede seine Dienststelle in Wien, ordnete «Aktionen demonstrativer Art» an und verfügte ein absolutes Uniformverbot während dieser Aktionen.

Der Wiener Gauinspektor Nemeč nahm die Weisung Globocniks entgegen und gab sie um ca. 1 Uhr nachts an die neun Kreisleiter Wiens weiter.



Simmeringer Juden im März 1938
Foto: DÖW

Bereits um 23.55 Uhr erging ein Geheimschreiben des Gestapochefs Heinrich Müller an alle Stapo-Leitstellen und Stapo-Stellen, demzufolge «Aktionen», insbesondere gegen Synagogen, nicht zu stören, Archivmaterial in Synagogen sicherzustellen und reichsweit 20.000 bis 30.000 – vor allem wohlhabende – Juden festzunehmen seien. Um 1.40 Uhr erging ein sinngemäß gleiches Fernschreiben des Reichspropagandaministeriums an alle Gauämter.

In Wien wurde der Pogrom von den Parteileitern, SA- und SS-Verbänden, sowie von HJ-Gruppen durchgeführt. Hier in Wien hat man sogar in vielen Fällen morgens die Schulen geschlossen, damit die Jugend «ordnungsgemäss sich an den Demonstrationen betei-

ligen konnte», Gauleiter Bürckel an Reichsfeldmarschall Hermann Göring, 18. November 1938. Die Feuerwehr – meist von den Rollkommandos selbst gerufen – hatte nur die Aufgabe, an Synagogen grenzende Gebäude vor übergreifenden Bränden zu schützen. Insgesamt wurden in Wien 42 Synagogen und Bethäuser zerstört (43).

Um ca. 4 Uhr früh des 10. Novembers begannen die Massenverhaftungen; 6.547 Wiener Juden wurden festgenommen, 3.700 von ihnen in das KZ Dachau transportiert. Die Verhafteten wurden in «Notarreste» – teilweise in ehemaligen Schulen eingerichtet – verbracht und dort von ihren Bewachern (hauptsächlich Angehörigen der SA) brutalst misshandelt (Prügel, körperliche «Übungen» bis zur totalen Erschöpfung).

Einer dieser «Notarreste» befand sich im 7. Bezirk, in einer ehemaligen Klosterschule, Kenyongasse, mehrere Häftlinge unternahmen dort Selbstmordversuche.

«Am 12. November 1938, um 22.00 Uhr, versuchte der im Notarrest 7., Kenyongasse, inhaftierte Jude Dr. Max Oberjäger, 9-, Schubertgasse 8, durch Herausspringen

von einem Fenster des 3. Stockwerkes Selbstmord zu verüben. Er wurde von Mithäftlingen an der Ausführung der Tat verhindert. Er zog sich Schnittwunden am Hals und an beiden Handgelenken zu. Er wurde auf die 1. Unfallstation und von dort in die psychiatrische Abteilung verschafft. Einen gleichen Selbstmordversuch unternahm Dr. Richard Wallach, 19., Weimarerstrasse 88 wohnhaft, indem er sich um 23.00 Uhr durch ein Parterrefenster des Notarrestes Kenyongasse in den Lichthof stürzte, wo er bewusstlos liegenblieb. Er wurde in das Sophienspital verschafft.» (44)

Wie bereits in den Tagen und Wochen unmittelbar nach dem «Anschluss» häuften sich in diesen Tagen die Selbstmorde von

Wiener Juden. Knappe Meldungen wie «Am 15.11.1938, 8 Uhr hat sich das jüdische Ehepaar Kaufmann Arthur Schulz und Helene Schulz in der Wohnung Nussdorferstrasse 10 erhängt», finden sich in den täglichen Berichten des Wiener Polizeipräsidenten an Reichskommissar Bürckel häufig (45).

Tausende jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden während des Pogroms und in den Tagen danach zerstört, geplündert und «beschlagnt». Obwohl in den Nachmittagsstunden des 10. November die Beendigung der «Aktionen» angeordnet wurde, konnte seitens der Staats- und Parteiführung den Ausschreitungen und vor allem den Plünderungen jüdischer Ge-

schäfte und Wohnungen mehrere Tage lang nicht Einhalt geboten werden. Die täglichen Berichte des Polizeipräsidenten von Wien an Reichskommissar Bürckel in den Wochen nach dem Pogrom geben davon beredtes Zeugnis.

Bürckel, der in einem Brief am 18. November an Hermann Göring den Novemberpogrom ungeschminkt als «Tag und Nacht der langen Finger» bezeichnete, war sich über die Situation in Wien im Klaren, und am 11. November 1938 sandte er an SS-Gruppenführer Ernst Kaltenbrunner ein Telegramm folgenden Inhalts: «Aufgrund der Vorkommnisse in der Nacht vom 10. zum 11. November bitte ich Sie, durch das Einsetzen der gesamten Standarte 'Feldherrenhalle' sowie durch Heranziehen von Männern der PL, SA, SS, des NSSK und NSFK das gesamte Stadtgebiet so zu sichern, dass weitere Ausschreitungen unmöglich sind.» (46) Auch SS-Gruppenführer Kaltenbrunner schätzte die Situation realistisch ein. In seinem Antworttelegramm an Bürckel sagte er nicht nur die Sicherung des Stadtgebietes für die Nacht zum 12. November zu, sondern auch für die kommenden Nächte.

Wie bereits in den Tagen und Wochen nach dem «Anschluss» hatten die Wiener Nationalsozialisten und ihre Anhängerschaft die Chancen zur individuellen Bereicherung bzw. zur endgültigen Ausschaltung unliebsamer jüdischer Konkurrenz voll genützt. Geschäfte, die bis zum Zeitpunkt des Pogroms noch nicht arisiert bzw. unter kommissarischer Verwaltung waren, deren «jüdische Inhaber aber im Zuge der Ereignisse entfernt worden waren», konnten nun dem «normalen Arisierungsweg» zugeführt werden (47). Die Plünderung und Verwüstung jüdischer Geschäfte hatte vielfach ein Ausmass angenommen, das ein Fortführen derselben unrentabel erscheinen liess. Reichskommissar Bürckel ordnete daher am 17. November 1938 an, Geschäfte, «die im Zuge der Aktion beschädigt bzw. ihrer Waren ganz oder teilweise entblösst» worden waren, «der Liquidation zuzuführen». (48)

Am 10. November 1938 ermächtigte Gauleiter Odilo Globocnik die Kreisleiter Wiens, «die Umsiedlung von bis dahin in Kleinwohnungen wohnenden Juden in bereitgestellte, unanbringliche Grosswohnungen vorzunehmen». Die Ghettoisierung der Wiener Juden unter menschenunwürdigen Bedingungen in sogenannte «Gemeinschaftswohnungen» mit mehreren Familien begann. (49)

Der reichsweite Novemberpogrom – dem Judenreferat des Sicherheitsdienstes der SS waren Pogrome schon 1937 als «wirksamstes Mittel» zur Beschleunigung der «Judenpolitik» erschienen – wurde als «spontane Vergeltungsmassnahme» des deutschen Volkes für das Pariser Attentat von den nationalsozialistischen Machthabern vorbereitet und initiiert. Die unmittelbar nach dem Pogrom einsetzende Arisierungs- und Enteig-

nungsgesetzgebung sollte als logische Vollstreckung des «Volkswillens» erscheinen.

Schon am 14. Oktober 1938 hatte Hermann Göring, der Beauftragte für den Vierjahresplan, gefordert: «Die Judenfrage muss jetzt mit allen Mitteln angefasst werden, denn sie (die Juden) müssen aus der Wirtschaft raus.»

Am 12. November 1938 wurde in einer Sitzung im Reichsluftfahrtministerium unter Görings Vorsitz die «Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben» beschlossen, die Judeverbot, ein selbständiges kaufmännisches Unternehmen bzw. Handwerk zu betreiben.

In der gleichen Sitzung wurde den Juden des Deutschen Reiches die Verpflichtung auferlegt, für die während des Pogroms entstandenen Schäden aufzukommen (Verordnung zur Wiederherstellung des Strassenbildes) und eine «Kontribution» von einer Milliarde Reichsmark als «Sühne» für das Pariser Attentat zu leisten.

Zwar wettete Göring während der Sitzung am 12. November gegen die Zerstörung und Verwüstung materieller Werte («Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet»), doch das mit dem Pogrom beabsichtigte Ziel – die Enteignung der deutschen Juden – war erreicht.

Am 3. Dezember 1938 trat die «Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens» in Kraft, die einerseits die zwangsweise Schliessung bzw. Arisierung noch bestehender jüdischer Betriebe sowie Juden gehörenden Grundbesitzes und andererseits die Deponierung von Bargeld, Wertpapieren und sonstigen Wertgegenständen auf Sperrkonten vorsah.

Eine Fülle weiterer diskriminierender Verordnungen trat nach dem Novemberpogrom in Kraft: Juden mussten z.B. Anfang 1939 Edelsteine, Schmuck und Edelmetalle abliefern, sie durften Theater, Konzerte etc. nicht mehr besuchen und bestimmte Stadtbezirke nicht mehr betreten.

Hermann Göring hatte bezeichnenderweise gegen Ende der Sitzung vom 12. November gemeint: «Ich möchte kein Jude sein in Deutschland.»

Anmerkungen

- 1) G.E. R. Gedye, Als die Bastionen fielen. Die Errichtung der Dollfuss-Diktatur und Hitlers Einmarsch in Österreich und den Sudeten. Eine Reportage über die Jahre 1927 bis 1938, Wien o.J., S. 280 ff.
- 2) Ebenda
- 3) Carl Zuckmayer, Als wär's ein Stück von mir, Frankfurt/Main 1965, S. 72, zit. nach Hans Safrian/Hans Witek, Und keiner war dabei. Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938, Wien 1988, S. 20.
- 4) Gedye, a.a.O., S. 288.

-
- 5) Jonny Moser, Die Katastrophe der Juden in Österreich 1938-1945, in: Der gelbe Stern in Österreich. Katalog und Einführung zu einer Dokumentation, Eisenstadt 1977, S. 109.
 - 6) Vgl. Gedye, a.a.O., S. 294-297.
 - 7) DÖW E 20570.
 - 8) DÖW 19076.
 - 9) Ebenda.
 - 10) Archiv der Republik (AdR), Bestand Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem deutschen Reich (Rk.), Karton 195.
 - 11) Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945, Wien – München 1978, S. 26.
 - 12) Rosenkranz, a.a.O., S. 27.
 - 13) Rosenkranz, a.a.O., S. 29-
 - 13) Gedye, a.a.O., S. 291.
 - 14) Rosenkranz, a.a.O., S. 29
 - 15) Wolfgang Neugebauer, Das NS-Terrorssystem, in: Emmerich Talos/Ernst Hanisch/Wolfgang Neugebauer (Hrsg.), NS-Herrschaft in Österreich 1938-1945, Wien 1988, S. 165-
 - 16) Gerhard Botz, Wien vom «Anschluss» zum Krieg. Nationalsozialistische Machtübernahme und politisch-soziale Umgestaltung am Beispiel der Stadt Wien 1938/39, Wien – München 1978, S. 108.
 - 17) Zitat nach Safrian/Witek, a.a.O., S. 40.
 - 18) DÖW 8496.
 - 19) AdR, Rk, Karton 105
 - 20) Gerhard Botz, Wohnungspolitik und Judendeportationen in Wien 1938-1945: Zur Funktion des Antisemitismus als Ersatz nationalsozialistischer Sozialpolitik, Wien 1975, S. 60.
 - 21) Neugebauer, a.a.O., S. 164.
 - 22) Moser, a.a.O., S. 112.
 - 23) Ebenda.
 - 24) Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945 – eine Dokumentation, Hrsg. DÖW, Wien 1975, Band 3, S. 195-
 - 25) DÖW 8496 und Botz, Vom «Anschluss» zum Krieg, a.a.O., S. 85-
 - 26) DÖW 5303.
 - 27) AdR, Bestand Vermögensverkehrsstelle (WST), Karton 636, ST.3801
 - 28) Zit. nach Botz, Wien vom «Anschluss» zum Krieg, a.a.O., S. 85.
 - 29) Botz, Wien vom «Anschluss» zum Krieg, a.a.O., S. 243.
 - 30) DÖW E 18788.
 - 31) Botz, Wien vom «Anschluss» zum Krieg, a.a.O. S. 243-
 - 32) Ebenda, S. 244
 - 33) Jonny Moser, Die Entrechtung der Juden, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), Der Judenpogrom 1938. Von der «Reichskristallnacht» zum Völkermord, Frankfurt/Main 1988, S. 120.
 - 34) DÖW 8496.
 - 35) Vgl. das Kapitel «Unorganisierte und organisierte Umverteilung» in Safrian/Witek, a.a.O.
 - 36) AdR, Rk, Kanon 53
 - 37) Zit. nach Botz, Wien vom «Anschluss» zum Krieg, a.a.O., S. 163.
 - 38) Kleine Volkszeitung, 15.4.1938.
 - 39) Wiener Neueste Nachrichten, 19-5-1938
 - 40) Friedrich Karl Kaul, Der Fall Herschel Grynszpan, Berlin 1965, S. 32.
 - 41) Ebenda, S. 86.
 - 42) Ebenda, S. 9
 - 43) Vgl. dazu: T. Friedmann, Die Kristall-Nacht. Dokumentarische Sammlung, Haifa, 1972.
 - 44) AVA, Rk, Kanon 52 (2010/1) Polizeipräsident Wien: Streifendienst zur Verhütung von Einzelaktionen.
 - 45) Ebenda.
 - 46) Ebenda.
 - 47) T. Friedmann, a.a.O.
 - 48) Ebenda.
 - 49) Ebenda.

Der Novemberpogrom in Westösterreich

Zur Vorgeschichte und Ausgangslage

Im Jahr 1877 war der Tempel der kleinen jüdischen Gemeinde in Linz eingeweiht worden (1). In den Morgenstunden des 10. Novembers 1938, gegen 3 Uhr früh, wurde er aufgebrochen und teilweise demoliert. Am Werk waren SA-Männer in Uniform. Gegen 4 Uhr kam ein Trupp von SS-Leuten in Zivil hinzu und nahm die weitere Aktion in die Hand. Das Ergebnis war ein Totalbrand. Der Bericht der Linzer Feuerwehr hält lakonisch fest: «Was blieb erhalten? Nichts als die Mauern. « (2) Ungefähr zur gleichen Zeit demolierten Angehörige der SA und des NSKK im Alter zwischen 20 und 35 Jahren in Salzburg Fenster, Einrichtung und Kultgegenstände der hiesigen Synagoge. Sie war 1893 erbaut worden. Eine Brandlegung erfolgte nicht (3). In Innsbruck blieb der als Synagoge dienende Raum in einem Haus der Innenstadt ebenfalls von Brandlegung verschont. Die SS zerstörte jedoch die Inneneinrichtung. Thorarollen wurden beschädigt, die Bänke sowie der Thoraschrein zertrümmert und auf die Strasse geworfen. Die zerschlagenen Gegenstände erhielt später der Hausmeister des Gebäudes, in welchem der Betsaal seit ca. 1910 untergebracht war, als Brennholz (4). Die Fenster eingeschlagen, die Bundeslade und Thorarollen entwendet wurden auch im Fall der alten Synagoge in Hohenems, dem religiösen Zentrum einer jüdischen Gemeinde, die bis in das frühe 17. Jahrhundert zurückging. Obwohl Nationalsozialisten mehrfach gedroht hatten, Feuer zu legen, verzichteten sie darauf, um die Gebäude in der unmittelbaren Nähe der Hohenemser Synagoge nicht zu gefährden (5).

Das Schicksal der Synagogen in den Bundesländern Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Oberösterreich, d.h. in den damaligen Reichsgauen Tirol, Salzburg und Oberdonau, deutet an, dass die sogenannte Reichskristallnacht vom 9. auf den 10. November 1938 das gesamte Deutsche Reich erfasste. Ihr fielen Bethäuser, Geschäfte und Wohnungen keineswegs nur in Grossstädten oder Orten mit bedeutenderem jüdischen Bevölkerungsanteil zum Opfer, bezahlten Menschen ihr Jüdissein mit dem Leben.

Antisemiten hatten seit dem 19. Jahrhundert behauptet, das Problem läge bei den Juden. Erst wenn die

«Judenfrage» gelöst wäre, würde viel, wenn nicht alles, besser werden. Solange dieser Zustand nicht erreicht war, wurden sie nicht müde, die «Verjudung» aller Lebensbereiche, von der Wirtschaft bis zur Politik, von den biologisch-genetischen Grundlagen bis zu Sitte, Religion und Kultur zu beklagen.

Quantitatives spielte offenbar keine entscheidende Rolle. Wie wäre es sonst möglich, dass der Pogrom des Jahres 1938 Berlin oder Wien ebenso erfasste wie Salz-



Thomas Nemeč: Triptychon für Vergessliche
Foto: Kleine Galerie

burg oder Innsbruck, sieht man davon ab, dass es beispielsweise in Wien natürlich mehr Synagogen und Juden gab, die zerstört bzw. attackiert werden konnten, als in irgendeiner österreichischen Provinzstadt. Die Statistik zeigt die ganz unterschiedlichen Zahlenverhältnisse. Nach den Ergebnissen der Volkszählung vom März 1934, der letzten verlässlichen Erhebung vor der NS-Herrschaft in Österreich, deren Daten im We-

sentlichen auch die Situation beim «Anschluss» vier Jahre später markieren, bekannten sich zur Israelitischen Religion in:

Wien 176.034 oder 9,4% der Gesamtbevölkerung
Oberösterreich 966 oder 0,1
Salzburg 239 oder 0,1
Tirol 365 oder 0,1
Vorarlberg 42 oder 0,0 (6)

Ungeachtet des etwas höheren Prozentsatzes im Burgenland (1,2%) liegt der Anteil der Juden ausserhalb Wiens deutlich unter einem Prozent der jeweiligen Gesamtbevölkerung; in den für uns in Frage kommenden vier Ländern genau genommen sogar unter 1/10 Prozent. Die Tendenz war in den Bundesländern überdies sinkend. Im Jahr 1910 lebten in Oberösterreich noch 1.215, in Salzburg 285, in Tirol 469 und in Vorarlberg 126 Personen mosaischer Konfession. Die objektive «Angriffsfläche» für Antisemiten war in der westlichen Provinz Österreichs also denkbar klein. Das gilt im Grossen und Ganzen auch für den möglichen Einfluss, den die Juden hier in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik ausüben konnten. Er war nirgendwo von aussergewöhnlicher, gar beherrschender Bedeutung. Da und dort ein Rechtsanwalt, ein Arzt, ein Kaufhaus oder Gewerbebetrieb – das war im Grunde die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Zu erinnern wäre etwa an die Kaufhäuser Schwarz und Ornstein in der Salzburgerinnenstadt, an das grösste Tiroler Kaufhaus Bauer & Schwarz in Innsbruck oder an Fritz Reitlinger, den Besitzer der Jenbacher Berg- und Hüttenwerke und vormaligen Präsidenten der Tiroler Industriellenvereinigung. Um bei Tirol zu bleiben: Im Handel, der immer als besonders «verjudet» galt, besaßen Juden 54 von insgesamt 17.418 Geschäften (7).

Ebensowenig Einfluss auf die Vorstellungswelt der Judengegner scheint der Umstand ausgeübt zu haben, ob jüdische Gemeinden, Familien oder Einzelpersonen in ihrer Region seit längerer oder kürzerer Zeit angesiedelt waren. In dieser Hinsicht gab es zwischen den vier Ländern deutliche Unterschiede. Salzburg war bis 1803 ein selbständiges geistliches Fürstentum. Der Erzbischof hatte 1498 die Juden für immer des Landes verwiesen. In der Folge war ihnen jede Niederlassung verboten. Erst mit den Staatsgrundgesetzen von 1867 gelang es nach fast 400-jähriger Pause wieder einem Juden, sich in Salzburg anzusiedeln. Anfang der neunziger Jahre ging man daran, die Infrastruktur (Tempel, Friedhof usw.) für die immer noch kleine, aber wachsende Gemeinde auszubauen. 1911 wurde eine selbständige Kultusgemeinde gegründet (8). Im Jahrzehnt davor waren die Israeliten Salzburgs noch der Oberaufsicht von Linz unterstellt gewesen. In Linz gab es schon seit 1870 eine Kultusgemeinde, nach 1911 für das Land ob der Enns noch zusätzlich eine in Steyr. Auch in Oberösterreich war es Ende des Mittelalters zu Judenaustreibungen gekommen, in der Folge jedoch anders

als im benachbarten Erzbistum kam es bald wieder zur zumindest vorübergehenden Ansiedlung von Juden (9). Ähnliches gilt auch für Tirol. Im Jahr 1890 wurde in Innsbruck eine eigenen Kultusgemeinde eingerichtet (10). Auf die lange Tradition der jüdischen Gemeinde von Hohenems, in einer alten Reichsgrafschaft gelegen, die im 18. Jahrhundert an die Habsburger fiel, ist bereits verwiesen worden. Obwohl Juden auf Vorarlberger Gebiet nicht nur in Hohenems lebten, blieb Hohenems das Zentrum mit religiöser Ausstrahlungskraft über die Landesgrenzen hinaus. Das änderte sich aber im Laufe des 19. Jahrhunderts. Noch in den 1840er Jahren zählte diese jüdische Gemeinde mehr als 500 Mitglieder. In der zweiten Jahrhunderthälfte setzten u.a. infolge der Gründung einer offenbar attraktiveren Gemeinde 1866 im Schweizerischen St. Gallen eine starke Abwanderung und ein Mitgliederrückgang ein, der die Hohenemser Gemeinde bis 1938 auf ein knappes Dutzend Personen zusammenschmelzen liess (11). Diese Entwicklung führte dazu, dass bereits 1914 das auch für Tirol zuständige Rabbinat mitsamt dem dortigen Rabbiner von Hohenems nach Innsbruck übersiedelte.

So verschieden demnach die historische Entwicklung im Einzelnen war, hatten die Juden in den Städten, Märkten und Dörfern dieses Teiles von Österreich gemeinsam, dass sie in kleinen und kleinsten Gruppen und in der Regel weitgehend assimiliert lebten. Trotz der auch in den Landgemeinden spürbaren Hinwendung zum zionistischen Gedankengut in den zwanziger und dreissiger Jahren unseres Jahrhunderts wurden davon nur einige wenige dazu bewogen, schon damals die vertraute Umgebung zu verlassen und in das fremdferne Palästina auszuwandern. Die wenigsten dürften vor 1938, jedenfalls vor 1933 ihre Existenz trotz aller Hemmnisse wirklich für bedroht gehalten oder gar gehat haben, welches Schicksal ihnen unter der Herrschaft der Nationalsozialisten kollektiv bevorstand. Die allgegenwärtige Präsenz jahrhundertalter antijüdischer Klischees und quasi-moderner antisemitischer Parolen, wie sie sich seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert nicht zuletzt in den meisten politischen Parteien zunehmend Gehör verschafften, machten den Antisemitismus beinahe zu etwas Selbstverständlichen. Man litt darunter, protestierte bei Extremfällen dagegen, freilich selten unter ausdrücklicher Schützenhilfe seitens der Nichtjuden, hoffte aber, er werde dereinst doch überwunden werden. Der im Allgemeinen unverbindliche, manchmal aber sicher auch freundschaftliche Verkehr mit nichtjüdischen Nachbarn, Kindern oder Arbeitskollegen, gerade in einer relativ überschaubaren Umwelt, mag zu dieser Einschätzung beigetragen haben. Denn wörtlich genommen, kannte der Antisemitismus bereits Jahre, ja Jahrzehnte vor 1938 keine Scheu und keine Hemmungen, ob man seine Ausfälle nun für primitiv, geschmacklos oder schlicht für abstrus hielt.

In Umkehrung jeder humanen Werthierarchie druckte die führende katholische Tageszeitung Salzburgs schon im Jahr 1914 den beunruhigenden Satz: «(In) Österreich (ist) jeder anständige Mensch Antisemit (...)» (12). Gleichsam dieser Devise folgend nahmen zahlreiche



Thomas Nemeč: Triptychon für Vergessliche
Foto: Kleine Galerie

Vereine den «Arierparagraphen» in die Statuten auf. Zurückdrängung und Bekämpfung angeblich negativer jüdischer Einflüsse verkündeten die Programme, Leitartikler und Redner vor allem der christlichsozialen und verschiedenen deutschnationalen Parteien, die gerade im Westen Österreichs sowohl auf Landes- als auch auf Gemeindeebene im örtlichen Machtgefüge dominierten.. Die Phrase vom «Juden» war schnell zur Hand. Dass in unmittelbarer Umgebung eigentlich auf Juden zurückgegriffen werden konnte, wie aus der Statistik klar geworden ist, hat der Zugkraft solcher Argumentations weisen wenig Abbruch getan, wie aus zahlreichen Dokumenten zu zeigen wäre. Meist blieb es beim Verbalradikalismus. Hin und wieder ging man zu Aktionen über, etwa indem man Veranstaltungen zu stören suchte oder sich bemühte, Orte, vor allem Sommerfrischen, «judenrein» zu halten (13). Verwiesen sei hier nur auf den nach dem Ersten Weltkrieg äusserst regen «Antisemitenbund». Er verstand sich als überparteiliche Sammelbewegung und organisierte seine Anhänger in Dutzenden Ortsgruppen auch auf

dem Lande. Ende 1919 wurde er in Tirol gegründet. Der Bauernbund trat ihm als Organisation geschlossen bei. Im Sommer 1921 folgte Salzburg, wo sich auf Anhieb 446 Mitglieder meldeten (14).. Hier gab er von 1923 bis 1932 auch eine Wochenzeitung heraus. Sie trug den bezeichnenden Titel «Der Eiserne Besen». Er war ein Vorläufer des «Stürmers», mit dem er sich in Aussage und Stil mehr als messen konnte. Somit rühmte er sich zurecht, in dieser Hinsicht das «radikalste» Blatt Österreichs zu sein. An Ort und Stelle sah er sich als «Kampforgan gegen das Judentum in Stadt und Land Salzburg»(15). Zur Charakterisierung seiner Sprache möge ein Beispiel genügen. In der Ausgabe vom 4. April 1930 wurde dem Leser bezüglich des Verhaltens gegenüber Juden versichert:

«Für uns gibt es keinen Kompromiss mit Wanzen und Läusen, denn das (= Juden, Anm. d. V.) sind und bleiben blutsaugendes Ungeziefer, ob man mit ihnen Frieden schliesst oder nicht! Vertilgen und Ausbrennen kann allein Lösung und Befreiung bringen.»

Auswüchse der Phantasie dieser Art waren extrem, selbst innerhalb des antisemitischen Diskurses. Etwas weniger derb formuliert verleiteten sie vielleicht bloss zu einem Schmunzeln, mit dem man zum Ausdruck brachte, dass man derlei nicht ganze ernst nahm. Welche Folgen sollte es für die Routine des Alltags auch haben?

Die paar Juden von Hohenems beispielsweise waren vor 1938 stark in die nichtjüdische Umgebung integriert. Einer von ihnen (Harry Weil) leitete den Chor des sozialdemokratischen Arbeitergesangsvereines(16). Symptomatisch ist, dass man einerseits zwar von manchem beunruhigt war, wie Anfang 1937 die Salzburger Kultusgemeinde von dem Sonderheft des örtlichen Lehrervereines, das von antisemitischer Phraseologie strotzte. Die Verantwortlichen protestierten in einem Brief gegen die hässlichen Angriffe auf ihren angestammten Glauben und verwiesen auf die allgemeine Schädigung des Landes und nicht zuletzt der weltberühmten Festspielstadt (17). Andererseits ging das normale Leben weiter. Ebenfalls 1937 dachte man in Linz daran, den israelitischen Friedhof zu vergrössern und sprach bei dieser Gelegenheit über das «stets gute und freundschaftliche, gutnachbarliche Verhältnis» (18). Im Jahr 1928 war hier dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde (Dr. Benedikt Schwager) auf Antrag des christlichsozialen Landeshauptmannes das Silberne Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen worden. Glückwünsche dazu wurden ihm dabei u.a. auch von einem Vertreter der Evangelischen Kirchengemeinde ausgesprochen. Der Sohn dieses Vertreters

sollte wenige Jahre später unruhlich in die Geschichte eingehen: Adolf Eichmann (19).

Der Weg in die «Reichskristallnacht»

Der «Anschluss» Österreichs im März 1938 veränderte die Lage grundlegend. Zu den Phantasmagorien gesellte sich die reale Praxis, ja man ging daran, diese in ungeahnter Weise noch zu überbieten. Die Folgen dieser Wende wirkten sich für die jüdische Bevölkerung im Westen Österreichs nicht grundsätzlich anders aus als zum Beispiel in Wien. Sofort erfolgten die ersten Verhaftungen und kam jene Maschinerie aus Einzelaktionen und Verordnungen in Gang, welche die Juden zunehmend ihrer beruflichen, privaten und zuletzt ihrer menschlichen Lebensmöglichkeit beraubte. Die Forschung hat für die (westlichen) Bundesländer inzwischen zwar reichliches, doch insgesamt recht unterschiedliches Material zusammengetragen. Seine bisherige Auswertung erlaubt kaum Aussagen darüber, inwieweit Indizien dafür, dass das Geschehen unter diesen speziellen örtlichen Rahmenbedingungen gelegentlich vom allgemeinen Verlauf abwich, generalisierbar sind (20). Schon die verfügbaren Zahlenangaben über die zu einem bestimmten Zeitpunkt (noch) anwesenden Juden schwanken erheblich. Dessenungeachtet spricht vieles dafür, dass ein Teil das Land vor dem Novemberpogrom verlassen hat, der grössere zunächst hierblieb, in der Hoffnung, das Klima könnte sich wieder bessern. Die Exzesse der «Kristallnacht» gaben dann zweifellos für viele den letzten Anstoss, nach Wien zu gehen, um von hier das rettende Ausland zu erreichen, während sich gleichzeitig die Provinzgemeinden auflösten. Wer im Ausland ankam, war noch keineswegs in Sicherheit. Und wer besass schon – wie der ehemalige jüdische Hausarzt der Familie Hitler, Dr. Eduard Bloch, in Linz – eine Karte mit der Widmung «Ihr ewig dankbarer Adolf Hitler», die den Machthabern nun peinlich war, dem einstmaligen Bedankten bei aller Groteske wahrscheinlich das Leben gerettet hat (21).

Verwüstungen

Von der Zerstörung der Linzer Synagoge war schon die Rede. Was der nüchterne SD-Bericht verschweigt, schildert ein Augenzeuge:

«Wir sahen, wie aus den Fenstern des Tempels die Flammen schlugen. Ein SA-Ofsziermit einer Waffe in der Hand kam aus dem Gebäude. Die Thora-Rollen und Gebetbücher wurden herausgeschleppt und hingeworfen. Der in der Nachbarschaft wohnende Gewerbetreibende G. holte sich aus dem Vorraum des Tempels, in dem manche Requisiten verwahrt waren, einen Zylinderhut, einen Talith, nahm eine Thorarolle in den Arm und setzte sich damit auf die Stufen zum Eingang des Gotteshauses, indem er, sich wiegend, einen hebräischen Singsang imitierte. Das Gegröle des

angesammelten Pöbels dankte ihm für seine «humoristische» Vorstellung.»(22)

Geschäfte wurden in Linz – von den Aktionen in den übrigen Landesteilen fehlen Einzelnachrichten – nicht zerstört, da es sie in jüdischen Händen inzwischen nicht mehr gab. Der Prozess der zwangsweisen Liquidierung und «Arisierung» der jüdischen Mittel- und Kleinbetriebe war bereits abgeschlossen. Die Gauleitung war offensichtlich bestrebt, die «Führerstadt» so rasch als möglich «judenfrei» zu machen. Die im Frühjahr installierte zweiklassige «Judenschule» wurde nach dem 10. November 1938 geschlossen (23).

In der Stadt Salzburg hingegen verwüstete man neben der Synagoge sieben, noch nicht arisierte Geschäfte. Für Hailein und Badgastein sind ähnliche Ausschreitungen belegt (24). Salzburg war, soweit bisher bekannt, die einzige Stadt auf österreichischem Boden, in der es nach reichsdeutschem Muster zu einer öffentlichen Bücherverbrennung kam. Am 30. April 1938 wurden auf dem Residenzplatz 1200 sogenannte jüdische und klerikale Bücher, zu einem guten Teil österreichische Weltliteratur, den Flammen übergeben (25). Am 18. Juni desselben Jahres wurde den Juden in der Stadt, bald im ganzen Land, das Tragen alpenländischer Tracht verboten:

«Juden ist im Bereich der Polizeidirektion Salzburg das öffentliche Tragen von alpenländischen (echten oder unechten) Trachten, wie Lederhosen, Joppen, Dirndlkleidern, weissen Wadenstutzen, Tirolerhüten usw. verboten.» (26)

Anfang Juli wird der Reichsstatthalter in derselben Sache aktiv. Ende Juli erlässt der Tiroler Gauleiter eine analoge Verordnung. Diese bössartige Komik soll den Ernst der Vorgänge nicht überdecken. Ein Gestapo-Bericht vermerkt das Schicksal eines ehemaligen Miteigentümers des Kaufhauses Schwarz in Salzburg lapidar, dieser habe sich am 1.9.1938 im Polizeigefängnis München erhängt «und wurde (...) daher aus den Versicherungen ein Betrag von RM 69.050,04 flüssig gemacht» (27). Ein Mensch war bereits zum Objekt totaler Verwertung degradiert.

In Innsbruck wurde während der Novemberaktion im Eifer irrtümlich auch das Eigentum zweier Nichtjuden zerstört. Auf dem Land scheint es in Tirol und Vorarlberg schon aufgrund der äusserst geringen Anzahl dort lebender Juden zu vergleichbaren Demonstrationen nicht gekommen zu sein. Allerdings wurden noch zwei Tage danach, in der Nacht vom 12. auf den 13. November, in einer Pension in Ehrwald Türen, Fenster und Teile des Inventars demoliert. Die Frau des Besitzers war Jüdin (28).

Der Linzer Tempel war nach dem Novemberpogrom völlig zerstört. Erst dreissig Jahre später konnte in derselben Strasse neuerlich eine Synagoge gebaut und

eröffnet werden. Der 1938 weniger in Mitleidenschaft gezogene Salzburger Tempel wurde während des Krieges weiter beschädigt. Er diente zuletzt als Depot der Organisation Todt. 1968 konnte er, gründlich restauriert und neu eingeweiht, seinem ursprünglichen Zweck wieder zugeführt werden. Der demolierte Innsbrucker Betsaal wurde zunächst von der HJ als Magazin verwendet, später während des Krieges mitsamt dem Gebäude schwerstens beschädigt. An ihn erinnert nur mehr eine Gedenktafel. Während in der Tiroler Landeshauptstadt heute, an anderer Stelle, wieder eine Stätte des Gebetes für Juden existiert, hat das ehrwürdige Synagogengebäude von Hohenems seinen Zweck völlig verloren. Es dient nun als Feuerwehrhaus.

Verhaftungen – Verwundungen – Morde

In Oberösterreich war es bereits am 8. November zu einer grösseren Verhaftungswelle unter der jüdischen Bevölkerung gekommen. Ein SD-Bericht sah darin einen der Gründe dafür, dass am Tag darauf «grössere Ausschreitungen» unterblieben. Immerhin führt er unter diesem Datum noch 96 Festnahmen an (29). Im benachbarten Salzburg meldete die gleiche Dienststelle 41 verhaftete Juden im Stadtbereich und ca. 60 bis 70 insgesamt im Land (30). Ein Betroffener, ein damals 41-jähriger Rechtsanwalt, erzählte später:

«Ich wurde in aller Frühe von der Polizei aus dem Bett geholt, verhaftet und ins Polizeipräsidium eskortiert. Auf dem Weg fragte ich die Beamten wiederholt, weswegen ich verhaftet worden sei. Einer antwortete – in Salzburger Dialekt – lediglich: Politische Sache. Am Präsidium waren schon mehrere meiner Leidensgenossen versammelt, und dann wurden wir für einige Tage ins Gefangenenhaus gebracht, Von dort ging's direkt nach Dachau.»

Während wir über die Vorgänge in Vorarlberg nicht näher unterrichtet sind, ist für Innsbruck von 18 Festnahmen die Rede. Im geheimen Amtsbericht steht der Zusatz: «Nahezu alle von ihnen waren verletzt»; angeblich jedoch nur einer «auf schwerste Art» (31). Die Verhafteten waren sichtlich nicht nur festgenommen, sondern dabei auch tätlich angegriffen und verwundet worden. Wer in Innsbruck nur Verletzungen davontrug, konnte – wie wir noch sehen werden – von Glück sprechen.

Für Vorarlberg und Salzburg sind keine physischen Attacken belegt. In Linz lässt ein SA-Sturmbannführer einen Rechtsanwalt «exerzieren» und verabreicht ihm einige Ohrfeigen als «Denkzettel» dafür, dass sich dieser, wie der SA-Mann angibt, zuvor aufsässig und herausfordernd benommen habe, als ihm wie den anderen Juden der Stadt eröffnet wurde, er müsse Linz binnen drei Tagen verlassen (32). Zwei bei dieser Szene anwesende SA-Führer fordern dann die Wohnungsinhaberin unter dem Vorwand einer genauen

Untersuchung auf, ihnen ins Badezimmer zu folgen. Dort muss sie sich ausziehen und wird sexuell belästigt. Da dieser Vorfall bekannt wurde und Verdacht auf «Rassenschande» bestand, blieb er für die Täter nicht ohne Folgen. Keineswegs aus Rücksicht auf die Frau, sondern aus Rücksicht auf das Ansehen der Partei wurden sie aus der Partei ausgeschlossen, in «Schutzhaft» genommen und nach Dachau gebracht. Zu den blutigsten Ausschreitungen kam es in Innsbruck. Drei Menschen wurden in dieser Nacht ermordet, ein weiteres Opfer erlag kurze Zeit später den erlittenen Verletzungen; ein fünftes überlebte, blieb aber bis zu



Der Stürmer Juni 1938

seinem Tod 20 Jahre später geistig umnachtet. Ein anderer Jude lag infolge der Schläge mehrere Stunden bewusstlos; auch schon betagte Opfer wurden Treppen hinuntergestossen, zwei alte Ehepaare in die Sill geworfen ... (33). Das ganze war gut organisiert: Um 1 Uhr früh hielt Gauleiter Franz Hofer, der eben von München zurückgekehrt war, mit Vertretern der SA, SS, Gestapo, Polizei und des SD eine Besprechung ab. Objekte und Personen wurden anhand einer Judenliste einzelnen Rollkommandos zugeteilt, denn auch in Tirol sollte sich die «kochende Volksseele» gegen die Juden aus Rache für den Tod des Gesandtschaftsrates vom Rath erheben. Gegen 2.30 Uhr begann die Aktion anzulaufen. Anfang 1939 fand das Verfahren vor dem Obersten Parteigericht gegen des Mordes Beschuldigte der «Kristallnacht» statt. Es hielt den Tätern ausdrücklich den Modus der Befehlsausgabe zugute. Über die Rolle eines Innsbrucker Vorgesetzten, eines SS-Führers, hiess es:

«Er hat ihnen keinen ausdrücklichen Befehl gegeben, die Juden zu töten. Ergibt aber zu, dass die Angeschuldigten aus seinen Worten den Schluss hätten ziehen können, müssen und auch ziehen sollten, dass es bei der Durchführung der Vergeltungsmassnahmen auf das Leben eines Juden nicht ankomme. Ausdrücklich hat er ihnen gesagt, dass ihnen nichts geschehen wird, ganz gleichgültig, wie die Aktionen ausgingen.» (34)

Der Ausgang solcher Aktionen soll an ein paar Beispielen skizziert werden. Im Haus Gänsbacherstrasse 5 wohnte Dr. Wilhelm Bauer, geb. 1893, der Leiter des Jüdischen Handelsverbandes. Kurz vor 3 Uhr läutete es. Mit dem Ruf «Gestapo» wird Einlass verlangt. Der zunächst irrtümlich gepackte «arische» Hausmeister flüchtet eingeschüchtert in seine Wohnung. Als die Truppe die Wohnung der Familie Bauer erreicht, sperrt man die Frau unter Bewachung eines Mannes in das Schlafzimmer. Diese gibt noch am selben Tag zu Protokoll, was wenige Augenblicke später geschah: «Plötzlich ist mein Mann an die verschlossene Tür gekommen und hat gerufen, dass er gestochen worden wäre.» (35) Er lebt noch gut eine Stunde und stirbt dann auf der Fahrt in die Klinik. Wenige Minuten nachdem das Kommando diesen Überfall erledigt hat, eilt es einen Stock höher. Dort befindet sich die Wohnung von Ing. Richard Graubart, geb. 1899 – Er öffnet die Tür, wird in sein Zimmer gedrängt, seine Frau und seine 4-jährige Tochter in ein anderes. Frau Graubart gibt ebenfalls noch am 10. November zu Protokoll:

«Habe dann aus dem Zimmer meines Mannes einen Schrei und einen Fall gehört. Sonst nur, dass mein Mann sagte: «Was wollen Sie von mir?» (...) Alle Männer waren zwischen 20 und 30 Jahre alt. Gekannt habe ich niemanden. Es ist kein Schuss gefallen. Die Männer gingen nach kaum 10 Minuten weg. (...) Als ich meinen Mann in seinem Zimmer traf war er schon tot.»

Beide Männer waren erstochen worden. Das Sterberegister der Israelitischen Kultusgemeinde Innsbruck durfte als Todesursache nur festhalten: «Brustverletzung».

In unmittelbarer Nähe, Gänsbacherstrasse 4, wohnte ein Verwandter von Wilhelm Bauer, Karl Bauer, geb. 1879, Kaufmann und Mitinhaber der Firma Bauer & Schwarz, örtlicher Leiter des Bundes jüdischer Frontsoldaten. Er hatte im Ersten Weltkrieg als Hauptmann bei den Kaiserjägern gedient. Wie aus der Krankengeschichte hervorgeht, dürfte er in jener Nacht nicht nur geschlagen, sondern auch gestochen worden sein. Er überlebte jedoch die Attacke – in den USA – zwei Jahrzehnte, schwer von diesem Vorfall gezeichnet. Einer der Täter schilderte den Beginn der Aktion Anfang der sechziger Jahre so:

«Während mein Begleiter diese Frau (die die Tür geöffnet hatte, Anm. d. Verf) in der Küche im 1. Stock

einsperrte und die Telefonverbindung durch Abreißen der Kabel unterbrochen hat, suchte ich nach Bauer, den ich in einem Zimmer sitzend vorgefunden habe. Ohne mit Bauer ein Wort zu reden, schlug ich ihn nieder. Dies besorgte ich durch zwei, drei kräftige Boxhiebe gegen seinen Kopf. Er brach vorerst zusammen, erhob sich dann aber wieder. Ich liess von ihm ab.

Ing. Josef Adler, wohnhaft Anichstrasse 5, Oberbaurat bei der Bundesbahn, erlitt in diesen Stunden schwerste Kopfverletzungen, denen er Anfang 1939 erlag. Das dritte, direkte Mordopfer dieser Nacht in Innsbruck war sein Schwager, Ing. Richard Berger, geb. 1885, wohnhaft Anichstrasse 13. Dieser war ebenfalls bei der Bundesbahn als Oberbauratbeschäftigt, zugleich Leiter der zionistischen Ortsgruppe. Erst im Juni hatte er das Amt des Vorstehers der Israelitischen Kultusgemeinde Innsbruck übernommen. Er soll das erste Opfer dieser Nacht gewesen sein. Ihn «aus dem Weg zu räumen» sei der – unter vier Augen erteilte – Auftrag an den Hauptverantwortlichen, SS-Obersturmbannführer Dr. Gerhard Lausegger, gewesen. Dessen Kommandotrupp zertrte das Opfer in ein Auto, fuhr in Richtung Zirl und hielt zwei oder drei Kilometer hinter Kranebitten. Dort wurde Berger zum Innufer geschleppt und schliesslich durch Schläge auf den Kopf, wahrscheinlich mit Steinen, getötet. Man fand seine Leiche später halb im Wasser liegend. Einer der Beteiligten an dieser Aktion, die anschliessend ordnungsgemäss bei den Vorgesetzten gemeldet wurde, meinte später vor dem Parteigericht:

«Nach Durchführung der Aktion hatten wir alle ein recht flaves Gefühl, da uns SS-Männern solche Aktionen nicht sonderlich sympathisch sind. Wir haben in Ausführung eines Befehls gehandelt.»

Der vorhin erwähnte Gerhard Lausegger stammte aus Klagenfurt, war damals 23 Jahre alt, Burschschafter, bereits vor 1938 SS-Mitglied, und wegen illegaler NS-Tätigkeit vorübergehend von der Universität Innsbruck, an der damals vier jüdische Studenten (von insgesamt ca. 1.700) inskribiert waren, relegiert. Er promovierte am 31. Oktober 1938 und kam am 9. November direkt von seiner Promotionsfeier, als er dieses Kommando übernahm. Nach Kriegsende konnte er verhaftet werden, wurde u.a. von dem in der britischen Armee dienenden Sohn des Ermordeten verhört, doch gelang es ihm 1947 während seiner Überstellung von Kärnten nach Innsbruck zu fliehen. Er starb 1966 in Argentinien⁴). Insgesamt standennach 1945 26 Tiroler wegen Beteiligung an der «Reichskristallnacht» in Innsbruck vor Gericht. Sie wurden zu Haftstrafen zwischen 6 Monaten und 13 Jahren verurteilt. Einige Hauptverantwortliche konnten sich, etwa durch Flucht, ihrer Strafe entziehen; andere wurden bald begnadigt oder gar nie belangt. Die seinerzeitigen Verfahren vor dem NS-Parteigericht waren – wie üblich – eingestellt worden,

da bei den Tätern keine unlauteren Motive vorgelegen hätten. Sie handelten, wie es hiess, auf Befehl, nicht aus persönlicher Rachsucht.

Reaktion und Folgen

Das Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung ist im Allgemeinen bekannt: Trotz der massiven Verletzung bürgerlicher Umgangsformen und fundamentaler Menschenrechte ist es nirgendwo im Deutschen Reich zu einem eindeutigen, unüberhörbaren und kollektiven Protest gegen das Geschehen der «Reichskristallnacht» gekommen. Nur vereinzelt machten sich Stimmen der Empörung und Scham bemerkbar, regte sich Mitleid mit den unschuldigen Opfern. Das wiegt schwer, auch wenn das «Volk» nicht den Organisator, in der Regel auch nicht den Akteur spielte und spürbar distanziert blieb. Was der SD am 11. November zur Stimmung in Salzburg festhielt, dürfte über diesen Raum hinaus der durchschnittlichen Wahrheit recht nahekommen:

Infolge der mangelnden Propaganda und der geringen Anzahl von Zeitungslesern und Radiohörern waren weite Teile der Bevölkerung nicht einmal über das Attentat auf den deutschen Botschaftssekretär vom Rath bzw. dessen Ableben unterrichtet. Bei der Aktion gegen die Juden war infolgedessen die Bevölkerung in keiner Weise beteiligt. Die Durchführung erfolgte lediglich von Formationsangehörigen, die von ihren Vorgesetzten dazu befohlen wurden. Es ist unrichtig, wenn in den Zeitungen von einer spontanen Volksbewegung gesprochen wird, derartige Nachrichten nimmt die Bevölkerung mit einem leisen Lächeln auf. Während die vorgenommenen Verhaftungen in weiten, auch n.s. gegnerischen Kreisen begrüsst werden und auf Verständnis stossen, wird die Zerstörung der jüdischen Geschäfte mit dem Hinweis darauf, dass es sich dabei um Vernichtung deutschen Volksvermögens handelt, abgelehnt (37).

Ein junger Theologiestudent sieht ein zerstörtes Geschäft in der Stadt, hört dann von dem grausamen Geschehen in Innsbruck und äussert seine Abscheu. Er wird später von der Gestapo verhört (38).

Die Kluft zwischen Propaganda und tatsächlicher Stimmung ist auch in Innsbruck nicht zu übersehen. Die «Innsbrucker Nachrichten» kommentierten die Ereignisse am 10. November mit Worten wie:

«Auch wir in Tirol haben noch allerhand Juden, und wir Tiroler lassen uns bekanntlich allerhand gefallen, ehe wir richtig zuschlagen. Aber wenn, dann richtig. Tiroler Fäuste haben nichts an Krass verloren, und wer in der Geschichte einigermaßen Bescheid weiss, wird diese Drohung verstehen.» (39)

Der örtliche SD-Bericht konstatierte differenzierter:

«In einigen Teilen der Bevölkerung ist man der Meinung, dass es sich bei den Urhebern um Provokateure handelt. In manchen Kreisen glaubt man, dass es sich

um Kommunisten handle. In liberalen Kreisen sowie auch bei den Klerikalen äusserte man sich erwartungsgemäss gegen die Art und Weise des Vorgehens. (...)

Die näheren Einzelheiten der ganzen Aktion sind unter der Bevölkerung noch nicht bekannt. Daher geben auch viele unsinnige Gerüchte herum. Unter den Nationalsozialisten wurde die Mitteilung von diesen Aktionen sowie die Ankündigung noch zu erwartender Gesetze einmütig mit grosser Genugtuung aufgenommen.»

So wie im November konnte seit dem März 1938 die Reaktion in einzelnen recht unterschiedlich sein, wie auch der ehemalige Innsbrucker Rabbiner (Elimelech Rimaït) berichtet. Da waren die einen, die plötzlich wegschauten, aber auch andere, die sogar stehenblieben und «ziemlich laut» sagten, wie wenig sie mit den Vorgängen einverstanden seien: «Sie wollten das nicht, könnten es nicht mit ihrem Gewissen vereinen, und wir sollten dies wissen.» (40) Es kam sogar vor, dass Juden von Nachbarn – in SS-Uniform – vor einer Verhaftung gewarnt wurden.

Gelegentlich haben solche Unterschiede später, zur Zeit der Deportation, für die wenigen verbliebenen Juden über Leben und Tod entschieden (41). Den allgemeinen Lauf der Dinge hat das freilich nicht verändert. Die Provinzgemeinden wurden ebenso wie die grossstädtischen ausgelöscht, ihre Mitglieder in den Tod «umgesiedelt» oder irgendwohin ins Exil getrieben. Nur eine Handvoll konnte als «U-Boot» die Jahre überstehen (42). Zuletzt fielen die mit Nichtjuden Verheirateten und sogenannten Mischlinge dem Rassenwahn zum Opfer (43). Nach 1945 sind trotz allem im Westen Österreichs wieder kleine jüdische Gemeinden entstanden. Ihr Mitgliederstand steigt nicht, sondern sinkt. Der Antisemitismus, der sie heute umgibt, ist das, was er im Grunde schon im November 1938 und davor gewesen ist: ein Antisemitismus (fast) ohne Juden.

Anmerkungen

1) Vgl. Maximilian Kosmata: Die Juden in Linz, in: Oberösterreichische Heimatblätter 42 (1988) H: 1, S. 37-46, hier 41.

2) Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich 1934-1945 – Eine Dokumentation. Bd. 2, Wien-München-Linz 1982, S. 378. Vgl. auch den Überblick bei Harry Slapnicka: Oberösterreich – als es «Oberdonau» hiess 1938-1945, Linz 1978, S. 177-193.

3) Vgl. Salzburgs wiederaufgebaute Synagoge. Festschrift zur Einweihung, Salzburg 1968, S. 88 u. 160ff.; Günter Fellner: Antisemitismus in Salzburg 1918-1938, Wien-Salzburg 1979, S. 234; Tuviah Friedmann: «Die Kristallnacht», Haifa 1972, Nr. 8; zum Geschehen der Reichskristallnacht hier siehe auch Erika Weinzierl: «Die Reichskristallnacht» in der Berichterstattung der Salzburger Zeitungen vom November 1938, in: Zeitschrift für die Geschichte der Juden 10 (1973) Nr. 1/2, S. 39-44; Wolfgang Wiener: «Die Kristallnacht» in Salzburg. Ein Unterrichtsprojekt, in: Zeitgeschichte 6 (1979) H. 9/10, S. 346-359.

4) Siehe Maria Luise Stainer: Die Judengemeinde in Innsbruck. Unveröffentlichte Hausarbeit aus Geschichte, Innsbruck 1973, S. 65 und 88; Gad Hugo Sella: Die Juden Tirols. Ihr Leben und Schicksal, Tel Aviv 1979, S. 58; Widerstand und Verfolgung in Tirol 1934-1945. Eine Dokumentation. Bd. 1, S. 451 und 463 f.; Grell Köfler: Tirol und

- die Juden, in: Tirol und der Anschluss. Hg. v. Thomas Albrich (u.a.), Innsbruck 1988, S. 169-182, hier 170 u. 179 – Allgemein für Gesamt-tirol und Vorarlberg reiches Material in: Die Geschichte der Juden in Tirol von den Anfängen im Mittelalter bis in die neueste Zeit, Bozen 1986 (=Sturzflüge. Eine Kulturzeitschrift, 5. Jahrgang, Nr. 15/16), im Folgenden kurz: Sturzflüge.
- 5) Vgl. Margit Schönherr: Vorarlberg 1938, Dornbirn 1981, S. 118f.; Sturzflüge (wie Anm. 4), S. 38f.; Gernot Egger: Rassistische Verfolgung – Juden und Zigeuner/Roma, in: Von Herren und Menschen, Hg. v. d. J.-A.-Malin-Gesellschaft, Bregenz 1985, S. 195-203-6) Vgl. auch im Folgenden: Die Ergebnisse der österreichischen Volkszählung vom 22. März 1934, Wien 1935 (Statistik des Bundesstaates Österreich, Heft 1), S. 50f.
- 7) Zu Salzburg siehe Fellner (wie Anm. 3); zu Tirol etwa Köfler (wie Anm. 4), S. 177f.
- 8) Vgl. Fellner (wie Anm. 3), S. 57ff.
- 9) Siehe Kosmata (wie Anm. 1) und Slapnicka (wie Anm. 2)
- 10) Siehe z.B. Stainer (wie Anm. 4), S. 61f. und Sturzflüge (wie Anm. 4), S. 28f.
- 11) Schönherr (wie Anm. 3)
- 12) Salzburger Chronik, 26.5.1914, S. 1
- 13) Für Oberösterreich vgl. neben Slapnicka (wie Anm. 2) auch Harry Slapnicka: Zum Antisemitismus-Problem in Oberösterreich, in: Zeitgeschichte 1 (1974) H. 11/12, S. 264-267; für die übrigen drei Bundesländer die Belege in den oben angeführten Werken.
- 14) Sturzflüge (wie Anm. 4), S. 12, 57 und 89f.; Fellner (wie Anm. 3), S. 128ff.; allgemein auch Jonny Moser: Die Katastrophe der Juden in Österreich 1938 – 1945 – ihre Voraussetzungen und ihre Überwindung, in: Studia Judaica Austriaca V (1977), S. 67-134, hier 93f.
- 15) Fellner (wie Anm. 3), S. 142
- 16) Vgl. Egger (wie Anm. 5), S. 195f-
- 17) Vgl. dazu Fellner (wie Anm. 3), S. 195f.
- 18) Kosmata (wie Anm. 1), S. 43
- 19) Siehe dazu Slapnicka (wie Anm. 2)), S. 179f.
- 20) Zur diesbezüglichen Forschungslage siehe Günter Fellner: Der Novemberpogrom 1938. Bemerkungen zur Forschung (erschieden in: Zeitgeschichte, November 1988).
- 21) Zum Schicksal E. Blochs siehe Hugo Gold: Geschichte der Juden in Österreich, Tel-Aviv 1971, S. 60f. sowie die in Anm. 2 angegebene Literatur.
- 22) Vgl. Gold (wie Anm. 21), S. 61. Die Grundzüge der Ereignisse während der Kristallnacht auch in den Bundesländern sind festgehalten in Herbert Rosenkranz: «Reichskristallnacht». 9. November 1938 in Österreich, Wien-Frankfurt-Zürich 1968, S. 51 ff.; ders.: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945, Wien-München 1978, S. 159ff.
- 23) Vgl. Gold (wie Anm. 21), S. 60; Slapnicka (wie Anm. 2), S. 182ff. u. 188f.; Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich (wie Anm. 2), S. 378. Im Jahr 1942 soll Hitler bei einem Tischgespräch im Führerhauptquartier bezüglich der Juden in München, Linz und Wien geäußert haben, «er freue sich, dass wenigstens Linz bereits heute schon ganz judenfrei sei».
- 24) Vgl. Salzburgs wiederaufgebaute Synagoge (wie Anm. 3), S. 160ff.
- 25) Siehe Ernst Hanisch: Nationalsozialistische Herrschaft in der Provinz. Salzburg im Dritten Reich, Salzburg 1983, S. 90ff.
- 26) Vgl. auch im Folgenden Fellner (wie Anm. 3), S. 231f.; Widerstand und Verfolgung in Tirol (wie Anm.4), S. 421 u. 466f. Der Bürgermeister von Scheibbs in Nieder Österreich hat eine derartige Verfügung offenbar schon viel früher, im März 1938, getroffen. Siehe Klaus-Dieter Mulley: Nationalsozialismus im politischen Bezirk Scheibbs 1930 bis 1945. Versuch einer Regionalstudie. Geisteswiss. Diss., Wien 1981, S. 231.
- 27) Günter Fellner: Die Juden (erscheint demnächst in: Widerstand und Verfolgung in Salzburg 1934-1945 – Eine Dokumentation. Hg. v. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes).
- 28) Siehe etwa Widerstand und Verfolgung in Tirol (wie Anm. 4), S. 424 u 452f.
- 29) Angeblich wurden am 8. November 65 Personen festgenommen. Durchgeführt wurde diese Aktion z.T. erst später, etwa in Ischl am 10.11.1938. Vgl. Rosenkranz: «Reichskristallnacht» (wie Anm. 22), S. 51; Gold (wie Anm. 21), S. 61 u. Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich (wie Anm. 2), S. 377f.
- 30) Vgl. auch im Folgenden Salzburgs wiederaufgebaute Synagoge (wie Anm. 3), S. 162 u. Wiener (wie Anm. 3), S. 348f.
- 31) Widerstand und Verfolgung in Tirol (wie Anm. 4), S. 351 f. Einige Namen der Opfer in Sturzflüge (wie Anm. 4), S. 30.
- 32) Wahrscheinlich ist der hier erwähnte sexuelle Fehltritt die Grundlage des in Linz kursierenden Gerüchts, Jüdinnen seien von prominenten Nationalsozialisten vergewaltigt worden. Siehe dazu Widerstand und Verfolgung in Oberösterreich (wie Anm. 2), S. 372, 379 u. 605; Rosenkranz: «Reichskristallnacht» (wie Anm. 22), S. 51f.; Friedmann (wie Anm. 3), Nr. 37 u. 70; Slapnicka (wie Anm. 2), S. 188 u. Heinz Lauber: Judenpogrom, «Reichskristallnacht» November 1938 in Grossdeutschland, Gerlingen 1981, S. 228.
- 33) Die Exzesse in Innsbruck sind gut dokumentiert. Vgl. auch im Folgenden den Überblick bei Rosenkranz (wie Anm. 22) und die in Anm. 4 angeführte Literatur.
- 34) Widerstand und Verfolgung in Tirol (wie Anm. 4), S. 453-
- 35) Siehe auch im Folgenden ebenda, S. 448ff., 453ff-, 459ff-, 462 u. Sella (wie Anm. 4), S. 50 ff., 53ff-
- 36) Zu den Tätern und deren Schicksal nach 1938/45, soweit bekannt, vgl. auch im Folgenden Sturzflüge (wie Anm. 4), S. 93f.; Köfler (wie Anm. 4), S. 179 u. Lauber (wie Anm. 32), S. 230.
- 37) Salzburgs wiederaufgebaute Synagoge (wie Anm. 3), S. 162.
- 38) Josef Egger. Vgl. Fellner (wie Anm. 3), S. 240.
- 39) Auch im Folgenden: Widerstand und Verfolgung in Tirol (wie Anm. 4), S. 424 und S. 452.
- 40) Auch im Folgenden: Elimelech Rimait: Der Anschluss in Tirol, in: Das Jüdische Echo Vol. XXXVI (Oktober 1987), S. 75-78, hier 75; Sella (wie Anm. 4), S. 41.
- 41) Siehe z.B. Die Schicksale in Vorarlberg, Egger (wie Anm. 5), S. 199.
- 42) Von den insgesamt 459 «U-Booten», die der KZ-Verband dokumentiert hat, werden für Oberösterreich 8, für Salzburg 2 und für Tirol ebenfalls 2 ausgewiesen. Insgesamt dürfte der Stand für Österreich über 600 liegen. Vgl. C. Gwyn Moser: Jewish «U-Boote» in Austria 1938-1945, in: Simon Wiesenthal Center Annual, Vol. 2 (1985), S. 53-62, hier 58.
- 43) Zwei Beispiele aus dem Raum Salzburg: Der Gemeinsekretär von St. Johann im Pongau war mit einer Jüdin verheiratet. Seine Schwiegermutter wohnte bei ihm. Er wurde Ende 1938 zwangspensioniert, doch bald notdienstverpflichtet, da offenbar niemand anderer seine Arbeit erledigen konnte. Seine 72-jährige gelähmte Schwiegermutter wurde 1943 nach Theresienstadt deportiert, wo sie «spurlos» verschwand. Der Mann selber kam 1944 ebenfalls in ein Lager. Ein Landarbeiter (Melker) erfuhr erst durch die Rassengesetzgebung, dass er halbjüdischer Abstammung war. Die Heirat mit seiner Lebensgefährtin, die ihm bereits zwei Kinder geboren hatte, wurde verboten. Im Oktober 1944 wurde er von der Gestapo verhaftet und in der Folge nach Dachau und Sachsenhausen gebracht. Der damals 31-jährige Mann kehrte aus dem Lager nicht mehr zurück. Vgl. Fellner (wie Anm. 27).

Die Pogromnacht vom 9./10» November 1938 in Graz

Zur Vorgeschichte und Ausgangslage

Die Pogromnacht vom 9./10. November 1938 bildete auch in Graz einen dramatischen Höhepunkt in der Verfolgung der hier ansässigen jüdischen Bevölkerung. Am frühen Morgen des 10. November wurde die Synagoge am Grieskai in Brand gesteckt. Die Aufbahng- und Zeremonienhalle auf dem jüdischen Friedhof in Wetzelsdorf ging ebenfalls in Flammen auf. Rund 300 Grazer Juden wurden verhaftet und zwei Tage später in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Die Geschehnisse der Pogromnacht markierten damit einen zentralen Abschnitt auf dem Weg zur nahezu völligen Vernichtung der jüdischen Gemeinde von Graz. Im folgenden Beitrag wird versucht, die Entwicklung dieser Grazer jüdischen Gemeinde seit den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts zu skizzieren und deren Schicksal am Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft vom 12. März 1938 bis zur Pogromnacht nachzuzeichnen.

Die Entwicklung der jüdischen Gemeinde von Graz im 19. Jahrhundert

Die Anfänge der modernen jüdischen Gemeinde von Graz reichen in die sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts zurück.⁽¹⁾ Ihre Ausformung vollzog sich schrittweise und erstreckte sich auch über mehrere Jahre. Eine in diesem Zusammenhang wichtige Rolle spielte der Gastwirt Ludwig Kadisch, ein seit 1849 in Graz nachweisbarer Jude aus Westungarn. Kadisch bemühte sich im Jahr 1861 erfolgreich um die behördliche Bewilligung zur Errichtung einer Gastwirtschaft, die den Grundsätzen des jüdischen Religionsgesetzes entsprechende koschere Speisen führte. Wenig später, im Jahr 1862, suchte er gleichzeitig mit dem Fleischhauer Max Schischa um die Genehmigung zur Abhaltung israelitischer Gottesdienste an. Während die Lokalbehörden dieses Ansuchen in erster Instanz abschlägig beschieden, erteilte nach erfolgtem Einspruch das Innenministerium die Erlaubnis, private Andachten durchführen zu dürfen. In weiterer Folge fanden auch an jedem Sabbat in angemieteten Räumen verschiedener in den Grazer Stadtbezirken Lend und Gries gelegener Gasthäuser israelitische Gottesdienste statt. Ab 1865 verfügten die Grazer Juden für ihre Gottesdienste über einen festen Raum im «Coliseum». Die Einweihung des Betsaales erfolgte zum jüdischen Neujahrsfest am 12. September 1865 und wurde vom Wiener Rabbiner Dr. Adolf Jellinek vorgenommen. ⁽²⁾ Salomon Sulzer, der berühmte Wiener Oberkantor, war

ebenfalls anwesend. Anmietung und Adaptierung des ständigen Betsaales hatte die im Oktober 1863 gegründete und unter dem Vorsitz von Josef Wechsler stehende «Grazer Israelitische Corporation» ermöglicht. Diese Vereinigung, die bis zum allgemeinen Vereinsgesetz vom 15. November 1867 vereinsrechtlich auf sehr unsicherer Grundlage stand, setzte auch noch eine Reihe weiterer Aktivitäten. So organisierte sie gegen Ende des Jahres 1863 einen «israelitischen Religionskurs» und legte damit den Grundstein für die gemeindeeigene Volksschule. Im Jahr darauf wurde in Wetz-



Der Stürmer Dezember 1938

elsdorf bei Graz jenes Areal erworben, auf dem später der israelitische Friedhof errichtet werden sollte. ⁽³⁾ Auch erfolgte, parallel zu den offiziell noch von den katholischen Pfarrämtern geführten Geburts-, Trauungs- und Sterbematrikeln, die Erstellung eines eigenen Standesverzeichnisses, um eine Übersicht über die Gemeinde zu erhalten.

Nach dem Inkrafttreten des neuen liberalen Vereinsgesetzes und der Staatsgrundgesetze vom 21. Dezember 1867 verstärkten sich die Bemühungen Grazer Juden um Moritz Fürst und Max Pollak um die Schaffung einer formellen Kultusgemeinde. Hierbei trat allerdings das Problem zutage, dass die Kultusgemeinde im Gegen-

satz zur alten auf Freiwilligkeit beruhenden Corporation aus dem Jahre 1863 eine Vereinigung mit Pflichtmitgliedschaft sein sollte, die Kultusbeiträge zwingend vorschreiben konnte. Nach heftigen internen Auseinandersetzungen wurde im April 1869 jedoch hinsichtlich der Statuten eine Einigung erreicht und am 17. Mai erfolgte die Genehmigung durch die Statthalterei. Nach den ersten Vorstandswahlen im August 1869 fungierte Samuel Singer als Vorstand. Leopold Kolisch übte das Amt des Vorbeters und Matrikenführers aus und behielt es auch bis zur Bestellung des ersten hauptamtlichen Rabbiners Dr. Samuel Mühsam. Mühsam (1837-1907) stammte aus Oberschlesien und kam im Jahr 1877 als Rabbiner nach Graz. Zu diesem Zeitpunkt besass die Grazer jüdische Gemeinde bereits ein eigenes Bethaus, einen Friedhof in Wetzeisdorf, sowie ein rituelles Bad. Darüber hinaus betrieb sie eine Volksschule, die in weiterer Folge auf drei, ab dem Schuljahr 1912/13 auf vier Klassen erweitert wurde und zu den wichtigsten Einrichtungen der Grazer Juden zählte. (4)

In dieser Anfangsphase der israelitischen Kultusgemeinde lebten in Graz rund 250 Juden. Diese Juden stammten vorwiegend aus Westungarn und hatten sich ab 1848/49 in Graz niederzulassen begonnen. Mit ihnen entstand eine neue jüdische Gemeinde, nachdem die schon seit dem 12. Jahrhundert existierende durch die formelle Ausweisung der Juden in den neunziger Jahren des 15. Jahrhunderts und dem damit verbundenen Niederlassungsverbot erschlagen worden war. (5)

Während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nahm die Zahl der in Graz ansässigen Juden durch Zuzug aus Westungarn, Böhmen und Mähren stetig zu, wobei besonders in den siebziger Jahren die stärkste Zuwachsrate zu verzeichnen war. So lebten laut Volkszählung im Jahr 1880 in Graz bereits 1.200 Juden. Diese Zahl stieg bis 1900 auf 1.260 an und erreichte 1910 mit 1.971 Menschen, die sich zur jüdischen Religion bekannten, ihren Höchststand. Graz verfügte damit über die zahlenmässig bei weiten grösste jüdische Gemeinde im innerösterreichischen Raum, was auch darin zum Ausdruck kam, dass die Juden in Kärnten und Krain der Oberaufsicht der Grazer Kultusgemeinde unterstanden. (6) Trotz dieses Wachstums in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts blieb die Grazer jüdische Gemeinde vor allem in Relation zur Gesamtbevölkerung eher klein, zumal in dieser Phase die Landeshauptstadt Graz insgesamt eine starke Bevölkerungszunahme verzeichnete. (7) Im Jahr 1900 belief sich der Anteil der Juden an der Grazer Gesamtbevölkerung auf 17%!, 1910 waren es 1,3%.

Diese relative Kleinheit änderte jedoch nichts daran, dass die Grazer jüdische Gemeinde in den siebziger Jahren ein vielgestaltiges gesellschaftliches Leben zu entfalten begann. Zahlreiche Vereinsgründungen waren für diese Entwicklung unter anderem kennzeichnend, wobei Vereine mit sozial-religiösen Zielsetzungen und Aufgabenbereichen am Anfang standen. So erhielt im

Jahr 1871 der Grazer «Chewra-Kadischa»-Verein seine formelle behördliche Bewilligung. Dieser für jede jüdische Gemeinde sehr bedeutsame Verein, der informell schon vor 1871 gewirkt hatte, widmete sich in erster Linie der Krankenpflege, der Sterbefürsorge und dem Bestattungswesen. (8) Anfang der achtziger Jahre nahmen ein eigener Frauenverein sowie ein Armenbeteiligungsverein «Matanath Anijim» seine vorwiegend sozial ausgerichtete Tätigkeit auf. Ebenfalls sozialen Zwecken diente der 1875 gegründete Verein «Humanitas». Dieser Verein unterstützte vor allem jüdische Studenten an der Grazer Universität. Neben diesen Vereinen mit religiös-sozialer Zielsetzung schufen sich die Grazer Juden auch eigene Kultur-, Freizeit- und Geselligkeitsvereine. Dazu zählten der «Tempelchorverein» (gegründet 1888), der noch in den zwanziger und dreissiger Jahren sehr aktive «Jüdische Gesangsverein» (gegründet 1900), der «Lesezirkel jüdischer Frauen und Mädchen» (gegründet 1912), sowie ein eigenes Orchester. (9) In diesem Zusammenhang einen in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvollen Verein stellte der im Jahr 1904 gegründete «Jüdische Turnverein» dar. Dieser Verein entsprach zum einen durchaus dem verbreiteten Bedürfnis nach turnerisch-sportlicher Betätigung, er trug zum anderen aber auch wesentlich zur allmählichen Verankerung zionistischer Ideen in Graz bei. Die Initiative zur Gründung des Turnvereins ging unter anderem vom Verein «Zion» aus, und mit Oskar Freudmann, Robert Sonnenwald und Karl Schwarz spielten führende Grazer Zionisten im neuen Verein eine wichtige Rolle. Ab 1913 führte der Turnverein den Beinamen «Makkabi» und verwendete beim Turnen hebräische Kommandos. Während des Ersten Weltkrieges kam die Vereinstätigkeit, wie jene der meisten jüdischen Vereine, weitgehend zum Erliegen. Der Turnverein wurde im Jahr 1917 überhaupt eingestellt. Seine Nachfolger trat die 1919 gegründete «Hakoah» an.

Der Zionismus wurde in seiner Frühphase von der Grazer jüdischen Gemeinde kaum zur Kenntnis genommen und vermochte hier auch nicht weiter Fuss zu fassen. Daran änderte vorerst auch die 1898 vorgenommene Gründung des Vereins «Zion» wenig. (10) Eine gewisse Ausnahme bildeten allerdings die jüdischen Studenten. Sie gründeten im Jahr 1897 als Nachfolgeorganisation für ihren alten 1896/97 behördlich aufgelösten Unterstützungsverein «Humanitas» den jüdisch-akademischen Verein «Charitas». Diese Vereinigung entwickelte sich in der konfliktreichen Atmosphäre an der Universität zunehmend zu einer zionistisch ausgerichteten Organisation, deren Wahlspruch «Mit Gott und Wehr für Judas Ehr» lautete. 1909 erfolgte ihre Umwandlung in eine akademische Verbindung. Als ein Grossteil der Chariten 1914 bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges zum Militär einrückte, wurde die Tätigkeit der Verbindung eingestellt. Sie ruhte auch nach Ende des Krieges, sodass 1922 die Vereinsbehörde die formelle Auflösung vornahm. 1929 führten die beständi-

gen Anpöbelungen und Angriffe, denen die jüdischen Studenten ausgesetzt waren, jedoch zu einer Reaktivierung der Verbindung. Neben ihrer nationaljüdischen und wehrhaften Ausrichtung vertrat die «Charitas» innenpolitisch eine betont konservative Position und zählte ab 1933/34 zu den Stützen des autoritären Ständestaates auf universitärem Boden. Nach dem «Anschluss» wurde die Verbindung sofort aufgelöst. (11) Das gleiche Schicksal ereilte auch die 1921 gegründete und zur «Charitas» in engem Kontakt stehende «Jüdisch Akademische Vereinigung».

Die «Charitas» stellte nicht den einzigen Verein dar, der um die Jahrhundertwende in Graz unter den jüdischen Studenten existierte. Im Zeitraum von 1898 bis 1913 wurden vielmehr, teilweise durchaus als bewusste Gegengründung zur «Charitas», mit den Vereinen «Ivraea» (1898), «Emunah» (1908/12), «Achduth» (1910) und «Herzlia» (1913) vier weitere Vereinigungen ins Leben gerufen. Auch sie vertraten, allerdings mit unterschiedlicher Intensität und Priorität, zionistisches Gedankengut, wiesen insgesamt jedoch eine eher kurze Lebensdauer auf. Die «Ivraea», deren Leitspruch «Ehre, Zion, Vaterland» lautete, gab aufgrund ihres Mitglieder mangels schon 1903 die Selbstauflösung bekannt. Die drei anderen Vereine stellten ihre Tätigkeit wäh-



Zerstörter «Türkischer Tempel» in Wien. Foto: DÖW

rend des Ersten Weltkrieges ein. Trotz ihrer Kurzlebigkeit verweisen die genannten Vereine darauf, dass der Zionismus in seiner Anfangsphase in Graz zuerst am stärksten im studentischen Umfeld Fuss zu fassen vermochte. Hiezu gehörten aber nicht nur die Studenten im engeren Sinne, sondern auch die Mittelschüler,

unter denen im Jahr 1904 ungeachtet verschiedener rechtlicher Hemmnisse eine zionistische Vereinigung «Makkabaea» entstand. Sie bildete eine Vorläuferin des 1932/33 tätigen «Verbandes zionistischer Mittelschüler». Von Studenten und Mittelschülern abgesehen wurde um 1900 der Zionismus in der Grazer jüdischen Gemeinde jedoch kaum zur Kenntnis genommen, und die Führung der Kultusgemeinde begegnete ihm sogar mit offener Distanz. Dies änderte sich in den Jahren 1908 bis 1910. Zum einen trug der Turnverein, der breitere Schichten der jüdischen Gemeinde erfasste, zu einem allmählich grösser werdenden Bekanntheitsgrad zionistischer Ideen bei. Zum anderen wirkte sich vor allem auch die internationale Entwicklung des Zionismus aus. 1910 fand in Basel bereits der 9. Zionistenkongress statt, auf dem die Gründung von «Jischuw Erez Israel»-Verein beschlossen wurde, ein Zweigverein dieser Vereinskette mit dem Ziel der «Besiedlung des Landes Israel» etablierte sich auch in Graz und wurde im Sinne des Vereinszieles tätig. Weitere Impulse erfuhr die zionistische Bewegung schliesslich im Laufe des Jahres 1914, als jüdische Flüchtlinge aus Galizien die Gruppe der Grazer Zionisten verstärkten. Bei Kriegsende stellten die Zionisten in der Grazer Judenschaft endgültig einen gewichtigen Faktor dar und versuchten, auch in der Kultusgemeinde die Oberhand zu gewinnen. (12)

Bis in das erste Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts verhielt sich die grosse Mehrheit der Grazer Juden gegenüber der zionistischen Bewegung indifferent bis ablehnend. Dies führte unter den Juden durchaus auch zu Konflikten zwischen den frühen Zionisten und der Führung der Kultusgemeinde. Letztere verfolgte nämlich eine vorwiegend integrative Linie, obgleich auch die Grazer Judenschaft in zunehmendem Masse sich mit mannigfachen Formen gesellschaftlicher Anfeindung und Ausgrenzung konfrontiert sah. Dies zeigte sich auf politischer Ebene, im Geschäfts- und Wirtschaftsleben, an den Hochschulen oder im Vereinswesen, wenn zum Beispiel Vereine wie jener des «Deutschen Turnerbundes» seit 1889 strenge «Arierparagraphen» in ihre Statuten aufnahmen. Ablehnend war auch die Haltung der katholischen Kirche, deren Repräsentanten die feierliche Einweihung der Synagoge am 14. September 1892 ignorierten. (13)

Die Fertigstellung und Einweihung der Synagoge am Grieskai bildete einen markanten Höhepunkt in der Entwicklung der Grazer jüdischen Gemeinde. Die Planungen für die Errichtung eines Tempels hatten schon im Jahr 1878 begonnen. In diesem Jahr wurde unter dem Vorsitz von Samuel Mühsam ein Tempelbaukomitee ins Leben gerufen, das die nötigen Geldmittel aufbringen sollte. Dies geschah im Laufe der achtziger Jahre über Spenden, Kredite und eine staatlich genehmigte Lotterie. Im Jahr 1887 erfolgte schliesslich der Ankauf des Grundstückes Grieskai 58, auf dem von 1890 bis 1892 die Synagoge erbaut wurde. Zu ihrer Einweihung erschienen der Wiener Oberrabbiner

Moritz Güdemann, der auch die Festpredigt hielt, sowie eine Reihe von Vertretern des öffentlichen Lebens und der evangelischen Kirche. Die Synagoge und das neben ihr errichtete Amtshaus, das unter anderem eine Bibliothek beherbergte, bildeten in der Folge das Zentrum der jüdischen Gemeinde von Graz. Seinen Abschluss fand der Ausbau der für das religiöse Leben der Grazer Juden notwendigen Infrastruktur im Jahr 1910, als am 25. September am Friedhof in Wetzelsdorf eine Zeremonienhalle eingeweiht wurde. Die Weiherede hielt Dr. David Herzog, der 1907 dem verstorbenen Samuel Mühsam als Rabbiner nachfolgte und dieses Amt in Graz bis zu seiner lebensrettenden Auswanderung gegen Ende des Jahres 1938 ausübte. (14)

Synagoge und Amtshaus als Zentrum der Grazer jüdischen Gemeinde befanden sich nicht zufällig im Stadtbezirk Gries. Hier hatten sich schon nach 1848/49 und besonders nach 1861 die ersten zugewanderten Juden niedergelassen. Der Bezirk Gries, er bildete gemeinsam mit dem Bezirk Lend die «Murvorstand», entwickelte sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts auch zu jenem Teil von Graz, in dem in den Jahren 1900 und 1910 der Anteil von Juden mit jeweils 2,3% deutlich über ihrem Gesamtanteil an der Grazer Bevölkerung von 1,2% bzw. 1,3% lag. An zweiter Stelle rangierte der Bezirk Innere Stadt, wo die Juden in den beiden genannten Jahren mit jeweils 2% ebenfalls überrepräsentiert waren. Diese Relationen verschoben sich in den Folgejahren etwas zugunsten einer gleichmässigeren Verteilung auf die einzelnen Bezirke. Bei einem Gesamtanteil der jüdischen Bevölkerung von 1,1% wies im Jahr 1934 der Bezirk Innere Stadt mit 1,6% und Jakomini mit 1,3% auf. Nach wie vor unterrepräsentiert waren die Juden in den Bezirken Geidorf und St. Leonhard, den in dieser Phase besten Wohnbezirken von Graz. (15) Insgesamt ging im Zeitraum von 1910 bis 1934 die Grösse der jüdischen Gemeinde von Graz auf 1.720 Menschen, die sich zur jüdischen Religion bekannten, zurück. Dies bedeutete eine Verringerung um rund 12%. Demgegenüber stieg die Gesamtbevölkerung von Graz geringfügig an. Ausschlaggebend für diese Entwicklung war zum einen, dass Zuzüge von Juden nach Graz nach 1918/19 kaum mehr vorkamen. (16) Zum zweiten übertrafen ab den zwanziger Jahren in der jüdischen Gemeinde die jährlichen Sterbefälle deutlich die Geburtenraten. Hinzu trat noch eine nicht unbeträchtliche Zahl an Austritten, was bei einer insgesamt doch eher kleinen Gemeinde zusätzlich ins Gewicht fallen musste. (17)

Ähnlich der räumlichen Verteilung wies die Grazer Judenschaft auch hinsichtlich ihrer Sozialstruktur Schwerpunktbildungen auf. So arbeiteten laut Volkszählung des Jahres 1934 immerhin 35,2% aller erwerbstätigen Grazer Juden als selbständige Kaufleute. Im Bereich des Handels insgesamt waren 48,5% beschäftigt. Dies bedeutete, dass unter den erwerbstätigen Juden der Anteil von Beschäftigten im Handel weit

höher lag als bei der erwerbstätigen Grazer Bevölkerung als ganzer, von der nur 18% im Bereich des Handels tätig waren. Neben dieser historisch bedingten Konzentration auf den Kaufmannsberuf erscheint charakteristisch, dass im Gegensatz zur gesamten im Bereich des Handels tätigen Bevölkerung die Juden überwiegend selbständig waren. Ihre Läden und Geschäfte lagen, durchaus in Reihen nebeneinander, vor allem in Strassenzügen im Bezirk Gries, aber auch in der inneren Stadt. (18) Neben dem Handel bildeten die freien und akademischen Berufe einen zweiten Schwerpunkt. Während im Jahr 1934 zum Beispiel nur 0,4% aller Grazer Erwerbstätigen den Beruf des Rechtsanwaltes ausübten, gingen von den erwerbstätigen Juden fast 2% diesem Beruf nach. Ähnliches, wenn auch weniger deutlich, galt für die Ärzte. Auf weitere Berufe dieses Bereiches kann hier nicht weiter eingegangen werden. Stellten also jene Gruppen Handel und freie bzw. akademische Berufe Beschäftigungsbereiche dar, in denen Juden überproportional stark aufschienen, so zeigte sich bei Handwerk und Gewerbe das genau umgekehrte Phänomen. Ohne diesen Aspekt weiter im Detail zu verfolgen, soll hier bloss auf die gegenüber der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung unterschiedliche Berufsstruktur des Juden verwiesen werden. In diesem Zusammenhang bestehende Über- und Unterrepräsentationen waren historisch bedingt und dürfen keinesfalls verdecken, dass die Juden insgesamt und den absoluten Zahlen nach nur als kleinen Minderheit vertreten waren. So kamen, um allein dieses Beispiel zu nennen, von den 302 Rechtsanwälten 13 oder 4,3% aus den Reihen der Grazer Juden. (19) Trotz der genannten Schwerpunktbildungen in der Berufsverteilung stellte die Grazer Judenschaft hinsichtlich ihrer Sozialstruktur eine völlig homogene Gruppe dar. Sie verfügte über eine kleine Oberschicht, charakterisiert durch Grosskaufleute wie Simon Rendi oder David Stern, die auch beide in der Kultusgemeinde jeweils als Präsidenten eine führende Rolle spielten. Rendi gehörte zudem im Jahr 1928 zu den Hauptinitiatoren der Grazer Zweigstelle der Loge «B'nai B'rith». Die Hauptgruppen bildeten jedoch ein in sich differenziertes gehoben-mittleres sowie vor allem aber ein umfangreiches kleines Bürgertum, wobei letzteres besonders die zahlreichen kleinen Händler, Gewerbetreibenden und kaufmännischen Angestellten umfasste. Geringfügiger vertreten war eine handwerklich-industrielle Unterschicht, die sich vorwiegend aus galizischen Juden zusammensetzte. Die jüdischen Zuwanderer und vor allem Flüchtlinge aus Galizien stärkten in der Grazer Judenschaft die orthodoxen und zionistischen Kräfte. Sie trugen dadurch zu einer deutlicheren weltanschaulich-politischen und religiösen Heterogenität der Grazer jüdischen Gemeinde bei. Daraus sich ergebende Gegensätze und Konflikte brachen innerhalb der Judenschaft auch durchaus auf, sie besaßen jedoch eine weit geringe Intensität als etwa jene in Wien. Speziell die Zionisten zeigten sich unmittelbar nach Ende des

Ersten Weltkrieges politisch aktiv. Im Oktober 1920 kandidierten sie in Graz bei den Nationalratswahlen sogar als eigene Liste und erzielten hier 408 oder 0,56% der im Grazer Stadtgebiet abgegebenen gültigen Stimmen. (20)

Insgesamt sah sich die Grazer Judenschaft ab 1918/19 in zunehmendem Masse mit antisemitischen Manifestationen konfrontiert. In dieser Hinsicht brachte besonders das Jahr 1923 eine Reihe dramatischer Höhepunkte, wobei die nationale Studentenschaft der Grazer Universität und die frühen Nationalsozialisten eine zentrale Rolle spielten. In Verbindung mit einer NS-Versammlung im Griesviertel erfasste die jüdische Bevölkerung laut Polizeibericht «panikartige Furcht». Sie hatte Angst um ihre persönliche Sicherheit und befürchtete auch einen Sturm der nationalsozialistischen Ordnertruppe auf die Synagoge am Grieskai. (21) Die Sorge um die persönliche Sicherheit war keineswegs unbegründet. So insultierten im Juni 1923 zum Beispiel Studenten in einem Gasthaus den Rabbiner Dr. Herzog, der als Privatdozent auch an der Universität lehrte. Im November schliesslich eskalierten die jüdenfeindlichen Manifestationen. Den vordergründigen Anlass hiezu bildete eine heftige Auseinandersetzung auf offener Strasse zwischen jüdischen Studenten und dem Privatdozenten Dr. de Crinis. Dieser Vorfall führte in der Folge zu massiven Bemühungen der nationalen Studentenschaft, jüdischen Studenten den Zugang zur Universität

in Zukunft zu verwehren. Jüdische Studenten mussten im Zuge der Demonstrationen in Schutzhaft genommen werden. Die antijüdischen Demonstranten attackierten jedoch nicht nur die Studenten, sondern dran-

gen auch in Kaffeehäuser ein und bedrohten jüdische Gäste. Weitere gewaltsame Auseinandersetzungen drohten in diesen Tagen zwischen nationalen Studenten und Mitgliedern des jüdischen Sportvereins «Hakoah» auszubrechen, als in einem Kino am Mehlplatz der Film «Ost und West» vorgeführt werden sollte. Die Studenten versuchten, letztlich erfolgreich, die Absetzung dieses Films, der jüdisches Familienleben in Wien und Galizien zum Inhalt hatte, zu erzwingen, während die «Hakoah» die Aufführung schützen wollten. (22) Gerade Kinofilme, besonders aber Theaterstücke standen wiederholt im Mittelpunkt jüdenfeindlicher Ausschreitungen. Als Einzelbeispiel sei in diesem Zusammenhang nur eine Aufführung des Zuckmayer-Stückes «Der fröhliche Weinberg» am 25. Juli 1931 in Graz

genannt. Sie musste aufgrund massiver Störungen durch demonstrierende Studenten abgebrochen werden. Die Demonstranten zogen anschliessend zum Café «Thonethof» in der Herrengasse, um dort die jüdischen Gäste zu attackieren. Das Einschreiten der städtischen Sicherheitswache konnte dies jedoch verhindern. (23)

Bei diesen jüdenfeindlichen Ausschreitungen kam den frühen Nationalsozialisten zentrale Bedeutung zu. Sie stellten während der zwanziger Jahre insgesamt gesehen zwar noch ein gesellschaftlichen Randphänomen dar – im Grazer Gemeinderat sassen seit 1924 zwei NS-

Gemeinderäte, ab 1929 war es einer, dennoch zeigte sich ihr Antisemitismus bereits in all seiner Radikalität. Pogromdrohungen beherrschten die Reden. Auch eigenen Kataster jüdischer Handels- und Gewerbetrei-



Vito Vukovic: Menschenbild. Foto: Kleine Galerie

bender wurden angelegt. Von Juni bis Dezember 1926 befand sich die Redaktionsleitung der 1924 in Berlin gegründeten Wochenzeitung «Hakenkreuzler» in Graz. Hier erschienen bereits das NS-Wochenblatt «Michel» und seine bebilderte Ausgabe «Kleiner Michel», an deren vorhandener Infrastruktur der «Hakenkreuzler» anknüpfen wollte. (24) Dieses NS-Kampfblatt lag mit seinen antisemitischen Exzessen und seiner Apotheose der Gewalt völlig auf der Linie des Streicherschen «Stürmers». Seine Leserschaft bildete in dieser Phase eine politisch radikale Minderheit. Mit dem Durchbruch des Nationalsozialismus zur Massenbewegung in den Jahren 1932/33 bekam diese Komponente des Antisemitismus jedoch ein neues gesellschaftliches Gewicht, zumal die Nationalsozialisten auch Anfang der dreissiger Jahre ihre aggressive Judenfeindlichkeit genauso drastisch und konsequent zum Ausdruck brachten wie in den Jahren zuvor. Das judenfeindliche Klima bestimmte allerdings nicht nur der Nationalsozialismus allein. Der Antisemitismus war vielmehr, wenn auch in verschiedenen Abstufungen und Ausformungen, lagerübergreifend präsent und, wie etwa der «Antisemitenbund» zeigt, auch so organisiert. (25) Die Grazer Judenschaft reagierte auf Bedrohung, Anfeindung und Ausgrenzung – Juden wurde zum Beispiel der Zutritt zu verschiedenen Kaffeehäusern verwehrt – in gewisser Weise mit «defensiver Kompensation». (26) Sie entwickelte ein festeres jüdisches Selbstbewusstsein und vollzog eine stärkere Hinwendung zu ihren Organisationen. So wurde das bereits vor 1914 aufgebaute Vereinswesen zum einen reaktiviert und zum zweiten durch eine Reihe neuer Gründungen ausgebaut. Am 6. Mai 1928 wurde im Beisein zahlreicher Gäste aus Wien und Linz in feierlicher Weise die Grazer Loge des Ordens «**B'nai B'rith**» gegründet. Schon 1919 entstand die Grazer «Hakoah», die 1931 auf mehrere Sektionen verteilt über rund 400 Mitglieder verfügte. Die «Hakoah» pflegte enge Verbindungen zur Ortsorganisation der Grazer Zionisten, die seit 1918/19 eine verstärkte Tätigkeit entwickelte. Vor allem traten in den späten zwanziger und den frühen dreissiger Jahren eine Reihe von Organisationen ins Leben, die auf zionistischer Grundlage standen. So bildete sich im Juli 1928 eine Grazer Zweigstelle des «Jüdischen Pfadfinderbundes Haschomer Hazir», dem Ende 1931 mehr als 100 Mitglieder angehörten. Im Jahr 1932 beteiligte sich dieser Jugendbund gemeinsam mit der 1929 reaktivierten «Charitas» und der zionistischen Ortgruppe an der Gründung eines jüdischen Mittelschülerbundes mit zionistischer Ausrichtung. Pfadfinder, Mittelschüler, «Jüdisch-Akademische Vereinigung» und die Ortsgruppe der Zionisten errichteten schliesslich im Jahr 1933 in der Annenstrasse ein eigenes Kommunikationszentrum, das täglich geöffnet war. Die zionistischen Aktivitäten in Graz blieben von den unterschiedlichen Strömungen, die diese Bewegung kennzeichneten, keineswegs unbeeinflusst. Die «Haschomer Hazir» und vor allem die im Sommer 1933 gegründete Ortsgruppe

der Pionierorganisation «Hechaluz» verfolgten eine zionistisch-sozialistische Linie. Demgegenüber standen die «Charitas» oder der 1934 gebildete Zweigverein des Verbandes der Herzl-Zionisten mit der ihm nahestehenden Jugendgruppe «**B'rith Trumpeldor**» auf betont konservativer Grundlage. Sie sprachen sich auch offen gegen Marxismus und Klassenkampf aus. (27)

Ihre Tätigkeit konzentrierten die Grazer Zionisten vorerst hauptsächlich auf jüdische Bewusstseinsbildung. Sie forcierten Hebräisch-Kurse sowie die eingehende Beschäftigung mit jüdischer Geschichte und Kultur. Für diese Bemühungen boten die jährlichen Makka-bäer-Feiern ein signifikantes Beispiel. Im Jahr 1930 fand diese Feier im «Erzherzog Johann» statt, wobei das Rahmenprogramm Werke jüdischer Autoren sowie Lieder in hebräischer und jiddischer Sprache umfasste. Der Festredner betonte die Wichtigkeit von Palästina für die Juden, hob aber auch den positiven Bezug der Judenschaft zum österreichischen Staat hervor. (28) Im Zuge der Wirtschaftskrise, von der die Juden aufgrund der ökonomischen Auswirkungen und der mit ihr verbundenen weiteren Verschärfung des Antisemitismus doppelt betroffen waren, bemühten sich die Zionisten mehr um gezielte Erziehungsprogramme, die auf die Auswanderung nach Palästina und das Leben dort vorbereiten sollten. Diese Entwicklung verstärkte sich noch mit der Machtergreifung Hitlers in Deutschland Ende Jänner 1933, indem die Grazer Zionisten die Auswanderung nach Palästina zunehmend konkret zu fördern und zu organisieren begannen. Im Laufe des Jahres 1934 entstand sogar unter Mitwirkung der Pionierorganisation «Hechaluz» ein Stadtkibbuz, der mit den Arbeitsanforderungen und dem Gemeinschaftsleben in einem Kibbuz in Palästina vertraut machen sollte. Neben der Ortsgruppe der Zionisten spielten in diesem Zusammenhang vor allem die Jugendorganisationen eine besondere Rolle. Demgegenüber unterstrichen die Kultusgemeinde und ihr Vorstand sowie die konservativen jüdischen Gruppierungen ihre loyale Haltung zum österreichischen Staat und hoben ihre Verdienste hervor. Als eine in dieser Hinsicht signifikante Organisation entstand 1932 der «Bund jüdischer Frontsoldaten». Dieser Bund, der im Jahr 1933 eine Grazer Zweigstelle einrichtete, trat korporativ der Vaterländischen Front bei und bekundete damit seine Loyalität zum beginnenden autoritären Ständestaat. Diese Haltung nahmen in Graz zum Beispiel auch die akademische «Charitas» und die Kultusgemeinde ein, die der neuen Verfassung einhellig zustimmte und jährlich am 1. Mai in der Synagoge eine Verfassungsfeier abhielt. An dieser Einstellung änderte sich bis in den März 1938 nichts. Am 10. März 1938 fand in Graz ein Treffen von Vertretern der jüdischen Organisationen statt, bei dem von Seiten der Vaterländischen Front vorgeschlagen wurde, an alle Grazer Juden ein Rundschreiben zu schicken mit der Aufforderung, bei der kommenden Volksbefragung mit «Ja» zu stimmen.

Dieses Zirkular fiel jedoch den in den Postämtern tätigen illegalen Nationalsozialisten in die Hände. (29)

Die Zerstörung der jüdischen Gemeinde von Graz

Die nach dem Berchtesgadner Abkommen vom 12. Februar 1938 sich zunehmend steigenden Demonstrationen Grazer Nationalsozialisten waren bereits von aggressiven Aktionen gegen die Judenschaft der Stadt begleitet. Schon in der Nacht zum 14. Februar zertrümmerten Nationalsozialisten die Auslagen mehrerer jüdischer Geschäfte, während der zahlreichen Aufmärsche ab dem 19./20. Februar wurden antisemitische Lieder gesungen und auf Flugblättern für die Zeit nach der Machtübernahme unter anderem Massnahmen gegen die Juden angekündigt. Die erste Verhaftungswelle, die unmittelbar nach dem Umbruch am 11./12. März einsetzte, erfasste auch prominente Vertreter der Grazer Judenschaft, wie den Nobelpreisträger Otto Löwi, der Kultusgemeinde und der jüdischen Vereine. In der Nacht auf den 12. März schlugen Nationalsozialisten die Fenster der Synagoge und des «Winterbetthauses» ein und beschmierten zudem die Mauern. Erste Beschlagnahmungen aus der Bibliothek des Amtsgebäudes, von Mitgliederverzeichnissen und Protokollen der Gemeinde sowie von Kultgeräten erfolgten am 21. März. An diesem Tag wurde auch der Landesrabbiner Dr. Herzog verhaftet und in die Polizeidirektion beim Paulustor gebracht, wo rund 60 bis 70 Juden in diesen Tagen inhaftiert waren. Herzogs Haftentlassung erfolgte am 2. April, nachdem er während der 13 Tage seiner Haft wiederholt bedroht und gedemütigt worden war. (30) Organisierte Geschäftsstörungen durch Markieren jüdischer Geschäfte und eigene vor den Türen stehende Posten setzten ebenfalls ein. Hinzu kamen Beschlagnahmungen von Fahrzeugen, erste Plünderungen jüdischer Wohnungen und Aneignungen von jüdischem Privatbesitz. (31) Ausgehverbote für bestimmte Zeiten engten die Bewegungsfreiheit der jüdischen Bevölkerung ein, die sich darüber hinaus mit wachsenden Aussperrungen aus Ge-

schäften und Kaffeehäusern konfrontiert sah. Dieser in das Alltagsleben der Juden massiv einbrechende Terror setzte sich nach einer kurzen Unterbrechung in den Tagen vor der Volksabstimmung nach dem 10. April fort. Für die Zeit des Pessachfestes sind besonders aus Wien erschreckende öffentliche Demütigungen von Juden bezeugt. In Graz wurden in der letzte Aprilwoche Juden bei Nacht halbnackt aus ihren Wohnungen auf die Strassen getrieben und gezwungen zu schreien: «Wir sind Saujuden» und «Heil den Nazis, die Österreich vom Judenjoch befreit haben.» (32)

Parallel zu diesen von den Sicherheitskräften nicht behinderten Ausschreitungen auf den Strassen setzten Mitte März auch die behördlichen Massnahmen zur Eliminierung der Juden aus dem öffentlichen Leben und der Berufswelt ein. Die Judenschaft wurde mit einem Netz an Berufsverböten überzogen, das sie nicht nur aus dem Berufsleben entfernen, sondern ihr darüber hinaus die Existenzgrundlage entziehen sollte. Diesen Berufsverböten entsprach im Bereich des Handels und Gewerbes die Liquidierung jüdischer Betriebe durch die Vermögensverkehrsstelle. (33) Neben der Aneignung jüdischer Vermögenswerte zielten Berufsverböte und Arisierungen darauf ab, die ihrer ökonomischen Existenzgrundlage beraubte Judenschaft zur Auswanderung zu zwingen. Die Juden verloren jedoch nicht nur ihre materiellen Lebensgrundlagen, sie wurden auch in ihrer kulturellen und religiösen Identität bedroht. Am 17. März 1938 gab die amtliche «Grazer Zeitung» das Schächtverbot für den Grazer Schlachthofbekannt, womit die Einhaltung der rituellen Speisevorschriften erschwert wurde. Das im Mai erlassene Verbot, öffentliche Bäder besuchen zu dürfen, störte den rituellen Badebetrieb, den die Grazer Juden im «Bad zur Sonne» pflegten. Letztlich verfielen die jüdischen Vereine der Auflösung, und die Kultusgemeinde wurde von einer Körperschaft des öffentlichen Rechts in eine private Vereinigung umgewandelt. Diese Zurückdrängung aus dem öffentlichen Bereich und die Ausgrenzung betraf in besonderem Masse auch die Schulen. Sofern die jüdischen Schüler ohnedies nicht schon im März und April ihre Schule aufgrund der dort herrschenden judenfeindlichen Atmosphäre – die Schulen bildeten ein Zentrum antisemitischer Ausschreitungen – verlassen hatten, sollten sie gemäss einem Erlass vom 13. Juni 1938 ab dem Schuljahr 1938/39 in eigenen privaten jüdischen Schulen zusammengefasst werden. Für die Volksschüler war hierfür die bereits seit dem 19. Jahrhundert bestehende jüdische Privatvolksschule vorgesehen. Die Hauptschüler und die Schüler der Unterstufen der Mittelschulen sollten in Graz in einer zweiklassig geführten rein jüdischen Hauptschule zusammengefasst werden. An ihr unterrichteten nur jüdische Lehrer, wobei der Lehrplan auf die bereits vorgesehene Auswanderung abgestimmt war und Fächer wie Englisch oder handwerklichen Unterricht forcierte. (34) Diese Schule wurde noch im Laufe des



«Reibepartie» in Wien-Erdberg. Foto: DÖW

Schuljahres 1938/39 aufgrund der jüdischen Auswanderung aus Graz geschlossen. Jüdische Schüler der Oberstufe konnten theoretisch als Externisten weitermachen, wobei allerdings nur zwei Externisten auf 100 «arische» Schüler kommen durften. Der Besuch der Lehrerbildungsanstalt war generell verboten.

Im Zeitraum von März bis Anfang November 1938 emigrierten 417 Grazer Juden nach Palästina. Die dazu notwendigen Organisationsarbeiten leisteten die Kultusgemeinden von Graz und Wien, wobei die Wiener Kultusgemeinde überhaupt als die von Adolf Eichmann beauftragte zentrale Koordinationsstelle für die jüdische Emigration aus Österreich fungierte. Die Grazer Kultusgemeinde wiederum stand unter massivem Druck der örtlichen NS-Behörden, die Auswanderung der Grazer Juden bis Ende 1938 abzuschliessen. (35) Der Auswanderung ging jedoch die völlige Ausplünderung der Juden voraus. Otto Rendi beschreibt dieses «System Eichmann» treffend: «Die Juden, die auswandern wollten, mussten erst Reichsfluchtsteuer und Judenabgabe zahlen, ihre Wohnungen aufgeben, Vollmachten über allfällige Bankkontenerteilen. Sie verliessen Eichmanns Büro ohne Geld und ohne Besitz. Alles, was die dafür bekamen, war ein Pass, der innerhalb von 14 Tagen zur Ausreise benützt werden musste, andernfalls wurde der Besitzer in ein KZ geschickt.» (36) So gesehen und auf dem Hintergrund der Geschehnisse seit dem Märztagen bildete der Novemberpogrom keinen Wendepunkt in der Tragödie des Judentums, sondern stellte vielmehr eine konsequente Fortsetzung bereits vor sich gehender Entwicklungen dar.

In den ersten Tagen des November 1938 hielt Dr. Herzog seine letzte Rede in der Synagoge, wobei er den Satz einfügte, dass heute vielleicht zum letzten Male dieses Haus gesehen werden könne (37) Damit verlieh Herzog einerseits allgemeinen Vorahnungen und Befürchtungen Ausdruck, die seinen bisherigen leidvollen Erfahrungen entsprangen. Andererseits traten Anzeichen zutage, die auf eine Vorbereitung von Aktionen gegen die Synagoge schliessen lassen konnten. Der Pogrom selbst vollzog sich am 9./10. November auf mehreren Ebenen. Sicherheitsdienst und Polizei beschlagnahmten in der Synagoge und im Amtshaus Vermögenswerte und Aktenbestände der jüdischen Gemeinde. Hingegen führten vornehmlich Angehörige der SA, die sich in ihren Lokalen gesammelt hatten und nicht uniformiert waren, in den beiden Gebäuden Plünderungen durch. Am frühen Morgen des 10. November ging die Synagoge schliesslich in Flammen auf. Die anwesende Feuerwehr griff nicht ein, sondern verhinderte nur ein Übergreifen des Feuers auf die umliegenden Gebäude. (38) Die Synagoge brannte nieder. Die verbliebene Brandruine wurde gesprengt. Plünderung und Brandschatzung zerstörten auch die Zeremonienhalle auf dem Friedhof in Wetzeisdorf. Bestehen blieb das Amtshaus, in das allerdings in weiterer Folge die Gau-Führung der Hitlerjugend einzog. Die Gewaltakte der Pogromnacht beraubten die

jüdische Gemeinde ihrer zentralen Einrichtungen, die ihr in den leiderfüllten Monaten seit dem «Anschluss» zumindest noch einen kleinen Rückhalt zu bieten vermochten. Plünderungen und Zerstörungen von Geschäftslokalen fanden in dieser Nacht in Graz nur in geringem Umfang statt, da die meisten jüdischen Geschäfte bereits arisiert waren oder zumindest unter kommissarischer Verwaltung standen. Neben diesem Vandalismus an Sachen brachte die Pogromnacht zusätzlich einen neuerlichen Höhepunkt an Gewaltanwendungen gegenüber der jüdischen Bevölkerung. So wurde Dr. Herzog von SS-Männern aus seiner Wohnung geholt, zuerst zur Synagoge gezerrt, dann auf den jüdischen Friedhof in Wetzeisdorf gebracht und letztlich schwer misshandelt auf einem Feld zurückgelassen, nachdem ihm zuvor mehrmals mit dem Tode gedroht worden war. (39) Das Schicksal von David Herzog stellte in dieser Nacht keinen Einzelfall dar. Parallel zu diesen Übergriffen von SA- und SS-Angehörigen nahm die Polizei zahlreiche Verhaftungen vor. Insgesamt wurden rund 300 männliche Grazer Juden festgenommen, in einer entwürdigenden «Prozession» zum Bahnhof gebracht und schliesslich per Bahn nach Dachau transportiert. Etwa 50 der verhafteten Männer, die bereits über Ausreisepapiere verfügten und von dem ebenfalls inhaftierten Vorstand der Gemeinde namhaft gemacht worden waren, kamen umgehend wieder frei. Die übrigen Inhaftierten kehrten erst im Dezember nach Graz zurück. (40) Die möglichst rasche Auswanderung aller Juden bildete nach wie vor das primäre Ziel der NS-Behörden. Unter diesem Gesichtspunkt kritisierte der Sicherheitsdienst die Verwüstungen der Pogromnacht, weil bei den Gewaltakten auch Unterlagen für ein Ansiedlungsprojekt von 600 Juden in Palästina vernichtet worden waren. Einige Sorgen bereiteten dem SD zudem die möglichen Auswirkungen des Pogroms auf die allgemeine Stimmung in der Bevölkerung. Er stellte in diesem Zusammenhang nämlich einen gewissen Unmut fest, der sich bei den legislativen Massnahmen gegen die jüdische Bevölkerung nicht gezeigt hatte. (41)

Nach dem Novemberpogrom befanden sich noch etwa 900 Juden in Graz. Ihnen wurden im Laufe des Jahres 1939 bei völliger gesellschaftlicher Ächtung die letzten Vermögenswerte entzogen. Vor allem verloren die Juden auch ihre Wohnungen. Dies führte dazu, dass die jüdische Bevölkerung in weiterer Folge zu Wohngemeinschaften zusammengefasst wurde. In dieser Phase übernahm ein provisorischer Vorstand die Führung der Gemeinde sowie die Organisation der Auswanderung. Letzteres erwies sich jedoch als immer schwieriger, da einerseits in dieser Frage die Gegensätze zwischen den einzelnen NS-Stellen zunahmen und andererseits zahlreiche Aufnahmelande ihre Einreisebestimmungen verschärfen. Hinzu kam, dass die noch verbliebenen Juden zumeist ältere Menschen waren. Sie sahen sich den Mühen einer Auswanderung nicht

gewachsen und konnten auch deren Notwendigkeit nach einem arbeitsreichen und verdienstvollen Leben einfach nicht fassen. (42) Trotz dieser Schwierigkeiten gingen im Frühjahr 1939 noch zwei weitere Transporte nach Palästina ab. Ein letzter, hauptsächlich aus Kindern bestehender Auswanderungszug folgte im November. Zuvor hatte die Gestapo im Juni eine Reihe von Verhaftungen vorgenommen, die in Zusammenhang mit der Organisierung der jüdischen Auswanderung standen. Unter den Verhafteten befand sich der langjährige Vorstand der jüdischen Gemeinde Elias Grünschlager, der im Laufe des Novemberpogroms 1938 schon einmal verhaftet worden war. Die letzten noch in Graz verbliebenen Juden wurden im Frühjahr 1940 nach Wien gebracht, von wo sie in weiterer Folge den Weg nach Theresienstadt und in die Vernichtungslager antreten mussten. (43) Damit endete im Laufe des Jahres 1940 nach einer Geschichte von rund 75 Jahren die Existenz der zweiten jüdischen Gemeinde von Graz. Zurückgekehrte Emigranten und einige wenige Überlebende des Holocaust bauten nach 1945 eine dritte Gemeinde auf, die heute rund 60 Mitglieder zählt.

Anmerkungen

- 1) Wilhelm Kosch, Zur Geschichte der Grazer Juden 1848-1914, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, 59 (1968), S. 33 ff; Gerhard W. Salzer-Eibenstein, Die Geschichte der Grazer Juden von ihren Anfängen bis Anfang des 20. Jahrhunderts, Manus Graz 1972.
- 2) Wilhelm Wadi, Die israelitischen Kultusgemeinden Graz und Klagenfurt, in: 1.000 Jahre österreichisches Judentum, hrsg. von Klaus Lohrmann (= Studia Judaica Austriaca DO, Eisenstadt 1982, S. 134.
- 3) Wetzeisdorf bildete zu diesem Zeitpunkt noch eine eigene Gemeinde. Die Eingemeindung nach Graz erfolgte im Herbst 1938.
- 4) Wadi, wie Anm. 2, S. 134.
- 5) Juden, speziell Händler, Kaufleute, Ärzte und Bankiers, kamen in der Folge in erster Linie mit Ausnahmegenehmigungen ins Land. Nach 1783 nützten sie verstärkt die Möglichkeit, innerösterreichische Märkte besuchen zu dürfen.
- 6) In Klagenfurt entstand erst im Jahr 1922 eine selbständige Kultusgemeinde.
- 7) William H. Hubbard, Auf dem Weg zur Grossstadt. Eine Sozialgeschichte der Stadt Graz 1850-1914 (= Sozial- und wirtschaftshistorische Studien 17), Wien 1984.
- 8) Zur besonderen Bedeutung der «Chewra Kadischa»-Vereine für eine jüdische Gemeinde siehe Gudrun Reitter, Die Grazer israelitische Kultusgemeinde 1908-1938, in: Judentum in einer antisemitischen Umwelt. Am Beispiel der Stadt Graz 1918-1938, Graz 1988, S. 43 ff und 87 ff.
- 9) Zum Vereinsleben im Einzelnen siehe Reitter, wie Anm. 8, S. 97 ff.
- 10) Adolf Gaisbauer, Davidstern und Doppeladler. Zionismus und Nationalismus in Österreich 1882-1918, Wien 1988, S. 142 ff.
- 11) Harald Seewann, Die jüdisch-akademische Verbindung Charitas Graz, 1897-1938. Ein Beitrag zur Geschichte des Zionismus auf Grazer akademischem Boden (= Schriftenreihe des Steirischen Studentenhistoriker-Vereines 12 und 13), Graz 1986 und 1987.
- 12) Mosche Karl Schwarz, The Jews of Styria, in: The Jews of Austria. Essays on their Life, History and Destruction, ed. Josef Fraenkel, London 1967, S. 392.
- 13) Reitter, wie Anm. 8, S. 54.
- 14) Andreas Schweiger, David Herzog 1869-1946. Eine biographische Skizze, masch. Dipl. Arb. Graz 1988
- 15) Gerhard W. Salzer-Eibenstein, Die Wohn- und Berufsstandorte der Grazer Juden 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 10 (1978), S. 308.
- 16) Auch die während des Ersten Weltkrieges nach Graz gekommenen Flüchtlinge aus Galizien blieben nur vorübergehend hier.
- 17) Reitter, wie Anm. 8, S. 60 ff.
- 18) Im Detail Salzer-Eibenstein, wie Anm. 15, S. 305 ff.
- 19) Reitter, wie Anm. 8, S. 74
- 20) Die Wahlen in der Landeshauptstadt Graz von 1919-1963, hrsg. vom Magistrat Graz, Graz 1964, Tabellenanhang, S. 1.
- 21) Stmk. LA Präs. E-91/1921-1925: Versammlungsberichte der Polizeidirektion Graz.
- 22) Eduard G. Staudinger, Zur Entwicklung des Nationalsozialismus in Graz von seinen Anfängen bis 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 18-19 (1988), S. 42 ff.
- 23) AVA, BKA-Inneres, 22 Stmk., Akt 168.043/1931.
- 24) Wolfgang Duchkowitz, Nichts für Frau «Zimmerlich» und Herrn «Schlappschwanz». Der Grazer «Hakenkreuzler»-1926, in: Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreichs Medien, hrsg. von Oliver Rathkolb u.a., Salzburg 1988, S. 158 ff. Der Redaktionsort des «Hakenkreuzlers» wurde mehrmals verlegt.
- 25) Zum Antisemitismus in den verschiedenen politischen Lagern siehe Dieter A. Binder, Antisemitismus und Judentum, in: Judentum in einer antisemitischen Umwelt. Am Beispiel der Stadt Graz 1918-1938, Graz 1988, S. 1 ff; Herbert Rütgen, Antisemitismus in allen Lagern. Publizistische Dokumente zur Ersten Republik Österreich 1918-1938 (« Dissertationen der Karl-Franzens-Universität Graz 78), Graz 1989
- 26) Schwarz, wie Anm. 12, S. 392. Schwarz meint, dass der Antisemitismus in den zwanziger Jahren in Graz nicht sehr spürbar zutage trat. Schwarz trifft diese Aussage allerdings im Vergleich zu den Ereignissen nach dem «Anschluss» im März 1938.
- 27) Dazu Dieter A. Binder, Das Schicksal der Grazer Juden 1938, in: Historisches Jahrbuch der Stadt Graz, 18-19 (1988), S. 210 f.
- 28) AVA, BKA-Inneres, 22 Stmk, Akt 107.973/1930.
- 29) Schwarz, wie Anm. 12, S. 392.
- 30) Schweiger, wie Anm. 14, S. 55 ff.
- 31) Binder, wie Anm. 27, S. 217; Stefan Karner, Die Steiermark im Dritten Reich 1938-1945. Aspekte ihrer politischen, wirtschaftlich-sozialen und kulturellen Entwicklung, Graz 1986 (2. Auflage), S. 168ff.
- 32) Herbert Rosenkranz, Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945, Wien 1978, S. 23.
- 33) Salzer-Eibenstein, wie Anm. 15; Karner, wie Anm. 31, S. 170.
- 34) Stmk. LA, LSR 1938, 8-G-92/1-1938: Antrag des Stadtschulrates Graz vom 17. September 1938 an den Landesschulrat auf Einrichtung von zwei jüdischen Hauptschulklassen.
- 35) Binder, wie Anm. 27, S. 221.
- 36) Otto Rendi, Zur Geschichte des Judentums in der Steiermark und in Graz, in: Zeitschrift des Historischen Vereins für Steiermark, 62 (1971), S. 168.
- 37) Schweiger, wie Anm. 14, S. 60. Schweiger stützt sich vorwiegend auf autobiographische Aufzeichnungen David Herzogs.
- 38) Schweiger, wie Anm. 14, S. 61.
- 39) Schweiger, wie Anm. 14, S. 61 ff.
- 40) Über das Schicksal eines Grazer Juden, der nach Dachau gebracht worden war, siehe Minna Lachs, Warum schaut Du zurück? Erinnerungen 1907-1941, Wien 1986, S. 219 f.
- 41) Anzeichen von Missbilligung der Gewaltaktionen traten in verschiedener Hinsicht zutage. So verhinderten zum Beispiel zwei Frauen, dass David Herzog von den SS-Männern, die ihn aus seiner Wohnung geholt hatten, auf dem Weg zur Synagoge in die Mauer geworfen wurde. Elias Grünschlager berichtet von Äusserungen des Missfallens durch den Kommandanten des Kommandos, das die Brandruine sprengte. Johannes Ude, mehrfacher Doktor, Professor der Theologie und im März 1938 durchaus freundlich dem «Anschluss» gegenüber eingestellt, schrieb einen Protestbrief an Gauleiter Überreither (siehe dazu Binder, wie Anm. 27, S. 224 ff). Selbst innerhalb der SA, deren Angehörige die Hauptakteure der Gewaltaktionen bildeten, zeigte sich bei einzelnen Mitgliedern eine ablehnende Haltung.
- 42) Siehe dazu vor allem das Schicksal der Familie Lachs: Lachs, wie Anm. 40, S. 244.
- 43) Binder, wie Anm. 27, S. 227.

Robert Streibel

«Und plötzlich waren sie alle weg ...» Die Juden in Krems 1938

Krems an der Donau hat eine lange Tradition in Sachen Nationalsozialismus und Antisemitismus. Krems an der Donau war die erste Stadt Österreich, in der der Arierparagraph des Deutschen Turnvereines bei einem Gau-turnfest 1887 zur Anwendung gelangt.

In den 20-er Jahren zog es den Erfinder des «Arierparagraphen», den Heimatforscher Franz Kiessling, nach Krems. Krems hatte aber auch mit Karl Rohrhofer den ersten nationalsozialistischen Bürgermeister im Juni 1932.

Dem Nationalsozialismus verschworen

Nach einem Handgranatenanschlag in der Nähe von Krems wurde die NSDAP in Österreich verboten. Krems hatte «seinen» Boykott mit Postenstehen vor jüdischen Geschäften bereits in den 30-er Jahren (1). Wie hiess es im Telegramm der beiden Bürgermeister von Krems Franz Retter und Dr. Hans Stingl an Adolf Hitler:

«Die seit altersher völkisch erprobten und dem Nationalsozialismus verschworenen Schwesterstädte Krems Stein erbitten ihre Bestimmung zur Gaustadt von Niederdonau» (2)

Krems hatte vieles, hat es aber in Krems auch eine «Judenverfolgung» gegeben? Angesichts der präsentierten Fakten eine provokante Frage, ihre Berechtigung hat diese Frage vor allem dann, wenn die Quellsituation im Niederösterreichischen Landesarchiv betrachtet wird.

Dass es zu «Kundgebungen» (3) gekommen sein muss, geht aus einem Sammelbogen hervor, der anlässlich des Schnellbriefes des Reichsführers der SS, in dem ein Verzeichnis der Schadenersatzforderungen über die bei Aktionen gegen Juden beschädigten deutschen Volksgenossen gefordert wird, angelegt wurde. Im Runderlass (4) des Präsidiums der Landeshauptmannschaft Niederdonau, der unter anderem auch an den Oberbürgermeister von Krems erging, werden Berichte innerhalb von drei Tagen gefordert. Im Sammelbogen, auf dem «Kundgebungen am 10.11.1938, Beschädigungen nichtjüdischen Besitzes» steht, ist auch Krems abgezeichnet. Im Bogen befindet sich jedoch kein einziger Bericht. Ein halbes Jahr später geht an die Oberbürgermeister und Landräte von Niederdonau ein Schreiben der Landeshauptmannschaft Niederdonau, in dem eingestanden wird, dass im Sammelakt «Berichte aus einer Reihe von Verwaltungskreisen, die vermutlich durch ein Versehen nicht in den Sammelakt eingeteilt wurden (....)» (5) fehlen. Im Schreiben des Präsi-

diiums der Landeshauptmannschaft Niederdonau vom 7. Juli 1939 an den Reichsminister des Inneren heisst es: «dass nur wenige nennenswerte Beschädigungen an dem Besitz, der in Betracht kommenden Personen vorgenommen wurden.» (6)

Angesichts dieser Quellenlage kann eine Dokumentation des Terrors gegen Juden nur dann erfolgen, wenn andere Unterlagen herangezogen werden.

Als der Verfasser vor 6 Jahren begann, die verwischten, vernichteten, verdrängten Spuren der Kremser Geschichte zwischen 1938-1945 zu suchen, antworteten nicht wenige Zeitgenossen auf die Frage, was denn mit den Juden geschehen sei, einfach: «Die waren plötzlich alle weg». Für die Zeit unmittelbar nach dem Einmarsch der deutschen Truppen liegt eine handschriftliche Schilderung der Ereignisse durch Willi Glass vor, der davon spricht, dass «alle Juden» in Polizeihaft genommen wurden und die vor allem die Situation der Willkür deutlich macht.

«An einem Morgen NACH DEM ANSCHLUSS wollte ich mit meinem jüdischen Freund (ich war damals 24 Jahre alt) einen Ausflug nach Spitz an der Donau machen und zum Jauerling wandern. Wir kamen zur Schiffsstation und wurden verhaftet von den Nazis und nach kommunistischer Literatur durchsucht (...) Obwohl gar nichts an uns gefunden wurde, brachte man uns ins Polizeigefängnis, von wo wir am nächsten Tag entlassen wurden. Das nächste Mal, wenn ich wieder eingezogen wurde, war von einem Besuch zu meinem Freund, der mir seinen Haustorschlüssel gegeben hatte. Man beobachtete mich und später machte eine Hausdurchsuchung bei meinem Freund (kein Jude). Verbrachte ein paar Tage wieder im Polizeigefängnis. Wurde auch vom Staatsanwalt vernommen, aber man konnte natürlich nichts finden. Der Staatsanwalt kannte mich, war katholisch (kein Nazi). Erkannte mich, weil ich für einige Zeit Berichterstatter des österreichischen Zeitungsdienstes war und im Gericht Verhandlungen zuhörte.» (7)

Für jenen Teil der Kremser, für den diese Verhaftungen nicht stattgefunden haben, oder für den sie unerheblich sind, weil «eh nur Juden» betroffen waren, sei ein anonymes Brief zitiert, der dem Verfasser nach der Publikation einer Broschüre über den Deutschen Turnverein in Krems zugesandt worden war, «Gerade in Krems gab es offenbar, abgesehen von jüdischen Mitbürgern, kaum grössere Verhaftungen. Stadtbekanntes Kommunisten und Kommunistinnen lästerten unent-

wegt gegen Hitler und seine Bewegung. Die Nazis fanden es offenbar nicht der Mühe wert, diese bei der Gestapo usw. anzuzeigen.» (8)

Die erste offizielle demonstrative Besitzergreifung von jüdischem Eigentum wird in der «Land-Zeitung» mit 17. März datiert, als auf dem «bekannten Kohnhaus» nach einer Rede des späteren Kreisleiters Wilthum eine Hakenkreuzfahne gehisst worden sein soll. (9)

Wie diese ersten Aktionen einzuschätzen waren, dürfte für einen Grossteil der Juden in Krems klar gewesen sein. Unmittelbar nach dem Anschluss wurde – so Glass – eine Fragebogenaktion der Kultusgemeinde durchgeführt, derzufolge die meisten Juden auswandern wollten.(10)Bestätigt wird dies durch die Aussage des bei der Bezirkshauptmannschaft beschäftigten und späteren Landrates Dr. Herbert Franz.

«Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Neubauer, dem Rabbiner (12), der sagte, es seien doch alle interessiert Österreich zu verlassen und man solle sich um Ausreisemöglichkeiten besprechen. Ich habe damals beim Kreisleiter interveniert, er möge sich gegen Ausschreitungen stellen und diese verhindern. Es ist insofern geschehen, als man den Juden nabelegte, dass sie ihre Besprechungen in der Synagoge abhalten und vermeiden sollen, sich gruppenweise zusammenzufinden. Dies ist auch in der Folgezeit geschehen. Ich erklärte mich auch damals gegenüber dem Kreisleiter und den Juden bereit, ihnen Rechtsauskünfte zu geben, was wiederholt damals in ihrem Bethaus geschah. Bei diesen Rechtsauskünften handelte es sich vor allem um die damals eingehobene Steuer, die JUBA, die den Juden auferlegt wurde., beziehungsweise um sonstige Auskünfte, soweit sie meinen Bereich als Verwaltungsbeamter betrafen.» (12)

Eine genaue sprachliche Analyse der Aussage von Dr. Franz zeigt, welcher Erfolg der Intervention beschieden war. Die Juden sollten sich in Hinkunft nur mehr im Bethaus versammeln, was soviel heissen mag, dass die «Ausschreitungen» offenbar als eine Reaktion auf öffentliche Besprechungen der Juden in Krems anzusehen seien.

Wie tief die Spuren der Erinnerung an die ehemaligen jüdischen Geschäfte bei älteren Menschen, die sich an die Juden in Krems erinnern wollen, sind, verdeutlicht die Aufzählung der jüdischen Geschäfte, wenn die Frage gestellt wurde: «Gab es Juden in Krems?» Besonders häufig genannt wurden dabei das Geschäft von Albert Neuner und das Schuhgeschäft Kolb.

Von den jüdischen Geschäften ist jedoch nicht nur die Erinnerung geblieben, sondern auch noch einige Waren. Frau Maria Tischer beteuert, noch immer Bettwäsche «vom Neuner» im Kasten zu haben (13), während das Ehepaar Ferdinand Lambauer die Eheringe vom «Bader-Uhrmacher» noch tragen (14).

Nach dem März 1938 wurden die jüdischen Geschäfte

in Krems mit Plakaten überklebt. Willi Glass schreibt von einem Plakat JUDE (in fetten Buchstaben) in der kleinen Auslage des Bürstenbindergeschäftes des Vaters (15). Leopoldine Puhl hat mit eigenen Augen gesehen, dass auf den Geschäften «zum Beispiel 'Judensau' draufgestanden ist» (16)

Plünderungen

Leopold P., selbst «Mischling», der erst in den 30-er Jahren nach Krems gekommen war, berichtet über das Bild, das die Landstrasse in dieser Zeit geboten hat:

«Einige Geschäfte waren geplündert, einige Auslagen kaputt und überall schräge Zettel mit Jude. Es waren auch Figuren aufgemalt, wie der «Stürmer»sie damals gehabt hat. Der Judentempel war mit Hakenkreuzen angeschmiert. Wenn man durch die Stadt gegangen ist, das hat einen unheimlichen Eindruck gemacht. (...) Man bat direkt die Tragödie vorausgefühl. Es war wie in einem grossen Schlachthaus. Nur dass man selber das Schlachtvieh war, das war ein ungutes Gefühl» (17)

Ein Fall, in dem das Posten-Stehen der SA vor einem Kremser Geschäft nicht nur durch Erzählungen, sondern aktenkundig ist, betrifft das Gemüsegeschäft von Ludwig Radel in der Gögölstrasse. Im Opferfürsorgeakt findet sich der «Tatsachenbericht» einer Wohnpartei des Hauses Gögölstrasse 7, der durch die Ehrlichkeit frappiert, wird doch eingestanden, dass der bedrängten Ehefrau kein Schutz gewährt werden konnte.

«Als Wohnpartei (...) im Hause (...), in welchem Herr Radel ein Lebensmittelgeschäft mit einer Auslageführte, wurde selbes anfangs November 1938 durch Aufstellung eines SA-Mannes vor dem Geschäfte und Einverweigerung seiner Kunden boykottiert. Kurze Zeit darauf wurde gegen abends das Geschäft des Herrn Radel von einem P.G. mittels Knüppel durch Zerschlagung sämtlicher Glasaufsätze, Glastafeln und Auslagenspiegelscheiben zertrümmert, wodurch viele Lebensmittel unbrauchbar wurden. Frau Radel, welche allein im Geschäft anwesend war, flüchtete in ihrer Angst zu mir in den 1. Stock und bat um Schutz, den ich ihr leider nicht gewähren konnte, da ich selbst fürchtete, dadurch in Bedrängnis zu kommen.» (18)

Wie gefährlich der Einkauf bei Juden in diesen Tagen sein konnte, beweist der Bericht von Vinzenz Zlabinger, der «immer bei Juden einkauft hot». (19)

«Ich hob mir do kafft, was i hoilt braucht hob als Arbeiter, Schuh, alles host kriegt (beim Neuner, Anm. R. St.). Wennst eine Kleinigkeit angezahlt hast, hot er dir auch gleich gebm. leb hob auch fest gehandelt, ich war auch ein kleiner Jud, was heisst, ich war ein Arbeiter, ich hob jeden Schilling angeschaut. Und wie's

aus war (nach dem Anschluss, Anm. R.St), bin i no Bursch gwesen. Hof's Schürzen gebm um ein Viertel Geld. Do war i dann acht Tage anpickt, net i allan, auch die andern, die aussagangen san, beim Steintor, san mir fotografiert worden (...). Do warn 20, 30, de do aussa san, de warn olle am Plakat aufgehängt.» (20)

Eine ähnliche Vorgangsweise ist zum Beispiel – wie bereits erwähnt – aus Amstetten bekannt, wo jene Personen, die im jüdischen Geschäft einkauften, sogar im «Amstetter Anzeiger» namentlich bekanntgegeben wurden (21). Eine legale Form der Plünderungen waren die Notverkäufe jener Juden, die die Stadt verlassen mussten. Für Frau Anna Schöps waren Ungerechtigkeiten bei diesen Kaufgeschäften «alles Einzelfalle».

«Wir haben die Küche und ein Wohnzimmer von Juden gekauft, von der Frau Tieger, er war so ein Altwarenhändler, der hat gewohnt dort im Stadtgraben. Die haben zu mir gesagt, dass ihnen alles abgedruckt wird, wie sie verkaufen mussten. Das war schon wahr. Die Juden haben alles verkaufen müssen und die Leute haben ihnen gegeben, was sie wollten. (...) Das war eine unschöne Sache. Da ist die Tieger zu mir gekommen, die hat gewusst, dass wir heiraten werden. 'Sie kriegen meine Küche.' Ich habe ihr anständig bezahlt.» (22)

Aus der Sicht der Käufer war der Kauf so etwas wie ein humanitärer Akt. Die Tatsache, dass Ignaz Rephan dem Nachbarn Ignaz Dietl vorschlug, das Haus Stadtgraben 50 zu kaufen, nimmt in den Augen des Angeklagten Dietl diesem Geschäft jeden anrühigen Charakter:

«Rephan bat mir selbst angetragen, sein Haus zu kaufen, weil er nicht wollte, dass es in den Besitz des Rechtsanwaltes Dr. Wolff komme. Rephan verlangte selbst einen Kaufpreis von 14.000 Reichsmark.»

Etwas später präzisiert Dietl in der Vernehmung dies noch: «Er kam zwei oder dreimal zu mir ins Geschäft, dass ich ihm sein Haus abkaufen sollte, er sagte, er müsse das Haus verkaufen und gebe es lieber mir als einem anderen.» (23) Nicht ganz einen Monat nach der Unterzeichnung des Vertrages, im Dezember 1938,

schreibt Dietl an die Vermögensverkehrsstelle und bittet «um Stundung und Teilzahlungsbewilligung bezüglich eines Kaufpreises aus dem Erwerb eines Hauses von einem Juden.» (24) Ignaz Dietl begründet

Aus der deutschen Sprache

Jude Joel Hirsch

Der Bauernwürger und Frauenschänder von Krems

In Krems und Umgebung betrieb der 57-jährige Jude Joel Hirsch aus Schaffa (Ejshchostowatel) einen Pferdehandel. Sein ganzes Geschäft war darauf aufgebaut, deutsche Grundbesitzer immer mehr in seine Gewalt zu bekommen, um schließlich den Besitz ihres Hofes zu gelangen. Deshalb suchte er sich mit Vorliebe Bauern aus, die sich in schlechter Vermögenslage befanden. Ihnen gegenüber spielte er sich als „bäuerlicher Freund“ auf. Er verkaufte ihnen Pferde, ohne jedoch am Anfang Geld zu fordern. „Aber wir nicht von Geld! Zahlen brauchst

Durch die wirtschaftlichen Mißstände waren viele Bauern in die Hand des Juden gegeben. An ihnen selbst hatte er natürlich kein Interesse. Was ging es ihm, dem Juden Hirsch schon an, wenn der Bauer in Not war? Viel größer jedoch war sein Interesse an dem Geld, wenn der Bauer selbst nicht zu Hause war. Joel Hirsch wußte, wann seine Stunde schlug. Dann schlich er sich zur armen Bäuerin und spielte nun auch ihr gegenüber den „Retter in der Not“. Er näherte sich ihr in der unverschämtesten Weise und zwang sie unter furchtbaren Drohungen, seine Unarmutungen zu dulden. Eine Anzahl deutscher Frauen fiel dem Juden zum Opfer. Sie sahen das Schreckensspiel der Zwangsversteigerung vor sich und aus Angst, Haus und Hof zu verlieren, gaben sie dem Drängen des Juden nach. Im übrigen hätte in der damaligen Zeit eine Anzeige bei der Polizei gegen den Juden Joel Hirsch ja doch keinen Erfolg gehabt. Deutsche Frauen sind still und groß im Dulden. Und so stifteten sie für ihre Familie, für ihr Heim und für ihren Hof. Sie wehrten den Schmutzjuden ab, so gut sie konnten und vergoffen ihre Tränen heimlich, um ihrem Manne sein sorgenvolles Leben nicht noch schwerer zu machen. Es war eine furchtbare Zeit.

Der dem Juden Joel Hirsch in seine verschlagen blickenden Augen sieht, die auch heute noch vor Bier und Winterlitz selbst hinter den Aktergittern trauisch zu leuchten vermögen, der kann sich eine Vorstellung machen, wie dieser Satan einzu gehauft hat. Er hatte es sogar gewagt, an Bauersfrauen den Antrag zu stellen, sich aller Kleidungsstücke zu entledigen, weil er dies eben „gerne“ habe. Er näherte sich ihnen in gemeinster Art. Er verbrach

Finanzbanditen

Baron Eugen de Rothschild und Freiherr Louis von Rothschild

Der Jude Freiherr Louis von Rothschild gehört zu der Rothschild'schen internationalen Finanzfamilie. Sein Sitz war in Wien. Er arbeitete mit den Rothschild'schen Bankhäusern in Mailand, Paris, London usw. zusammen. Er war im ehemaligen Schussing-Ostereich einer der maßgebendsten und größten Finanzdilatoren. Dadurch hatte er die Möglichkeit, das österreichische Volk um Milliarden zu betrügen. Der große Zusammenbruch der österreichischen Kreditanstalt ist auf die Finanzverbrechen des Juden Freiherrn Louis von Rothschild zurückzuführen.

Die Teufelsstraße des Juden Joel Hirsch

Tu erst dann, wenn es Dir leicht fällt.“ Mit solchem Schmus fing der Jude einen Bauern nach dem andern. Viele glaubten den Versicherungen des Hirsch und legten ihren Stoff nichtisahend in die „Schlinge“, die dann der Jude zu gegebenem Zeit rücksichtslos zuzog.

Eines Tages forderte Jud Hirsch sein Geld. Der

Aus: Der Stürmer. Juni 1938

dieses Ansuchen mit seinem Einsatz im «Kampf um die ns. Erhebung Österreichs» und die dadurch erlittenen Schäden. In den Darstellungen der Verkäufe von Tieger und Rephan wird die Zwangssituation ausgeblendet oder zugunsten eines «man hat mich ja gebeten zu kaufen» verschleiert.

Ganz andere Gründe mögen ausschlaggebend sein für eine fast verharmlosende Sicht der Ereignisse, wie sie Frieda Neumann (geb. Kerpen) liefert: Wenn im Gespräch beiläufig erwähnt wird, dass der Vater verhaftet und wieder freigelassen wurde, dass die Kunden weiter einkaufen kamen («die sind halt dann am Abend gekommen»), so mag dies als Fassade angesehen werden, die aufgebaut wird, um sich nicht genauer erinnern zu müssen. (25) Als einziges markantes Erlebnis vor der Abfahrt der Familie nach Oberösterreich Anfang Juni 1938, wo in einem Pfarrhaus in Nöchling die

gesamten Wertsachen deponiert wurden, bleibt die Geschichte um den Verkauf einer Zündholzschachtel.

«Ein Nazi, der hat bei uns gekauft, an den Namen kann ich mich nicht mehr erinnern, ich glaube Mehr oder so hat er geheissen, er war ein Nachbar von uns, der hat Zünder bei uns gekauft mit einem Judenster oben. Bei einer Naziversammlung hat ersieh Zigaretten angezündet und ist dann angesprochen worden: 'Was, du kaufst bei Juden?' Am nächsten Tag ist er dann ins Geschäft gekommen und bat sich beschwert, was wir ihm verkaufen.» (26)

In unmittelbarer Nähe des Geschäftes von Arnold Kerpen befindet sich auch ein Kindergarten. Nach dem «Anschluss» sollen Buben dieses Kindergartens den Besitzer des Geschäftes bespuckt haben, so zumindest erzählt dies Frau I.B., deren Sohn diesen Kindergarten besucht hat.

«Er ist in den Kindergarten gegangen, er ist heraus, bei Kerpen, jetzt ist mir das eingefallen, lügen tu ich kein Wort, ich schwör Ihnen das, er ist bei dem Geschäft vorbeigegangen. Er erzählt mir: 'Mutti, die Buben haben heute den Herrn, der das Geschäft dort am Ende hat, alle angespuckt, nur ich nicht, er macht mir nix, den anderen auch nix, die haben ihn aber angespuckt.» (27)

Der Terror gegen Dr. Paul Brüll

Der Terror dieser Tage spielte sich aber nicht nur auf der Strasse ab. Anfang September 1938 verliess die Familie des Rechtsanwaltes Dr. Paul Brüll und der in der Kanzlei beschäftigte Dr. Singer Krems. Die Vorfälle, die im Folgenden geschildert werden, müssen sich also unmittelbar davor abgespielt haben.

Frau Anna Streibel hatte 10 Jahre im Hause Brüll als Bedienerin gearbeitet, die Kanzlei und die Wohnung versorgt und war im Hause beschäftigt, «bis sie nach Amerika gegangen sind.» (28) Auf die Frage, was Dr. Brüll oder seine Frau gesagt hatten, als sie ihr von ihrer Abreise mitteilten, erzählt die ehemalige Bedienerin:

«Gar nichts hat er gesagt, aber das hat er gesagt, dass sie ihn geschlagen haben, der Wagner und der Czaczala (29), die haben die zwei Doktoren geschlagen, weil sie einen Prozess verloren haben. Selber gesehen hab' ich das nicht, aber das habe ich bemerkt, dass in der Kanzlei so Blutspritzer waren, da hab' ich dann gefragt, da hat mir die Frau Ernst gesagt, was war.» (30)

Dass «Arier», die bei Juden beschäftigt waren, von Nationalsozialisten belästigt wurden, davon erzählt auch Josef Streibel, der als Arbeitsloser seiner Frau bei schweren Arbeiten zur Hand ging: «Da sind's einmal kommen, der Wagner Berti und der Czaczala, und haben g'sehn, dass wir im Haus arbeiten, spuckt er aus

und sagt: 'Komm't's raus, da bei denen habt's ihr nix verloren.' Sag ich: 'gut, aber was ist mit unserem Geld?' 'Das kriegt ihr schon.'» (21) Diesen «praktischen Antisemitismus» hat auch die bereits erwähnte Kanzleikraft Juliane Ernst zu spüren bekommen.

«Geäussert hat sich das, wie es brenzlich geworden ist. Ich weiss, ich bin einmal auf der Sparkasse gewesen und hab für den Doktor einen Scheck eingelöst. Da haben sie mich derart angerempelt, als wie wenn ich den Scheck gefälscht hätte (...). Das waren so kleine persönliche Stiche. Am Weg, wenn's geregnet hat, haben sie mich mit dem Schirm angerempelt, weil ich bei Juden war und das ist nicht einmal gewesen, sondern x-mal.» (32)

Ein Prozess, den Dr. Brüll für die beiden Herren, deren Namen Frau Ernst nicht nennen will, verloren hat, habe den Ausschlag für den «Besuch» gegeben. («Die haben randaliert.») Um Schlimmeres zu verhindern, sei sie zum Kreisleiter Hans Heinz Dum gelaufen.

«Der ist dann wirklich gekommen und hat dann zu dem gesagt, er solle keinen Radau machen und ist dann mit ihnen gegangen. Der hat dann noch weiter geschimpft. Der Konzipient ist nach Wien gefahren und nicht mehr gekommen. Man muss nur wissen, wie brutal die damals gewesen sind. Ich hab' mich so gefürchtet, dass ich am nächsten Tag nicht mehr in die Kanzlei gegangen bin.» (33)

Die «Brutalität» dieses Besuches betonen Juliane Ernst und Anna Streibel im Interview mehrmals. Josef Streibel hat nach eigenen Angaben selbst gesehen, wie Dr. Singer am Boden gekniet ist und gefleht hat: «Bitte, bitte nicht schlagen.» (34) In das Wohnhaus der Familie Brüll wird in der Folge mit Zustimmung des Kurators der Liegenschaft Dr. Herbert Franz die Banndienststelle der Hitlerjugend, des Bannes Krems 522 untergebracht. (35)

Dr. Herbert Franz (36) erzählt von dieser Tätigkeit als Kurator nichts, betont jedoch: «Wenn Sie mich fragen, was ich an dem und dem Tag unterschrieben habe, das kann ich Ihnen wirklich nicht mehr sagen.» (37) Im Oktober 1941 bittet der Verwalter der Hitlerjugend in einem Schreiben an den Reichsstatthalter die bisher nur durch die Zustimmung Dr. Herbert Franz erfolgte Einweisung «Auf Grund des Dienststellengesetzes zur Unterbringung öffentlicher Dienststellen der NSDAP» auf eine rechtliche Grundlage zu stellen. (38) In diesem Schreiben wird eine für diese Zeit eigenartige Befürchtung geäussert, heisst es doch, dass die «Gefahr» bestünde, «dass dieses Haus, das momentan noch Judenvermögen ist, in arischen Besitz übergeht, der neue Besitzer das ganze Haus wegen Eigenbedarf benötigt und wir vom vorgenannten Rechtsanwalt die Kündigung erhalten.» (39)

Der Bewerber, der das ganze Haus beansprucht, ist Dr. Dyk, seines Zeichens Gauamtsleiter für Rassenpolitik in Niederdonau. Unterstützt wird Dyks Ansuchen «um Bewilligung der Zwangsentejudung zu Gunsten Dr. Dyk» vom Oberbürgermeister und von der «Kanzlei des Gauleiters» (40), da Dr. Dyk durch den Verlust seiner Gattin «zur Wartung (!!! Anm. R. St.) seiner Kinder «Personal aufnehmen müsse und durch diese Vergrößerung seines Haushaltes mit seiner alten Wohnung nicht mehr das Auslangen finden könne.» (41)

Schreibtischtäter

Trotz der prominenten Protektion und der Anordnung des Oberbürgermeisters «eine anderweitige Dauerunterbringung derselben (HJ, Anm. R.St.) ehesten zu veranlassen», wird mit Bescheid vom 20. August 1942 die Gebietsführung Niederdonau die Hitlerjugend in den ersten Stock des Hauses Schillerstrasse Nummer 10 eingewiesen. (42) Nach dieser ersten Annäherung soll das politische Klima dieser Wochen nach dem 11. März 1938 an Hand von Berichten in der Kremser Lokalzeitung analysiert werden, um so neben den – aus heutiger

Ein Anliegen ganz besonderer Art bewog die Kremserin Karola Lammfellner aus Krems, an den Reichskommissar Bürckel zu schreiben. Karola Lammfellner fürchtete um die katholischen Feiertage. In ihrem Brief bittet sie, keine Veränderung bei den katholischen Feiertagen vorzunehmen.*

Wir sind ein katholischer Gau und bei der anderen Regierung sind wir ohnehin um die Marienfeiertage gekommen, der Saujuden wegen, damit sie keine Feiertage bezahlen müssen.» (44)

Die Argumentation der Briefschreiberin lässt an der Zurechnungsfähigkeit der Frau zweifeln, wird doch die Bedeutung der Feiertage gegenüber den neuen Machthabern insofern argumentiert, dass man dem Allmächtigen danken müsse, «dass wir das Deutschtum zusammengebracht haben» und dieser Dank während der Feiertage abgestattet werden könne. Dies hätte zur Folge, dass er (Gott, Anm. R. St.) uns zum «baldigen Sieg» verhelfen werde. Verglichen mit der Argumentation der Lokalzeitungen, die noch angerissen werden wird, ist dieser Brief jedoch bloss der Beweis für die individuelle Umsetzung der offiziellen Propaganda.

Verzeichnis der jüdischen Gewerbebetriebe im Verwaltungsbezirk Krems a.d. Donau.				
Name des Gewerbebetriebs, Rechtsform:	Gegenstand des Gewerbes:	Anschrift:	Eintragungsgrund:	Bemerkungen:
Eller Otto	Unbeschr. Gemischtwarenhandel Fabrikmaschinelle Erzeugung von von Stillgebild etc.	Krems, Dienststrasse 8, Krems, Hohensteinstr. 14	Ist Jude --	Zurückgelegt Zurückgelegt
Wapitz Otto	Handel mit Holz aller Art, Kohle, Koks und Landleproduktion Holzfabrikationsgewerbe	Krems, Körnermarkt 7 "	Ist Jude --	Zurückgelegt
Sader Peter	Handel mit Gold und Silberwaren Uhrmachergewerbe	Krems, Dienststr. 2 "	Ist Jude --	Zurückgelegt
Sartfeld Berl	Handel mit Mode und Korwaren als Zweigabzweigung	Krems, Hohen-Markt 7	Ist Jude	Zurückgelegt
Offene Handelsges. "Ernst Destillierrie" Sohn Richard Wein- erzeugung u. Likör- Destillation "Rachmuth & Hechel" Verwaltungsgeschäftsführer David Rachmuth	Einkauf von Wein zum Destillieren, Handel mit Wein und fertigen Destillaten sowie Handel mit Weinbrand, Likören, Rum und Fruchtlikören, Ferner mit allen gewönl. Artikeln Erzeugung von Weinbrand, Likören, Rum und Fruchtlikören auf eigenen und kalten Wege	Krems, Schillerstr. 12	Ist Jude	Zurückgelegt.

Liste jüdischer Geschäfte in Krems

Sicht – meist anonymen Tätern der Strasse die Schreibtischtäter, die mit ihren Artikeln die Stimmung angeheizt hatten, in Erinnerung zu rufen.

Die Schuldzuweisungen, die die Juden als Verantwortliche für alle nur denkbaren negativen Erscheinungen des öffentlichen Lebens sahen, trieben seltsame Blüten, denn die Juden sollten selbst höhere Erträge im Zuckerrübenanbau verhindert haben, da «die zum Grossteil in jüdischen Händen befindliche Zuckerindustrie auf Grund ihrer antideutschen Einstellung» (43) die Vermittlung von Saatgut, der in der ganzen Welt bekannnten ertragreichen deutschen Sorten prinzipiell abgelehnt hatte.

en Juden wird in den Lokalzeitungen auch vorgeworfen, an ihrem eigenen Untergang noch zu verdienen, indem sie Hitlerbüsten und ähnlichen «nationalen Kitsch» in Umlauf gebracht hätten, der auch bei den Kremser Geschäftsleuten grossen Absatz gefunden habe.

«In erstaunlich kurzer Zeit wurde durch eine geschäftstüchtige (meist wohl jüdische) Ramschindustrie der Markt förmlich überschwemmt (...) (45)

Als Mitte Dezember bei Preisüberprüfungen in

Krems überhöhte Preise festgestellt werden mussten, sieht sich der Verfasser des Berichtes veranlasst, von «noch jüdischen Geschäftsmanieren» zu sprechen, mit denen versucht worden sei, «deutsche Menschen auszuplündern». (46) Diese Rassenhysterie gegen Juden und solche, die dafür gehalten wurden, schloss auch jene mitein, die mit Juden in Kontakt gestanden waren. Anhaltspunkt für dieses Klima, in dem das Ausspionieren und Denunzieren an der Tagesordnung stand, liefern jene Inserate, in denen eine Reihe von Kremsern den letzten Ausweg sahen, um Gerüchten über ihre Abstammung Stellung zu nehmen und so zu verhindern, nicht Opfer des aufgeregten Volkszornes zu

werden. In diesem Sinne sind diese Inserate daher sicherlich mehr als nur eine «für Krems pikante Note», wie dies Hruschka feststellt. (47)

In den Ausgaben der «Land-Zeitung» vom 23. März, 6. und 13. April und 8. Juni erscheinen insgesamt sieben meist mit der Überschrift «Warnung» versehene Inserate, in denen gewarnt wird, unwahre Gerüchte über die politische Einstellung oder rassische Zugehörigkeit der Unterzeichneten zu verbreiten. So dementiert eine Mizzi Auerladscheiter von der Alaunaltalstrasse, Nazis angezeigt zu haben. (48) Eine Frau Erna Hain spricht hingegen von Gerüchten, die ihr «Ansehen in politischer und moralischer Hinsicht» gefährden. (49) Luise und Edith



März 1938 in Klosterneuburg. Foto: DÖW

Weese (50) drohen wie die Geschwister Homola aus Rohrendorf, jeden gerichtlich zu belangen, der behauptet, «dass wir jüdischer Abstammung sind» (51), während Herr Josef Stein «nur» warnt, keine unwahren Gerüchte zu verbreiten. (52) Bevor im Einzelnen auf die Judenverfolgung in Krems eingegangen wird, ist es angebracht, die Lokalpresse nochmals genauer zu untersuchen, um über das bisher Zitierte hinaus einen Rahmen zu schaffen, in dem die Beleidigungen, Erniedrigungen und die Gewalttätigkeiten gegen Juden gesehen werden müssen.

Eine genaue Analyse der Artikel der «Land-Zeitung» soll neben den aus heutiger Sicht meist anonymen Tätern der Strasse jene, die hinter Schreibtischen sass, Artikel schreiben, um antisemitische Propaganda weiter in einer breiten Öffentlichkeit präsent zu halten, in Erinnerung rufen.

«Und was des Volkes Leben ist, das widerspiegelt sich in der Presse», war in jener Ausgabe der «Land-Zeitung» (53) zu lesen, als dieses Blatt eine «neue technische Ausgestaltung» bekommen hatte, die der Aufgabe, «verschiedenste Trümmer einer verflochtenen Zeit-

epoche» wegzuräumen besser gerecht werden sollte. Dies bedeute jedoch keine grundsätzliche Änderung der Blattlinie. Ein gewisser F. B. stellt im «Geleit» fest:

«Für uns gab es immer nur einen Feind Die internationalen Mächte der Weltpolitik. Wir kennen sie. Judentum, Freimaurerei, Marxismus und politischer Katholizismus.» (54)

Da, wie es in dieser Ausgabe weiter oben hiess, die nationalsozialistische Dynamik «Neues schafft», ist wohl darunter auch eine neue Qualität der Hetze gegen das Judentum zu verstehen. Wie bereits gezeigt werden konnte, war die «Land-Zeitung» traditionell ein geeig-

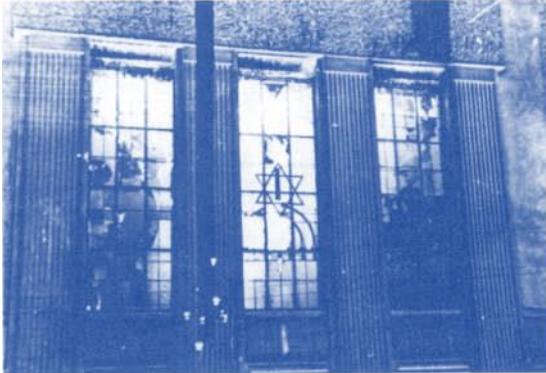
netes Forum für die Verbreitung antisemitischer Ideen. Selbst für die «Land-Zeitung» muss jedoch für die Zeit nach dem März 1938 von einer neuen Qualität der Hetze gesprochen werden. Auch in der «Land-Zeitung» wurde jener Übergang, der später in diesem Organ in einem Leitartikel entsprechend formuliert werden wollte («Es ging nicht mehr um einen gefühlsmässigen Antisemitismus, es ging um die Entscheidung: Wir oder die Juden.») (55) mühelos geschafft.

Betrachtet man die Häufung der Artikel, in denen sich die Zeitung in der einen oder anderen

Form mit dem Judentum auseinandersetzt, so wird das Versprechen «Unser Blatt wird ein Kampfblatt bleiben» (56), voll und ganz eingelöst. Mit dem 14. September 1938 wird eine eigene Spalte «Kampf dem Judentum» eingeführt. Die Haltung gegenüber der sogenannten Judenfrage lässt sich aber bereits aus der Kommentierung von Meldungen ablesen, wenn zum Beispiel die veränderte Haltung Italiens gegenüber den Juden und deren Widerstand dagegen mit dem Hinweis bedacht werden: «Das ganze jüdische Volk wird in den nächsten Jahren sein eigenes Ghetto finden.» (57) Neben dieser Spalte gibt es noch Artikel, die mit «Bilanz des Judentums» (58) oder mit «Jude» (59) überschrieben sind. Die Vielfalt der Artikel, in denen gegen das Judentum Stimmung gemacht wird, reicht über eine Schilderung der Qualen, die ein Tier durch das Schächten erleiden muss, wobei Adolf Hitler mit dem «edlen, guten Herzen» (60) als Retter der armen Kreatur erscheint, bis hin zu jeder Menge von Kurzmeldungen, denen zufolge jüdische Flüchtlinge «faul in der Sonne liegen» (61), oder internationale Berichte wie: «Jüdischer Wucher hat Ungarns Grundbesitz ruiniert». (62)

Ist die Ankündigung einer internationalen Lösung der

Judenfrage im Artikel im Oktober 1938 auf der ersten Seite noch allgemein gehalten (63), so verschärft sich der Ton Anfang November merklich, wenn in einem aus dem «Schwarzen Korps» übernommenen Artikel angekündigt wird, dass die Juden so behandelt werden «wie man Angehörige einer kriegsführenden Macht zu behandeln pflegt». (64) Der folgende Aufruf, sich am Hamstergut der Juden «schadlos zu halten» ist als Aufruf zur Plünderung anzusehen.



Kristallnacht in Klosterneuburg. Foto: DÖW

Nach dem Pariser Attentat wird die Forderung laut, dass Europa von Parasiten gesäubert werden müsse (65), während eine Woche später mit der starken Hand des nationalsozialistischen Staates gedroht wird. (66) Von «Konzentrationslagern» ist allerdings in dieser Phase nur im Zusammenhang mit anderen Ländern die Rede. (67) Der Begriff «Dachau» wird ohne weitere Erklärung in einem Schulungsabend der DAF von einem aus dem Altreich kommenden Vortragenden namens Nutzenberger verwendet, (68) Einer der Höhepunkte der Hetze in der «Land-Zeitung» stellt eine Seite in der Ausgabe vom 30.11.1938, deren linker und rechter Rand mit Bildern bekannter Juden verziert ist, dar. Der bereits erwähnte Schreiber mit den Initialen F.B. kündigt auf dieser Seite an:

«Mit Stumpf und Stiel die Juden ausrotten, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa. Das ist die Parole der Zukunft, für die junge, die nationalsozialistische Generation!» (69)

Der Artikel darunter schliesst mit der Aufforderung «der Jude aber soll verrecken». (70) Die Kremser können aber auch Mitte Dezember auf der ersten Seite lesen, dass für die Entwicklung, die «wir (die Nationalsozialisten Anm. R. St.) nicht gewollt haben, die wir jetzt aber unbarmherzig ihrem Ende entgegenführen...» (71) die Parteidemokraten aller Länder schuld seien. In derselben Ausgabe wird auf Seite drei vom «Ausschalten» des jüdischen Geistes gesprochen. (72)

Im Dezember 1938 wird Wert daraufgelegt, die Situation scheinbar zu beruhigen: «Ziel der Judenpolitik ist

die Auswanderung». (73) In diesem Sinne wird auch vor «Einzelaktionen» gewarnt. (74) Ende des Jahres 1938 wird einer Meldung über Auswanderungsbewegungen von Juden der zynische Kommentar hintangestellt:

«Sie ziehen schon wieder um .. immer noch in der Hoffnung, dass man sich auf diese Weise die ganz grosse Reise ersparen könnte. Sie wird sich auf Dauer nicht vermeiden lassen.» (75)

Dass mit dieser Reise nicht jene in einen eigenen Staat gemeint war, erfährt der Leser kurze Zeit später in einem Bericht über eine Rosenberg-Rede. Denn die Lösung, so Rosenberg, soll in der Schaffung nicht eines Staates, sondern eines jüdischen Reservates gipfeln. (76) Neben Artikeln, die sich angesichts aktueller Ereignisse mit der «Judenfrage» befassen, ist in den Kremser Zeitungen eine Tendenz zu bemerken, die durch den nationalsozialistischen Machtapparat gesetzten Massnahmen historisch zu legitimieren. Als ersten Artikel dieser Tendenz muss auf jenen aus der «Donau-Post» mit dem Titel «Von Gott und der Natur aus Feinde des christlichen Blutes ..» verwiesen werden, durch den die Räumung des Judentempels in der Dinstlstrasse zeitlich genau lokalisiert werden kann. Gemäss der Wochenzeitung sei der Tempel schon seit langem als «Schönheitsfehler» empfunden worden. *«Nun ist er zwar noch nicht äusserlich entfernt, wohl aber erfolgte am vergangenen Samstag seine Räumung, da das Gebäude vorerst als Notlager für sudetendeutsche Flüchtlinge eingerichtet wurde und später einer anderen nützlichen Verwendung zugeführt werden soll. Bei dieser Gelegenheit ist es nicht uninteressant, einen kurzen Blick in die Vergangenheit zu tun.» (77)*

Dieser Blick in die Vergangenheit, die lokale Judenverfolgung aus dem Jahre 1347, zeitigt durchaus praktische Ergebnisse, denn die Beschreibungen der Tätlichkeiten sind entweder als versteckte Darstellungen jüngster Ereignisse oder als Aufruf zu neuen Tätlichkeiten zu verstehen.

«... hub sich der Pobel (Pöbel) aus Stein und Krems und ausserhalb der Städte aus den Dörfern und kamen mit Gewalt gen Krems und griffen die Juden gewaltiglich, und schlugen die Juden zu Tod und brachen ihre Häuser auf und trugen aus alles das, was sie fanden.» (78)

Nicht fehlen darf bei diesem Artikel natürlich der Hinweis auf die Passage in der Stadtgeschichte des Propstes Anton Kerschbaumer, der lapidar darauf hinweist, dass ein grosses Kontingent für den Judenfriedhof die Strafanstalt liefere, wodurch der Beweis erbracht sei, «dass Judentum und Kriminalität eng miteinander verwandt sind.» (79)

Eine Woche vor diesem heimatkundlichen Artikel war in der gleichen Zeitung ein Bericht anlässlich des 20.

Jahrestages der Explosion in der Munitionsfabrik Wollersdorf erschienen. Schuld an diesem Unglück war, wie könnte es anders sein, ein Jude, wie bereits in einem Untertitel angekündigt worden war: «Der Befehl eines Juden und seine Folgen» (80). Ein weiteres Beispiel, in dem der Geschichte legitimatorische Funktion zugewiesen wird, stammt von Dr. Hans Plöckinger, dem Leiter des Kremser Heimatmuseums, dessen Gedankenketten komplexe soziale und wirtschaftliche Phänomene auf einfache Muster reduziert.

Denn die Mystik, mit ihrer Forderung nach vollkommener Hingabe zu Gott, habe die Menschen zu frommen Werken und Schenkungen veranlasst, dadurch habe sich der Besitz der Kirchen und Klöster vermehrt. Die «Gebefreudigkeit» führte zu einer Verarmung der Bürger, wodurch es den Juden erleichtert sei, in Krems Fuss zu fassen.

«In Krems sah man merkwürdig geduldig zu, wie die Juden von den verarmten Bürgern ein Haus nach dem anderen, ja selbst Weingärten erwarben.» (81)

Diesem Blickwinkel gemäss wird die Befreiung von den Juden als Segen für die Bevölkerung gepriesen, so schreibt Plöckinger in der ersten Fortsetzung dieser Serie, nachdem er die «energischen Gegenmassnahmen» zum Beispiel eines Albrecht III. und eines Leopold III. referiert hatte: «Endlich atmeten die Kremser hochbeglückt auf. Die Befreiung von den Juden brachte Wohlstand zurück.» (82) In einer Phase, in der der latente Pogrom (83) zumindest in Wien seinen vorläufigen Höhepunkt fand, als die Ortsgruppenleiter am 10. Oktober auf Anordnung des Gaues angehalten wurden zu veranlassen, dass eine «verstärkte Aktion gegen Juden einsetzen soll» (84), wobei nicht der Eindruck entstehen solle, «dass es sich um eine Parteiaktion handelt», beginnt in der «Land-Zeitung» die Artikelserie: «Von Schönerer zu Hitler. 3x Österreich».

Am 12. Oktober 1938 erscheint auf der ersten Seite die erste Geschichte, die sich in der Folge als Lebensgeschichte des langjährigen «Land-Zeitung»-Mitarbeiters «Winkelried» entpuppt. Durch Überprüfung der Hinweise, die in dieser Autobiographie gegeben werden, konnte der bürgerliche Name des Verfassers festgestellt werden.

Alfred Arnold arbeitete seit dem Jahre 1912 in dieser Lokalzeitung mit und prägte deren ideologisches Format vor allem in den 20-er Jahren entscheidend. An seiner Haltung können die Stationen nationalen Denkens in unserem Jahrhundert nachgezeichnet werden. Insgesamt erscheinen von dieser Autobiographie 42 Folgen, wobei die «Land-Zeitung» die beiden letzten Folgen zweimal mit der Nummer 41 zählte. Es ist wohl ein historischer Zufall, dass genau zu dem Zeitpunkt, als der 2. Weltkrieg vom Zaun gebrochen wird, Winkel-

ried mit der Schilderung seines Lebens am Ende des 1. Weltkrieges angelangt ist. Die letzte Folge dieser Serie erscheint am 30. August 1939. Ohne Kommentar endet diese Serie mit diesem Datum. Bedeutend an dieser Serie im Zusammenhang mit dem Terror gegen Juden und dessen Vorbereitung durch die lokalen Medien ist, dass es Winkelried gelingt, vor allem in den ersten Folgen, also unmittelbar vor und nach dem Novemberpogrom, die Juden als schädlichstes Element in seinem Leben darzustellen.

Unausgesprochen werden hier Massnahmen verlangt, denn das Leben des jungen Alfred erscheint als Selbstbehauptung gegen die Juden, deren Geist und deren Einfluss. Die Betroffenheit, die bei den Lesern und Leserinnen damit erzielt werden sollte, wird hier nicht über die Selbstbehauptung von Kremser Bürgern der vergangenen Jahrhunderte (85), sondern durch die Erlebnisse eines Zeitgenossen erzielt.

Gleich in der ersten Fortsetzung findet sich ein Erlebnis Arnolds auf dem Rennplatz, das dazu angetan ist, die Wut über das Verhalten von Juden aufzustacheln. «Judenknaben» fallen Arnold durch ihr vorlautes Getue auf. In einer Keilerei mit diesen wird der Verfasser von diesen förmlich überfallen. Nach einem Streit der Väter tritt die Polizei auf den Plan und jüdische Zeugen schmücken «ihre Lügen noch mit phantastischen Details aus». (86) Der Vater von Alfred Arnold verliert seinen Nebenjob auf dem Rennplatz.

Warum diese Szene derart ausführlich beschrieben wird, liegt in der Konsequenz, dieses Erlebnis angeblich für Arnold gehabt hatte.

«In mir(...) vollzog sich förmlich eine Revolution (...) , dass es Menschen geben konnte, die so unverschämten logen, heuchelten und gegen Nebenmenschen einen so infernalischen Hass bekundeten, war mir unfassbar.» (87)

Juden auf dem Rennplatz, Juden in der Schule. Das Grundübel der Monarchie sind die Juden. (88) Das Wahlrecht und die in Juden Händen befindlichen Tageszeitungen sind schuld, dass sich nicht früher eine Opposition gegen die Liberalen entwickeln konnte. (89) Diese bisher dargestellte Verhetzung der Leserschaft der «Land-Zeitung» dürfte aber nicht den für die politisch Verantwortlichen gewünschten Effekt gehabt haben. Bereits wenige Monate nach dem «Anschluss» tauchen in der «Land-Zeitung» Artikel auf, die als Mahnung an die Bevölkerung gedacht sind, keinerlei Mitleid mit den Juden zu empfinden. Bei diesen Artikeln muss unterschieden werden zwischen jenen, die aus anderen Zeitungen übernommen wurden und jenen, die nur für die «Land-Zeitung» geschrieben wurden, sich somit direkt auf die Situation in Krems beziehen. Als erster Beleg für eine derartige Mahnung sei auf die Notiz vom 10. August verwiesen, in der ein

Kaufmann über die Praktiken der «Rossjuden», den Pferdehändler Joel Hirsch, berichtet: *«Es gibt noch immer Leute, die diese Parasiten und Volksausbeuter in Schutz nehmen und diese ob ihres Schicksals bedauern.»* (90)

Harte Worte findet ein Pfarrer Hans Korn für jene, die noch immer von «anständigen Juden faseln» (91), wo für ihn die Juden das personifizierte Böse sind. Dieser aus dem «Schwarzen Korps» nachgedruckte Artikel schliesst mit den Worten «ohne Weichherzigkeit, hart und entschlossen.....» (92) Eine höchst sonderbare Erklärung findet ein gewisser Adalbert Volck, der das Mitleid der Bevölkerung mit den Juden durch einen Trick der Juden hervorgerufen sieht. Nachdem die Juden nämlich aus Kultur und Wirtschaft «ausgeschaltet» worden seien, versuchten sie durch «geistig-seelische Einwirkung» die Geister mit «allerhand Gasen zu vernebeln». (93) Beschwörend der Schlusssatz: «Wir haben kein Mitleid mit ihnen.» (94)

Die Räumung des jüdischen Bethauses

Als ein Beispiel des Terrors gegen Juden in Krems sei nun zum Abschluss die Räumung des jüdischen Bethauses in Krems durch Juden und jene, die dafür gehalten wurden, angeschnitten. Am Wochenende des 17./18. September kam es in Krems zur Räumung des jüdischen Bethauses. Als Grund für diese Aktion, die vor dem Novemberpogrom stattfand, gibt die «Land-Zeitung» das überraschende Eintreffen von rund 70 «sudetendeutschen Flüchtlingen» an, die untergebracht werden mussten, bevor sie ins Zwischenlager in Herzogenburg und dann nach Melk gebracht wurden. (95) Als «weitere Unterbringung» stellte die Kreisleitung dann der NSV den Judentempel zur Verfügung. Die Reihenfolge der Inbesitznahme wirft bereits ein bezeichnendes Licht auf die Vorgänge: *«Er (der Judentempel Anm. R.St.) wurde so am Samstag noch geräumt und am Sonntag von den Juden der Stadtgemeinde geschenkt.»* (96)

Hannelore Hruschka belegt durch Quellen in ihrer Dissertation den 22. September als den Tag, an dem der aufgezwungene Schenkungsvertrag unterzeichnet wurde. Die vorhin zitierte «Land-Zeitung» war jedoch einen Tag davor bereits erschienen und meldet bereits den Vollzug. (97) In der Zeitungsnotiz heisst es über die Reaktion der Bevölkerung zu dieser Massnahme: *«Es wurde insbesondere begrüsst, dass es ihr (NSVAnm. R St.) möglich war, den Judentempel zunächst als Flüchtlingsunterkunftsstelle bereit zu halten.»* (98)

Über die grosse Befriedigung, die die Umwidmung («Nun ist er zwar noch nicht gänzlich entfernt» (99)) wurde schon an anderer Stelle geschrieben. Belegt ist diese Räumung des Tempels weiters durch einen Brief von Herrn Oskar Wolter Jun., in dem sich dieser beim Gauleiter Birkel beschwerte, dass er am Sonntag, den

18. September gegen ½8 Uhr früh von einem SA-Obertruppführer zur Räumung des Judentempels geholt wurde. (100) *«Der SA-Obertruppführer führte uns beide (Oskar Wolter und seinen Vater Anm. R. St.) in den Judentempel, wo schon eine Anzahl Leute, Juden und Nichtjuden damit beschäftigt waren, den Fussboden zu waschen und den Tempel zu reinigen (...).»* (101)

Da Oskar Wolter, der für sich im Brief in Anspruch nahm, nach den Nürnberger Rassegesetzen nicht als Jude, sondern bloss als Mischling 1. Grades zu gelten, gegen die «Zumutung einen Judentempel reinigen zu müssen» vor Ort protestierte, schildert er die Reaktion des SA-Mannes im Folgenden:

«Doch dieser schrie mich an, die Nürnberger Gesetze gehen ihn nichts an und das seien überhaupt keine Gesetze. Der mich eskortierende SA-Obertruppführer drohte mir, mich bei Arbeitsverweigerung nach Dachau bringen zu lassen. Da eine weitere Debatte zwecklos gewesen wäre, begann ich die Arbeit unter dem höhnischen Lachen des zusehenden Mobs.» (102) Im Interview gibt Oskar Wolter, dersich an diesen Brief nicht mehr erinnern kann, jenen SA-Obertruppführer als den SS-Mann Walter Steiner an.



Brennender Tempel in Klosterneuburg. Foto: DÖW

«Ich war mit dem Walter per Du und fragte ihn: Was willst du denn? Du sollst dort hinkommen. Schau, mach mir keine Schwierigkeiten, es bat ja keinen Sinn.» (103)

Walter Steiner erwähnte im Interview diesen Vorfall selbstverständlich nicht. Er charakterisiert seine Funktion nach dem Einmarsch vielmehr mit den Worten: «Ich habe dann noch ein paar Tage Dienst gehabt, dann habe ich mich wieder um das Geschäft gekümmert.» (104)

Während Oskar Wolter bei der Räumung des Tempels am Sonntag nur von umstehenden «Neugierigen», aber von keinerlei Brutalitäten berichtet, räumt er ein: «Also am Samstag soll sich dort allerhand getan haben. « (105) Aus verschiedenen Zeugenaussagen lässt sich die Dimension der Demütigung und Brutalität, von der die Räumung am Samstag geprägt gewesen sein dürfte, annähernd belegen. Die Peiniger zeigten Phantasie und begnügten sich nicht nur, die Arbeit zu überwachen, die Juden und alle jene, die eingeschüchtert werden sollten. (Oskar Wolter nennt für den Sonntag unter den Betroffenen auch die Pächter des Hotels «Die weisse Rose» in Krems, die beide vaterländisch monarchistisch eingestellt waren.) (106)

Im Angesicht des Tempels mussten die Juden tempelhüpfend das Inventar heraustragen. Dies berichten zwei Augenzeugen unabhängig voneinander, wobei die Tabakarbeiterin Christine Holler selbst die Assoziation mit diesem Kinderspiel herstellt. «Aussa und auf einem Fuss hupfen, den Fuss hinunter, hams gleich mit dem Gummiknüppel eine kriegt.» (107)

«Ich weiss nur, die Juden haben in der Dinstlstrasse Tempelbüpfen müssen, wir haben das als Kind gemacht, das habe ich gesehen, ich bin gleich gegangen, sowas kann ich nicht sehen.» (108)

Die Tochter des jüdischen Kohlenhändlers Otto Auspitz schreibt über das Schicksal ihres Vaters:

«Mein Vater war durch 25 Jahre hindurch Kultusvorstand der dortigen jüdischen Gemeinde und sehr angesehen. Als Dank dafür musste er bei der Übernahme (der Macht Anm. R. St.) im heiligen Tempel 'Säckelhüpfen'.» (109)

Der Sohn des ehemaligen Kantors in Krems, Peter B. Neubauer, kann über die Ereignisse nur berichten, was sein Vater ihm erzählt hat. («Er hat nicht viel darüber gesprochen.») (110)

«Man hat die Juden genommen und ihnen gesagt: Nehmt die Thorarollen auf die Strasse und zerstört sie. Die haben gewusst, dass die Juden lieber sterben als die Thorarollen zu zerstören. Sie haben sie selber zerstört. Was für meinen Vater aber so entsetzlich war, war, wie sie den Arthur Rephan geschlagen haben, weil er mit einer Christin ein Verhältnis hatte.» (111)

Frau Elfy Strauss berichtet – allerdings nicht authentisch, sondern aus Erzählungen – auch über Samuel Neubauer: «Dem hat ein Freund das Leben gerettet, als er über den Platz ging, sagte einer zu ihm – rasch, sie suchen überall den 'Neubauer', und so ging er auf und davon

und hat sich noch gerettet.» (112)

Für den Mesner Karl Wurz, der bei diesem Schauspiel zufällig Zeuge wurde, war es erschütternd, «dass Menschen so entartet sein können, wie gewandelt in wenigen Tagen.» In dieser Passage merkt man jedoch auch Reste eines christlichen Antisemitismus, wenn Wurz das Judesein in die Nähe einer Erbsünde rückt. («Wenn der hundertmal ein Jud war, er hat nix dafür können.») (113)

«Die Leute, die haben ein Spalier gemacht, die gehässigen Leute, da haben sie durchgehen müssen, da hat man ihnen Tritte versetzt, angespuckt, furchtbar. (...) Ich bin gestanden, wo heute die NÖN ist (Dinstlstrasse Nr. 4 Anm. R. St.), da bin ich selber Zeuge gewesen.»

Nach den Angaben von Wurz habe lediglich eine Frau gegen diese Behandlung protestiert, die jedoch gleich aus den Menge geholt worden sei.

Andere Zeugen berichten von Schubkarren, auf denen die Gegenstände herausgefahren, die an Ort und Stelle zertrampelt wurden (114), von Sesseln, die heruntergehaut wurden (115) und von Fusstritten, «dass der Jud' gleich nach vorne gefallen ist, so gemein waren die.» (116) Während die einen tempelhüpfend und bespuckt den Tempel ausräumen mussten, zwangen SA-Leute den Uhrmacher Peter Bader, der sein Geschäft vis-à-vis des Bethauses hatte, auf dem Gehsteig Purzelbaum zu schlagen. (117)

Anmerkungen

- 1) Paul Pisker. Interview in Naharia in Israel am 14.6.1987. Die Eltern von Paul Pisker betrieben ein kleines Geschäft für Kleider und Schuhe in Krems.
- 2) Siehe: Robert Streibel: Der lange Weg zur Befreiung. Kremser Nachrichten Nr. 2/1985 – S. 10
- 3) NÖLA 1/1 a-145/1939
- 4) Ebd.
- 5) NÖLA I/II-XLIX/1939-1940
- 6) Ebd.
- 7) William Glass lebt heute in den USA. Brief an den Verfasser vom 26.9.1985
- 8) Anonymer Brief (Poststempel 9.7.1986) nach der Publikation: «Ist Turnen mehr als Sport?»
- 9) Land-Zeitung. 23-3-1938. Zitiert nach: Friedrich B. Polleross: 100 Jahre Antisemitismus im Waldviertel. Krems, 1983, S. 80
- 10) Siehe Anm. 7.
- 11) Gemeint ist der Kantor Samuel Neubauer aus Krems. Samuel Neubauer gelang die Flucht in die Tschechoslowakei und nach Frankreich, konnte nach Palästina ausreisen und kehrte nach 1945 kurzfristig nach Wien zurück, wo er nach Angaben seines Sohnes nach den Aufregungen im Zuge von Rückstellungsverfahren verstarb. (Interview Bela Neubauer in New York am 7.6.1988.)
- 12) Dr. Herbert Franz. Interview am 28.5.1986
- 13) Maria Tischer (geb. Buchinger). Interview am 17.1.1986.
- 14) Ferdinand Lambauer. Interview am 18.1.1986
- 15) Siehe Anm. 7.
- 16) Leopoldine Puhl. Interview am 7.3.1985
- 17) Leopold P. Interview am 5-8.1987
- 18) Opferfürsorgeakt Ludwig Radel. OF DÖW 1125
- 19) Vinzenz Zlabinger. Interview am 17.8.1985
- 20) Ebd.

- 21) Amstettner Anzeiger. 30.6.1938 und 16.6.1938
- 22) Anna Schöps (geb. Brustbauer). Interview am 22.2.1985
- 23) Vg 2f Vr 929/45 gegen Ignaz Dietl. Vernehmung des Beschuldigten vom 31-7.1945
- 24) Ebd. Abschrift des Ansuchens vom 6.12.1938
- 25) Frieda Neumann. Interview in Natanya in Israel am 20.6.1987
- 26) Ebd. Unklar bleibt, ob sich diese Szene tatsächlich nach dem Anschluss abgespielt hat.
- 27) I. B. Interview am 13.6.1985
- 28) Anna Strei bei. Interview am 31-7.1983
- 29) Dabei hat es sich um den Tischler Norbert Czaczala gehandelt. Von Gewalttätigkeiten Norbert Czaczalas vor 1938, seinem Umgang mit Lehrbuben in der Tischlerei berichtet Eduard Figel, der erwähnt, dass die Tischlerei Czaczala wegen Übergriffen und Nicht-Einhaltung von Gesetzen mehrmals von der Gewerkschaft bestreikt wurde. Eduard Figel. Interview am 17.2.1985-
- 30) Ebd.
- 31) Josef Streibel. Interview am 31-7.1983
- 32) Juliane Ernst. Interview am 24.3-1985
- 33) Ebd.
- 34) Siehe Anm. 31.
- 35) NÖLA Ia-10/79/1942. Schreiben des Verwaltungsleiters der NSDAP Hitlerjugend Gebiet Niederdonau vom 9-10.1941 an den Reichsstatthalter z. Hd. Regierungsrat Dr. Eckl. Erwähnt wurde dieser Fall bereits im Zusammenhang mit der Einweisung der Hitlerjugend in das Geschäft von Johanna Kolb (geb. Tieger).
- 36) Ebd. Im Schreiben vom 18.11.1941 erklärt Dr. Franz dem Reichsstatthalter: 'Jedenfalls bin ich mit dem Anträge der NSDAP Hitlerjugend (...) auf Zuweisung des 1. Stockes des Hauses Krems, Schillerstrasse 10 (...) vollkommen einverstanden.»
- 37) Siehe Anm. 12
- 38) Siehe Anm. 35
- 39) Ebd.
- 40) Siehe Anm. 43 – Schreiben des Reichsstatthalters vom 26.11.1941 an die Unterabteilung Ia-10 z. Hd. Ob.Regierungsrat Dr. Eckl.
- 41) Ebd.
- 42) Ebd. Spruch: «auf Grund des Gesetzes über die Unterbringung öffentlicher Dienststellen vom 27.7.1938, Gesetzesblatt für das Land Österreich Nr. 278 und der 6. Verordnung über die Übertragung von Aufgaben und Befugnissen des Reichsstatthalters in Österreich vom 11. Jänner 1940 RGBI I, S. 52, weise ich der Gebietsführung Niederdonau der Hitlerjugend alle im Hause Krems Schillerstrasse 10 (Grundbucheinlagezahl 426, Kat. Gemeinde Krems, Eigentümer Sabine Sarah Brüll) im ersten Stock gelegenen Räume zu.»
- 43) Land-Zeitung. 13-4.1938
- 44) AVA. Bürckel-Bestand/Personenregistratur. Brief von Karola Lammfellner vom 29.10.1938. K 51 0 112
- 45) Land-Zeitung. 17.8.1938
- 46) Land-Zeitung. 21.12.1938
- 47) Hannelore Hruschka: Die Juden in Krems von den Anfängen bis 1938. 2 Bde Diss Wien 1978. Bd. 1, S. 245
- 48) Land-Zeitung. 6.4.1938
- 49) Ebd.
- 50) Land-Zeitung. 13 4.1938
- 51) Ebd.
- 52) Ebd.
- 53) Land-Zeitung. 14.9-1938
- 54) Ebd.
- 55) Donauwacht
- 56) Siehe Anm. 34
- 57) Ebd.
- 58) Land-Zeitung. 21.12.1938
- 59) Land-Zeitung. 14.12.1938
- 60) Ebd.
- 61) Land-Zeitung. 5-10.1938
- 62) Land-Zeitung. 1.3.1939
- 63) Land-Zeitung. 1910.1938
- 64) Land-Zeitung. 9.11.1938
- 65) Land-Zeitung. 10.11.1938
- 66) Land-Zeitung. 23.11.1938
- 67) Ebd.
- 68) Land-Zeitung. 30.11.1938
- 69) Ebd.
- 70) Ebd.
- 71) Land-Zeitung. 21.12.1938
- 72) Ebd.
- 73) Ebd.
- 74) Land-Zeitung. 4.1.1939
- 75) Land-Zeitung. 28.12.1938
- 76) Land-Zeitung. 18.1.1939
- 77) Donau-Post. 25 9.1938
- 78) Ebd.
- 79) Ebd.
- 80) Donau-Post. 18.9.1938
- 81) Donauwacht. 8.11.1939
- 82) Donauwacht. 11.11.1939
- 83) Vgl. Herbert Rosenkranz: Reichskristallnacht, S. 16
- 84) Herbert Rosenkranz: Verfolgung und Selbstbehauptung, S. 157
- 85) Wie bei Plöckinger oder in der Donau-Post.
- 86) Land-Zeitung. 1910.1938
- 87) Ebd.
- 88) Land-Zeitung. 26.10.1938
- 89) Land-Zeitung. 2.11.1938
- 90) Land-Zeitung. 10.8.1938
- 91) Land-Zeitung. 5-10.1938*
- 92) Land-Zeitung. 9-11-1938
- 93) Land-Zeitung. 23 11.1938
- 94) Ebd.
- 95) Land-Zeitung. 21.9.1938
- 96) Ebd.
- 97) Hannelore Hruschka. Bd. 1, S. 268
- 98) Ebd.
- 99) Donau-Post. 25 9.1938
- 100) AVA Bürckel Personenregistratur. Brief von Oskar Wolter vom 23.9.1938
- 101) Ebd.
- 102) Ebd.
- 103) Oskar Wolter. Interview am 16.9.1986
- 104) Walter Steiner. Interview am 30.7.1986
- 105) Siehe Anm. 103
- 106) Ebd. Im Jahre 1939 wurde den beiden Pankls die Pacht entzogen, da sie für die Gauhauptstadt als Pächter des größten Hotels untragbar waren.
- 107) Vinzenz Zlabinger. Interview am 17.8.1985
- 108) Christine Holler. Interview am 13-4.1985
- 109) Elfy Strauss, Montevideo. (Uruguay) Brief an den Verfasser vom 28.10.1987
- 110) Peter B. Neubauer. Interview am 7.6.1988
- 111) Ebd. Ob die Thora-Rollen verbrannt oder zerhackt werden mussten, weiss Peter B. Neubauer heute nicht mehr.
- 112) Siehe Anm. Interview Neubauer (Anm. 16). Nach den Berichten von Bela Neubauer wurde sein Vater gezwungen, den Tempel auszuräumen. Möglicherweise bezieht sich diese Szene auf die Zeit danach, auf den Novemberpogrom.
- 113) Karl Wurz. Interview am 22.2.1986
- 114) Karl Mörwald. Interview am 8.3.1983
- 115) Marie Wieland. Interview am 14.4.1985
- 116) Adalbert Gruzka. Interview am 16.12.1985
- 117) Margarete Kriz. Interview am 25.6.1988



Der Pogrom in Niederösterreich

Die Demütigung der Klosterneuburger Juden

Fotos: DÖW





Ernst Piper

Nationalsozialistische Kulturpolitik und ihre Profiteure am Beispiel Münchens

«Max Liebermann, der grösste Feind des deutschen Wesens, hat es vermöge seiner Beziehungen zur Presse, besonders aber als Präsident der preussischen Akademie der bildenden Künste bewusst verstanden, eine Vergiftung des deutschen Kunstlebens in solchem Mass durchzuführen, dass es ohne die nationalsozialistische Erneuerung mit Deutscher Eigenart und Deutschem Wesen schnell zu Ende gegangen wäre. Liebermann, die leibhassige Verkörperung der unheimlichsten Internationale, wusste, wie man ein Volk am tödlichsten trifft. Danach richteten sich alle seine Massnahmen. Zuerst wurde die Künstlerschaft selber immer wieder durch die Sezessionen gespalten, nach dem Grundsatz: Entzweie und herrsche! Dann wurden in alle einflussreichen Stellen an den Kunstschulen, an den Museen, auf die Lehrstühle für Kunstgeschichte an den Universitäten und in alle staatlichen Stellen, die Einfluss auf Ankäufe, Aufträge und Stipendien hatten, willfähige, innerlich und äusserlich abhängige Helfershelfer eingesetzt.»

So schrieb Hans Adolf Bühler 1937 in seinem Aufsatz «Die bildende Kunst im Dritten Reich» (1). Gleich mehrere Topoi nationalsozialistischer Kunst- und Kulturpolitik sind hier artikuliert. Da ist zum einen die Überzeugung von der Undeutschheit alles Jüdischen, die der nationalsozialistischen Rassenlehre entsprang. Es wird ein grundsätzlicher Gegensatz zwischen der arischen deutschen und der jüdischen Rasse konstruiert. In dem halbamtlichen Handbuch «Weltentscheidung in der Judenfrage» hiess es, «der Jude (kann) sich seiner ererbten Art nicht entziehen, er mag sich noch so sehr assimilieren oder als Deutscher zu tarnen suchen»(2). Dem Jüdischen wurden die Begriffe deutsch, national und volksbewusst entgegengestellt. Ein zweiter Topos ist die Internationalität. (Bei den Kommunisten hiess derselbe Vorwurf Kosmopolitismus). Der Jude war nicht nur undeutsch, sondern ein Agent finsterner Mächte, ein Vertreter des mit aller Macht gegen alles Rechtschaffene arbeitenden Weltjudentums. So war es nicht überraschend – dies ist der dritte Topos, dass er überall in heimtückischer Weise Einfluss zu nehmen versuchte. Bühlers Stichworte sind Presse, Akademien, Museen, Lehrstühle und Ankäufe, Aufträge und Stipendien, sowie Helfershelfer. Anzumerken ist, dass auch Hans Adolf Bühler Maler war, und sogar zweiter Vorsitzender einer «Deutschen Kunstgesellschaft», nur blieb sein Ruhm hinter dem Liebermanns merklich zurück. Aber die Nazis dankten ihm sein Engagement und machten ihn sofort nach der so-

nannten Machtergreifung zum Akademie- und Galerie-direktor in Karlsruhe.

Gegen einen derart gefährlichen Feind, wie den von Bühler beschriebenen, sind natürlich härteste Abwehrmassnahmen erlaubt, ja geboten. Das zentrale Stichwort lautete «Entjudung». Die «Entjudung des deutschen Kulturlebens» war eine «Arbeit, die unter Leitung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda von der Kulturkammer mit der Gründlichkeit und Sorgfalt, die der grossen Verantwortung für unsere deutsche Kultur entspricht, im Wesentlichen in wenigen Jahren durchgeführt wurde» (3). So Erich Kochanowski, Referent im Propagandaministerium, im Jahre 1939. Die «Entjudung des deutschen Kulturlebens», Teil der kulturpolitischen Formierung des nationalsozialistischen Staates, und ihre Folgen sind unser Thema.

1932 hatte Hitler Goebbels gegenüber geäussert:

«Goebbels, überlegen Sie sich, wenn Sie einmal in der Reichsregierung die gesamte Propaganda zu bearbeiten haben, wie wir diesem Unwesen ein Ende machen. Zwar hat Kunst nichts mit Propaganda zu tun, sondern ist der tiefste Ausdruck der wahrsten Seele des Volkes. Diese Seele ist aber durch jüdische und sezessionistische Propaganda beschmutzt, irremgemacht und haltlos geworden... Insofern ist es Aufgabe der Propaganda, dem gesunden Volksempfinden wieder zur Freiheit und zum Recht zu verhelfen.» (4)

Am 15. März 1933, zehn Tage nach den letzten relativ freien Reichstags wahlen, wurde Goebbels zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda ernannt. Dies war damals zugleich das einzige von den Nazis neugeschaffene Ministerium. Der Propagandaminister war aufgrund seines Amtes auch Präsident der ebenfalls neuerrichteten Reichskulturkammer mit ihren sieben Einzelkammern. Ausserdem unterstanden ihm alle Genehmigungs- und Kontrollinstanzen für den kulturellen Bereich. Entscheidend war die erste Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz vom 1.11.1933, die die Zwangsmitgliedschaft in den Einzelkammern festlegte. Dies bedeutete Berufsverbot für alle, deren Aufnahme abgelehnt worden war oder die später ausgeschlossen wurden. Ein förmliches Aufnahmeverbot für Juden gab es zunächst nicht. Angesichts der starken Stellung der Juden in bestimmten Kultursektoren, z.B. dem Kunsthandel, wären sonst

wirtschaftliche Einbussen zu befürchten gewesen. Der Reichswirtschaftsminister war daher auch der einzige, der ein gesetzlich verankertes Mitwirkungsrecht bei den Massnahmen der Reichskulturkammer hatte. Den «Geistes- und Kapitaleinfluss des Judentums» wollte man ausschalten, die «Vernichtung wirtschaftlicher Werte» aber vermeiden (5). Ein Argument, das nach den Zerstörungen der «Kristallnacht» von Kritikern des Pogroms innerhalb der NSDAP-Führung wieder vorgebracht wurde.

Ziel der Nationalsozialisten war die «Liquidation der folgenschweren Judenemanzipation» (6), deshalb war die erste Etappe der antijüdischen Politik vorwiegend legalistischer Natur. Schon am 7. April 1933 wurde das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» verabschiedet, das einen förmlichen Ariernachweis für alle Beamten verlangte und natürlich auch für



Aus: Der Stürmer 1938

die staatlichen und städtischen Kultureinrichtungen galt. Es folgte noch im selben Jahr das Reichskulturkammergesetz, das Schriftleitergesetz und die Nürnberger Gesetze im Herbst 1935 «verankerten schliesslich die in der Praxis bewährten rassenpolitischen Massnahmen zur Lösung der Judenfrage im deutschen Reichsgebiet mit endgültiger Wirkung» (7). Hatte Goebbels im Februar 1934 erklärt:

«Grundsätzlich sollen alle Nichtarier (Juden) aus den Einzelverbänden der Kammer heraus» (8), so war man ein gutes Jahr später soweit, auch von Mitgliedern der Kulturkammer den förmlichen Ariernachweis zu verlangen. (9)

Das betraf indessen nur noch wenige. Aus der Reichsschrifttumskammer z.B. waren bis Ende Januar 1936 bereits 447 jüdische und 4 «jüdisch versippte» Autoren ausgeschlossen worden, denen nur 8 jüdische und 35 «jüdisch versippte» Autoren gegenüberstanden, die noch Mitglieder der Kammer waren.

Gerade auf kulturellem Gebiet setzte die Formierung des nationalsozialistischen Staates besonders rasch ein. Die Künstler waren nur eine kleine Gruppe ohne mächtige Lobby, und bei ihrem Vorgehen gegen die Moderne konnten die Nazis mit breiter Zustimmung in der Bevölkerung rechnen. Bereits am 11. April 1933 wurde das Bauhaus geschlossen, um 10. Mai kam es zu den berüchtigten Bücherverbrennungen und sechs

Tage später wurde die erste «Verbotsliste Schöne Literatur» veröffentlicht. Diese Verbotslisten des «schädlichen und unerwünschten Schrifttums», ergänzt um Empfehlungslisten, wurden periodisch publiziert. Es gab drei Gründe für das Verbot eines Autors: Rasse, Emigration und politische Gesinnung. Am 24.7.1936 fand erstmals die «Kulturpolitische Pressekonferenz» statt, die von da an einheitliche Sprachregelungen für die Kulturberichterstattung ausgab. (10) Am 27.11.1936 erging der «Erlass zur Neuformung des deutschen Kulturlebens» (11), der die Kunstkritik generell verbot und nur noch die «generelle Kunstbetrachtung» zulies. Zur Begründung führte Ministerialrat Alfred-Ingemar Berndt vor dem Reichskultursenat aus,

«der jüdische Kritikersei sozusagen der preisbildende Mittlerfürden Geschäftsmann gewesen, der emporlobte, was verkauft, in Grund und Boden verdammte, was billig gekauft werden sollte. So seien denn bis 1933 die tollsten Bilder jüdischer Maler zu wahnsinnigen Preisen an die Museen des Reiches, der Länder, der Gemeinden usw. verkauft worden. Der gute deutsche Künstler verhungerte, während für kubistische Schmierereien Preise gezahlt wurden, die in die Zehntausende gingen.» (12)

Hier wird ein weiterer Vorwurf gegen die Juden im Kultursektor artikuliert, nämlich, dass sie sich an den sauer erarbeiteten deutschen Steuergroschen bereichert hätten. In der Ausstellung «Entartete Kunst» wurde dieser Vorwurf später in billigster Propagandamanier wiederholt indem Ankaufpreise von Gemälden aus öffentlichen Sammlungen aus der Inflationszeit angegeben wurden und dabei suggeriert wurde, es handle sich um reale Reichsmarkbeträge.

Der durch listige jüdische Machenschaften vom Wirken und Erfolg abgehaltene deutsche Künstler war einer der wichtigsten Topoi nationalsozialistischer Propaganda. So hoffte man, die vielen, die sich zu kurz gekommen fühlten, für sich zu gewinnen. Schon 1930 hatte Hans Severus Ziegler in seinem Leitfaden «Kulturarbeit im Dritten Reich» betont, dass es nur darauf ankomme, die Museen von «bolschewistisch-jüdische(m) Nichtskönnertum und Minderrassentum» zu befreien. Der Staat, die Gemeinden und auch die Kirchen sollten regelmässig Werke deutscher Maler und Bildhauer ankaufen, ein Vorschlag, dem die Betroffenen nur zu gerne zustimmten. Neun Jahre später konnte der schon zitierte Referent im Propagandaministerium befriedigt feststellen:

«Die kulturelle Auswirkung dieser erfolgreichen Entjungungsarbeit war verblüffend. Schneller als man es erwarten konnte, entfaltete sich das deutsche Kulturleben zu neuer Blüte. Die deutschen Künstler erhielten Engagements und Aufträge, die Theater- und Konzert-

säle füllten sich wieder, der deutsche Film – früher völlig in jüdischer Hand – errang internationale Preise und Auszeichnungen, die Ausstellungen im Haus der Deutschen Kunst, die erhabenen Bauten des Dritten Reiches und viele andere grosse Leistungen zeugen davon, wie segensreich sich die Befreiung der deutschen Kultur von dem Alpdruck jüdischer Überfremdung bereits in 6 Jahren nationalsozialistischer Führung auswirkte.» (13)

Schamloser ist wohl selbst von Nazis nicht oft gelogen worden. Darin offenbarte sich zugleich der hohe Stellenwert, den die Nazis für ihre Selbstdarstellung dem Kultursektor beimassen. Im September 1933, auf dem ersten Parteitag der NSDAP nach der «Machtergreifung», gab es eine eigene Kulturtagung, auf der – wie auch in den folgenden Jahren – Adolf Hitler die Hauptrede hielt. Im Mittelpunkt dieses ersten Parteitags im Zeichen der errungenen Staatsmacht stand das Thema Weltanschauung und auch Hitlers Rede auf der Kulturtagung hiess «Nationalsozialismus als Weltanschauung». (14) In ihr findet sich der Satz, der später über dem Eingang zum Haus der Deutschen Kunst stehen sollte: «Kunst ist eine erhabene und zum Fanatismus verpflichtende Mission.» Hitler kam in seiner Rede auch auf die in «Mein Kampf» entwickelte Theorie zurück, dass die Menschheit in Kulturbegründer, Kulturträger und Kulturzerstörer einzuteilen sei. Die einzigen Kulturbegründer seien die Arier, während die Juden natürlich den Zerstörern zuzurechnen waren (15):

«Jede klar ausgeprägte Rasse hat ihre eigene Handschrift im Buche der Kunst, sofern sie nicht, wie z.B. das Judentum, überhaupt ohne eigene künstlerisch produktive Fähigkeit ist.» (16)



Antibolschewistische Ausstellung in Wien.
Aus: Hellmut Andics: Die Juden in Wien

Beschränkte sich Hitler bei dieser Rede auf allgemeine Überlegungen und Andeutungen, so wurde er auf der

Kulturtagung im Herbst 1936, nach der erfolgreichen Absolvierung der Olympischen Spiele, die bis dahin das Motiv für mancherlei kalkulierte Zurückhaltung gewesen waren, wesentlich deutlicher. Diesmal trug Hitlers Rede die Überschrift «Die Kräfte der Ordnung wider den Geist des Chaos». Hitler verkündete jetzt, dass, was durch Kampf und Härte an die Macht gekommen sei, auch nur so erhalten werden könne. Der Hauptfeind war für ihn das Judentum, der Bolschewismus, eine jüdische Erfindung, dessen Ziel es sei,

«die vorhandenen blutmässigen organischen Volkführungen auszurotten und durch das den arischen Völkern fremde jüdische Element zu ersetzen.» (17)

Das Judentum stehe gegen jede städtische Gemeinschaft, sei stets ein «Ferment der Dekomposition» gewesen. Seine Tätigkeit auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet sei in gleicher Weise destruktiv. Da, wo das Judentum scheinbar kulturbejahend auftrete, handle es sich in Wirklichkeit um die «gerissene geschäftliche Auswertung».

Nun gab es unter den Galeristen, die sich für moderne Kunst einsetzten, tatsächlich eine ganze Reihe von Juden. Dagegen gab es nur relativ wenige bedeutende jüdische Maler wie Max Liebermann, Lesser Ury, Jankel Adler und Felix Nussbaum. Das hing zum einen mit dem traditionellen jüdischen Bilderverbot zusammen, über das die jüdischen Künstler sich erst nach der Aufklärung hinwegsetzten. Zum anderen aber wurden viele jüdische Unternehmer durch den Ausschluss von den meisten Produktionssektoren in den Handel gedrängt. Es gab eine Reihe von Kaufhäusern in jüdischem Besitz, aber auch Textil- und Juweliergeschäfte

und eben Galerien und auch einige Verlage, von denen die letzten nach der «Kristallnacht» arisiert bzw. aufgelöst wurden. Dass diese Galeristen dem Postkartenmaler Hitler, der alles Moderne in der Malerei mit äusserster Radikalität ablehnte, ein besonderer Dorn im Auge waren, versteht sich von selbst. Hitler stellte deshalb unmissverständlich fest, dass anstelle des Spiels der freien Kräfte nunmehr «die Zeit der gemeinsamen Leistung und des gemeinsamen Wiederaufbaus» (18) angebrochen sei. Die Epoche der «bolschewistischen Kunstvernarrung» war abgeschlossen:

«Daher kann diese nationalsozialistische Kunst auch nicht mehr die Erscheinungen der hinter uns liegenden dekadenten Welt dulden, deren demokratische Zerstörungen sich in sichtbarer Deutlichkeit auch auf kulturelle Gebiete übertrugen. Wir lieben das Gesunde. Der beste Kern unseres Volkes an Leib und Seele gemessen, soliden bestimmenden Massstab heben. Wir

wünschen in unserer Kunst nur dessen Verherrlichung.» (19)

Das Ziel war der Stil «einer sich gegenseitig ergänzenden und steigernden Gemeinschaftsarbeit». In diesem Zusammenhang verwies Hitler zum Schluss auf die grossen Bauvorhaben, das «Nürnberg der Reichsparteitage», die «Umgestaltung der Hauptstadt der Bewegung» und den «Neuaufbau von Berlin».

München, jener «am meisten geliebte Fleck der Erde»(2), wie Hitler in «Mein Kampf» geschrieben hatte, war nicht nur «Hauptstadt der Bewegung». Sein zweiter nationalsozialistischer Ehrentitel war «Hauptstadt der deutschen Kunst». Er wurde der Stadt von Hitler am 15. Oktober 1933, bei der Grundsteinlegung für das «Haus der Deutschen Kunst», verliehen. Dieses Ausstellungsgebäude, nach Meinung der Nazis das grösste und schönste der Welt (21), war der einzige repräsentative Museumsbau, der in der Nazizeit entstand. Am 18. Juli 1937 wurde er mit der ersten «Grossen Deutschen Kunstausstellung» eingeweiht, die von nun an jährlich (letztmals 1944) einen repräsentativen Überblick über die von den Nazis geduldete Kunst bot. Einen Tag später wurde, nur wenige hundert Meter entfernt, in den Hofgartenarkaden die zur Abschreckung gedachte Ausstellung «Entartete Kunst» eröffnet. (22) Generalprobe für die erstere war die Ausstellung «Grosse Deutsche in Bildnissen unserer Zeit», die werbewirksam während der Olympischen Spiele in Berlin gezeigt worden war. Auch die Gegenausstellung hatte Vorläufer 1935 in Nürnberg, die bis 1933 zurückreichten. Der erste war die schon im April 1933 von dem frischgebackenen Galeriedirektor Bühler inszenierte Schau «Regierungskunst 1918 bis 1933» in Karlsruhe. Doch die Schreckenskammer des Jahres 1937 stellte alles Bisherige weit in den Schatten und beraubte die deutschen Museen in einem Bildersturm ohnegleichen der bedeutendsten Werke der Kunst des 20. Jahrhunderts. Insgesamt wurde der Fundus der öffentlichen Sammlungen um etwa 17.000 Werke geschädigt. Ziel dieses Ikonoklasmus war die «deutsche Verfallskunst seit 1910»(24), wie es in Goebbels' Vollmacht für die Raubkommission hiess, die in wenigen Wochen 14 Museen ausräumte. Diese Kommission, die einen wichtigen Beitrag zu dem von Hitler angekündigten «unerbittlichen Säuberungskrieg ... gegen die letzten Elemente unserer Kulturzersetzung» (25) leistete, gehörten unter dem Vorsitz des Präsidenten der Reichskammer der bildenden Künste, Adolf Ziegler, ein Maler wie Bühler, Hitler und viele andere, unter anderem der Direktor des Folkwang-Museums, Klaus Graf Baudissin, der Reichsbeauftragte für künstlerische Formgebung Hans Schweitzer (Künstlernamen Mjölfnir), Wolfgang Willrich und Franz Hofmann an. Auf die letzteren werden wir noch zurückkommen.

Die Ausstellung hatte das erklärte Ziel, die Gefährlichkeit einer «von ein paar jüdischen und politisch eindeu-

tig bolschewistischen Wortführern gelenkte(n) Entwicklung» (26) aufzuzeigen. Sie war in neun Abschnitte untergliedert:

- 1 *Barbarei in der Darstellung*
- 2 *Religiöse Inhalte*
- 3 *Der politische Hintergrund der Kunstentartung*
- 4 *Politische Tendenz*
- 5 *Die moralische Seite*
- 6 *Planmässige Abtötung der letzten Reste jedes Rassenbewusstseins*
- 7 *Der Idiot, der Kretin und der Paralytiker als geistiges Ideal*
- 8 *Eine kleine Auswahl aus den zahlreichen jüdischen Machwerken*
- 9 *Vollendeter Wahnsinn*

Dem Ausstellungsführer war ein auf blutrotes Papier gedrucktes Flugblatt beigelegt, in dem zum Besuch der Ausstellung aufgerufen wurde:

«Gequälte Leinwand – Seelische Verwesung – Krankhafte Phantasten – Geistesranke Nichtsköner von Judencliquen preisgekrönt, von Literaten gepriesen, waren Produkte und Produzenten einer 'Kunst', für die Staatliche und Städtische Institute gewissenlos Millionenbeträge deutschen Volksvermögens verschleuderten, während deutsche Künstler zur gleichen Zeit verhungerten. So, wie jener 'Staat' war seine 'Kunst'.» (27)

Hier begegnen uns wieder die inzwischen bekannten nationalsozialistischen Schlagworte von der jüdischen Lenkung des Kunstmarktes, der Verschleuderung von Steuergeldern und der Unterdrückung deutscher Künstler. Die Ausstellung «Entartete Kunst» wurde in München bis Ende November gezeigt, im Februar 1938 dann in Berlin, im Juli des gleichen Jahres in Düsseldorf und im Juli 1939 in Frankfurt am Main. Insgesamt hatte sie über zwei Millionen Besucher. Daneben gab es auch direkte politische Propagandaaktionen, so wurde im Sommer 1936 eine «Antibolschewistische Schau» eröffnet, die von München aus durchs Deutsche Reich wanderte. Die dritte grosse Wanderausstellung hiess «Der ewige Jude – Grosse politische Schau». Sie wurde, fast auf den Tag genau ein Jahr vor der «Kristallnacht», am 8. November 1937 im Bibliotheksbau des Deutschen Museums eröffnet und wollte demonstrieren, dass «in allen Ländern und zu allen Zeiten ein Abwehrkampf gegen das Judentum und die Judenplage geführt werden musste». (28)

München war nicht nur, weil Adolf Hitler hier wohnte, zur «Hauptstadt der Deutschen Kunst» erkoren worden. Nachdem sich im Laufe des Ersten Weltkriegs eine sehr starke antipreuussische Stimmung entwickelt hatte, war München, die Hauptstadt der «Ordnungszelle Bayern», nach der Niederschlagung der Revolution

von 1918/19 nicht nur der Hort antipreuussischer und antisemitischer Stimmungen, sondern auch Sammelpunkt für nationalistische Desperados, Freikorps, Einwohnerwehren und völkische Umstürzler. Ein antidemokratisches-antirepublikanisch-reaktionäres Bürgertum, wie Lion Feuchtwanger es in seinem Roman «Erfolg» so grossartig beschrieben hat, prägte das öffentliche Leben. Der gescheiterte Hitlerputsch änderte daran nichts. Die NSDAP wurde zwar vorübergehend verboten, doch der von ihr beherrschte Völkische Block erreichte bei den Landtagswahlen vom April 1924 in München 50% der Stimmen. (29) Wenige Monate später wurde Hitlers Haftstrafe zur Bewährung ausgesetzt. 1933 konnte der nationalsozialistische Kunstideologe Hans Kierner zufrieden konstatieren:

«München hat sich in den letzten Jahrzehnten in erbitterten und zähen Kämpfen gegen das Einströmen des zersetzenden Geistes gewehrt; nicht immer aber häufig siegreich; und das Geschrei vom Niedergang Münchens als Kunststadt war die Quittung, die ihm aus dem linken Lager dafür zuteil wurde.» (30)

Schon im «Jahrbuch der Münchner Kunst», bezeichnenderweise während des zu Ende gehenden Ersten Weltkrieges gegründet, hat Rudolf Oldenbourg mit deutlicher Befriedigung geschrieben, dass «gerade die eigentliche Münchener Tradition – im Gegensatz zu Berlin – dem Eindringen des Impressionismus zähen Widerstand geboten hat.» (31) Ende des 19. Jahrhunderts war, folgt man den konservativen Ideologen, der Einfluss auf die deutsche Kunst durch den französischen Impressionismus besonders stark. Dass der bedeutendste deutsche Impressionist Max Liebermann war, von dessen Gefährlichkeit wir zu Beginn gehört haben, machte die Sache gewiss nicht besser. Die aufgeregten Aggressionen der malenden deutschen Kleinmeister hatten sich erstmals im Vinnen-Protest 1911 entladen, auf den wir noch zurückkommen werden. Oldenbourg sah den Grund für die Ablehnung des Impressionismus natürlich nicht im Futterneid derselben mehrfach zitierten unterdrückten und hungernden deutschen Künstler, sondern in dessen «artistische(m) Charakter», der das «künstlerische Ausdrucksbedürfnis unserer Rasse» nicht befriedigen konnte. Mehr entsprechende der Expressionismus «mit seiner stärkere(n) Betonung des idealen Gehaltes den natürlichen Anlagen der Deutschen». (32) Damit berührte Oldenbourg zweifellos einen richtigen Punkt. Der Expressionismus, mit seiner Tendenz zum idealischen Wahn, zur Hochgesteltheit, zum Superlativismus und zur Bra-

chialität, hätte sich, ebenso wie der Futurismus unter dem italienischen Faschismus, durchaus dazu geneigt,



Antibolschewistische Ausstellung in Wien.
Aus: Hellmut Andics: Die Juden in Wien

die Renommierkunst der Nazis zu werden. Der nationalrevolutionäre «Aufstand» (1931) hatte zum Beispiel die «visionären ekstatischen Künstler» Ernst Barlach und Emil Nolde als Hauptillustratoren. Der Expressionismusstreit wogte lange innerhalb der NSDAP und wurde erst durch die ablehnende Haltung des Postkartenmalers gegenüber jeder nicht absolut naturalistischen Malerei entschieden. Die zu antisemitischen Kundgebungen allzeitbereiten Nolde, Kirchner, Pechstein usw. waren zutiefst enttäuscht, sich später in der Ausstellung «Entartete Kunst» wiederzufinden. Als Kirchner im Juli 1937 aufgefordert worden war, seinen Platz in der Preussischen Akademie der Künste zu räumen, antwortete er:

«Ich wünsche von Herzen, dass Deutschland eine neue, schöne und gesunde Kunst erwachse. Ich und mancher andere Ältere haben ehrlich und treu daran gearbeitet, das wird man früher oder später einsehen.» (34)

Dennoch war Kirchner in der Ausstellung «Entartete Kunst» mit 32 Werken vertreten. Darüber schrieb er:

«Ich hoffe immer, dass Hitler für alle Deutschen wäre, und nun hat er so viele und wirklich ernsthafte und gute Künstler deutschen Blutes diffamiert.» (34)

Nolde war nach der sogenannten Machtergreifung sogar in die NSDAP eingetreten, sein Aufnahmeantrag in den «Kampfbund für deutsche Kultur» wurde dagegen bezeichnenderweise abgelehnt. Er sah sich, wie er im Juli 1938 an Goebbels schrieb, «als fast einziger deutscher Künstler im offenen Kampf gegen die Überfremdung der deutschen Kunst.» (35) Umsomehr musste

es ihn schmerzen, dass sein Werk einen zentralen Platz in der Ausstellung «Entartete Kunst» einnahm.

Die Anhänger der deutschtümelnden Richtung, die gegen den Expressionismus standen, versammelten sich vor allem im «Kampfbund für deutsche Kultur», der aus der 1927 gegründeten «Nationalsozialistischen Gesellschaft für deutsche Kultur» hervorgegangen war. Anführer dieses Kampfbundes war Alfred Rosenberg, gewissermassen der Chefideologe der Nazis und zugleich Chefredakteur des «Völkischen Beobachters». Der Architekt und spätere Präsident der Reichskammer der bildenden Künste, Eugen Honig, vertrat den Bund Deutscher Architekten in der Reichsleitung des Kampfbundes. Andere prominente Mitglieder der Reichsleitung waren Baldur von Schirach und Robert Ley. Der Kampfbund wollte alle «nationalen Kräfte» gegen «Entartung, Zersetzung und Verjudung des deutschen Kulturlebens» sammeln und hetzte, wo er konnte. Er erreichte beispielsweise schon 1930 die Entlassung des Zwickauer Museumsleiters Hildebrand Gurlitt. Hatte die Organisation es bis 1933 nur auf etwa 6.000 Mitglieder gebracht, so schwoll sie, da der Drang zu den siegreichen Bataillonen schon immer besonders stark war, Ende desselben Jahres schon auf weit über 30.000 an. Einer der Mitgründer und Hauptredner des Kampfbundes war Paul Schultze-Naumburg. Die Titel seiner Bücher sprechen für sich: «Kunst und Rasse» 1928 und «Kunst aus Blut und Boden» 1934. Aber schon zuvor, in «Das flache und das geneigte Dach» (1927), hatte er dem «bolschewistisch-jüdischen Flachdach» den Kampf angesagt. (36) Nur ein Böswilliger wird dahinter die schlechte Auftragslage eines dem Neubiedermeier verpflichteten Architekten als Motiv erkennen wollen. Jedenfalls liessen die Nazis die ihren nicht verkommen und machten Schultze-Naumburg 1930, als sie in Thüringen erstmals in der Regierung sassen, zum Direktor der Staatlichen Kunsthochschule Weimar.

Ein anderer Glücksritter der staatlich organisierten Barbarei war Wolfgang Willrich. Willrich war ursprünglich Maler:

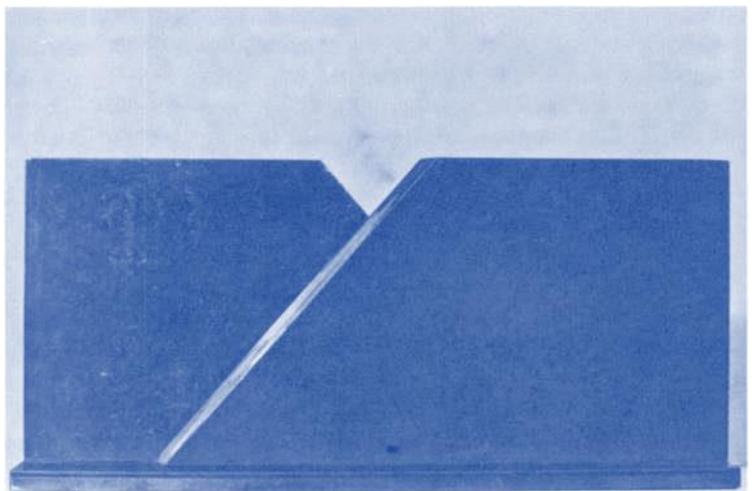
«Als Künstler hat Willrich schon seit 1920 versucht, den Rassegedanken künstlerisch zu formen, und zwar in schroffem Gegensatz zu der damals üblichen Auffassung vom Menschen als jäm-

merliche Kreatur, wie sie uns sattsam aus den Schilderungen der Kunstbolschewisten Schmidt-Rottluff Heckel, Kirchner, Kokoschka, Dix, Grosz und Hofer bekannt geworden sind. Derartige Versuche, den gesunden Menschen nordischer Rasse als künstlerisch

wertvolles Ziel des gesamten Kunstschaffens sind während der finsternen marxistisch-liberalistischen, jüdisch vollständig verseuchten Systemzeit von 1918-33 keineswegs häufig gemacht worden..... » (37)

Nach 1933 trat Willrich zwar auch als Porträtist von SS-Männern («Vom Lebensbaum deutscher Art», Vorwort Heinrich Himmler), vor allem aber als Autor zahlreicher Hetzschriften hervor. 1934 wurde er vom Reichsbauernführer Darré «zur künstlerischen Gestaltung des Staatsgedankens von Blut und Boden» nach Berlin berufen. 1937 erschien sein Pamphlet «Säuberung des Kunsttempels», das die Konzeption der Ausstellung «Entartete Kunst» geprägt hat. Ziegler machte den «halbscherzhaften» Vorschlag, aus der Ausstellung ein Museum und Willrich zu dessen Direktor zu machen. Dann sei er versorgt und die Reichskammer der bildenden Künste ihn los. (38)

Ein anderes Mitglied der Ausstellungskommission «Entartete Kunst» war Franz Hofmann. Seit 1931 war er hauptamtlich Kunstkritiker beim «Völkischen Beobachter» gewesen. Im Juni 1934 wurde er zum neuen Leiter der Städtischen Galerie im Lenbach-Haus berufen. Da er selbst für nationalsozialistische Verhältnisse ungewöhnlich schwach als Kunstfachmann ausgewiesen war, billigte ihm die Stadt nur eng begrenzte Kompetenzen zu. Seine Freiheit bei Ankaufsentscheidungen endete bei 200 Reichsmark. Er selbst hatte sich vor allem als «alter Kämpfer» empfohlen. Der «Angriff» würdigte am 11.1.1939 den Künstler Hofmann durch die Wiedergabe einer Zeichnung und liess ihn auch selbst zu Wort kommen:



Behruz Heschmat: Die Wand, Eisenplastik. Foto: Kleine Galerie

«Nach dem faulen Frieden machte ich im Freikorps Epp den Sturm auf meine Vaterstadt München mit. (...) So stand ich am 9. November am rechten Platz. Dies erscheint mir heute als das Symbol einer eigenen

inneren Revolution; ich wurde Journalist und führte mehrere Jahre die Klinge im 'VB' auf dem Kunstgebiet, auf dem die junge Bewegung den Kampf mit der gerissensten Gegnerschaft zu führen hatte! Die städtische Galerie München liess mich als ihr Leiter die Gegenwartskunst in eine organische Einheit mit der Kunst der Vergangenheit bringen. Daraus ergab sich die Ausscheidung von Verfallskunst von selbst, und die grosse Säuberungsaktion, die vom Führer 1937 veranlasst wurde, traf deshalb meine Galerie nicht.» (39)

Tatsächlich hatte Kammerpräsident Ziegler bei einer Bestandsaufnahme vor dem grossen Bildersturm festgestellt, dass von allen deutschen Museen die Galerie im Lenbach-Haus die «tadelloseste» sei. Darin kommt natürlich auch die Ankaufspolitik Eberhard Hanfstaengels zum Ausdruck, der die Galerie von 1925 bis 1933 geleitet hatte und in dessen Konzept die Moderne keinen Platz gehabt hatte. (40) Jedenfalls qualifizierte der Befund Hofmann für die Raubkommission. Er wurde dafür für drei Monate beurlaubt und nach getaner Arbeit zum 1.1.1938 zum Leiter der Abteilung Bildende Kunst im Propagandaministerium befördert.

Auch auf dem Gebiet der Architektur war das Jahr 1933 ein entscheidender Schnittpunkt für Karrieren. Einer der renommiertesten modernen Architekten war Robert Vorhoelzer, der zunächst bei der Reichsbahn und ab 1920 bei der Post tätig war. 1930 wurde er Professor an der Technischen Hochschule München. Die von Vorhoelzer erbauten Postämter und das Paketzustellamt wurden 1933 kurzerhand zu «kommunistischen Postbauten» erklärt (41) und Vorhoelzer nach einer intensiven Hetzkampagne im Oktober 1933 aus seiner Professur vertrieben, da seine Kunstgesinnung, wie das Bayerische Kultusministerium verlauten liess, «im Widerspruch zu den Grundsätzen, die im neuen Deutschland allein Geltung haben können und die bekanntlich durch den Mund des Führers selbst festgelegt worden sind» (42) stehe. Noch im gleichen Jahr erfahren wir vom Kunstreferenten Lösche des Ministeriums, dass es sich auch als notwendig erwies, den Bildhauer Karl Knappe, der einen Lehrauftrag für Plastik an der TH hatte, «auszumerzen». (43) Dafür wurden bewährte konservative Architekten und Gegner des «neuen Bauens» wie Roderich Fick, Friedrich Gablonsky, Alexander von Senger und – auf besonderen Wunsch Hitlers – Julius Schulte-Frolinde, zum Teil ohne ordentliches Verfahren, zu Professoren gemacht. Diese personalpolitischen Entscheidungen fanden vor dem Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen dem «Münchener Bund», der die Position des Deutschen Werkbunds in Bayern vertrat, und dem «Kampfbund deutscher Architekten und Ingenieure» statt, die mit der Auflösung des «Münchener Bundes» im Februar 1934 endeten. Nur noch 14 der mehr als 260 Mitglieder hatten sich zur letzten Mitgliederversammlung gewagt. (44)

Im selben Jahr 1934 wurde ein selbständiges, direkt dem neuen Oberbürgermeister Karl Fiehler unterstehendes städtisches Kulturamt geschaffen. Dieses Amt sollte bei der Nationalsozialisierung des Kulturbetriebs helfen. Fiehler erklärte in aller Offenheit:

«Es ist mir im gegenwärtigen Augenblick viel wichtiger, absolut innerlich überzeugte Nationalsozialisten an diesen Stellen zu haben, als irgendwelche Koryphäen, die vielleicht einen grossen Namen als Künstler haben.» (45)

Leiter des Kulturamtes wurde Hans Zöberlein, der eine ähnliche Parteikarriere wie Franz Hofmann vorzuweisen hatte. Er war Schriftsteller und erhielt für sein Buch «Ein Glaube an Deutschland» sofort nach der «Machtergreifung» den Literaturpreis der Stadt München. Leiter der Abteilungen für Literatur und Theater, Bildende Kunst und Musik und Film wurden der ehemalige Offizier Max. Reinhard, der Maler Hans Flüggen und der arbeitslose Kapellmeister Franz Adam. Daneben wurde als städtischer Musikbeauftragter Götz Mayerhofer bestellt, der Leiter der Musikbücherei und Fachwart des Arbeitskreises nationalsozialistischer Komponisten war, aber gleichwohl nicht reüssierte.

Insgesamt operierte das städtische Kulturamt nicht sehr glücklich, wie auch das Beispiel der Kammerspiele zeigen sollte. (46) Zwar bedeutete das Jahr 1933 einen entschiedenen Einbruch für das Ensemble dieser angesehenen Bühne. Einige der bedeutendsten Mitglieder, vor allem die jüdischen, wie z.B. Julius Gellner, Therese Giese, Kurt Horwitz emigrierten sofort. Auch konnte man sich der Forderung, keine Juden mehr zu beschäftigen, auf die Dauer kaum entziehen. Zwar war das weiterhin unter der Leitung Otto Falckenbergs stehende Theater schon vor 1933 von der konservativen Presse immer wieder angegriffen worden, doch erwiesen sich die Kammerspiele als unentbehrlich, wenn die «Hauptstadt der deutschen Kunst» auf dem Theatersektor einen Stich gegen Berlin machen wollte. Man rettete sich bei der Spielplangestaltung zunehmend in die unpolitische Unterhaltung, ausgesprochene NS-Dramatiker wurden kaum gespielt. Selbst der Forderung, zum 70. Geburtstag von Dietrich Eckart ein Stück von ihm auf den Spielplan zu setzen, entzog man sich halbwegs, indem man lediglich seine «Peer Gynt»-Bearbeitung inszenierte. Weitaus stärker in den Dienst des Regimes stellte sich das Bayerische Staatsschauspiel, dessen Intendant ab 1938, Alexander Golling, sich schon früh zum Nationalsozialismus bekannt hatte. Gefährdet wurde die relativ ruhige Position der Kammerspiele erst 1938, als auf Druck Fiehlers der notorische Radaubruder Christian Weber, «Kaufmann und Viehhändler», Nazi der ersten Stunde und Inhaber zahlreicher Parteiämter, Präsident des Verwaltungsrates wurde und den SS-Sturmbannführer Paul Wolfrum zum Geschäftsführer machte. Das Wirken der neuen

Herren war aber derart dilettantisch, dass sie schon bald, auf persönliche Initiative Hitlers, wieder abgelöst wurden. Die Kammerspiel-GmbH wurde überhaupt aufgelöst und das Theater im Januar 1939 den «Bühnen der Hauptstadt der Bewegung» eingegliedert. Der auch von Goebbels für Berlin umworbene Falckenberg hatte weiterhin einen gewissen Handlungsspielraum, zu Hitlers 50. Geburtstag wurde er zum Staatsschauspiel-direktor ernannt. Trotz dieser Anerkennung blieben die Kammerspiele nationalsozialistischer Programmatik vergleichsweise fern. Dramatiker, die nach 1933 für ihre nationalsozialistische Gesinnung mit Direktionsposten, Aufführungen und Nationalen Buchpreisen belohnt wurden, traten im Spielplan der Kammerspiele kaum in Erscheinung. Friedrich Bethge, der noch schnell am 1.5.1932 Mitglied der NSDAP geworden war und sofort nach der sogenannten Machtergreifung Chef-dramaturg am Frankfurter Schauspiel wurde und diese Position nutzte, um seinen Dramen endlich die ihnen zukommende Geltung zu verschaffen, reüssierte an den Kammerspielen nicht. Auch der Präsident der Reichsschrifttumskammer Hanns Johst und Curt Langenbeek, ab 1938 Chef-dramaturg am Bayerischen Staatsschauspiel, tauchten nur je einmal im Spielplan auf. Das notwendige Quantum an «Blubo» und «Brausi» gedachte man eher mit Autoren wie Alois Johannes Lippi und Richard Billinger abzuleisten, die viermal bzw. dreimal inszeniert wurden. Der Österreicher Billinger, der 1932 für sein Stück «Rauhnacht» den renommiertesten deutschen Literaturpreis, den Kleist-Preis, bekommen hatte, fand auch nach 1933 hohe Anerkennung. Dem ultra orthodoxen Rosenberg, dem im Gegensatz zur übrigen NS-Führung an einer entschiedenen Ideologisierung des Theaters gelegen war, galt Billinger als «zwiespältige Erscheinung»: «Seine Mischung von derber triebhafter Bäuerlichkeit und raffiniert städtischen Literatentums ist nicht erfreulich.»(47) Aber mit dieser Position standen Rosenberg und sein «Kampfbund», wie manchmal, allein, denn Billingers bäuerliche Dramen passten den Nazis gut ins Konzept. Er erhielt den Literaturpreis der Stadt München, den Grillparzer-Preis und schliesslich 1943 den Raimund-Preis der Stadt Wien.

Joseph Goebbels hatte mit Brutalität und Geschick den Propagandaapparat erst der Partei, dann des Staates organisiert. Er war ein wirklicher Politiker und wusste,

dass es für die Neutralisierung des Bürgertums und das Ansehen des Regimes im Ausland von grosser Bedeutung war, bekannte Künstler für eine Mitarbeit im nationalsozialistischen Deutschland zu gewinnen. Besonders erfolgreich war er auf dem Feld der Musik. Präsident der Reichsmusikkammer wurde Richard Strauss, der unbestritten bedeutendste Opernkomponist jener Tage, sein Stellvertreter Wilhelm Furtwäng-



Vito Vukovic. Foto: Kleine Galerie

ler, der sich nach einer Zeit des Schwankens im Frühjahr 1935 gegen die Emigration und für ein aktives Wirken im Deutschen Reich entschied. Diese Entscheidung war angesichts von Furtwänglers internationalem Ansehen ein bedeutender Prestigegewinn für die Nazis. Das galt in noch stärkerem Masse für Strauss, der bei Hitlers Ernennung zum Reichskanzler bereits 68 Jahre alt und seit 1925 nur noch als freischaffender Komponist und Dirigent tätig war. Politik war ihm zutiefst gleichgültig, ihn interessierte nur sein Ruhm und die Geltung seines Werkes und seiner Person. Als Arturo Toscanini das Dirigtat des «Parsifal» für die Bayreuther Festspiele 1933 aus Protest gegen die anti-jüdische Politik der Nazis absagte, zögerte Strauss nicht, an seiner Stelle aufzutreten. Am 13.2.1934 hielt er die Eröffnungsansprache bei der ersten Tagung der Reichsmusikkammer. Einmal mehr hören wir das bekannte Lied, von der «Verschlechterung der wirtschaftlichen

Lage der deutschen Musikerschaft» in der jüngsten Vergangenheit und der Hoffnung auf die ordnende Hand Adolf Hitlers. (48) Als die Gestapo einen Brief von Richard Strauss abfing, in dem er bekannte, sich nur aus Opportunismus dem Naziregime zur Verfügung gestellt zu haben, musste er die Kammerpräsidentenschaft niederlegen, was ihn zu einer Ergebnissadresse an Hitler, den «grossen Gestalter des deutschen Gesamtlebens» (49), veranlasste. Strauss blieb auch in der Folge ganz unbehelligt und durfte z.B. weiterhin dem «Ständigen Rat für internationale Zusammenarbeit der Komponisten» präsidieren, der 1934 nach Deutschlands Austritt aus der Internationalen Gesellschaft für Neue Musik gegründet worden war. Strauss blieb der Opportunist, der er war, und im Mai 1935 konnte der Geschäftsführer der Reichsmusikkammer dem Geschäftsführer der Reichskulturkammer in einem vertraulichen Spitzelbericht über die Strauss'sche «Hauspolitik» mitteilen, dass dieser gegenüber Furtwängler Clemens Krauss bevorzuge, einfach, weil dieser mehr für die Aufführung seiner Opern tue. (50)

Clemens Krauss, 1893 geboren, hatte schon früh Sympathien für die Nazis erkennen lassen. 1933 übernahm er anstelle des vertriebenen Dirigenten Fritz Busch die Leitung der Premiere der Strauss-Oper «Arabella» in Dresden. 1935 wechselte er von der Staatsoper Wien nach Berlin und kam 1936 nach München. Sowohl in Berlin als auch in München profitierte Krauss von der politisch bzw. rassistisch motivierten Ausschaltung seiner Vorgänger Kleiber und Knappertsbusch. Nach Furtwänglers Rücktritt wurde er stellvertretender Kammerpräsident und nach dem sogenannten Anschluss wurde er Leiter der Salzburger Festspiele und Direktor des Mozarteums; wofür er mit den Worten dankte:

«Ich gelobe an dieser Stelle, das mir anvertraute Gut als eine hohe Schule der Kunst zu führen mit all der Ehrfurcht, die uns Künstler in dieser Stadt befällt, wo Mozart als Schüler gelernt, mit tiefer Demut vor dem Genius Mozart und vor dem vorwärts stürmenden und erhabenen Meisters und Künstlers Adolf Hitler!» (51)

Clemens Krauss erfreute sich bei dem vorwärtsstürmenden Meister hoher Wertschätzung und 1941 wurde das Münchner Staatsopernorchester auf dessen Wunsch in die «Sonderklasse der deutschen Kulturorchester» eingestuft. Der folgende Brief Martin Bormanns an den Münchner Oberbürgermeister vom 1.4.1942 spricht für sich:

*«Lieber Parteigenosse Fiebler!
Gemäss einem Auftrag des Führers wendet sich Generalintendant Clemens Krauss, wenn er bezüglich der Oper Wünsche hat, an mich. Unter dem 24.2.1942 schrieb Clemens Krauss, es sei ihm nicht mehr möglich,*

für neuverpflichtete Mitglieder der Bayerischen Staatsoper Wohnungen in München zu erhalten. Mich wundert das nicht, denn durch die zur Parteikanzlei kommandierten Beamten und Politischen Leiter bin ich hinreichend über die Münchner Wohnungsnot unterrichtet. Vom Schreiben des Generalintendanten Krauss habe ich nun heute dem Führer berichtet. Dieser wünscht, dass Sie doch noch einmal prüfen, ob nicht eine Anzahl weiterer Judenwohnungen für die neuverpflichteten Mitglieder der Bayerischen Staatsoper geräumt werden könne.» (52)

Der Oberbürgermeister antwortete Bormann umgehend, dass die wenigen «Judenwohnungen» leider schwer vermietbar seien und ausserdem seinem eigenen Ersuchen zufolge nur in Fällen ganz besonderen öffentlichen Interesses oder an Angehörige der Parteikanzlei zur Verteilung kommen sollten. Als besonders vordringlich habe er erst vor wenigen Wochen auf Wunsch der Generalintendantanz sechs arisierte Wohnungen an drei Chorsänger, zwei Orchestermusiker und eine Solotänzerin verteilt.

Auch bei der «Entjudungsarbeit» spielte Krauss im Bereich der Musik eine führende Rolle. (53) Massenweise wurden damals Libretti von Juden gereinigt, ja manchmal ganze Opern umgeschrieben. Aus Nedbals «Polenblut» wurde eine «Erntebraut», Richard Wagners Kaisermarsch erhielt einen neuen Schlusschor mit einer Hymne auf den Führer usw. usf. Als diese Tätigkeit immer seltsamere Blüten trieb, wurde sie 1940 in der Reichsstelle für Musikbearbeitungen zentralisiert. Den Vorsitz des Arbeitsausschusses übernahm Clemens Krauss. Auch wenn die Auslandspropaganda-Stäbe riefen, war er zur Stelle. So trat er z.B. bei Wehrmachtskonzerten im besetzten Polen und in Paris auf.

Nach dem «Endsieg» wurde Clemens Krauss, ebenso wie Karl Böhm, von den Alliierten mit Berufsverbot belegt. Böhm, ein Jahr jünger und Österreicher wie Krauss, hatte seit 1934 die Dresdner Oper geleitet, bevor er 1943 nach Wien ging. Der Wechsel von Hamburg nach Dresden war auf «persönliches Eingreifen unseres Führers» (54) hin erfolgt. Böhm revanchierte sich, indem er zur Farce einer Reichstagswahl am 29.3.1936 unter der Überschrift «Die Musikkrise beseitigt!» erklärte:

«Die Neugliederung und straffe Zusammenfassung aller Stände und Berufsgruppen, die seit der Machtergreifung Adolf Hitlers durchgeführt worden ist, hat sich für den kulturellen Wiederanstieg Deutschlands als äusserst segensreich erweisen. (...) Ihm verdankt der Musiker, sei er nun freischaffender oder reproduzierender Künstler, Musikerzieher oder Orchestermusiker, unendlich viel. Und das sowohl in sozialer und wirtschaftlicher Beziehung – indem den vielen arbeits-

losen Musikern neue Arbeitsmöglichkeiten gegeben worden sind – wie in ideeller Hinsicht!» (55)

Ein deutliches Beispiel dafür, wie die Zurücksetzung des einen das Fortkommen des anderen fördern konnte, sind auch die Salzburger Festspiele. Bis zum sogenannten Anschluss waren die Festspiele wegen des «internationalen jüdischen Einflusses» und wegen der Konkurrenz zu Bayreuth, dessen weihevoller Ernst Salzburg ohnehin fehlte, von den Nazis boykottiert worden. Hitler gestattete ganzen zwei «reichsdeutschen Künstlern» pro Jahr die Teilnahme. Nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Österreich vollzog sich auch künstlerisch ein Machtwechsel. Toscanini und Bruno Walter konnten nicht mehr dirigieren. Furtwängler, Böhm und Krauss traten an ihre Stelle. Böhm hatte zum «Anschluss» erklärt:

«Wer dieser Tat unseres Führers nicht mit einem hundertprozentigen Ja zustimmt, verdient nicht, den Ehrennamen Deutscher zu tragen!» (56)

Auch Hans Pfitzner gehörte zu den Profiteuren der neuen Verhältnisse. Er durfte eine Ouvertüre zu Kleists «Käthchen von Heilbronn» zu den Festspielen beisteuern. Der Fall Pfitzners ist besonders interessant, den seine Kompositionen unterlagen in der Weimarer Zeit einem Boykott, der freilich nur in seiner Phantasie und der seiner Anhänger existierte. Dem stand nach 1933 eine Renaissance gegenüber, die allerdings über vollmundige Bekenntnisse nicht hinausging. Auch Pfitzner kämpfte, so wie Nolde für die «deutsche Kunst», für die «deutsche Musik», gegen die «Neutöner» und gegen das Eindringen «artfremder, zersetzender» Elemente. Er sah sich und seinen Abwehrkampf in der Nachfolge Richard Wagners. Pfitzner ist ein einprägsames Beispiel für die Verbrämung ästhetischer Positionen mit politischen Parolen. Nachdem Münchner Institutionen ihn schon wiederholt geehrt hatten, war Pfitzner von 1930 bis zu seiner Pensionierung 1934 in der Münchner Akademie der Tonkunst tätig. In dieser Eigenschaft unterzeichnete er auch den Protest der Richard Wagner-Stadt München gegen Thomas Mann. Schwerer noch wiegt die öffentliche Rechtfertigung seiner Unterschrift, in der er deren Kritiker Willi Schuh als «Adjutantengeschmeiss» abqualifizierte und Thomas Manns Wagner-Rede eine «Entgleisung» nannte. (57)

Bereits frühzeitig bastelte Pfitzner an der Legende von der eigenen Unterdrückung, an der in diesem Fall der Musikkritiker Paul Bekker Schuld hatte, der «zusammen mit seiner mächtigen 'Frankfurter Zeitung' die international-jüdische Bewegung in der Kunst leitet», wie Pfitznerschon 1919schrieb. (58) Als die «Zeitschrift für Musik» im Mai 1933 erste Bilanz zog, durfte Pfitzner nicht fehlen:

«Im Aprilheft kennzeichneten wir die unhaltbare Situation der Staatsoper Berlin ... in dem Aufsatz 'Hans

Pfitzner-Boykott in Berlin Inzwischen hat der 'Kampfbund für deutsche Kultur' dafür Sorge getragen, dass Pfitzner während der Frühjahrs-Kunstwochen als Gast-Dirigent an die Berliner Staatsoper berufen wird, und dass Pfitzners 'Palestrina' wieder auf den Spielplan gesetzt wird. Generalmusikdirektor Otto Klemperer bat dagegen seine Entlassung erhalten.» (59)

Otto Klemperer war Jude. 1934 erhielt Pfitzner als erster Komponist überhaupt den Goethe-Preis der Stadt Frankfurt, 1936 wurde er in den Reichskultursenat berufen, 1942 erhielt er trotz sehr guter Einnahmen von dem Propagandaministerium einen Staatszuschuss mit 6.000 Reichsmark und im Jahr darauf den den Beethoven-Preis der Stadt Wien. Als «Botschafter deutscher Musikkultur» (60) reist er in die besetzten Gebiete, nach Polen, Frankreich und in die Tschechoslowakei. Zum Dank erhielt der «dem Nationalsozialismus wesensverwandte(n) deutsche(n) Kämpfer und Mahner der Musik» (61) 1942 bei der dritten Posener Kriegsmusikwoche den Wartheländischen Kulturpreis, wofür er sich mit der dem Generalgouverneur gewidmeten Komposition «Krakauer Begrüssung» bedankte.

Bevor ich zum Schluss des ersten Teils meiner Ausführungen komme, will ich noch auf einen Sonderfall eingehen, die Zeitschrift «Simplicissimus». Die Zeitschrift war 1896 in München gegründet worden und (war) schon bald das angesehenste satirische deutsche Wochenblatt, das vor allem wegen seiner Kritik an bestimmten Erscheinungen des Wilhelminismus sehr beliebt war. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs ging die Redaktion, nachdem sogar die Einstellung der Zeitschrift diskutiert worden war, allerdings auf einen betont nationalen Kurs, fand aber in der Weimarer Zeit zu einer eher kritischen Position zurück, wenn auch eine Distanz zu der neuen Demokratie unverkennbar blieb. In vielen Karikaturen wurde der Nationalsozialismus, ebenso wie der Kommunismus, scharf kritisiert, umso mehr erstaunte später die geschwinde Anpassung. In einer ganzseitigen Karikatur Karl Arnolds wurden schon am 12.2.1933 die neuen Verhältnisse – «1933: endlich freie Aussicht!» – begrüßt. (62) Trotzdem wurde die Redaktion der Zeitschrift im März von SA-Leuten besetzt und verwüstet. Zwei Nummern fielen aus, in der Ausgabe vom 1. April 1933 war dann zu lesen,

«dass die Zurücknahme des zeitweiligen Verbots unseres Blattes erfolgt ist, nachdem wir der Regierung gegenüber loyales Verhalten zugesagt haben. Hand in Hand mit dieser Zusage ging eine Umstellung der Redaktion.» (63)

Hinter dem Euphemismus «Umstellung» verbargen sich v.a. die Flucht von Schoenberner und Th. Th. Heine. Heine war zwar der berühmteste Zeichner des Blattes, aber als Jude nicht länger tragbar. Dafür passten Arnold

und Gulbransson sich umso wirkungsvoller den neuen Bedingungen an, ebenso wie auch Thöny, Schulz und Schilling. Erich Schilling war als Kritiker des Nationalsozialismus vor 1933 besonders hervorgetreten, nun war er ein umso eifrigerer Konformist. (Am 30. April 1945 beging er Selbstmord.) Karl Arnolds «Berliner Blätter», 1924 erstmals im Simplicissimus-Verlag erschienen, erhielten nun den Untertitel «Aus den Jahren der Korruption», was letztendlich ihr Verbot nicht verhindern konnte. Arnold diente sich dem Regime so sehr



Vito Vukovic. Foto: Kleine Galerie

an, dass er Anfang 1934 vorübergehend Chefredakteur der Zeitschrift wurde und 1939 eine Professur erhielt. Schon 1934 wurde Thöny von der Akademie zum Professor h.c. ernannt.

Der «Simplicissimus» sah es nun als seine «vaterländische Pflicht» an, Deutschland und «seinen grossen Zielen im Innern wie nach aussen auf seine Art zu dienen.» (64) Mit der Zeit wurde die regimetreue Haltung immer penetranter, sie verstärkte sich noch einmal nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Antisemitische Karikaturen, die es gelegentlich auch schon vor 1933 gegeben hatte (65), hatten nun ihren festen Platz. Im September 1944 setzte der Papiermangel dem unrühmlichen Tun ein Ende.

Ziehen wir Bilanz; Es ist deutlich geworden, was die «Machtergreifung» bedeutete: den rücksichtslosen Kampf gegen die Avantgarde, die «Ausmerzungen» der Künstler, die die internationale Anerkennung der deutschen Gegenwartskultur begründet hatten, und vor allem die «Entjudung». Auf der anderen Seite machten mediokre Talente nun Karriere, wenn sie nur die richtigen Phrasen im Munde führten, und es wurde ein gigantischer Apparat von Verbänden, Kammern und Instanzen geschaffen, die, wenn irgend möglich,

immer die Partikel «Reich» im Namen führten.

Die Reichskulturkammer organisierte etwa 100.000 in der einen oder anderen Weise kulturell Tätige. Gleich im März 1933 trat der «Führerrat» der völkischen Kulturverbände mit der Denkschrift «Was die deutschen Künstler von der neuen Regierung erwarten!» hervor. Die Programmpunkte kennen wir inzwischen alle:

- Entfernung aller «Erzeugnisse mit weltbürgerlichen und bolschewistischen Vorzeichen»
- Entlassung der Museumsleiter, die sich der «gewissenlosen Vergeudung öffentlicher Mittel» für den Ankauf moderner Kunst sowie der Magazinierung «wahrhaft deutscher Kunstwerke» schuldig gemacht hatten
- Ausstellung der entfernten Kunstwerke unter Nennung der Ankaufsummen und anschließende Verbrennung (66)

Formuliert war ein solches Programm schnell und, die nötigen Machtmittel vorausgesetzt, auch durchführbar. Und es wurde auch durchgeführt. Nur, was sollte das entstandene Vakuum füllen? Nur mit Künstlern der dritten und vierten Kategorie, auch wenn diese sich das noch so sehr wünschen mochten, war ein international beachtliches Kulturleben nicht zu bestreiten. Niemand erkannte das klarer als Goebbels. Er wirkte daraufhin, dass man über die jüdischen Librettisten Hofmannsthal und Zweig zunächst hinweg sah, denn der Arbeitskreis nationalsozialistischer Komponisten hatten den Strauss-Opern vergleichbares nun mal

nicht zu bieten. Auch die Ausnahmegenehmigungen für einige jüdische Filmschauspieler- ja sogar Olympiakämpfer! – sind bekannt. Bezeichnend genug wurde 1939, aus Gründen der Kriegswirtschaft, nicht etwa der weltbekannte «Simplicissimus», sondern die partei-eigene «Brennessel» eingestellt. Goebbels war es denn auch, der Einhalt gebot, als parteifromme Fanatiker daran gingen, Mozart als Freimaurer zu entlarven, Wagner wegen seiner jüdischen Interpreten anzugreifen, und sogar Bedenkliches an Goethe zu entdecken, auf der kulturpolitischen Pressekonferenz vom 17.10.1936 erklärte er:

«Von jetzt ab stehen die grossen Deutschen ... unter dem besonderen Schutz des Staates. (...) (Denn) die

Neuzeit seit 1933 hat diesen grossen Werken tatsächlich in der Kunst nichts Vergleichbares an die Seite zu setzen.» (67)

Doch der Rückgriff auf das «kulturelle Erbe», wie man heute in der DDR sagt, konnte nur bedingt über das Dilemma hinwegtäuschen, dass es allenthalben an bedeutender nationalsozialistischer Gegenwartskunst fehlte. An den Wänden der Museen hingen nun nicht mehr die «entarteten» Werke von Picasso, Beckmann, Chagall, Gauguin, Liebermann, Klee, Kokoschka, Kirchner, Nolde und Kandinsky. Und die Ziegler, Padua, Bühler, Willrich, Kampf, Eber und Kriegei taten sich schwer, einen den Verlust vergessen zu lassen. Bezeichnend ist der Bericht, den Reinhard Piper in einem Brief an Ernst Barlach über die Grosse Deutsche Kunstausstellung von 1937 gab:

«Was nun die Ausstellung im 'Haus der Deutschen Kunst' anbelangt, so bin ich mit dem besten Willen hineingegangen, um dort alles wirklich Wertvolle mit Freuden zu begrüßen. Es kann aber gar nicht die Rede davon sein, dass hier nun wirklich eine bedeutende Ausstellung hervorragender deutscher Kunst zustande gekommen wäre, oder als ob hier irgendetwas geboten wäre, was nicht seit 20 Jahren auf jeder Kunstausstellung zu sehen und von der Kritik nicht auch nach Gebühr anerkannt worden wäre. Man glaubt, in einer Ausstellung zu sein, wie sie seit langem alljährlich im Glaspalast zu sehen war. Dreiviertel der Bilder sind fleissig und brav, aber künstlerisch belanglos. Sie stammen von Dutzendtalenten, wie es solche immer gegeben hat. Man bräuchte sie nicht erst zu befreien.» (68)

Der Versuch, dem traditionellen «bürgerlichen» Theaterbetrieb etwas ganz eigenes entgegenzusetzen, war ebenfalls kläglich gescheitert. Die dafür vorgesehenen Thing-Spielstätten waren leichter errichtet als die dafür nötigen Stücke geschrieben. Auch die neuen Opern erwiesen sich als unbrauchbar, wie Goebbels 1937 auf einer der kulturpolitischen Pressekonferenzen eingestehen musste. (69)

Weithin musste man sich mit einer Mischung aus Althergebrachtem und zeitgenössischer Ödnis begnügen. Als am 30.1.1937 Deutschen die Entgegennahme des Nobelpreises gesetzlich verboten und dafür ein deutscher Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft gestiftet wurde, war dies vor allem Ausdruck eines trotzigen Selbstbehauptungswillens in der zunehmenden internationalen Isolation. Die intelligenteren Männer des Regimes konnten sich mit Martin Bormanns Diktum, für Kulturpolitik brauche man lediglich ein «ehrliches Herz» und den «gesunden Hausverstand eines alten Nazi» nicht wirklich zufriedengeben. Doch viele rechtschaffene, aber unbedeutende, völkischen Idealen verpflichtete Künstler mochten sich mit einer solchen Haltung, die ihren eigenen Horizont für allgemeinverbindlich erklärte, identifizieren.

Die reaktionäre Grundströmung, die schon seit Beginn des Jahrhunderts gegen alles Neue in der Kunst stand, und die ihr verbundenen Künstler hatten sich durchgesetzt. Für einige Jahre konnten sie triumphieren und die offiziellen Austeilungsflächen beherrschen. Das änderte nichts an ihrer Mediokrität und so blieb nach 1945 kaum etwas von ihnen, als das von Hitler verdammt Spiel der freien Kräfte wieder einsetzte.

1911 war die berühmteste der reaktionären Kampfschriften erschienen – «Ein Protest deutscher Künstler». Der Landschaftsmaler Carl Vinnen hatte ihn organisiert. Vinnen hatte ursprünglich der Künstlerkolonie Worpsswede angehört. 1903 war er nach München übersiedelt. In den folgenden Jahren wuchs in ihm die Überzeugung, dass seine Erfolgslosigkeit ihren Grund in den Machenschaften des Kunsthandels hatte. Anstoss für die Protestschrift gab der Erwerb eines van Gogh durch die Bremer Kunsthalle. Der erste Satz des Pamphlets lautet:

«Angesichts der grossen Invasion französischer Kunst, die sich seit einigen Jahren in den sogenannten fortgeschrittenen deutschen Kunstkreisen vollzieht, scheint es mir ein Gebot der Notwendigkeit zu sein, dass deutsche Künstler ihre warnende Stimme erheben, und dass sie vordem Einwände, sie triebe dazu nur der Neid, nicht zurückschrecken.» (70)

Durch die «französische Überschwemmung» gingen jährlich Millionen der «vaterländischen Kunst» verloren. Ziel sei es, «unserer Kunst ideell und materiell wieder den Platz an der Sonne zu erobern.» (71)

118 Künstler gaben diesem Protest Vinnens ihre Zustimmung. Das weitaus grösste Kontingent stellten mit 53 Unterschriften die Münchner. Die bekanntesten Unterzeichner waren Th. Th. Heine, Friedrich August von Kaulbach, Carl von Marr, Adolf Oberländer, Leo Samberger, Paul Schultze-Naumburg, Franz von Stuck und Wilhelm Trübner. Mit von der Partie war auch Heinrich von Zügel, ein unbedeutender Genremaler, der vor allem Haustiere porträtierte und Professor an der Akademie war. Oldenbourg sah in ihm, in dem früher schon zitierten Aufsatz, der Oberhaupt der positiv gewürdigten, spezifisch Münchner Richtung des Impressionismus. 1937 war Zügel mit vier Werken in der Grossen Deutschen Kunstausstellung vertreten. 1940 wurde ihm zum 90. Geburtstag für seine ausserordentlichen Verdienste die Goethe-Medaille verliehen. Heute gehört Zügel zu den am höchsten bezahlten Malern der sogenannten Münchner Schule.

Handfester noch als der Vinnen-Protest war im November 1920 die Gründung der «Deutschen Kunstgesellschaft» in Dresden, die nicht nur Deutschtümelei und Antimodernismus propagierte, sondern militant völkisch

sche Kunstpolitik betrieb. Im August 1927 wurde dann der schon erwähnte «Kampfbund für deutsche Kultur» gegründet, der ganz von den Nazis beherrscht war.

Ich kann und will hier nicht auf die zahllosen Aufrufe und Erklärungen reaktionärer und nationalistischer Kreise eingehen, die sich natürlich vor allem nach der «Machtergreifung» häuften. Nur einer muss noch erwähnt werden, der Protest der «Richard Wagner-Stadt München» vom 16. April 1933. Aus Anlass einer Wagner-Gedenkrede von Thomas Mann protestierte man gegen «Herr(n) Mann, der das Unglück erlitten hat, seine früher nationale Gesinnung bei der Errichtung der Republik einzubüßen und mit einer kosmopolitisch-demokratischen Auffassung zu vertauschen». (72) Die Akademie der bildenden Künste war bei der Unterschriftenliste vollständig vertreten: der Präsident German Bestelmeyer, die Professoren Bernhard Bleeker, Max Doerner, Hermann Groeber, Olaf Gulbransson, Fiermann Hahn, Julius Hess, Angelo Jank, Franz Klemmer, Carl von Marr, Karl Miller und Adolf Schinnerer – dieselben Herren, die wir später in der Grossen Deutschen Kunstausstellung wiederfinden. Nur einer fehlte, und das sollte ihn teuer zu stehen kommen – der bedeutendste Vertreter der christlich inspirierten Malerei Karl Caspar. Er hatte 1922 gegen erbitterten Widerstand aus den Reihen der Akademie die Nachfolge Heinrich von Zügels angetreten. Nun verweigerte er als einziger die Unterschrift. 1937 war er der einzige Münchner Maler, dessen Bilder nicht im Haus der Deutschen Kunst, sondern einige hundert Meter weiter nördlich, in der Ausstellung «Entartete Kunst» hingen. Im selben Jahr wurde er auch gezwungen, um seine vorzeitige Pensionierung nachzusuchen. Aus Angst um sein Leben verliess er München und zog sich aufs Land zurück. (73)

Dieselbe Akademie der bildenden Künste, die gemeinsam mit Oberbürgermeister Fiehler, dem Generalintendanten der Bayerischen Staatstheater Clemens Frankenstein, dem Vorstand der Musikalischen Akademie, dem Staatsoperndirektor Hans Knappertsbusch, dem Komponisten Hans Pfitzner und Richard Strauss und anderen den «Protest der Richard Wagner-Stadt München» trug, diese Akademie hatte nichts eiligeres zu tun, als 1933 ihre Ehrengabe Adolf Hitler zu verleihen, der «den nationalen Gedanken als Brennpunkt des geistigen Lebens und Richtschnur der Künste in sein altes Recht einsetzte und in weitschauenden Plänen der Kunst ihre eigenen Aufgabe, Sprache des Volkes zu sein, erneut zu weist.» (74)

Ich hoffe, in der vergangenen Stunde ist deutlich geworden, dass München nicht zu Unrecht in den strategischen Überlegungen der Nazis einen besonderen Stellenwert hatte. Natürlich gab es auch andernorts Opportunisten und begeisterte Nazis – wer möchte

entscheiden, was schlimmer ist, aber München war ein Ort, am dem reaktionäre Traditionen, nationalsozialistisches Engagement, bürgerlicher Opportunismus und die Mobilisierung dumpfer antimoderner Ressentiments in besonderer Weise kulminierten. So unrecht hatte Adolf Dressler wohl leider nicht, als er 1937 schrieb:

«Das Volksleben Münchens wird nicht vom Verstand, sondern vom Gemüt beherrscht, und so konnte München am besten den Nährboden für eine Bewegung abgeben, die sich in erster Linie an das Gemüt und an den Glauben wendet.» (75)

Anmerkungen

- 1) Zit. J. Wulf, Die bildenden Künste im Dritten Reich, ND Berlin 1983, 355.
- 2) E. Kochanowski, Die kulturelle Auswirkung der Judengesetzgebung im nationalsozialistischen Deutschland, in: Weltentscheidung in der Judenfrage, hg. v. W.F. Könitzer u. H. Trumit, Dresden 1939, 45.
- 3) Ebd., 48.
- 4) Aufzeichnungen Wageners, zit. V. Reimann, Dr. Joseph Goebels, Wien u.a. 1971, 179
- 5) Runderlass des Präsidenten der Reichskulturkammer an die Einzelkammern v. 17.1.1935, zit. – V. Dahm, Das jüdische Buch im Dritten Reich. Erster Teil: Die Ausschaltung der jüdischen Autoren, Verleger und Buchhändler, Frankfurt, 1979, 64.
- 6) E. Kochanowski (Anm. 2), 52
- 7) Ebd., 47
- 8) Zit. V. Dahm (Anm. 5), 65
- 9) Vgl. E. Piper, Nationalsozialistische Kunstpolitik, Frankfurt 1987, 164
- 10) E. Frölich, Die Kulturpolitische Pressekonferenz des Reichspropagandaministerium, Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, Heft 4, 1974, 347-381.
- 11) Vgl. ebd., 363 ff.
- 12) Münchner Neueste Nachrichten v. 30.11.1936
- 13) E. Kochanowski (Anm. 2), 48 f.
- 14) Völkischer Beobachter v. 3-9.1933
- 15) A. Hitler, Mein Kampf, zwei Bände in einem Band, 181, 1936, 318, 322 ff u. 329 ff-
- 16) Wie Anm. 14.
- 17) Völkischer Beobachter v. 10 9 1936
- 18) Ebd.
- 19) Ebd.
- 20) A. Hitler (Anm. 15), 138 f.
- 21) Völkischer Beobachter v. 19 7.1937.
- 22) Beide Ausstellungen sind umfassend dokumentiert in dem ausgezeichneten Katalog Die 'Kunststadt' München 1937. Nationalsozialismus und 'Entartete Kunst', hg. v. P.-K. Schuster, München 1987.
- 23) A. Hentzen, die Berliner National-Galerie im Bildersturm, Köln/Berlin 1971, 19.
- 24) F. Roh, «Entartete» Kunst, Hannover 1962, 230.
- 25) Rede zur Eröffnung des Hauses der Deutschen Kunst, Münchner Neueste Nachrichten v. 19-7.1937.
- 26) Ausstellungsführer «Entartete Kunst», Berlin o.J., 2f.
- 27) Beiblatt zum Ausstellungsführer (Anm. 26).
- 28) Zit. K.-H. Meissner, «München ist ein heisser Boden. Aber wir gewinnen ihn allmählich doch.», in: Die 'Kunststadt' München 1937 (Anm. 22), 51.
- 29) A. Schwarz, Die Zeit von 1918 bis 1933, in: Handbuch der Bayerischen Geschichte, Bd. IV: Das Neue Bayern von 1800-1970, hg. v. M. Spindler, München 1979, 484 f.
- 30) H. Kiener, Kunstbetrachtungen. Ausgewählte Aufsätze, München 1937, 331
- 31) R. Oldenbourg, Malerei, in: Jahrbuch der Münchner Kunst,

1. Jg. 1917/18, begründet v. E. Hanfstaengl, München 1918, XII.
 32) Ebd. XVII.
 33) Zit. H. Brenner, Ende einer bürgerlichen Kunst-Institution. Die politische Formierung der preussischen Akademie der Künste ab 1933, Stuttgart 1972, 146.
 34) Zit. Ernst Ludwig Kirchner 18180-1938, Berlin 1980, 104.
 35) Zit. In letzter Stunde. 1933-1945, hg. v. D. Schmidt, Dresden 1964, 153.
 36) J. Frecot, Marginalien zur nationalsozialistischen Kunstpolitik, in: Zwischen Anpassung und Widerstand. Kunst in Deutschland 1933-1945, o.O. 1980, 77.
 37) W. Hansen, Wolfgang Willrich, 1936, zit. J. Wulf (Anm. 1), 390.
 38) M.-A. v. Lüttichau, 'Deutsche Kunst' und 'Entartete Kunst': Die Münchner Ausstellungen 1937, in: Die 'Kunststadt' München 1937 (Anm. 22), 99.
 39) Zit. J. Wulf (Anm. 1), 406.
 40) Vgl. A. Zweite, Franz Hofmann und die Städtische Galerie 1937, in: Die 'Kunststadt' München 1937 (Anm. 22), 261-288.
 41) Zit. K. Arndt, Die Münchner Architekturszene 1933/34 als ästhetisch-politisches Konfliktfeld, in: Bayern in der NS-Zeit, hg. v. M. Broszat, Bd. VI, München 1981, 489-
 42) Zit. ebd., 495-
 43) Zit. ebd., 496.
 44) Ebd., 505.
 45) Zit. Helmut M. Panko, Kommunalpolitik in der «Hauptstadt der Bewegung», in: Bayern in der NS-Zeit, hg. v. M. Broszat, Bd. VI, München 1981, 429-
 46) Vgl. zum Folgenden F. Euler, Theater zwischen Anpassung und Widerstand, in: Bayern in der NS-Zeit, hg. v. M. Broszat, Bd. 11, München 1979, 91-173-
 47) B. Drewniak, Das Theater im NS-Staat. Szenarium deutscher Zeitgeschichte 1933-1945, Düsseldorf 1983, 223-
 48) Zit. J. Wulf, Die Musik im Dritten Reich, ND Berlin 1983, 195.
 49) Zit. ebd., 198.
 50) Faksimiliert bei F. Prieberg, Musik im NS-Staat, Frankfurt 1982, 211.
 51) Salzburger Festspiele 1937 und 1938, Sonderheft der Salzburger Festspiele, Salzburg 1988, 71.
 52) Zit. J. Wulf (Anm. 48), 425.
 53) Vgl. F. Prieberg (Anm. 50), 353 ff.
 54) Zit. ebd., 31-
 55) Faksimiliert in Entartete Musik. Zur Düsseldorfer Ausstellung von 1938. Eine kommentierte Rekonstruktion v. A. Dümling . P. Girth, Düsseldorf 1988, 58.
 56) F. Prieberg (Anm. 50), 131-
 57) Vgl. J. Kolbe, Heller Zauber. Thomas Mann 1894-1933, Berlin 1987, 276.
 58) Zit. J. Wulf (Anm. 48), 334.
 59) Zit. ebd, 73-
 60) B. Drewniak (Anm. 47), 300.
 61) F. Prieberg (Anm. 50), 224.
 62) K. Arnold, Volk im Raum, Simplicissimus v. 12.2.1933, 312.
 63) Zit. D. Grünwald, Die Einfalt der «Einfältigsten». Der 'Simplicissimus» von 1933-1944, in: Zwischen Widerstand und Anpassung (Anm. 36), 42.
 64) Zit. ebd, 45.
 65) N. Gidal, Die Juden in Deutschland von der Römerzeit bis zur Weimarer Republik, Gütersloh 1988, 256 f.
 66) J. Frecot (Anm. 36), 80.
 67) Zit. E. Fröhlich (Anm. 10), 358.
 68) Zit. E. Piper (Anm. 9), 191 f.
 69) E. Fröhlich (Anm. 10), 374.
 70) Ein Protest deutscher Künstler. Mit Einleitung von Carl Vinnen, Jena 1911, 2.
 71) Ebd, 15-
 72) Protest der Richard Wagner-Stadt München, in: München. Ein Lesebuch, hg. v. R. Bauer u. E. Piper, Frankfurt/M. 1987, 260.
 73) Vgl. K.-H. Meissner, Karl Caspar – Maler der Hoffnung – Leben und Werk, in: «München leuchtete». Karl Caspar und die Erneuerung christlicher Kunst in München um 1900, hg. v. P.-K. Schuster, München 1984, 231-253-
 74) Zit. H. Kiener (Anm. 30), 334.
 75) Zit. Der Königsplatz 1812-1988, hg. v. K. Viemeisel, München o.J,41.

Kurt Pätzold

Der deutsche Faschismus und die Juden

Diese Vorlesung sollte nach dem Vorschlag der Universitätsleitung in jenen Wochen gehalten werden, da in der Deutschen Demokratischen Republik auf vielerlei Weise des 50. Jahrestages des Pogroms von 1938 gedacht wurde. Dass sie heute stattfindet, hat indessen einen besonderen Anlass in der Geschichte dieser Universität.

Anfang 1939 fand in den Räumen dieses Gebäudes eine auch in der faschistischen Presse ausgewertete Vorlesungsreihe statt, die der Verbreitung von Antisemitismus und Judenhass diente. Sie war nicht zufällig zu diesem Zeitpunkt anberaumt worden. Die faschistische Führung hatte bemerkt, dass der Pogrom in der Bevölkerung weithin mit einer gewissen Reserviertheit aufgenommen worden war. Judenhass hatte sich über die Tätergruppen hinaus nicht in der erwarteten demonstrativen Weise gezeigt. In den Tagen nach dem Verbrechen waren auch Regungen und Handlungen des Mitleids und der Anteilnahme, ja der Solidarität mit Opfern beobachtet worden. Die Verstärkung der anti-jüdischen Propaganda schien den Machthabern dringend geboten. Die Universität machte auch da mit.

Wobei? Die Redner lieferten nicht nur eine nachträgliche Rechtfertigung der an den deutschen Juden bereits begangenen Verbrechen. Sie halfen, ein weiteres und grösseres vorzubereiten; denn Rassismus und Rassenantisemitismus waren – wovon zu reden sein wird – längst Bestandteil der geistigen und psychischen Einstellung, man möchte sagen: Zurichtung der Deutschen für den Krieg, in dem ihr männlicher, kriegstauglicher Teil die Rolle von erbarmungslosen Rassekriegern spielen sollte.

Die Erinnerung an den Januar 1939 und die Vorlesungsreihe in der Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität hat uns unversehens zu der Frage geführt, die die Geschichtswissenschaft seit Jahrzehnten beschäftigt und die ihre ureigene Frage bleibt: die Frage nach dem WARUM. Sie verbindet sich mit anderen Fragen, mit denen nach dem WER und dem WANN, dem WOHER und dem WODURCH.

Warum war es einhundertfünfzig Jahre nach der Französischen Revolution von 1789 inmitten Europas möglich, Millionen von Menschen verschiedenster Klassen und Schichten um eine politische Partei zu scharen, deren Führer wütende und hemmungslose Judenhasser waren? Warum konnten diese Führer an die Staatsmacht gelangen und augenblicklich damit beginnend, die deutschen Juden Stufe um Stufe vom schwer erklommenen Weg der Assimilation herabzustossen? Warum konnten sie in einem Volke, das weit-

hin als hochgebildet und mit seinen besten Vertretern als Bahnbrecher weltkultureller und weltzivilisatorischer Leistungen galt, die obskuren judenfeindlichen Legenden und Lügen verbreiten? Warum liess sich für die immer weiter ausgedehnte Judenverfolgung eine dienstbereite Tätergruppe formieren, die Befehle ausführte und ihrerseits ungezählte Vorschläge zur Steigerung der Judenverfolgung unterbreitete?

Jeder hier im Saal kann die Kette der Fragen fortbilden. Und niemand von Ihnen wird – wie ich hoffe – erwarten, ich könnte zu all diesen Fragen auch nur knapp meine Auffassung hier darstellen. Mir geht es vor allem darum, nach den rationalen Zwecken und Zielen des faschistischen Antisemitismus und nach seinen Beziehungen zur Macht- und Herrschaftsinteressen zu fragen. Wer das unternimmt, riskiert erfahrungsgemäss ein Missverständnis, und ich will ihm wenigstens mit einer Bemerkung vorzubeugen suchen. Die Erforschung der rationalen Antriebe von Antisemitismus und Judenverfolgung bedeutete nicht, dass der Irrationalismus im Denken und Handeln der Faschistenführer als eine sekundäre Erscheinung eingeordnet wird. Ohne Judenhass, der sich jedem rationalen Gegenargument verschloss und geradezu unaufbrechbar verkapselt war, lassen sich die Untaten der Judenmassenmörder nicht denken. Der Rassenantisemitismus, die Herabstufung der Juden ins Tierreich, ihre Kategorisierung als Parasiten, Schmarotzer, Schädlinge, Pesterreger usw. war auf Seiten der Ideologen und Propagandisten des



Prof. Kurt Pätzold in der Volkshochschule Briggittenau

deutschen Faschismus nicht als ein blosser Etikettenschwindel, nicht nur Versuch, das Volk, den tumben Toren, in die Irre zu führen, während man selbst sich heimlich ein Weltbild ohne «Alljuda» machte.

Etikettenschwindel, Reklamebluff,

Schwindel Werbung –

das alles hat es im Faschismus massenhaft gegeben und der ganze «nationale» oder «deutsche» Sozialismus war nichts anderes. Das Versprechen, eine «Revolution» zu machen und das Unterste zu oberst zu kehren, stellte einen riesenhaften Betrug dar. In Gesprächen, die Faschistenführer mit Grossindustriellen, mit Grossagrarern vor 1933 führten, haben sie ihn offen, aber eben

hinter verschlossenen Türen eingestanden. Den Rassismus und namentlich den Rassenantisemitismus hingegen hatten die Faschistenführer, wie sich an ihren Biographien zeigen lässt, zumeist in jungen Jahren in sich aufgenommen. Er war zum Bestandteil ihrer Ideologie und Mentalität geworden. Sie hassten die Juden. Dagegen spricht auch die Tatsache nicht, dass sie sich mitunter zynisch über die eine oder andere Seite ihres wissenschaftlich aufgeputzten Antisemitismus belustigten. Doch ist mit der blossen Feststellung der Judenfeindschaft von Hitler, Rosenberg, Ribbentrop, Goebbels, Himmler u.a. Faschistenführern – keine einzige Frage an die deutsche Geschichte der zwanziger bis vierziger Jahre beantwortet. Warum landeten diese Politiker nicht im Gefängnis oder in einer Bewahranstalt für Gemeingefährliche, sondern gelangten in die

Deutscher, der den Faschismus in Europa für ein Anzeichen des «verfallenden Kapitalismus» ansah, eines Kapitalismus, der «sich selbst überlebt hat und die Menschen moralisch immer tiefer herabzieht», meinte, es sei gegenüber der Tatsache Auschwitz auf der Ebene «historischer Interpretation und Erklärung» nichts auszurichten. Der Historiker stosse hier auf eine «Degeneration des menschlichen Charakters, ... die der Menschheit immer ein Rätsel... bleiben wird.»

Mit diesem agnostizistischen Standpunkt hat sich die Geschichtswissenschaft nirgends zufriedengegeben. Sie hat vor der Frage, woher und warum es – um die zitierte Formulierung noch einmal aufzunehmen – es zur «Degeneration des menschlichen Charakters» gekommen sei, nicht kapitulieren wollen. Und so ganz uneingeschränkt abmahnd hat Deutscher wohl auch selbst seine Ansicht nicht verstanden wissen wollen, findet sich doch an anderer Stelle der Satz: «Für einen Historiker, der die Massenvernichtung der Juden zu begreifen sucht, besteht die grösste Schwierigkeit in der absoluten Einmaligkeit dieses schrecklichen Geschehens.»

Die deutschen Faschisten waren nicht die ersten politischen Judenhasser in der deutschen Geschichte. Sie traten indessen in einer geschichtlich gänzlich neuen Situation hervor. Der Plan des kaiserlich-deutschen Imperialismus, durch einen Krieg die eigenen Weltvorherrschaft zu errichten, hatte in einer verheerenden militärischen Niederlage geendet und war in eine Revolution gemündet, deren Niederschlagung der deutschen Bourgeoisie nur bei führender Mitwirkung sozialdemokratischer Gegenrevolutionäre gelang. Die deutsche Monopol- und Grossbourgeoisie hatte 1918/19 eine völlig neue Erfahrung gemacht. Sie hatte am Abgrund ihres eigenen Untergangs gestanden, war aber nicht in ihn gestürzt. Dahin sollte es nicht noch einmal kommen. Jedes Mittel, das dagegen wirken konnte, (Sei es von politischer, ideologischer oder organisatorischer Natur) kam recht. Es war eine Zeit der äussersten Konjunktur reaktionärer Kräfte, die die Nachfrage der herrschenden Klasse nach Rettern ausnutzen konnte. Die Nazifaschisten mit Hitler waren einer der Anbieter. Wie ihre Konkurrenten, suchten sie im Volk eine Sicht auf die eben erst zurückliegenden Vorgänge deutscher Geschichte und deren Folgen zu verbreiten, die die wahren Kriegsschuldigen unsichtbar machte und bereits auf die geistig-moralische Aufrüstung für den kommenden Krieg, für die Revanche zielte. Nichts war dafür wohlfeiler zu benutzen, als die Verleumdung der Juden. Sie seien die Schuldigen an Kriegsniederlage und Revolution und die Organisatoren der «bolschewistischen» Revolution in Russland. Antikommunismus und Antisemitismus, Antibolschewismus und Judenhasse begegnen uns bereits in den frühen Versammlungen der Naziredner und namentlich Hitlers in einer unauflöflichen Einheit. Auf diese Weise half die



Der Stürmer Juli 1938

Berliner Wilhelmstrasse und an die Schalthebel der Staatsmacht des spätkapitalistischen Deutschland? Wollen wir also sehen, ob sich dieser irrationalen Judenhasse nicht mit äusserst nüchterner Berechnung, mit kaltem Kalkül über die Verwendbarkeit von Rassismus und Rassenantisemitismus in der Politik verband.

Dabei soll vorab noch gesagt werden, dass sich diesem Unternehmen nicht nur Menschen entgegenstellen, weil sie fürchten, dass die Antworten apologetischer Interessen der kapitalistischen Gesellschaft verletzen könnten. Auch seriöse Forscher standen dem Unterfangen in vollkommener Skepsis gegenüber. Isaac

sogenannte Nationalsozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, als eine Kraft unter sehr vielen anderen, von 1920 an – zuerst freilich in sehr bescheidenem Massstab, war doch ihr Einfluss auf München und einige weitere bayerische Städte begrenzt – den Kapitalismus und seine Herrschaft in Deutschland zu stabilisieren. Damit ist der erste kalkulierte Zweck angegeben, dem Antisemitismus und Judenhass im Weimarer Staat dienten: sie wirkten systemstabilisierend. In dieser Anwendung war Judenhass von vielen sozialen Kräften seit Jahrhunderten mit Erfolg eingesetzt worden und hatte bereits Feudalherrschaften zur Befestigung ihrer Macht gedient. Selbst wenn – um uns ein blosses Gedankenbild vor Augen zu stellen – Hitlers Partei 1932 gestoppt worden und später in der Versenkung der Geschichte verschwunden wäre, so würde man von ihr doch sagen müssen, dass sie in der Opposition, bei schärfster Gegnerschaft zu den Regierungen der Weimarer Republik sich das Verdienst miterworben hätte, Millionen von Kleinbürgern zu verwirren, sie an falschen Fronten zu gruppieren und von der wirklichen, ihren Interessen gemässen politischen Parteinahme abzuhaken.

Antisemitismus und Judenhass wurden in den Plänen und in der Praxis der faschistischen Führer aber zum Mittel der Formierung und Aufpulverung paramilitärischer Verbände, der sogenannten Sturmabteilungen (SA), der damals noch innerhalb der SA befindlichen Schutzstaffeln (SS) und auch der Hitlerjugend (HJ). Es entstand ein militärisch geformtes, befehlsgewohntes, im Terror gegen die Arbeiterklasse erfahrenes konterrevolutionäres Korps, in dessen Reihen Judenhass ein Bindemittel war. Durch Deutschlands Strassen, namentlich in den Gross- und Mittelstädten mit den zahlenstarken SA-Einheiten, erklangen blutrünstige judenfeindliche Hassgesänge und Mordparolen. Das hatte es vor dem in der deutschen Geschichte nicht gegeben.

Dieser paramilitärische Anhang und weitere Kreise der faschistischen Gefolgschaft wurden indessen nicht nur mit Irrlehren vollgestopft. Den Nazis wurden für die Zeit nach der faschistischen «Machtergreifung» konkrete Versprechungen gemacht. Der angekündigte Kampf gegen die « Börsenjuden», allgemein gegen das «jüdische Kapital», gegen die jüdischen Besitzer von Warenhäusern, gegen die «jüdische» Unkultur usw. erzeugte Erwartungen und die Bereitschaft, die Republik auf den Tod zu bekriegen und dann selbst gegen die angeblichen Verderber des kleinen Mannes vorzugehen. Antisemitismus und Judenhass verbanden sich mit Demokratiefeindschaft und Revolutionsdemagogie.

Trotz der arg verkürzten Darstellung wurde wohl erkennbar, dass der Antisemitismus Teil einer Strategie der Irreführung und der Mobilisierung war. Die Nazi-führung benutzte, um ein Bild Franz Mehrings zu zitieren, den Antisemitismus als ein «Narrenseil», doch von denen, die an dieses Seil genommen wurden, war nicht nur passives Verhalten verlangt, sondern äusser-

ste Handlungsbereitschaft, freilich dann auch in der Richtung und in der Weise, die denen genehm war, die das Seil hielten.

Nachdem am 30. Januar 1933 den deutschen Faschistenführern die Staatsmacht übergeben worden war, liessen sich Kontinuität und Wandel in ihrer Handhabung des Rassismus beobachten. In allen Jahren der Nazi-herrschaft galt die Rassenpropaganda und insbesondere der Rassenantisemitismus weiter als leicht und erfolgreich zu betätigendes Instrument des Massenbetrugs. «Der Jud ist schuld» oder – wie auch den Kästen, die dem öffentlichen Aushang von Julius Streichers «Der Stürmer» dienten, zu lesen war – «Die Juden sind unser Unglück» – diese und weitere Parolen dienten der Manipulation erheblicher Teile des Volkes.

Doch geboten die faschistischen Führer von nun an über die Macht, den Antisemitismus in ganz anderem Masse zu instrumentalisieren. Zunächst täuschten sie



Walter Harnisch: Arbeiter. Foto: Kleine Galerie

durch praktische Schritte der Judenverfolgung den Beginn der «nationalsozialistischen Revolution» vor. Dass der Antisemitismus am April 1933 mit den ersten antijüdischen Gesetzen zur Staatsdoktrin erhoben wurde, dass am 1. April 1933 ein Boykott gegen die jüdischen Geschäfte und Läden und gegen Rechtsanwaltsbüros stattfand, dass Tausende und Zehntausende von Juden aus ihren bisherigen Tätigkeiten und Stellen als Lehrer und Hochschullehrer, als Ärzte und Apotheker an öffentlichen Krankenhäusern, als Schauspieler oder als Bühnenarbeiter an kommunalen Theatern, als Journalisten, Redakteure, Lektoren bei

Redaktionen und Verlagen, als Dirigenten und Musiker in staatlichen Orchestern, als Richter und Staatsanwälte in den Institutionen der Justiz, als Forscher aus Laboratorien und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen verdrängt wurden – das alles galt vielen rassistisch aufgepulverten Gefolgsleuten der Nazis als Auftakt für grundlegende soziale Veränderungen, die auch die «weisen» Juden noch erfassen würde.

Doch wäre es eine sehr starke Vereinfachung, die Faschistenführer nach dem 30. Januar 1933 in der Rolle derjenigen zu sehen, von denen das Dichterwort sagt, sie wären beim ersten Schritt noch frei, beim zweiten aber Knecht gewesen. Gewiss gab es einen Druck der eigenen Gefolgschaft, die nach Massnahmen gegen die Juden verlangte und mit den 1933 ergriffenen bei weitem nicht zufrieden war, weil sie geglaubt hatte, es würden sofort alle jüdischen Warenhäuser und Einzelhandelsgeschäfte beseitigt und alle Juden ausser Landes getrieben werden. Die Machthaber blieben in jeder Phase der Judenverfolgung, auch wenn ihnen die Forderungen ihrer aktivistischen Gefolgschaft manchmal unlegen kamen, Herren der Situation und der Entschlüsse, und ordneten die Judenverfolgung in das Gesamtkonzept ihrer Innen- und Aussenpolitik ein.

Nach der revolutionsdemagogischen Ausbeutung des Antisemitismus erkannten sie rasch, in welchem Grad er dazu dienen konnte, das noch ungefestigte Regime zu konsolidieren. Denn: jeder, der an einer antisemitischen Massnahme teilnahm, verband sich durch eine Handlung mit diesem neuen Staat. Reden wir von diesem Hause: Jeder Rektor und jeder Dekan, der an einer deutschen Universität wie dieser im Frühjahr 1933 die Fragebogen an Hochschullehrer und andere beamtete Mitarbeiter verteilen liess, die er von seiner dienstvorgesetzten Behörde, dem Kultusministerium, erhielt, der sie dann ausgefüllt wieder sammelt und sortieren liess und sie gehorsamst «nach oben» weiterleitete, machte sich zum Helfershelfer des Antisemitismus der Nazis; denn er wusste nicht, da die einzige Funktion der Fragebogen-Aktion darin bestand, die Juden zum Zwecke ihrer Verfolgung festzustellen. (Die wenigen Sozialdemokraten und anderen aufrechten Republikaner unter den Hochschullehrern waren bekannt und brauchten bürokratisch nicht durch eine Sonderaktion ermittelt werden.) Dass die Ausschaltung aus der Universität sich in äusserlich unrabiaten Formen vollzog (verglichen auch mit den Boykottmassnahmen der faschistisch verhetzten Studenten im März 1933) ändert an der Qualität des Verhaltens nichts: die «arischen» Hochschullehrer liessen ihre jüdischen Kollegen im Stich, eine erhebliche Zahl von ihnen leistete aktive Beihilfe zu ihrer Vertreibung und dies während der Frühphase des Regimes, als es ungefestigt und in seinen Handlungen noch stärker beeinflussbar war als in späteren Jahren. Wo aber war die Fakultät, deren Mitglieder damals gesagt hätten, bei dieser Aktion der Judenaufspürung verweigern wir uns. Sie ist nicht an einer deutschen Universität auffindbar.

Die hier geschilderte Konstellation ist stellvertretend für viele ähnliche und gleiche in Erinnerung gebracht worden.

Sie trugen sich an Gymnasien und Realgymnasien und vielen anderen Lehranstalten zu. Sie ereigneten sich an Krankenhäusern und in Kulturstätten. Sie vollzogen sich im gesamten Staatsapparat, von den Reichsbehörden bis in die kleinsten Gemeindebüros. Sie dehnten sich alsbald auch auf die sogenannte Privatindustrie, auf Versicherungen und Banken aus, wo insbesondere Juden in führenden oder massgeblichen Stellungen ihre Arbeitsplätze oder Tätigkeitsfelder verloren, frühzeitig pensioniert, mit Abfindungen entlassen oder auf niedere Posten gesetzt wurden.

Dass sich dies alles in einem derartigen Tempo ereignen konnte, hatte eine Voraussetzung: die geistige und mentale Infektion erheblicher Teile des deutschen Bürgertums mit dem Ungeist des Antisemitismus. Er machte sie fähig, an den Auftaktmassnahmen der Judenverfolgung mitzuwirken und die «Maschinerie» der Judenverfolgung 1933 in Gang zu setzen. Und diese Mitwirkung besass die schon erwähnte Folge: wer in dieser Weise mit den Machthabern kollaborierte, der liess sich von ihnen zugleich an den Haken nehmen. Der Antisemitismus der Tat, darin bestand seine neue Funktion, wurde ein Mittel des Zusammenschlusses um die faschistische Staatsführung. Da die antisemitische Praxis zugleich auch eine materielle Seite besass, eröffnete sie den Machthabern eine ungeheure Möglichkeit der Befriedigung oder der Teilbefriedigung ihrer schon gewonnenen Gefolgsleute und der Korrumpierung weiterer Personen und Personengruppen. Die 1933 aus Deutschland vertriebenen Juden – insgesamt mit ihren Familienangehörigen waren es 30.000 Menschen – machten Arbeitsplätze frei, in die «Arier» einrücken oder zu denen sie aufsteigen konnten. Die von ausserökonomischen Massnahmen getroffenen Geschäftsleute und Händler räumten einen Teil des Warenmarktes zugunsten der «arischen» Konkurrenz. Die aus Deutschland Fliehenden verkauften ihren Besitz, nicht selten damals schon zu Preisen, die unter dem Wert lagen. Der Fluchtstrom machte Wohnraum frei, der begehrt war und in den folgenden Jahren der Hochrüstung des deutschen Imperialismus immer knapper wurde.

Das Ausmass dieser Bevorteilung und Bereicherung wurde bislang nicht annähernd festgestellt, und auch nach grösseren forscherschen Anstrengungen, wird ein erheblicher Teil davon nur abgeschätzt werden können. Dieser Prozess setzte sich aber bis in die Tage der Deportation fort, war mit einem ungeheuren organisatorischen Aufwand verbunden. In staatlichen und kommunalen Behörden wurde eine ständig wachsende Zahl von Bürokraten damit befasst.

An der «Arisierung» eines einzigen jüdischen Unternehmens von wirtschaftlicher Bedeutung und erhebli-

chem Kapitalumfang waren mindestens ein Rechtsanwaltsbüro, eine Versicherung, eine Bank, eine staatliche Steuerbehörde und wirtschaftliche Aufsichts- und Kontrollbehörden des Staates und der Nazipartei, und die sich häufig erbittert bekriegenden Käufer beteiligt. Bei den «Arisierungen» wirkten seit dem Frühjahr 1938 auch die Gestapo und die Kommandanten und Wachmannschaften der Konzentrationslager mit; denn sie brachten die inhaftierten reichen und begüterten Juden dahin, ihr Eigentum rasch und zu niedrigsten Verkaufserlösen loszuschlagen und aus «Grossdeutschland» zu fliehen. Von alledem war übrigens zunächst nicht die Rede, als im vergangenen Jahr «arisierte» Betriebe in der Bundesrepublik ihre 50-jährigen Firmenjubiläen dreist öffentlich feierten.

Kurzum: der Antisemitismus der Machthaber wurde ein Instrument der Bereicherung und der Korruption und auch in dieser Funktion zu einem Bindeglied zwischen der politischen Führung und einer wachsenden Zahl von Deutschen, die – in sehr unterschiedlichem Grade – durch die Verfolgung und Vertreibung der Juden Vorteile gewannen. Im Kriege wirkten Behörden des Reichssicherheitshauptamtes, Militärbefehlshaber und Okkupationsbehörden bei «Arisierungen» in den besetzten Gebieten mit. Wie weit diese Zusammenarbeit gehen konnte, mag die Arisierung einer in Belgien gelegenen, 500 Arbeiter zählenden, Firma verdeutlichen, die Hutfilze herstellte. Eine konkurrierende deutsche Firma war einflussreich genug, die Beute an sich zu bringen und bei der Gestapo zu erreichen, dass neun namentlich genannte Personen aus dem belgischen Eigentümerkreis 1943 von der Deportation ausgenommen wurden und die Möglichkeit zur Flucht aus dem faschistischen Machtbereich erhielten. Dies bildete indessen eine Ausnahme; denn die Masse der Verfolgten verlor Eigentum und Leben.

Die faschistische Politik verfolgte seit 1933 das Ziel, alle Juden aus Deutschland zu vertreiben. Darin sahen ihre Initiatoren über Jahre hinweg das Endziel ihrer Bestrebungen. Sie erklärten zudem, der «Nationalsozialismus» habe als erster die Gefährlichkeit des Judentums erkannt und seinem Beispiel würden und müssten die anderen europäischen Völker folgen. Unausgesetzt verbreitete die faschistische Presse Meldungen über die Tätigkeit von antisemitischen Parteien, Gruppen und Personen im europäischen Ausland und in den USA. Das diente einerseits dem Zwecke, sich selbst in Gesellschaft und als internationalen Pionier antijüdischer Aufklärung zu zeigen. Zugleich war die Betonung dieser Führerrolle auf die Gewinnung von Kollaborateuren jenseits der deutschen Grenzen aus.

Je näher das faschistische Regime dem Krieg kam, dem es buchstäblich von den ersten Stunden seiner Existenz zustrebte, umso stärker wurden Antisemitismus und Judenverfolgung zu Instrumenten geistiger und praktischer Kriegsvorbereitung. Eigene Kriegsabsicht und

eigene Kriegsziele verbergend, stellte die faschistische Führung Deutschlands seit 1935 als ein von erneuter feindlicher Einkreisung bedrohtes Land hin, das für seine Verteidigungsfähigkeit sorgen und dafür ungeheure Kräfte aufwenden müsse. Als Organisatoren dieser Einkreisungspolitik wurden die Juden (oder irgendwelche angeblichen «Judenknechte») bezeichnet.

Dieses Feindbild besass einen vielverwendbaren Charakter, da der mysteriöse Feind als Wesen von doppelter Gestalt ausgegeben wurde: als «jüdischer Bolschewismus» und «jüdischer Plutokratismus». Diese Feindbild-Funktion des Antisemitismus wurde während der Vorkriegsjahre immer mehr zur wichtigsten ideologischen Funktion des Antisemitismus.

Zugleich bedeutete die zunehmende praktische Verfolgung der Juden, die in den rabiaten Massnahmen nach dem Einmarsch in Österreich und dann in der Pogromnacht 1938 kulminierten, bereits eine Vorschule für Krieg, Eroberung und Okkupation. Eine erhebliche Minderheit der Deutschen übte vor Kriegsbeginn an den Juden ein, was sie nach dem 1. September 1939 den Polen und dann vielen weiteren Völkern Europas antat. Die Judenverfolgung wurde ein Art Training für die Barbaren der Okkupation, und in der Tat lassen sich bis zur Praxis der Anzettelung von Pogromen nach 1939 ausserhalb Deutschlands jene Methoden des Vorgehens wiederfinden, die zuvor innerhalb der Reichsgrenzen angewendet worden waren.

Zwischen 1933 und 1938 konnte das Tempo der Verwirklichung jüdenfeindlicher Massnahmen durch taktische innen- und besonders aussenpolitischer Rücksichten gebremst werden. Die Linie des Vorgehens modifizierte sich aber auch durch die den Machthabern bewussten Nachteile ihres Vorgehens nicht. Sie einfach vomTisch zu wischen, fiel den Faschistenführern umso



Jüdische Geschäfte in Deutschland 1938
Aus: Anne Frank in the World.

leichter, als sie gegenüber der Entwicklung und Bedeutung von Wissenschaft und Kunst ein durch Bananensentum bestimmtes feindliches Gründerverhältnis besaßen. Als Max Planck Hitler in einem Gespräch auf den Schaden hinwies, der aus Entlassung und Auswanderung von Physikern und Chemikern für die – wie immer verstandenen – «deutschen» Interessen erwachsen würde, erhielt er nach eigener Aussage zur Antwort, dass Deutschland dann eben einhundert Jahre ohne diese Disziplinen auskommen werde. Nicht einmal der errechnete Verlust an Wehrmachtsdivisionen, der aus der Entscheidung folgte, die deutschen Juden für wehrunwürdig zu erklären, dämpfte die Rigorosität antisemitischen Vorgehens. Die reaktionäre Idee, um ein vielzitiertes Wort Lenins doppelt abzuwandeln, wird materielle Gewalt, auch wenn sie «nur» eine einflussstarke Gruppe von Führern ergreift.

Mit dem Beginn des Krieges erhielt der faschistische Antisemitismus eine neue Dimension. Es traten objektive Veränderungen ein, und zugleich radikalisierte sich das Denken der führenden Faschisten. Objektiv schränkte der Krieg für die deutschen Juden die Möglichkeiten ihrer Flucht zunehmend ein. Aus dem Strom wurde alsbald ein Rinnsal. Schon wenige Wochen nach dem Überfall auf Polen hatte sich die Zahl der im faschistischen Machtbereich befindlichen Juden um ein Vielfaches vermehrt. Millionen gerieten im zu Deutschland geschlagenen Teil Polens und im sogenannten Generalgouvernement unter die Knute des deutschen Faschismus. Ihre neuen Herren waren rabiate Faschistenführer und Judenhasser: im Reichsgau Danzig – Westpreussen Albert Forster, der später eine lebenslängliche Haftstrafe in polnischen Gefängnissen verbüßte, der Gauleiter und Reichsstatthalter im Wartheland Arthur Greiser, der am Stadtrand von Posen, wo er jahrelang mörderisch regiert hatte, nachdem er zum Tode verurteilt worden war, öffentlich gehängt wurde, als Generalgouverneur Hans Frank, den das Internationale Militärtribunal in Nürnberg 1945/46 anklagte, zum Tode verurteilte und hängen liess. Die drei Namen stehen für eine ganze Gruppe von faschistischen Regenten, Nazibeamten und SS-Generälen und Offizieren, ihre Handlungen leiteten Auftrag und Absicht, aus dem eroberten Polen das – wie Frank sich ausdrückte – «erste» Generalgouvernement zu machen, an das sich ostwärts weitere deutsche Kolonien anschliessend sollten – ein riesiges Territorium, das sich die deutschen Imperialisten als Quelle von Rohstoffen und als unerschöpfliches Sklavenreservoir vorstellten. In diesem Gebiet sollte es nach dem Willen der Machthaber Menschen nicht deutscher Nationalität oder Volkzugehörigkeit überhaupt nur in Abhängigkeit von den kurz- oder mittelfristigen Bedürfnissen der neuen Herren geben. Ein Überfluss an nicht in das System faschistischer Neuordnung einbezogener Menschen galt als störend, mehr noch: als gefährlich, zumindest aber sie selbst als unnütze Esser. Sie sollten auf irgendeine Weise «abgeschoben» werden.

Die Praxis der Deportation begann noch 1939, als die faschistischen Okkupanten die als unbequem oder überflüssig geltenden Polen und polnischen Juden an den damaligen Rand ihres Herrschaftsbereiches zu verfrachten, ohne sich um das Schicksal der Deportierten zu kümmern. Ihnen wie weiteren slawischen (und nichtslawischen) Völkern war in einem endgültig neugeordneten Europa ohnehin kein Lebensraum zugedacht. Sie sollten, so die vagen Vorstellungen Hitlers und anderer Naziführer, irgendwo im äussersten Osten des europäischen Russlands ihr künftiges Dasein fristen und am besten unter unwirtlichen Bedingungen dort oder in Sibirien dezimiert werden und zugrundegehen. Auch dem Volk der Tschechen war diese Zukunft zugedacht; sie sollte ihm bereitet werden, wenn man es nach dem Endsieg in Mitteleuropa nicht mehr brauchen würde.

Die Juden, zunächst die deutschen, österreichischen und polnischen, wurden mithin bereits 1939 und Anfang 1940 Gegenstand eines sich in den Köpfen der faschistischen Machthaber sukzessive entwickelnden Plans. Seine Inangriffnahme führte in chaotische, menschenmordende Umstände. Das Leben der Juden war, was zuerst der Pogrom von 1938 offenbart hatte, auf einen Nichtswert gestuft, und die toten Juden, die in den eisigen Deportationszügen des Winters 1939/40 auf der Fahrt nach Osten zugrunde gingen, interessierten nur, weil die Untat ruchbar und auch in der neutralen und der «feindlichen» ausländischen Presse bekanntgemacht worden war. 1940 erfuhren die Planungen für die «Endlösung der Judenfrage» eine kurzzeitige Modifikation. Das geschah nach dem selbst für die Sieger überraschend schnell errungenen Sieg in Frankreich. Die Planer der Judenpolitik im Reichssicherheitshauptamt und im Auswärtigen Amt beschäftigten sich – eine im internationalen Antisemitismus seit Jahren bereits immer wieder erörterte Idee aufnehmend – damit, die Juden Europas nach dem Sieg über Grossbritannien auf die französische Kolonialinsel Madagaskar zu deportieren, das deutsches Herrschaftsgebiet und nicht etwa ein Territorium werden sollte, in dem die Juden nach ihren Grundsätzen und nach ihrem Willen hätten leben können. Die Insel, die als Marine- und Luftwaffenstützpunkt des deutschen Imperialismus gedacht war, von dem aus der indische Ozean militärisch beherrscht werden sollte, stellen sich diese Judenhasser als ein riesiges, von einem Polizeigeneral beherrschtes Konzentrationslager für Juden vor. So war der Madagaskar-Plan der Faschisten mithin nichts anderes als ein Projekt zur Ausbeutung und Dezimierung von Millionen europäischer Juden; denn von ihnen wurde erwartet, dass sie den Bedingungen des Lebens auf der Insel – von denen übrigens die Autoren des Plans so wenig konkrete Vorstellungen besaßen wie von anderen Weltgegenden, die sie zu erobern gedachten – nicht auf die Dauer standhalten könnten. Grossbritannien kapitulierte nicht. Der Madagaskar-Plan kam in die Aktenschranke. Die deutschen Impe-

rialisten überfielen die UdSSR. Zu diesem Zeitpunkt befanden sich Millionen von Juden des europäischen Kontinents im Machtbereich der deutschen Faschisten. Wenn sie und ihre Verbündeten und Satelliten, Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Finnland, das klerikal-faschistische Regime der Slowakei, das von Ustascha-Faschisten beherrschte Kroatien, nicht geschlagen wurden, dann war das Schicksal der Juden dieser Staaten und derer in den okkupierten Gebieten Polens, Dänemarks, Norwegens, der Benelux-Staaten, Frankreichs, Jugoslawiens, Griechenlands beschlossen. Es lautete nach den 1941 getroffenen Entschlüssen nicht länger Deportation zum Zwecke der Dezimierung, sondern Deportation zum Zwecke der ausnahmslosen Ermordung.

Die Frage, wann an der Spitze des Regimes die Entscheidung gefallen ist, an die Stelle des gleichsam indirekten Massenmords den direkten, durch Spezialeinheiten und Spezialinstitutionen zu verrichtenden Massenmord zu setzen, war und ist in der Geschichtsschreibung nicht unumstritten.

Die Dokumente, die helfen könnten, exakte Antworten zu finden, existieren nicht, und es wird wohl zu Recht angenommen, dass sie nie existiert haben. Wesentliches wurde beraten und entschieden, ohne dass darüber irgendwelche Notizen, geschweige denn Aktenvorgänge angelegt wurden. Sicher ist aber, dass die Entscheidung, mit dem Massenmord an den europäischen Juden zu beginnen, vordem 22. Juni 1941 getroffen wurde und dass die Politik, mit der nun Europa «judenfrei» gemacht werden sollte, mit den Massakern unter den Juden in den besetzten Gebieten der UdSSR eingeleitet wurde. Den dazu gebildeten und befohlenen Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und der SD wurden die entsprechenden Weisungen erteilt. Die Führer kannten sie bereits in der Phase des Aufmarsches, den Angehörigen dieser Mordkommandos wurden sie unmittelbar vor dem Einfall eröffnet. Nun hatte der Terminus «Endlösung der Judenfrage» seinen endgültigen, unwiderruflichen Inhalt erhalten: er bedeutete Ausrottung aller Juden durch ihre Ermordung mittels Infanteriewaffen und alsbald durch die Verwendung von Gas. Der Tag des Überfalls auf die UdSSR und nicht, wie hier noch einmal eingefügt werden soll, die Wannseekonferenz, ist auch der Tag des Beginns dieser Praxis der «Endlösung», die bis in die Stunde der Agonie des Regimes buchstäblich bis in die Maitage des Jahres 1945 fortgesetzt wurde.

In den faschistischen Vorstellungen eines nach ihren imperia listischen Grundsätzen geordneten Europas gab es für die Juden keinen Platz. Die vermeintlichen Todfeinde des Faschismus von blutswegen, die «Gegenrasse», sollte vernichtet werden. So verwoben sich im Entschluss wie in der Praxis des Judenmords wiederum irrationaler Judenhass mit rationalen (wenn auch nicht zu verwirklichenden) Weltherrschaftsplänen. Diese strategische Dimension der Judenverfolgung schloss auch in der Vernichtungsphase taktische Zwe-

cke nicht aus. Die Massenmörder brauchten Kollaborateure und das gemeinsam begangene Verbrechen band sie fest an die faschistischen deutschen Eroberer. Die Liquidierung der Juden in den okkupierten Gebieten, die Aneignung ihres nun «herrenlos» gewordenen Eigentums – von der international bekannten Fabrikationsstätte bis zur bescheidenen Behausung und ihres Inventars – bot ähnlich wie vorher schon in Deutschland Möglichkeiten, die verschiedensten praktischen Fragen zu lösen und sich auch gegenüber den Kollaborateuren generös zu zeigen. Häuser und Villen von Juden wurden Residenzen der neuen Herren, Wehrmachtsclubs oder dienten anderen Okkupationszwecken. Mit den geraubten Möbeln liessen sie sich luxuriös oder bequem einrichten. Nicht zu reden von den Wegen, welche Wertsachen wie Schmuck, Gemälde und Antiquitäten nahmen. War diese Hinterlassenschaft der reichen jüdischen Minderheit die begehrteste, so befasste sich ein präzise arbeitender Apparat auch noch mit der Verwertung der ärmlichen Besitztümer von Arbeitern und Kleinbürgern. Wenn das lang- und kurzfristige Kalkül der Eroberer untersucht wird, taucht als die zentralste aller Fragen die nach der Verwertung der Juden als Arbeitskräfte auf. Mitunter wird in einer gleichsam idealtypischen Denkweise gefragt, ob der Massenmord an Juden wie an anderen Okkupationsopfern nicht beweise, dass das faschistische Herrschaftssystem sich über die Grundsätze kapitalistischen Verhaltens hinaus entwickelt und verselbständigt habe. Gaben die faschistischen Politiker aber wirklich ihre Sachwalterschaft von Kapital- und Profitinteressen auf, als sie zum Massenmord an den Juden Europas übergingen? Die das behaupten, sehen davon ab, dass sich das deutsche Finanz- und Grosskapital zum Zeitpunkt, da die Einsatzgruppen auf dem Territorium der UdSSR zu wüten begannen, erobert bereits überfressen hatte. Schon vor dem 22. Juni 1941 geboten sie überein Menschen- und Arbeitskräftepotential, das weit über ihre momentanen und ferneren Verwertungsmöglichkeiten hinausging. Mit jedem Kilometer, den die faschistische Wehrmacht ostwärts vordrang, fielen wiederum Tausende, Zehn- und Hunderttausende von Zivilisten und Soldaten in ihre Hände. Eine siebenstellige Zahl von sowjetischen Kriegsgefangenen befand sich Ende 1941 in faschistischen Gefangenenlagern, in denen im eroberten Territorium oder in Deutschland im Herbst und Winter 1941 Hunderttausende von ihnen als Folge von Hunger, Krankheit, fehlender Behausung umkamen. In einem Schulaufsatz, der im Dezember 1941 an einer Volksschule in Planitz bei Zwickau geschrieben wurde, war zu lesen: Meine Oma sagt: «Die armen Hunde, sie müssen in den Lagern Gras fressen.» Diese verbrecherische Politik war nicht Resultat einer durch Kriegereignisse unerwartet entstandene, nicht beherrschbare Situation. In ihr tobte sich Menschenverachtung und die Ansicht aus, dass man diese Millionen – Hitler sprach von einer «Kaninchenfamilie» – jetzt und künftig nicht brauche.

Keine Rede war im Sommer und Herbst 1941 davon, dass die Deportation und Vernichtung der Juden etwa eine Lücke in den faschistischen Arbeitsmarkt schlug. Und sehen wir uns erst die unmittelbaren Zukunftserwartungen der Machthaber an. (Sie vermeinten, dass sie noch bis Jahresende mit der UdSSR «fertig» sein würden.) Im Oktober 1941, als die Deportation von deutschen Juden nach dem Osten begann, wobei die einen in Ghettos gepfercht wurden, andere sogleich in die Vernichtungsaktionen der Einsatzgruppen gerieten, galt an der Führungsspitze des imperialistischen Deutschen Reiches die Einnahme Moskaus nur noch als eine Frage von Tagen, allenfalls von wenigen Wochen. Das war – wenn auch nur für eine kurze Zeitspanne – eine verbreitete Stimmung. Der Nazi-Gaupropagandaleiter von Hannover schlug am 31. Oktober 1941 vor, die Meldung vom Einmarsch in Moskau so rechtzeitig bekanntzugeben, dass noch am gleichen Tage eine Siegeskundgebung stattfinden könnte, wobei er sich für 100.000 Teilnehmer verbürgte.

Und nach dem bestimmt erwarteten Sieg? Dann, so die Kalkulationen in Berlin, würde man sich den Kontinent nach den eigenen Bedürfnissen zurechtmachen, sodass er unter Umständen Stütze für eine vieljährige Auseinandersetzung mit Grossbritannien und auch den USA sein konnte. Rohstoffe, Arbeitskräfte, landwirtschaftlich nutzbare Flächen würden im Überfluss vorhanden sein. Schon wurden militärische Vorbereitungen für den Vormarsch nach Indien getroffen. Man rechnete auf den Aufstand der arabischen Völker gegen Grossbritannien, der das Vordringen durch den mittleren Orient begünstigen würde. Stünde man aber erst an den Grenzen des britischen Kronjuwels, dann würde der imperialistische Hauptrivale Grossbritannien wohl kapitulieren müssen.

Den Zurückblickenden erscheinen diese Pläne als blosse Fieberphantasien kranker politischer Hirne. Nur eben: sie waren wirkliche Denkinhalte, und sie bestimmten Entschlüsse und Handlungen der Mächtigen. In deren Zukunftserwartung bildeten die Juden – zugespitzt gesagt – eine zu vernachlässigende Grösse. Ihre Beseitigung, ein riesenhaftes, in seinen Ausmassen wie in seiner Ungeheuerlichkeit von keinem einzelnen Menschen zu erfassendes Verbrechen, war im Verständnis der Machthaber eine Aufgabe, die geradezu en passant gelöst werden könnte und würde. Und in der Tat: das nicht vorstellbare Gesamtverbrechen würde mit einem Aufwand nur eines Bruchteils der materiellen wie personellen Mittel begangen, über welche die Faschistenführer geboten.

Gewiss, diese «Endlösung» war nicht widerspruchsfrei vorzunehmen, sie konkurrierte mit anderen Aufgaben und Vorhaben des Krieges und der Neuordnung. Doch das galt für nahezu jedes faschistische Teilunternehmen. Entscheidend und für das Los der Juden verhängnisvoll war, dass die Grössenwahnsinnigen, wiewohl ihnen diese Widersprüche im Rahmen ihrer eigenen Interessen und Ziele nicht entgingen, alle ihre Vorsätze

für durchweg realisierbar hielten. Dabei spielte die Tatsache eine wichtige Rolle, dass sie extreme Voluntaristen waren und dem Grundsatz huldigten: «Wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg». Alles erschien ihnen und namentlich Hitler machbar zu sein, wenn Menschen nur entschlossen wollten und rigoros organisierten.

In diesem Stil und nicht nach einer nüchternen Nutzen-Schaden-Rechnung wurde in der faschistischen Machtzentrale auch über das Transportproblem nachgedacht. An der Spitze war es gut bekannt und Hitler selbst wusste auch, dass hier ein neuralgischer Punkt weiterer Kriegsführung lag. Im Herbst 1941 erschien ihm die Lösung der Transportprobleme geradezu als der Schlüssel zum vollständigen Sieg im Osten. Doch konnte er in Gesprächen mit ausländischen Gästen an ein und demselben Tage einem Gesprächspartner sagen, es werde gelöst werden, und dem anderen erklären, es sei bereits gelöst worden.

So also war es um die Gedankenwelt und die Zukunftserwartung der faschistischen Machthaber bestellt, als die den Massenmord Anfang Dezember 1941 auf das Territorium Polens ausweiteten und in Kulmhof begannen, Insassen des Ghettos Litzmannstadt (Lodz) durch die Abgase von Lastfahrzeugen zu Tausenden umzubringen.

Die Mörder begannen mit den nicht arbeitsfähigen Einwohnern des Ghettos und schafften durch deren Tötung wiederum Platz für die weitere Deportation von Juden aus den deutschen Grossstädten. Deren Wohnungen wurden inzwischen gebraucht, weil man sie für die als Folge des sich verschärfenden Luftkriegs obdachlos gewordenen «Arier» vorsah oder schon brauchte.

Die systematische Vernichtung der Juden seit dem Sommer 1941 schloss nicht aus, dass die Machthaber diejenigen ihrer Opfer, die sie für zeitweilig verwendbar hielten, aufs Schamlose ausbeuteten und sie auf diese Weise durch Arbeitszwang vernichteten. Dafür stehen die Bilder der Rampe vom Auschwitz. Doch hat es solche «Rampen», will sagen: Selektionen, massenhaft gegeben, und bei weitem ist die Arbeitsqual der versklavten Juden, die für die Eroberer vor ihrem Tode schuften mussten, noch nicht erforscht worden. In manchen Gegenden könnte davon gesprochen werden, dass die Okkupanten die Arbeitskraft der Juden 1942 neu entdeckten. Im Generalbezirk Lettland und namentlich in Riga begann eine erbitterte Auseinandersetzung um die Zuteilung der wenigen den Massakern entgangenen arbeitsfähigen Juden. Die faschistischen Dienststellen bezichtigten sich gegenseitig, Juden für nicht unbedingt kriegsdringliche Tätigkeiten einzusetzen, etwa zur Versorgung in Casinos und – wie es hiess – selbst bei der Pflege von Tennisplätzen. Demgegenüber wurde wieder und wieder verlangt, sie in die arbeitskräftesuchenden Torfwerke zu schaffen und dort Schwerarbeit leisten zu lassen. Das oberste Prinzip, das der Vernichtung, schloss das Prinzip der Aus-

beutung vielfach ein. Arbeitsgruppen von Juden, im ganzen waren es nur verschwindend wenige, konnten sich über die Selektionen hinwegretten – manche selbst bis zur Stunde der Befreiung durch die Alliierten.

Erst wenn die Vernichtung der Juden in ihrem unauflösbaren Zusammenhang mit den Neuordnungsplänen Europas gesehen wird, ist der reale geschichtliche Zusammenhang hergestellt, dem sie zugehörte. Diese Zuordnung zu einem Allgemeineren nimmt dem Geschehen, dem Verbrechen der Täter nicht seine Unverwechselbarkeit und Einzigartigkeit in der Geschichte der Menschheit. Ein furchtbares Schicksal bereiteten die imperialistischen Eroberer auch slawischen Völkern, den Angehörigen asiatischer Völker, den Zigeunern. Schlimmeres noch, als ihnen tatsächlich geschah, sollte ihnen allen nach dem Endsieg angetan werden. Dennoch: das 1941 beschlossene und seitdem verwirklichte Prinzip der ausnahmslosen Vernichtung der Juden galt ohne jede Einschränkung. Für einzelne Gruppen von Zigeunern, deren übergrosse Mehrheit vernichtet werden sollte und im Machtbereich der Faschisten auch tatsächlich umgebracht wurde, existierten noch Ausnahmen, weil im kranken Hirn Himmlers und seiner Spezialisten für den Rassenwahn darüber nachgedacht wurde, ob nicht wenige – anders als die Mehrheit – «gutes Blut» oder jedenfalls aufbesserungswürdiges Blut repräsentierten. Angehörige slawischer Völker wurden für die «Eindeutschung» ausgewählt oder dafür vorgesehen. Für die Juden gab es keine derartige Ausnahme. Gegen diese Feststellung spricht auch nicht, dass aus taktischen Gründen die in sogenannten Mischehen lebenden Juden zunächst von der Deportation in den Tod verschont blieben, dass es eine Reihe von «Ehrenariern» gab, und dass eine Gruppe von volksbekannten Filmschauspielern sowie deren Angehörige von den Massnahmen der Verfolgung und des Mordes ausgenommen blieben.

Lassen Sie mich, meine Damen und Herren, am Ende dieses Vortrags, noch einmal zur Geschichte dieser Universität zurückkehren. Im Oktober 1941, zu Beginn des 3. Kriegsjahres, betrat ein Mann wieder die Hörsäle und Seminarräume der Rechtswissenschaftlichen Fakultät, der als ein Mitarbeiter des Reichssicherheitshauptamtes zu einem zweiten Studium abkommandiert wurde. 1911 in Berlin geboren, hatte er 1930 die Hochschulreife erworben und sich darauf bis 1934 in seiner Geburtsstadt zum Diplom-Volkswirt ausgebildet. 1935 in die Kriminalpolizei eingetreten, war er 1940 auf einem Lehrgang für den leitenden Dienst in der Sicherheitspolizei vorbereitet und danach – wie erwähnt – zur rechtswissenschaftlichen Ausbildung abgeordnet worden, er hatte sie im späten Frühjahr 1940 unterbrochen. Da wurde er der Einsatzgruppe B der Sicherheitspolizei und des SD, die Arthur Nebe kommandierte, zugeteilt.

In dieser Einsatzgruppe übernahm er als Führer – er war inzwischen Kriminalkommissar und besass den Rang eines SS-Hauptsturmführers – ein Teilkommando. Das zog

seine Blutspur durch Bialystok, Borissow, Slonim und andere weissrussische Städte und Ortschaften. Der im Oktober 1941 hier wieder eintreffende Student kam direkt aus den Gruben, in denen sich die Juden auf ihre schon niedergemachten Leidensgenossen hatten legen müssen, um wie sie, mit Infanteriewaffen umgebracht zu werden. Walter Schönemann, so hiess der Mörder, war wiederholt als erster in die Gruben gestiegen und hatte die Massaker schiessend eröffnet. Das Landgericht Köln verurteilte ihn am 12.5.1964 wegen «gemeinschaftlicher Beihilfe zum Mord» in 2.170 Fällen – eine extrem niedrig berechnete Ziffer – zu sechs Jahren Zuchthaus, es ahndete jeden Mord mit etwa einem Hafttag.

Gewiss, jede Lehranstalt wird sich dagegen wehren, für die Taten ausnahmslos aller ihrer Absolventen verantwortlich gemacht zu werden. Zwischen dem, was hier gesagt und gehört, verbreitet und aufgenommen wird, und dem, was die Hörenden und Studierenden tun und lassen, besteht kein direkter Zusammenhang in jedem einzelnen Fall. Aber es ist schwer leugbar, dass es zwischen der Teilnahme dieser einstigen faschistischen Universität an der Propagierung des Rassenhasses und den Untaten einer erheblichen Zahl ihrer Absolventen einen inneren Zusammenhang gab, dass die mörderische Idee auch zur Gewalt der Mörder geworden ist.

(Das Manuskript basiert auf einem Vortrag, den Prof. Kurt Pätzold an der Volkshochschule Floridsdorf im Jahr 1988 gehalten hat)

Brigitte Ungar-Klein

Bei Freunden untergetaucht – U-Boot in Wien œ

U-Boote – Menschen, die sich aufgrund ihrer politischen Einstellung oder ihrer rassistischen Herkunft verstecken mussten, um der mörderischen NS-Macht zu entgehen.

Die Existenz und die Geschichte solcher U-Boote wurde über viele Jahre hindurch bei der Geschichtsaufarbeitung nur am Rande gestreift. Zuwenig bekannte Fakten und die schwierige Quellenlage sind nur zwei der vielen Gründe.

Es ist zu diesem Zeitpunkt auch noch nicht möglich, eine abschliessende, endgültige Statistik über die U-Boote in Österreich, bzw. in Wien abzugeben, da die Forschungen noch nicht beendet sind.

Nach dem letzten Stand und aufgrund der Vorarbeiten von Frau Gwen Moser lässt sich für das ganze Bundesgebiet eine Zahl von 619 angeben, wobei etwa zwei Drittel davon auf Wien fallen. (2)

Die Zahlen lassen sich aufgrund folgender Quellen berechnen:

- 1) Die Akten des KZ-Verbandes, sie sind im DÖW (Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes) eingeordnet, erfassen U-Boote als eigene Gruppe.
- 2) Im Archiv der Stadt Wien sind Bestände der Zentralen Registrierstelle für die Opfer des NS-Terrors zu finden.
- 3) Kartei des sogenannten U-Boot-Verbandes; von diesem Verband wurden Ausweise mit Lichtbild ausgegeben.
- 4) Bestände des Sozialministeriums – Abteilung Opferfürsorge – ebenfalls im DÖW aufliegend.

Die drei erstgenannten Bestände enthalten lediglich Personalangaben, die von den Behörden zum Zeitpunkt der Registrierung – meist kurz nach Kriegsende – nicht verifiziert worden sind. Im Gegensatz dazu stehen die Akten der Opferfürsorge. Die Angaben wurden peinlichst genau überprüft, mehrere Zeugnisaussagen waren nötig, um als U-Boot eine Entschädigung zu erhalten. Allerdings entschädigt die Opferfürsorge diese Gruppe erst ab den 60-er Jahren, und zwar unter dem Titel «Leben im Verborgenen unter menschenunwürdigen Bedingungen». Viele Betroffene waren zu diesem Zeitpunkt aber bereits verstorben, konnten keine adäquaten Zeugen und Beweise erbringen, oder suchten aus anderen Gründen nicht um die Anerkennung als U-Boot an, sodass diesbezügliche Anträge nicht weiter verfolgt wurden und diese Personen daher auch nicht in der Statistik erfasst werden können, sofern sich die Namen nicht in einer der anderen bereits erwähnten Karteien befinden.

Ebenso muss hier an dieser Stelle angemerkt werden, dass die Definition «U-Boot» für die einzelnen Stellen durchaus unterschiedlich sein kann. Manche Ansuchen bei der Opferfürsorge kamen erst nach langwierigen Berufungsentscheidungen zu einem Ende. So wurde kurioserweise nach den Nürnberger Rassegesetzen beurteilt – es wurde öfters nicht nach der tatsächlichen Gefahr bewertet, in der sich jemand befand, sondern nach den gesetzlichen Grundlagen der NS-Zeit.

Ein Mischling 1. Grades, der sich in den letzten Monaten vor Kriegsende versteckt gehalten hatte wurde mit der Begründung abgewiesen, er hätte keinen Grund gehabt, unterzutauchen.

Ebenso wollte man einer Frau, die als Arierin galt, aber mit ihrem jüdisch eingestuften Kleinkind als U-Boot lebte, die Notwendigkeit dieser Massnahme absprechen.

Personen, die mit falschen Papieren – also falscher Identität lebten, galten ebenfalls nicht als U-Boote.

Neben den oben angeführten Aktenbeständen gibt es noch vereinzelt knappe Hinweise in den sogenannten Tagesberichten der Gestapo. Darin werden Verhaftungen von Juden oder von Personen, die Juden geholfen haben, gemeldet. Diese Hinweise lassen darauf schliessen, dass es möglicherweise eine weitaus grössere Anzahl von Versteckten gegeben hat.

Sternträger und von der Gestapo gesuchte Juden wurden auf einer Liste der Kultusgemeinde gesammelt. Da diese Liste jedoch aus 1942 datiert, ist es möglich, ja sogar wahrscheinlich, dass einige der Gesuchten dennoch gefasst und der «Endlösung» zugeführt worden sind.

Genaue Aufzeichnungen gibt es darüber nicht, doch schliesse ich mich der Meinung von Frau Moser an, die meint, dass auf jedes überlebende U-Boot bis zu zwei gefasste und deportierte kamen (3)

Im 19. August 1953 nahm das israelische Parlament, die Knesset, das «Gesetz zum Andenken an die Märtyrer und Helden – Yad Vashem» an, damit wurde nicht nur die Errichtung einer Gedenkstätte für die jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft beschlossen, sondern auch eine Ehrung für die «Gerechten der Völker». (4)

Seit Gründung von Yad Vashem können Anträge für die Auszeichnung der Helfer gestellt werden. Im Zuge der Überprüfung der einzelnen Fälle wurden immer weitere Details aufgedeckt und erhielten die bis dahin völlig unbekanntem Lebensumstände.

Durch so ein Auszeichnungsverfahren wurde bekannt, dass die Schauspielerin Dorothea Neff ihre jüdische Freundin Lilli Wolff zunächst durch Lebensmittelmarken und Arbeitsbeschaffung unterstützte, sie jedoch



U-Boot Ausweis. Original: Brigitte Ungar-Klein

schliesslich, als es keinen anderen Ausweg mehr gab, bei sich aufnahm und bis Kriegsende versteckt hielt. (5) Bis zum heutigen Tag wurden mehr als 50 Österreicher vom Staat Israel als «Gerechte» ausgezeichnet.

Oft ist es aber auch reinste Detektivarbeit oder einfach Zufall, dass man auf ein U-Boot stösst. Bei Gesprächen im privaten Kreis erfuhr ich von Tanten, Eltern, Bekannten, die entweder als Versteckte oder als Helfer die NS-Zeit überdauerten.

Leider ist es nicht immer möglich, ein Interview mit den Betroffenen zu führen, oder es braucht langes Zureden und die Zusicherung der Anonymität.

Vielfach will man nicht an diese Schreckenszeit erinnert werden, Fragen nach der Vergangenheit sind oft mit grossen psychischen Belastungen verbunden, aber auch die Befürchtung, durch Namensnennung Schwierigkeiten zu bekommen, ist auch nach so vielen Jahren nicht von der Hand zu weisen und muss respektiert werden. Der Einwand einer von Yad Vashem Ausgezeichneten gibt Anlass zum Nachdenken.

«Ich frage mich nur eine Sache: Ist es gut, die tatsächlichen kleinen Details publik zu machen? ... Die Unzahl von Qualen, die sich Menschen für Menschen ausdenken können und unter welchen Ideologien, ist

so vielfältig. Und so wenig bleibt dem menschlich Gebliebenen, um dagegen ankämpfen zu können. Die Erfordernisse, um in irgendeiner Weise helfen zu können, sind immer listenreicher geworden. Was also ist, wenn wir alle unsere geheimen, oft aus dem Augenblick gekommenen Listen öffentlich herumerzählen, sozusagen für den Feind greifbar machen – in allen Variationen?»

Soweit einige Bemerkungen zur Ausgangslage und Quellenproblematik dieses Themas.

Von der Situation der jüdischen Bevölkerung und der Gesetzeslage wurde von meinen Vorreferenten berichtet. In den wenigen Monaten zwischen dem «Anschluss» und der «Kristallnacht» war die Mehrzahl der Juden Österreichs damit beschäftigt, ihre Ausreise zu organisieren. An ein Leben als U-Boot wurde zu diesem Zeitpunkt praktisch nicht gedacht. Nur in wenigen Fällen, wo eine Verhaftung bevorstand, oder wo bei ungeklärter Staatsangehörigkeit die Ausweisung nach dem Osten drohte, ist das Untertauchen als Möglichkeit bekannt. Vielfach sollte die Zeit bis zur legalen Auswanderung oder Flucht überbrückt werden. Nur etwa 4% blieben vom Jahre 1938 bis Kriegende verborgen. (6) Für die Dauer des Novemberpogroms gibt es nur wenige konkrete Hinweise auf U-Boote. Bruno Sokoll, langjähriger Mitarbeiter des DÖW und bereits an die 90 Jahre alt, erzählt, dass er jüdische Freunde während der «Kristallnacht» bei sich aufgenommen und ihnen schliesslich zur Flucht verholfen hat.

In dieser Phase erhielten zahlreiche Verfolgte Unterstützung von Dr. Ella Lings und Kurt Lings. Die beiden versuchten zu helfen, suchten nach Fluchtmöglichkeiten. Schliesslich wurden sie selbst verhaftet und ins KZ gebracht. Während der Novemberereignisse gewährte das Ehepaar 10 Juden Unterstand.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten erlangten auch die Nürnberger Rassegesetze für Österreich Geltung. Somit waren nicht nur Glaubensjuden akut gefährdet, auch Konvertierte und deren Angehörige mussten mit Verfolgung und Vernichtung rechnen. Gerade um diese zuletzt genannte Gruppe kümmerten sich verschiedene Stellen.

Trotz der äusserst problematischen Haltung der katholischen Kirche Juden gegenüber muss erwähnt werden, dass Kardinal Innitzer den verschiedensten Hilfsaktionen in seiner Diözese stets Unterstützung gewährte. Der mit diesen Agenden vertraute Pater Bichlmaier wurde am 10. November 1939 verhaftet und «gauverwiesen». Pater Born führte diese Aufgabe weiter, und schliesslich errichtete Kardinal Innitzer 1940 in seinem Palais die «Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken». (7)

Den Aufzeichnungen dieser Hilfsstelle zufolge, die allerdings erst 1978 bearbeitet und herausgegeben

wurden, betrug die Zahl der Nichtglaubensjuden insgesamt 7.917, die aber wiederum verschiedenen Konfessionen angehörten.

Um die Evangelischen bemühte sich die Schwedische Mission, die Quäker nahmen sich besonders der Konfessionslosen an.

Vielfach war die Unterstützung als Überbrückung gedacht, doch tauchen in den Aufzeichnungen auch Berichte über U-Boote auf, allerdings ohne Namensnennung.

So wird u.a. von einem Mann erzählt, der auf dem Lande gelebt und in einem Kloster gearbeitet hatte. Um dem Kloster wegen seiner nichtarischen Abstammung keine Unannehmlichkeiten zu bereiten, tauchte er unter. In der guten Jahreszeit lebte er in einer Gruft auf einem Friedhof, gelegentlich half er in umliegenden Gärtnereien. Im Winter musste er allerdings die Unterkunft wechseln, da man im Schnee zu leicht auf ihn hätte stossen können. Die Erzbischöfliche Hilfsstelle vermittelte die Aufnahme in ein Kloster, in dem der Mann bis Kriegende blieb.

Nicht immer kam es zu einem glücklichen Ende. Eine Frau, die mit ihrem Sohn, etwa 7 Jahre alt, von einem Transport geflüchtet war, lebte einige Zeit als U-Boot. Als sie trotz Abratens durch die Hilfsstelle die Flucht ins Ausland versuchte, wurde sie aufgegriffen und kam mit ihrem Kind in einen Transport.

Die Frage, welche Gründe für die Entscheidung, in den Untergrund zu gehen, ausschlaggebend waren, ist nicht einfach zu beantworten.

Viele hatten die Situation völlig falsch bewertet, oder keine Möglichkeit, die Auswanderung zu finanzieren. Als die Grenzen im November 1941 für jüdische Auswanderung gesperrt wurden, hatten die sogenannten «Umsiedlungen nach dem Osten» bereits begonnen.

In einer völlig aussichtslosen Situation, angesichts der immer häufiger werdenden Sammeltransporte, trafen manche völlig spontan, intuitiv, ohne irgendwelche Pläne die oft folgenschwere Entscheidung, irrten dann oft tagelang ohne Bleibe herum, bis sie endlich Kontakte zu Freunden herstellen konnten. Etliche wurden jedoch gerade in dieser Phase verhaftet.

Nach den Schilderungen einer Frau stand der Entschluss unterzutauchen in dem Augenblick fest, als sie sah, wie Menschen von der SS mit Peitschen auf Lastwagen getrieben wurden.

«... Sie haben mehrere Häuser ausgehoben, es war ganz furchtbar. Ich habe mir den «Gelben Stern» sofort vom Kleid gerissen – denn der musste ja fest angenäht sein – und habe zur Wohnung geschaut. Ich ging nicht mehr in das Haus, denn ich sah schon, dass man auch dieses nicht verschonte. Es mag vielleicht unglaublich klingen, aber ich ging die ganze Nacht wie eine Verlorene durch die Strassen, wenn ich Schritte hörte, drückte ich mich in eine Nische oder ein Haustor.» (8)



Heinrich Ehlers; U-Boot in Wien. Foto DÖW

Dorothea Neff schildert die entscheidenden Augenblicke SO:

«Wir bereiteten alles vor – für die bevorstehende Deportation – in einem seltsamen, ohnmächtigen Fatalismus. Wir achteten, dass das Gepäck in der Hauptsache aus medizinischen, haltbaren und wärmenden Gegenständen bestand. Es ging in einen nasskalten November hinein. An einem trüben Abend knieten wir uns beide auf den Fussboden meines Zimmers, um diese Gegenstände abzuwiegen und in einen Rucksack zu verpacken Während wir am Boden hantierten, sah ich von der Seite das graue, müde Profil dieser Frau, die sich stumm über den Rucksack beugt. Das rechtlose Ausgeliefertsein dieses Menschen an eine brutale Macht griff mir in diesem Augenblick überwältigend ans Herz. Plötzlich hörte ich eine Stimme 'Du darfst das nicht zulassen, ' sagte es irgendwoher. ...Ich griff nach der Hand von Lilli. 'Schlussdamit, räum das Zeug weg, das ist alles unsinnig, du gehst heute Abend nicht dorthin zurück, du bleibst bei mir, jetzt und weiterhin'. Unbeschreiblich und unvergesslich der Ausdruck des Gesichtes, das sich mir voll zu wandte. Die fassungslos aufgerissenen Augen, der sprachlose Mund, unter Tränen ein verunglücktes Lächeln». (9)

In manchen Familien entschloss man sich schweren Herzens zu einem regelrechten Glückspoker. Die Frage, wo man die grössere Überlebenschance haben würde, konnte ja von vornherein nicht beantwortet

werden. Auf der einen Seite stand die sogenannte «Umsiedlung nach dem Osten», auf der anderen Seite ein mehr als bedenkliches Leben im Untergrund, bei dem man noch zusätzliche Personen in Gefahr brachte. Als Beispiel sei hier das Schicksal einer Familie erwähnt, wo sich ein befreundeter Arzt bereit erklärt hatte, beide Söhne bei sich aufzunehmen. Angesichtes der Ratlosigkeit entschied man so, dass ein Sohn bei den Eltern, ein Sohn aber in Wien bei dem Freund der Familie bleiben sollte, der schliesslich auch als einziger überleben sollte.

Dort, wo Personen sich in irgendeiner Form auf das Leben als U-Boot vorbereitet hatten, stand zumeist der Gedanke im Vordergrund, dass es sich ohnehin nur um eine kurze Zeit handeln könnte, das Ende der Schreckensherrschaft schien bald zu kommen. Voll Zuversicht und Vertrauen begannen manche dieses Abenteuer. In den meisten Fällen dauerte das U-Boot-Dasein dann allerdings 2½ bis 3 Jahre, also viel länger, als jemand angenommen hätte. Wie konnte man sich also auf etwas derart Ungewisses vorbereiten? Niemand – weder die Verfolgten noch die Helfer – konnte eine Ahnung oder Vorstellung haben, wie das Überleben möglich sein würde. Auf jeden Fall waren positive Einstellung, ungeheurer Überlebenswille – aber natürlich auch einfach Glück – mit ausschlaggebend.

In den meisten Fällen wurde Einzelpersonen Unterkunft gewährt, wobei oftmals eine persönliche Bindung zu den Helfern bereits vorher vorhanden war. Familienmitglieder wurden von «geschützten» Verwandten untergebracht, die jüdische Braut oder der jüdische Bräutigam wurde vom «arischen» Teil versteckt und gegen alle Gefahren verteidigt. Wo diese familiäre Bindung vorhanden war, konnte man die in den meisten Fällen schwierige finanzielle Situation eher ausser Acht lassen. Für die Verschwiegenheit oder die Hilfe Fremder musste jedoch oft bezahlt werden. Wieviele in ihrer Ausweglosigkeit an Unredliche geraten sind, ist nicht belegt und kann auch hier nicht näher erörtert werden.

Herausgestellt werden muss aber die unentgeltliche Unterstützung von Frau Lucia Pollreis. Sie hat völlig uneigennützig das Ehepaar Max und Johanna Arnold sowie die Schwester des Herrn Arnold, Frau Leopoldine Stern von 1941-1945 verborgen und versorgt. Sowie in dem oben erwähnten Fall gelang es vereinzelt, mehrere Personen, oft bis zu fünf oder sechs auf einmal, zu verstecken. Eine Familie überlebte in einem Keller im 5. Bezirk. Die drei Kinder kamen in den Jahren 1938 – 1944 zur Welt. Waren zunächst nur der Mann und seine Mutter verborgen, mussten später – ab etwa 1942 auch die Frau und die Kleinkinder als U-Boote leben.

Ob man nun als Einzelperson oder im Familienverband sein Dasein fristete, ob man von Freunden oder Fremden versteckt wurde, Parallelen der Schwierigkeiten sind erkennbar.

An erster Stelle muss hier die Suche nach der Unterkunft vermerkt werden. Mit nur einer Unterkunft kamen die wenigsten aus. Zwei bis drei verschiedene Adressen waren oft notwendig. Gerade diese Problematik zieht aber gleich eine weitere Gefahr mit sich: An jeder Adresse musste es Eingeweihte geben, je mehr Informierte vorhanden waren, umso gefährlicher wurde es, sich und andere zu verraten.

Mussten die Versteckte gewechselt werden, bestand das Risiko, auf der Strasse von jemandem erkannt zu werden, oder bei einer Ausweiskontrolle gefasst zu werden. In den meisten Fällen besaßen U-Boote eine Art Pseudoausweis: Büchereiausweise, Strassenbahnkarten und ähnliches. Für eine genauere Kontrolle in jedem Fall ungenügend. Je öfter man gezwungen war, die Strasse zu betreten, desto risikoreicher wurde es. Dabei waren auch das Aussehen und die Sprache ausschlaggebend. Mit einem sogenannten «typisch jüdischen Aussehen» konnte man es sich keinesfalls erlauben, das Versteck zu verlassen.

Wer auf eigene Kosten eine Wohnung oderein Zimmer mieten wollte, war schon auf einen guten Fall angewiesen. Die polizeilichen Meldungen mussten Angaben zur rassischen Herkunft enthalten, Juden bekamen nicht ohne Weiteres ein Zimmer.

Ein Ehepaar, das sein Untertauchen organisiert hatte, gelangte durch Unverfrorenheit und Ideenreichtum zu zwei verschiedenen Unterkünften. Folgende Geschichte wurde erfunden: Sie waren ein Liebespaar, der Mann sei in Neunkirchen verheiratet, nur hier in Wien könnten sie zusammenkommen. Niemand sollte daher über ihre Bleibe Bescheid wissen. Auf diese Weise wohnte das Paar die halbe Woche in der Kärntner Strasse, die halbe Woche in der Josefstädterstrasse. Die Vermieter unterliessen die polizeiliche Meldung, was an sich strafbar war. Natürlich musste dafür Geld bezahlt werden, aber aufgrund der erfundenen Liebesgeschichte unterblieben weitere Fragen nach der rassischen Herkunft. Neben den Ersparnissen, die zur Verfügung standen, um den Unterhalt zu ermöglichen, ging das Paar auch verschiedenen Arbeiten nach. Einige eingeweihte Personen halfen den beiden so gut sie es vermochten.

Ein besonderes bedeutendes Problem für alle Beteiligten war die Ernährung. War die Lebensmittelbeschaffung für Juden schon lange vor dem Untertauchen durch die verkürzten Rationen fast unmöglich, so war es ohne Lebensmittelkarte praktisch aussichtslos, eine grössere Menge zu erhalten. Die durch den Krieg allgemein zunehmende Lebensmittelverknappung verschlimmerte die Versorgungsmöglichkeit von zusätzlichen Personen im Haushalt. Die ohnehin schon kleinen Rationen wurden geteilt, oder es wurden Versuche unternommen, durch den Verkauf von Wertgegenständen auf dem Schwarzmarkt zu etwas Essbarem zu kommen. Wer Bekannte auf dem Land hatte, konnte sich hier mitunter die Situation erleichtern.

In Gasthäusern wurde damals um sehr wenig Geld und

ohne Bezugsmarken der sogenannte «Tagesteller» angeboten. Der bereits einmal erwähnte Wiener Arzt ging daher mit seinem Pflegesohn öfters in verschiedene Gasthäuser, um den Hunger zu stillen. Dorothea Neff erzählt, dass sie beim Schleichhandel von ihrer Popularität profitiert hat. *«Die Gemüsehändlerin legte zum Kohlkopf gelegentlich ein Stück Butter oder ein paar Eier dazu. Geschenke waren das nicht. Aber man war froh, dass man überhaupt was bekam. Gezahlt wurde diskret hinter dem Ladentisch. Die Greisslerin in der Annagasse packte manchmal eine Schinkensemmel oder einen Striezel dazu.»* (10)

Bei den Gesprächen mit den Betroffenen kam immer wieder zum Ausdruck, dass sie neben der Furcht vor dem Entdecktwerden, unheimliche Angst vor einer Erkrankung hatten. Dieser Aspekt wird fast immer genannt. In vielen Fällen wäre ärztliche Hilfe nötig gewesen, bleibende Schäden waren in der Folge unausweichlich.

In eine äusserst kritische Situation geriet ein Ehepaar, in «privilegierter Mischehe» lebend, das zwei jüdische Verwandte bei sich aufgenommen hatte. Ein Schützling verstarb nach monatelanger schwerer Krankheit. Das Problem, den Leichnam unauffällig aus der Wohnung zu schaffen, konnte schliesslich mit Unterstützung einiger Mitwisser gelöst werden.

Aus der Biographie Dorothea Neffs weiss man, dass auch ihre Freundin, Lilli Wolff, schwer erkrankte. Eine Geschwulst an der Brust machte das Aufsuchen eines Arztes unabdingbar. Wieder half die Popularität der Schauspielerin. Der Hinweis, dass es sich bei der Kranken um eine ausgebombte Freundin aus Köln handelt, genügte. Als Namen hatte sie Antonie Schmid angegeben. Antonie war der zweite Vorname der Schauspielerin, Schmid der Name des verstorbenen Mannes. Da der Arzt zu einer Operation riet, musste das Allgemeine Krankenhaus aufgesucht werden. Auch dort hatte man mehr Interesse für die gebotenen Freikarten als für die Patientin. Jedoch *«... dann kam ein Augenblick, der mit eine beklemmende Erkenntnis brachte. Ich stand am Bett von Lilli Wolff und las auf einer schwarzen Tafel über ihrem Kopfende meinen Namen. Plötzlich wurde mit das Risiko bewusst, das mit dieser falschen Angabe verbunden war. Lilli battepemitiöse Anämie ...sie war schwach und stand vor einem Eingriff. Ausgang und Resultat ungewiss. Was geschieht, wenn ...? Ich schloss die Augen vor der Tafel und vor dem Gespenst, das dahinter lauerte.....»* (11)

Angesichts solcher Schilderungen ist die Furcht vor den immer häufiger werdenden Luftangriffen fast alltäglich zu nennen. Nur wenige U-Boote wagten es, in die Luftschutzkeller zu gehen, da man dort mitunter auf einer Liste registriert wurde und damit nicht selbst in Gefahr kam, sondern natürlich auch die Helfer in Bedrängnis bringen konnte.

Die meisten blieben daher in ihren Unterkünften und mussten so die Bombenangriffe schutzlos abwarten. Durch die grossen Zerstörungen wurden zahlreiche Familien gezwungen, ihre Wohnungen, vor allem wenn diese grösser waren, mit Ausgebombten zu teilen. Gegen die Einquartierungen konnte man praktisch nichts unternehmen, sie bedeuteten aber für die U-Boote eine weitere Gefahrenquelle. Dorothea Neff hatte zwei weitere Freundinnen aus Deutschland – diese aber offiziell – bei sich aufgenommen und wurde diesbezüglich nicht mehr angesprochen. Die Familie, in der es den Todesfall gab, teilte die Wohnung, es war möglich, einen Teil durch einen gesonderten Eingang zu betreten, sodass es auch hier zu keinen Problemen in dieser Richtung gekommen ist.

Die Unterbringung war durchaus unterschiedlich und von der individuellen Situation abhängig.

Auf der einen Seite gab es U-Boote, die auf kleinstem Raum – etwa in Abstellkammerln oder fensterlosen Kleinräumen hausen mussten. Andere wiederum hatten zwar genügend Platz, mussten jedoch völlig abgedunkelt und lautlos verharren. Licht, Geh- oder Wassergeräusche aus einer Wohnung, die man leer vermutete, hätten die Aufmerksamkeit erregen können.

Es gab U-Boote, die sich die ganze Zeit versteckt hielten, andere wieder gingen spazieren, von Zeit zu Zeit sogar in ein Kaffeehaus.

Die hygienischen Bedingungen waren naturgemäss ebenfalls oft nur schwer lösbar.

Da die illegalen Mitbewohner von anderen Hausparteien nicht bemerkt werden durften, war es für U-Boote unmöglich, unkontrolliert Wasserleitungen oder Wasserspülungen zu benützen; besonders problematisch war die Situation, wenn sich die Toilette ausschliesslich auf dem Gange befand.

Die Jahre des Verborgenseins, der Ungewissheit und Unsicherheit erlebten die einzelnen Personen durchaus verschieden. Gefühlsmässige Bindungen und psychische Situation, familiäre Beziehungen vor 1938 waren hier mitunter für die Verarbeitung dieser Zeit ausschlaggebend.

Während ein 1925 Geborener zum Teil von einer ziemlich unbeschwerten Zeit erzählt, berichtet eine 1932 geborene Schriftstellerin, die von 1942 an mit ihrer Mutter versteckt war: *«Stellen Sie sich vor, ein Kind, das im Freien herumlaufen möchte, um mit Spielkameraden zusammenzukommen, soll man das nicht bedrückendfinden, wenn man in einem zum Teil dunklen Zimmer ruhig sein muss, womöglich im Bett liegen... muss? Soll man das nicht als bedrückend empfinden? Es ist ein Wahnsinn – ist es schon für einen Erwachsenen schlimm, in einer Art Gefängnis zu sein. Um wieviel schlimmer ist es erst, wenn ein Kind, das ja auch ein Bewegungsbedürfnis hat, ein Kommunikationsbedürfnis, – es ist die Hölle, es ist entsetzlich.»*

Trotz vieler Gemeinsamkeiten und immer wieder auf-tretender Aspekte, stellt doch jedes U-Boot-Schicksal für sich eine individuelle Problematik dar. Das Zusammenwirken der Betroffenen, die zahllosen ad hoc-Entscheidungen, die ganz spezielle Alltagssituation mussten gelöst werden. Jeder tat dies nach seinen Möglichkeiten, Erfahrungen, Intuitionen.

Abschliessend soll hier noch auf die «Gerechten» eingegangen werden. Die Gründe oder die Entscheidung, die ausschlaggebend waren, zu helfen, sind vielfältig, doch steht in den überwiegenden Fällen reine Menschlichkeit im Vordergrund. Es fällt bei den Untersuchungen auf, dass die Helfer aus zumeist kleinbürgerlichem Milieu kommen; eine Überlebende bezeichnet ihre Wohltäter als aus dem «unbemittelten Mittelstand» kommend. Zumeist handelte es sich um kleine Angestellte, Arbeiter, Kleingewerbetreibende, die sich ein Herz nahmen und in dieser Zeit der Unmenschlichkeit etwas Licht in das Leben einiger Mitmenschen brachten.

Die Gefahren, die man dabei auf sich nahm, waren allgemein bekannt. In vielen offiziellen Erlässen und Aufrufen wurde bekanntgemacht, dass jeder, der Hilfeleistung für Juden leistete, mit strengsten Strafen zu rechnen hätte.

In einem Schutzhaftbefehl heisst es: «*Sie – die in Haft Genommene – gefährdet nach dem Ergebnis der staatspolizeilichen Feststellungen durch ihr Verhalten den Bestand und die Sicherheit des Volkes und Staates, indem sie dadurch, dass sie Juden unberechtigt Unterkunftgewährt, sodass sich diese der Evakuierung entziehenkonnten, behördliche Anordnungen sabotiert.*»

Die Verhaftete verblieb etwa 1 Monat auf der Elisabethpromenade, von wo sie über Krems schliesslich nach Ravensbrück geschickt wurde.

Ähnlich erging es einer Frau, die ihren Freund und dessen Bruder verborgen hielt, bis sie schliesslich durch Verrat aufflog. Während die beiden Männer die Deportation nicht überlebten, kehrte die Frau nach einer bitteren Zeit im KZ nach der Befreiung nach Wien zurück. Ein Mann, der selbst nur mit Hilfe eines gefälschten Geburtsscheins und der Taufe im Jahre 1942 den ärgsten Verfolgungen entkommen konnte, half einer Frau, die nach den geltenden Rassegesetzen als Volljüdin eingestuft worden war. Durch verschiedene Umstände kam es im März 1945 zur Verhaftung des Mannes. Im Polizeiwachzimmer in der Kopernikusgasse wurde er von einem Beamten mit einer Schliesskette misshandelt, als er auf die Frage: 'Wo ist die Jüdin,» stets verneinende Antworten gab. Nach der Überstellung auf den Morzinplatz hörten die Misshandlungen nicht auf. Im Gegenteil: Schläge auf das Gesäss zerrissen die Hose und durchtränkten den Stoff mit Blut. Ein Gestapo-beamter erklärte ihm, nachdem er das Protokoll unterzeichnet hatte, dass er wegen Feindbegünstigung ange-

zeigt werden würde und sicher mit dem Tod zu rechnen hätte. Das Kriegsende rettete diesem Mann das Leben.

Die Ehefrau des inzwischen Verstorbenen bewahrt die zerrissene und blutdurchtränkte Hose heute noch auf, um ihren Enkelkindern die ganze Brutalität und Scheusslichkeit dieser Zeit vor Augen zu halten, ihnen aber auch zu zeigen, dass es Menschen gegeben hat, die sich trotzdem ihre Menschenwürde bewahrt und geholfen haben – selbst unter Einsatz ihres Lebens.

In diesem Referat konnten die einzelnen Probleme nur aufgezeigt und exemplarisch behandelt werden. Ebenso wenig konnte auf die nicht unbedeutliche Gruppe von Personen eingegangen werden, die mit falschen Papieren – verschiedenster Provenienz – lebte. Da diese Menschen im Melderegister zu finden, meistens einer geregelten Arbeit nachgegangen sind, scheinen sie bei der Krankenversicherung auf. Für die entsprechenden Stellen sind aber keine Voraussetzungen für ein U-Boot-Leben gegeben.

Das Risiko bestand in der Aufdeckung der Fälschungen. War dies der Fall, war der vorgezeichnete Weg in ein KZ klar.

Anmerkungen

1) Das vorliegende Referat ist eine Zusammenfassung bisheriger Vorarbeiten der Verfasserin für eine Dissertation im Institut für Zeitgeschichte, Universität Wien.

Zahlreiche persönliche Schilderungen wurden Gesprächen mit Betroffenen, die namentlich nicht angeführt werden, entnommen.

2) C. Gwyn Moser: Jewish U-Boote in Austria 1938-1945. In: Simon Wiesenthal, Center Annual, Volume 2, 1985, S. 54.

3) C. Gwyn Moser: a.a.O., S. 60f.

4) Anton Maria Keim (Hg.): Yad Vashem. Die Judenretter aus Deutschland. Grünewald, Kaiser, 2. Auflage 1984, S. 8.

5) Peter Kunze: Dorothea Neff. Mut zum Leben. Orac 1983, S. 89ff.

6) C. Gwyn Moser: a.a.O., S. 59.

7) Siehe dazu: G. Metzler: Heimführen werd ich Euch von überall her. Herder und P.L. Groppe. S.J. (Hg.): Die Erzbischöfliche Hilfsstelle für nichtarische Katholiken in Wien v. P.L. Born, Wien 1978

8) Erika Weinzierl: Zu wenig Gerechte. Österreicher und Judenverfolgung. 1938-1945 – Styria, 2. Auflage 1985, S. 214.

9) Peter Kunze: a.a.O., S. 93f.

10) Peter Kunze: a.a.O., S. 100.

11) Peter Kunze: a.a.O., S. 102f.

Willy Stern

Israelitische Kultusgemeinde – Ältestenrat der Juden in Wien 1939 – 1945

Um über eine Aera einer Institution berichten zu können, beziehungsweise Abläufe verstehen zu lernen, ist die Kenntnis einer kurzen Entwicklungsgeschichte dieser Einrichtung unumgänglich notwendig.

Nach Gründung einiger Bethäuser in Wien im Anfang des 19. Jahrhunderts, erfolgte die Gründung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien mit der Abfassung der provisorischen Statuten im Jahre 1852, allerdings hatte vorher, am 3.4.49, Kaiser Franz Josef I. von der «Israelitischen Gemeinde von Wien» gesprochen. 1867 erfolgte die Verankerung der Glaubensfreiheit im Staatsgrundgesetz, im selben Jahr lagen die definitiven Statuten vor und wurden mit dem Israelitengesetz 1890 bestätigt. Mit der Errichtung des Ständestaates 1934 wurden alle sozialistischen Institutionen im Rahmen der Israelitischen Kultusgemeinde verboten, aufgelöst bzw. in zionistische übergeführt.

Nach dem Anschluss wurde die IKG am 18.3.38 zunächst aufgelöst, aber nach einigen Wochen am 2. Mai 1938 wieder eingesetzt. Dies alles über Antrag des berüchtigten damaligen SS-Untersturmführers Eichmann, der in ihr die Möglichkeit sah, seine Vorstellungen über die Auswanderung der Juden zu verwirklichen.

In dem beschriebenen Interregnum erfolgte aber weiterhin die Betreuung der von der IKG Befürsorgten in einem kleinen Lokal am Salzgries, sozusagen in einer fliegenden Fürsorgezentrale, auch im «Rothschildspital» am Währinger Gürtel fanden Fürsorgeaktionen statt. Die verschiedenen Heime wurden ebenso versorgt und Ausspeisungen errichtet und betrieben, trotz der besonders schwierigen Verhältnisse – so wurden mehrfach Kessel mit dem Essen von SA-Horden ausgeschüttet, die Hungernden vertrieben etc.. Am 28. Mai 1938 wurde Dr. Löwenherz mit der Leitung der IKG betraut und mit ihm ein Beirat von acht Mitgliedern, von denen eines, Dr. Leo Landau, Fürsorgereferent, der Vater eines Schulkollegen war, der mir dann den Eintritt als Laufbursch in das Hausgehilfenreferat der IKG

ermöglichte. Als aufgrund eines Reichsgesetzes die deutschen Kultusgemeinden den Status einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft verlieren, setzen sich Bürkel und Borman für die Aufrechterhaltung dieses Status für Wien ein, da sonst – durch die Besteuerung der Einkünfte – Geldmittel für die Auswanderung verloren gehen könnten!

Ende Juli 1938 wurde die Zentralstelle für jüdische Auswanderung im Rothschild-Palais in der Prinz Eugen-Strasse errichtet.

Wie schon erwähnt, erfolgte die Wiedereinsetzung der



Verhaftete Juden im Landesgericht Wien. Im Vordergrund: Desider Friedmann, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde. Foto: DÖW

IKG in erster Linie zu dem Zwecke, die Auswanderung der österreichischen bzw. Wiener Juden zu beschleunigen. Die Beratung der Emigranten erfolgte für Palästina im Palästinaamt, für alle übrigen Länder in der IKG. Im Jänner 1939 wird im 34. Wochenbericht der IKG die Zahl von rund 43.000 Hauptanmeldern mit rund 74.000 Familienmitgliedern angegeben.

Für die Auswanderungswilligen ist nun die IKG bemüht, in Umschulungskursen die Vorbereitung zur Eingliederung in der neuen Heimat zu treffen, dies führt zur Einrichtung von 1.600 Kursen in den verschiedensten Sparten, die von etwa 25.000 Menschen frequentiert werden, dies bis Juni 1939. Neben diesen neuen Aufgaben für die IKG erfolgte selbstverständlich weiterhin die Betreuung des Spitals, der Alters-, Kin-

der- und Jugendheime, sowie der Ausspeisungen. Dies alles natürlich in steigendem Masse, da ja die Verarmung, Bresthaftigkeit und Krankheitsanfälligkeit durch die immer trister werdenden Verhältnisse zunimmt.

Für all diese Institutionen müssen die nötigen Subsidien beschafft werden, wobei alle Anforderungen von Lebensmitteln, Kleidungs- und Wäschebedarf der Genehmigung des Judenreferates der Gestapo bedurften.

Dazu kam noch die Betreuung des Friedhofes, wobei die Anzahl der Beerdigungen fallweise durch Selbstmordserien stark anstieg, ebenso war das Friedhofamt damit betraut, die Auflassung des Währinger Friedhofes durchzuführen, wobei rituelle Beisetzungen der Exhumierten am 4. Tor des Wiener Zentralfriedhofes vorgenommen werden mussten.

Nebstbei wurden auf den brachliegenden Anteilen des 4. Tores Grabeländer angelegt, deren Ertrag an Kartoffeln und Gemüse den Anstalten der IKG zugute kamen. Ab 3.2.1939 erscheint eine Wiener Ausgabe des «Jüdischen Nachrichtenblattes» zweimal wöchentlich, das die Aufgabe hatte, Benachrichtigungen und Verordnungen, sowie Aufrufe der Lebensmittelkarten zu veröffentlichen.

Vom 10.-20. September 1939 erfolgte über Auftrag der Behörde die Anlegung eines Verzeichnisses der in Wien lebenden Juden mit Angabe von Personaldata, Berufsausbildung, Familienstand, Adresse etc. Die IKG wurde angewiesen mitzuteilen, dass eine weitere Betreuung in Auswanderungssachen, Fürsorge und allen sonstigen Belangen nur aufgrund dieses Verzeichnisses möglich sein wird.

Durch das intern sogenannte «Judenumsiedlungsgesetz» vom 30.4.1939 werden ca. 13-600 arische Hausbesitzer aufgefordert, jüdische Mieter zu kündigen. Die Umsiedlung soll in Häuser des IL, IX. und XX. Bezirkes erfolgen. Es wurde somit ein «Halbghetto» gebildet, das aus Judenhäusern besteht. Dies erleichtert später die Erfassung der Wiener Juden für die Deportation. Bemerkenswert erscheint dabei der Umstand, dass die Wohnungsumsiedlungen in Berlin erst im Jahre 1941 durchgeführt werden, ein Hinweis auf den Übereifer der Verantwortlichen im Reichsgau Wien der Ostmark! Damit wuchsen auch die Aufgaben der IKG, die sich nun auch mit der Unterbringung der obdachlosen gekündigten Mieter befassen muss.

Am 13. Oktober 1939 erhielt Dr. Löwenherz den Auftrag, 1.000 bis 2.000 Personen (Auswanderer und arbeitsfähige Männer) aus dem gesperrten Palästina- bzw. Bolivientransport zu stellen, die in Nisko bei Lublin ein Barackenlager für weitere geplante Transporte vorbereiten sollten.

Der erste Transport wurde am 20.10.1939, ein zweiter am 26.10. abgefertigt. Von diesen etwa 1.500 Personen wurden nur 198 Mann zu Arbeiten eingesetzt, der Rest mit Schreckschüssen über die russische Grenze gejagt. Dies aber wurde in Wien erst viel später bekannt, sodass einige Angestellte der IKG, darunter auch ich, beab-

sichtigten, mit dem nächsten Transport freiwillig mitzufahren, um, wie wir dachten, in neuen Ghetto eine günstige Ausgangsposition zu erreichen. Zum Glück wurde dieser Transport nicht mehr abgefertigt, wegen Widerstandes des damaligen russischen Partners.

Erst durch die 198 Wiener Juden, die im April 1940 zurückkehren durften, haben wir davon erfahren.

Mit Hilfe des JOINT konnten in der Zeit vom Mai 1938 bis Dezember 1940 rund 123.500 Menschen auswandern, trotz der Schwierigkeiten, die durch die Zentralstelle für jüdische Auswanderung gemacht wurden, wobei diese allerdings gleichzeitig die forcierte Auswanderung forderte! Es musste z.B. zuerst ein Sichtvermerk der Zentralstelle erbracht werden, wozu die Vorlage eines Einreisevisums gefordert wurde, andererseits wurde dieses Visum erst nach Vorlage eines Auswanderungs-Sichtvermerkes erteilt. Ab 17.11.1940 sollte auch ein Verbot für Auslandstelegramme oder – telephonate in Kraft treten, erst über Intervention von Dr. Löwenherz, der dadurch die Ausstellung von Schiffspassagen gefährdet sah, wurden Telegramme vorerst wieder gestattet, wobei nur Telegramme zugelassen waren, die Schiffsreisebuchungen betrafen. Dies von der IKG gesammelt und der ZSt. zur Zensur vorgelegt. Seit 1940 wird die Kultusgemeinde auch durch fortlaufende Personalkündigungen in ihrer Funktion geschwächt, was natürlich eine wesentliche Mehrbelastung der verbliebenen Angestellten mit sich brachte. So mussten die Beamten eine Erklärung unterzeichnen, die etwa so lautete: «Ich nehme weiters zur Kenntnis, dass ich in Erfüllung meiner dienstlichen Obliegenheiten erforderlichenfalls auch ausserhalb der Amtsstunden verpflichtet bin, ohne hierfür eine besondere Vergütung beanspruchen zu können.»

Am 12.6.1940 werden laut Weisung Eichmanns rund 1/5 der Angestellten entlassen, im November 1940 sollen weitere 100 Beamte entlassen werden. Diese entlassenen Angestellten werden sofort zu Arbeitseinsätzen, z.B. nach Traunkirchen, eingezogen.

Am 1. Feber 1941 erteilt Ebner, Leiter des Judenreferates der Gestapo in Anwesenheit des SS-Oberstuf Alois Brunner folgende, von mir weitestgehend gekürzte Aufträge:

1.) Es ist geplant, einen Teil der in Wien lebenden Juden in das General-Gouvernement umzusiedeln. Die Israelitische Kultusgemeinde soll aus dieser Aktion herausgehalten werden. Sie wird lediglich die ihr erteilten Weisungen durchführen. Weiterhin Bekanntgabe des Sammelagers Castellezgasse. Die zur Umsiedlung bestimmten Juden haben ein genaues Vermögensverzeichnis anzulegen, die Wohnungsschlüssel mit Pappschildern zu beschriften. Bis Mai 1941 sollen 10.000 Juden umgesiedelt sein. Die Kultusgemeinde wird 3-4 Tage vor Abgang eines Transportes die Listen der zum Abtransport Bestimmten bekommen, um diese zu verständigen. Die Kultusgemeinde hat ein Verzeichnis der von ihr unterstützten Juden anzulegen und dieses

nach Familien geordnet der Zentralstelle vorzulegen. Die Diskrepanz in den Aufgaben von Auswanderung und Deportation zur gleichen Zeit lähmt die Aktivität der IKG völlig und verwandelt sie in ein machtloses Werkzeug der Behörde.

In der Zeit zwischen 15.2. und 12.3.1941 werden etwa 5.000 Menschen in die Orte Opole, Kielce, Modliboryce und Lagow-Opatow verschleppt. Um diese Zeit werden auch die Umschulungskurse eingestellt.

Von Dezember 1940 bis November 1941 konnten nur mehr ungefähr 5.000 Juden emigrieren.

Mit Polizeiverordnung vom 1.9.1941 werden Juden zum Tragen von Judensternen verpflichtet. Um die Versorgung der jüdischen Bevölkerung mit mehrfachen Sternen zu gewährleisten, fertigt die IKG in Tag- und Nacharbeit 176.000 Sterne an, die um 8 Rpf pro Stück verkauft werden. Die Kennzeichen mussten fest aufgenäht und stets sichtbar getragen werden. (Polizeiverordnung vom 10.10.1941)

Zur gleichen Zeit tritt auch das Verbot zur Benützung der Strassenbahn in Kraft. Gegebenenfalls ausgestellte Erlaubnisscheine zur einmaligen Benützung sind gemeinsam mit einem Lichtbildausweis beim Lösen der Fahrkarte bei Antritt der Fahrt sowie bei Fahrtkontrollen unaufgefordert vorzuweisen. Bei starkem Andrang dürfen Juden nicht zusteigen.

Ab 23.10.1941 besteht ein absolutes Auswanderungsverbot (Gestapo-Chef Müller), entsprechend wird von Brunner ab 10.11.1941 die normale Auswanderung mit ganz wenigen Ausnahmen eingestellt.

Vom 15.10.1941 bis 2.11.1941 werden 5 Transporte nach Litzmannstadt geführt mit insgesamt 5.000 Menschen. Die IKG hat erkannt, dass sie diese Transporte zwar nicht verhindern, jedoch das Los der Betroffenen lindern könne.

Die Bestimmung, wer «umgesiedelt» wird, wurde von der SS getroffen, wenn nun ein SS-Mann einem Unglücklichen das Schicksal seiner Deportierung mitzuteilen hatte, wurde er von einem jüdischen «Ausheber» begleitet, der dann allein mit dem Opfer zurückblieb und ihm behilflich sein konnte. Damit wurden sicher Grausamkeiten vermieden, wenn sich auch am Fazit der Verschleppung nichts änderte.

Von der IKG wurden Anordnungen für die Beamten dieses Aushebungsdienstes getroffen, in denen sie zu steter Hilfsbereitschaft und angepasstem Benehmen ermahnt wurden. Vom 23.11.1941 bis 6.2.1942 werden 5.000 Menschen nach Riga deportiert. Am 29.12.1941 wird Löwenherz von Brunner angewiesen, die Deportationszüge in Hinkunft «Abwanderungstransporte» zu nennen. Eine infernalische Ausnützung der Ähnlichkeit im Klang zwischen Auswanderung und Abwanderung.

Über die «Endlösung» durch die Transporte in Vernichtungslager möchte ich im Rahmen dieses Themas nicht weiter berichten, jedoch noch etwas über das soge-

nannte Altersghetto in Theresienstadt, das auch in der bekannt niederträchtigen Art der damaligen Machthaber als «Musterghetto» bezeichnet wurde.

Am 20. Juni 1942 geht der erste Transport dorthin, bis 9.10.1942 werden insgesamt 13.776 Personen nach Theresienstadt deportiert, darunter die Insassen von Kinder, Jugend- und Altersheimen. Am 24.9.1942 geht ein sogenannter «Prominenten-Transport» mit allen bis dahin in Wien belassenen bekannten Persönlichkeiten ab, am 1.10. und 9.10. werden insgesamt 1.500 Angestellte der IKG mit ihren Familienmitgliedern abtransportiert.

Am 31. Oktober 1942 erlischt der öffentlich-rechtliche Charakter der IKG und mit 1.11.1942 wird der «Ältestenrat der Juden in Wien» ins Leben gerufen.

Dessen Tätigkeit beschränkt sich nun fast ausschliesslich auf Erhaltung des Spitals, Friedhofs und der Ausspeisung, sowie eines Kinderheim-Rumpfes, in dem Mischlingskinder, deren arischer Elternteil sich um sie kümmert, untergebracht sind.

Der Tempelbetrieb wird bis zum Ende gestattet. Um diese Zeit hat die Leitung Dir. Bienenfeld, ein in Mischehe lebender Angestellter, der bis dahin Leiter der Rechnungskontrolle war.

Die ersten Deportationstransporte aus Ungarn, die über Strasshof nach den Vernichtungslagern gingen, wurden vom Ältestenrat der Juden mit Verpflegung betreut. Die weiteren Juden, die aus Ungarn über Strasshof geführt wurden, aber hier wegen Transportproblemen hängenblieben, stellen den Betrieb des Spitals vor fastunüberwindliche Schwierigkeiten. Dieses wurde nach Auflösung des Spitals am Währinger Gürtel in der Malzgasse 16 eingerichtet und mit der demontierten Einrichtung des Rothschildspitals ausgestattet. Die Ambulanzen waren wegen Platzmangels im Hause Malzgasse 7 untergebracht. Am 31. März 1943 wurde die Zentralstelle für jüdische Auswanderung aufgelöst und ihre Agenden von der Gestapo übernommen.

Am 31. Dezember 1944 leben in Wien von den der IKG vor 1938 angehörenden 180.000 Juden noch ca. 300 inklusive U-Booten, im Arbeitseinsatz stehenden Professionisten und etwa 30 der früheren Angestellten der Israelitischen Kultusgemeinde. Kurz nach der Befreiung am 13.4.1945 kamen die überlebenden Beamten der Kultusgemeinde zusammen, um einen neuen Anfang der traditionellen Funktion der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zu gewährleisten.

Die ersten Aufgaben bestanden darin, die langsam aus den Lagern Zurückkehrenden, leider in ganz geringer Zahl zu betreuen und zu versuchen, ihnen Mut zum Wiederbeginn einzuflöschen.

In zweiter Linie wurden die Kontakte mit den jüdischen Gemeinden im Ausland wieder gesucht und teils gefunden, dies natürlich durch die Zoneneinteilung erschwert.

Retrospektiv betrachtet war das ganze wie ein böser Traum, dessen reale Auswirkungen nur ganz wenige überlebten.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien wurde im August 1938 errichtet (1), sie sollte eine rationellere Enteignung der auswanderungswilligen Juden erbringen und deren Ausreiseabfertigung verkürzen. Die Zentralstelle besorgte und verschaffte keine Einreisegenehmigungen in andere Länder, wie sie auch keine Schiffskarten verkaufte; sie war realiter ein Passamt, das sich mittels Abgaben von Juden selbst finanzierte. Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung war im Rothschild-Palais, Wien IV, Prinz Eugen-Strasse 22, – heute Sitz der Arbeiterkammer für Wien – untergebracht.

Der Gedanke zur Gründung eines solchen Amtes war Eichmann, dem Gründer und ersten Leiter der Zentralstelle, sogleich nach dem «Anschluss» gekommen. Er war ein sehr ambitiöser SS-Führer und aufmerksamer

Beobachter, der rasch erkannte, wie man mit brutaler Gewalt die Juden einschüchtern konnte und andererseits durch schöne Versprechungen leicht erpressen konnte. Daneben hatte er die grossen Möglichkeiten für eine schnellere Arisierung wahrgenommen, die sich aus der Finanzierungsmethode der Gilde-meister-Auswanderungs-Hilfsaktion ergaben. Und Eichmann bemerkte die administrativen Schwierigkeiten bei der Passbeschaffung der Juden, die sich einerseits für die Wiener Polizei ergaben, weil man den Juden ein separates Passamt in Wien IV, Wehrgasse geschaffen hatte, das mit zu wenig Beamten bestückt war. Manche auswanderungswilligen Juden waren tagelang, ja wochenlang angestellt, ehe sie ihre Ausreisepapiere erhielten. Alle diese Vorgänge unter ein Dach zu bringen, schien mit der Gründung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung zu lösen sein.

Dabei war Eichmann vom SD-Hauptamt lediglich nach Wien entsandt worden, um bei den jüdischen Organisationen Archive, Bibliotheken und anderes einschlä-

gige Material über das Judentum und den Zionismus sicherzustellen. Eichmann war seit 1934 Referentin der Abteilung «Judenangelegenheiten» – Kurzbezeichnung II 112 – im SD-Hauptamt in Berlin, im Range eines SS-Führers. Diese Abteilung befasste sich zu dieser Zeit rein theoretisch mit dem Judentum und mit einer Lösung der «Judenfrage» in Form der Auswanderung, die nach dem «Anschluss» die Formen einer Vertreibung annahm. Als SD-Führer hatte Eichmann zurzeit des «Anschlusses» noch keine Exekutivgewalt bei der Vertreibung der Juden, diese lag bei den Leitern des Judenreferates der Gestapo. Allerdings fand Eichmann hier in Österreich freiere Betätigungsmöglichkeiten, zumal hier in Wien noch keine Kompetenzgrenzen fixiert worden waren und er zudem weder vom SD-Hauptamt noch vom Leiter des SD-Oberabschnitts

Österreich, Franz Stahlecker, in irgendeiner Form behindert worden war.

Eichmann kontaktierte fleissig seine früheren Kampfgefährten aus der illegalen Zeit, traf mit ihnen offiziell und gesellig zusammen und erhielt derart verhältnismässig viele Informationen. Er stand in gutem Einvernehmen mit dem Judenreferaten der Gestapo Wien und nahm an den Aktionen gegen die jüdischen Organisationen aktiv teil. Seine Informationen über das Judentum in Österreich, die er dem SD-Hauptamt übermittelte, erregten dort grosse Aufmerksamkeit, und die von ihm en masse nach Berlin gesandten Archivmaterialien gaben der Abteilung für Judenangelegenheiten nunmehr einen besseren Einblick in das Judentum



Passamt Wehrgasse. Foto: DÖW

und den Zionismus. (2)

Bei der Hausdurchsuchung im Palästinaamt (3), das die Agenden der Jewish Agency (politische Vertretung der Juden in Palästina) in Österreich wahrnahm und auch die Landeszentrale der zionistischen Verbände Öster-

reich beherbergte, liess sich Eichmann die Vertreter der Zionisten Österreichs vorführen, um unter ihnen jenen auszuwählen, den er später mit der Leitung dieses Amtes betrauen wollte. Und am 18. März 1938 nahm Eichmann bei der Durchsuchung der Amtsräume der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien teil. Bei dieser Aktion wurden auch zwei Zahlungsbelege über eine Wahlfondsspende in der Höhe von S 800.000,- an die Vaterländische Front gefunden. Sie waren der formale Anlass, das Präsidium der Israelitischen Kultusgemeinde Wien festzunehmen, die Amtsräume zu schliessen und jede Amtstätigkeit vorläufig zu untersagen. Der wahre Grund für diese Massnahmen war jedoch einzig und allein, die führungs- und vertretungslos gewordenen Juden Wiens zu schikanieren und zu terrorisieren, um sie für eine schnellere Auswanderung gefügig zu machen.

Aber Eichmann benützte das Auffinden der beiden Spendenbelege für die Durchführung der Schuschnigg'schen Volksbefragung am 13. März 1938, auch um den Juden Wiens dieselbe Summe Geldes nochmals abzuverlangen: dieses Mal für die Volksabstimmung am 10. April 1938. Diese Vorgangsweise brachte Eichmann viel Ansehen beim Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich, Joseph Bürckel, ein, sie wurde in den Wiener NS-Führungskreisen wie auch im SD-Hauptamt respektvoll registriert. Diese Wahlfondsspende der Israelitischen Kultusgemeinde Wien waren für Schuschnigg's beabsichtigte Volksbefragung aus tiefster österreichischer Überzeugung zur Verfügung gestellt worden. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Staatsrat Dr. Desider Friedmann, wurde am 10. März 1938 von Schuschnigg persönlich von seinem verzweifelten Entschluss, das Volk von Österreich am 13. März entscheiden zu lassen, unterrichtet. Als Vorsitzender des Verbandes der Israelitischen Kultusgemeinden Österreichs war sich Friedmann seiner Verantwortung für das Geschick der jüdischen Gemeinschaft in Österreich voll und bewusst, zumal die angesetzte Volksbefragung der letzte Rettungsversuch für den Weiterbestand eines unabhängigen und freien Österreich darstellte. Welcher aufrechte Österreicher konnte zu diesem Zeitpunkt seine Hilfe versagen, wo zudem noch klar war, dass der Weiterbestand oder Fall Österreichs mit der Lebensfrage der Österreicher jüdischer Konfession engstens verbunden war.

Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Dr. Desider Friedmann, und die Vizepräsidenten, Oberbaurat Ing. Robert Stricker, wie der Rat der Stadt Wien, Dr. Jakob Ehrlich, wurden mit dem ersten Österreichertransport am 1. April 1938 in das Konzentrationslager Dachau verschickt. (5)

Der Amtsdirektor der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, Dr. Josef Löwenherz, wurde von Eichmann zurückgehalten, er sollte nach Eichmanns Plan, wenn die Juden Wiens die strafweise verfügte Kontribution von 550.000 Reichsmark aufgebracht hatten, wieder in

seine alte Position als Leiter der Kultusgemeinde eingesetzt werden.

Am 8. April 1938 richteten Amtsvorstand Emil Engel und Oberrabbiner Dr. Israel Taglicht ein Schreiben an alle Kultussteuerträger der Gemeinde, worin sie auf die derzeitige prekäre finanzielle Lage der Kultusgemeinde hinweisen und sie aufrufen, einen freiwilligen Zuschlag in der Höhe von mindestens 50% der bisherigen Kultussteuer zu bezahlen, zumal die Kultusgemeinde den Betrag von RM 550.000,- aufzubringen habe, ehe die Kultusgemeinde ihre Amtstätigkeit wieder aufnehmen könne. Es sind «überaus ernste und unausweichliche Gründe», die den Vorstand zu dieser Aufforderung an die Steuerträger zwingen, zumal «von deren Erfüllung das künftige Geschick der Gemeinde und ihrer Angehörigen entscheiden beeinflusst werden wird». (6) Am Freitag, dem 15. April 1938, wurde von den Kanzeln aller Wiener Synagogen ein Aufruf des Oberrabbiners Dr. Taglicht verlesen, in dem er an die Gemeindeglieder appellierte, «die Zahlung des geforderten Geldes als eine unabdingbare Notwendigkeit», ja als eine «religiöse Pflicht» bezeichnete. (7) Das westliche Ausland wusste ganz genau, dass diese Zahlung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien an den Wahlfonds der Nationalsozialisten zu leisten war (8). Und in einem Brief am 23. April 1938 schreibt Eichmann an seinen Freund und Vorgesetzten Herbert Hagen: «Löwenherz ist enthaftet. Er und Dr. Rottenberg vom Palästinaamt bekamen von mir den Auftrag, bis zum 27. April ein genaues Aktionsprogramm betr. Kultusgemeinde und Zionistischen Landesverband für Österreich auszuarbeiten ...». Nebenbei bemerkte Eichmann: «RM 200.000,- zahlten sie bereits. Engel muss weitere Eintreibungen vornehmen.» ... «Ende nächster Woche wird die Kultusgemeinde und darauf der zionistische Landesverband aufgemacht. ...» (9).

Damit hatte Eichmann seiner Dienststelle vorgeführt, wie man mit Druck und Terror die «Judenfrage» lösen sollte. Er hatte in Österreich auch alle Unterabschnitte des Sicherheitsdienstes wie auch den Referenten der Abteilung Juden einen Überblick über diese Materie gegeben. (10) Am 8. Mai 1938 meldet er seinem Freund Herbert Hagen nach Berlin: «Sämtliche jüdische Organisationen in Österreich sind zur achtägigen Berichterstattung angehalten worden. Dieselben werden dem jeweiligen Sachbearbeiter II 112 übergeben.....Am Freitag der nächsten Woche erscheint die erste Nummer der zionistischen Rundschau.... und bin gerade bei der langweiligen Arbeit der Zensur. Die Zeitung geht Euch selbstverständlich auch zu. Es wird gewissermassen 'meine' Zeitung werden. Jedenfalls habe ich die Herrschaften auf Trab gebracht, was Du mir glauben kannst. Sie arbeiten derzeit auch schon sehr fleissig. Ich habe von der Kultusgemeinde ...eine Auswanderungszahl von 20.000 mittellosen Juden für die Zeit vom 1. April 1938 bis 1. Mai 1938 verlangt....Morgen kontrolliere ich wieder den Laden der Kultusgemeinde..... Ich habe sie hier vollständig in der Hand, sie trauen sich

keinen Schritt ohne vorherige Rückfrage bei mir zu machen.» (11)

Über die Lage der Lösung der «Judenfrage» in Österreich berichtete er Hagen: «...die Lage der Dinge ist jetzt folgende: Arisierung. Juden in der der Wirtschaft usw. behandeln, laut Erlass Gauleiter Bürckels. Das weitaus schwierigere Kapitel, die Juden zur Auswanderung zu bringen, ist Aufgabe des SD. Auf diese... « ist alles ausgerichtet. Über seine persönliche Situation war er im Unklaren. Er meinte «als Abteilungsleiter auf einen Unterabschnitt» zu kommen, zumal die «Sache in Wien läuft». Diese Arbeit hier zu verlassen, täte mir «ehrlich leid», zumal ich sie «gerne machte», schrieb er Hagen, «...aber Du wirst ja verstehen, dass ich mit meinen 32 Jahren nicht gerne 'zurückgehe'.» Und er hatte hier in Wien unter den NS- und SD-Führem Fürsprecher: er blieb also in Wien. (12)

In diesen Apriltagen 1938, als die Amtstätigkeit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien stillgelegt wurde, bemühte sich verschiedene Personen jüdischer Abkunft, mit österreichischen Nationalsozialisten in

worauf diese auf ihr gesamtes Vermögen zugunsten des Reichs verzichteten, von diesem Vermögen sollten 5 bis 10% einem Fonds, dem Auswanderungsfonds zu fließen, aus dem die Auswanderung mittelloser Juden bestritten würde. Eine Hilfsstelle unter der Leitung einer geeigneten Person sollte geschaffen werden. Und dieser Mann fand sich in der Person des Holländers Frank van Gheel Gildemeester, der sich immer schon humanitären Aufgaben gewidmet und während der Zeit des Ständestaates inhaftierte Nationalsozialisten betreut hatte. Über Mittelsmänner wurde dieser Plan dem Minister für Arbeit und Wirtschaft, Dr. Hans Fischböck, vorgelegt und von ihm gutgeheissen. Gildemeester nahm unter der Bezeichnung Gildemeester Auswanderungs-Hilfsaktion im April 1938 seine Arbeit auf. Zum Fondsführer des Auswanderungsfonds in der Vermögensverkehrsstelle des Ministeriums für Arbeit und Wirtschaft wurde SS-Obersturmführer Dkfm. Fritz Kraus bestellt. Als juristischer Berater fungierte Dr. Erich Rajakowitsch. (13)

Wie diese Ausreisebeschaffung und Enteignung vor sich ging, soll am Beispiel der Familie Kuffner aufgezeigt werden. Die Besitzer der Ottakringer Brauerei, Moritz und Stefan von Kuffner, waren unter dem Vorwand staatsfeindlicher Betätigung von der Gestapo festgenommen worden. Zur «Einstellung ihres Verfahrens» kam es erst, als sie «das Einverständnis» schriftlich abgaben, 35% ihres Vermögens, das nach den Feststellungen des «staatlichen Treuhänders» 9 Millionen Reichsmark betrug, dem Reich zu übergeben. Ihre Bankguthaben, Anteilscheine, Gemälde-Galerie und Sternwarte waren nach dem «Anschluss» beschlagnahmt worden. Es wurde daher an Zahlungsstatt der «ganze immobile Kuffnersche Liegenschaftsbesitz» im Werte von 2,5 Millionen Reichsmark übernommen. Als Empfänger dieses Liegenschaftsbesitzes wurde von der Gestapo der Auswanderungsfonds Wien nominiert. Nach der Bezahlung der Reichsfluchtsteuer und aller anderen Abgaben verblieb den Familienmitgliedern Kuffner lediglich ein namhafter Betrag auf einem Sperrkonto, über den sie jedoch nie verfügen konnten. Für eine Ausreisegenehmigung hatten sie auf all ihr Vermögen zu verzichten. (14)

Bis zum Sommer 1938 war Eichmanns Stellung in Österreich endgültig gefestigt. Er hatte die Finanzierung der Gildemeester Hilfsaktion genau verfolgt und stand mit Dr. Rajakowitsch und Dkfm. Kraus in engem Kontakt. Er halte die ungeheuren Anstrengungen der Israelitischen Kultusgemeinde gesehen, Einreisen von den amerikanischen Hilfsorganisationen zu erhalten und erkannte die begrenzten Möglichkeiten einer Palästinaauswanderung aufgrund des englischen Weissbuches. Die Konferenz von Evian zur Lösung der Einwanderungsprobleme der jüdischen Flüchtlinge aus Österreich und Deutschland war gescheitert. So mancher lateinamerikanischer Staat schloss erst jetzt seine Grenzen für Juden aus Österreich und selbst die USA waren nicht geneigt, die deutsche Einwanderungsquo-



Polizeikommissariat Margareten. Foto: DÖW

Kontakt zu kommen, um ihnen einen für sie faszinierenden Plan zur Lösung der «Judenfrage» in Österreich vorzutragen. Der Gedanke war der, die jüdische Auswanderung zu forcieren, indem man sich gleichzeitig des Vermögens der auswandernden Juden bemächtigen könne. Vermögenden Juden sollten Einreisemöglichkeiten in überseeische Staaten verschafft werden,

te zu erhöhen. Die Schweiz schloss nun völlig ihre Grenzen gegenüber österreichischen Juden. Ja, mehr noch, sie nahm Kontakt mit Himmler auf, um sich vor weiteren jüdischen Einreisenden besser schützen zu können und verlangte eine Kennzeichnung der Reisepässe der Juden mit einem «J». Und in Wien ergaben sich infolge der einsetzenden antijüdischen Gesetzesflut, Kennkartenzwang und Annahme des Zusatzvornamens «Israel oder Sara» für die Polizeiamter viele zusätzliche Belastungen. Zur Finanzierung der erhöhten Ansprüche an die Israelitische Kultusgemeinde Wien führte Eichmann auch ein Gespräch mit verantwortlichen Leuten der Reichsbank. Von den Geldern, die die ausländischen Hilfsorganisationen der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zur Verfügung stellte, sollten Auswanderern die benötigten Devisen abgegeben werden, sie hatten jedoch dafür den doppelten Kurswert zu bezahlen. Dieses Agio kam der Kultusgemeinde zur Erfüllung ihrer vielfachen sozialen Aufgaben zugute. Die Idee einer zentralen Stelle, von der die jüdischen Auswanderer schneller abgefertigt werden könnten, beschäftigte Eichmann immer mehr. Die Finanzierung dieser Zentralstelle sollte in Form einer Auswanderungsabgabe erfolgen. Jeder auswandernde Jude hatte vor der Pässeinreichung seine Bemessungsgrundlage berechnen zu lassen, die zwischen einem und zehn Prozent des Vermögens betrug. Vermögenslose Juden hatten mindestens fünf Reichsmark zu bezahlen. Derart gelangte die Zentralstelle zu so vielen Geldern, dass sie später die Israelitische Kultusgemeinde damit subventionierte und die Kosten des Abtransportes der Juden in die Vernichtungslager bestritt. Allein 1939 gewährte die Zentralstelle für jüdische Auswanderung der Israelitischen Kultusgemeinde Wien eine Subvention von RM 977.000, (15). Den Gedanken der Schaffung einer Zentralstelle für jüdische Auswanderung trug Eichmann schliesslich seinem unmittelbaren Vorgesetzten, dem Chef des SD-Oberabschnittes Österreich, Dr. Franz Stahlecker, vor und fand dessen Zustimmung. Auch Heydrich war dafür, wie auch die Stadt Wien und der Reichskommissar für die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich diesem Plan zustimmten. Anfangs August 1938 nahm die Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien, die offiziell dem SD-Oberabschnitt Österreich unterstellt war, ihre Arbeit auf (16).

Mit der Leitung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung wurde Adolf Eichmann betraut, der sofort seine Männer hierher holte. Es waren dies Theodor Danneker, Rolf und Hans Günther, Franz Novak, im Herbst 1938 wurde Alois Brunner eingestellt, ein Jahr später folgte ihm Anton Brunner. Mit der Arbeitsaufnahme der Zentralstelle für jüdische Auswanderung wurde mittels Druck und Einschüchterung die erzwungene Auswanderung von Juden wesentlich erhöht. Waren vom «Anschluss» bis zum Juli 1938 rund 18.000 Juden vertrieben worden, so betrug diese Zahl für die Zeit August bis Oktober 1938 32.000 und bis zum Juli 1939

flüchteten weitere 54.000 Juden aus Österreich. Ende November 1939 hatten insgesamt 126.445 Juden inklusive der nach Nisko im Oktober 1939 Deportierten Österreich verlassen. In diesen 1½ Jahren haben amerikanische jüdische Hilfsorganisationen 1,6 Millionen Dollar für Auswanderungszwecke der Israelitischen Kultusgemeinde zur Verfügung gestellt. (17).

In einem Artikel «Die Judenfrage – ein brennendes Problem», berichtete der «Völkische Beobachter» (Wiener Ausgabe) am 13. Mai 1939, dass «nach zehnmonatiger Tätigkeit» die Zentralstelle für jüdische Auswanderung stolz darauf sein könne, «insgesamt 99.672 Juden mosaischer Konfession» zur Auswanderung gebracht zu haben.

Die Zentralstelle für jüdische Auswanderung erregte schon sehr bald nach ihrer Gründung Aufmerksamkeit im Dritten Reich und genoss in NS-Kreisen grösstes Ansehen. Bei der Sitzung im Reichsluftfahrtministerium, am 12. November 1938, zwei Tage nach dem Novemberpogrom, berichtete Heydrich, dass die Zentralstelle für jüdische Auswanderung aus «Österreich immerhin 50.000 Juden herausgebracht» habe, «während im Altreich in der gleichen Zeit nur 19.000 Juden» ausgewandert seien. Dazu meinte Göring hämisch: «Vor allen Dingen habt ihr mit den örtlichen Führern der grünen Grenze zusammengearbeitet. Das ist die Hauptsache.» (18)

Und Ministerialrat Bernhard Lösener vom Reichministerium des Inneren sprach anerkennende Worte über die Zentralstelle für jüdische Auswanderung. «Unter seiner (Eichmanns) Führung durchwanderte ich die sämtlichen Auswanderungseinrichtungen, die er in Wien geschaffen hatte. ... Die Korridore vor den unterschiedlichen Büros ... waren gedrängt voll von jüdischen Menschen... Frauen rissen ihre Kinder erschreckt beiseite, sobald sie Eichmann sahen, der unbekümmert wie auf leerer Strasse dahinging und alles beiseite stiess, was da an menschlichem Unglück harnte ... « Im Büro «der Synagogengemeinde» (Kultusgemeinde) sprangen alle «sofort hoch, als wir eintraten»... Eichmann rief sie beim Namen auf,... gab ihre Aufgaben an und sofort surrten sie wie dressierte Tiere ihre Angaben herunter. Der Ausdruck berechtigter Todesangst war auf jedem Gesicht zu lesen.» (19)

Göring schien trotz seiner skeptischen Worte an Heydrich von der Leistung der Zentralstelle für jüdische Auswanderung in Wien überrascht und beeindruckt gewesen zu sein, denn am 24. Jänner 1939 erteilte er Heydrich den Auftrag, in Berlin eine «Reichszentrale für jüdische Auswanderung» zu errichten (20). Sie wurde erst im Herbst 1939 gegründet und im Reichssicherheitshauptamt eingebaut. Auch hier wurde Eichmann mit der Leitung betraut. Vorerst jedoch wurde am 26. Juli 1939 in Prag eine Zentralstelle für jüdische Auswanderung errichtet, die von Eichmann persönlich geleitet wurde. Und später 1940 wurde nach der Besetzung der Niederlande selbst in Amsterdam eine Zentralstelle eingerichtet.

Unstimmigkeiten bei der Erfassung von arbeitsfähigen Männern zwischen der Israelitischen Kultusgemeinde und der Gildemeister Auswanderungs-Hilfsaktion führten im September 1939 zu einer Registrierung aller in Österreich lebenden Juden im Sinne der Nürnberger Gesetze. Die erfassten Personen mussten karteimässig der Zentralstelle für jüdische Auswanderung übergeben werden und ständig à jour gehalten werden. Daneben wurde eine neuerliche Erfassung des jüdischen Vermögens bei den hier noch befindlichen Juden durchgeführt. (21) Damit war ein Weg aufgezeigt, den Eichmann und jede ihm unterstellte Stelle bei der Endlösung der «Judenfrage» vorerst beschritt. Die Juden einmal zahlen, namens- und adressenmässig erfasst, ihre Vermögenswerte bekanntgegeben, waren leicht in Vernichtungslager abzutransportieren.

In Österreich und in Mährisch-Ostrau versuchten Eichmann und Stahlecker auch die ersten Deportierungen, um Erfahrungen beim Abtransport grösserer Menschenmengen zu bekommen. Während der Kämpfe in Polen, im September 1939, kamen sie auf den glorreichen Gedanken, daselbst ein Judenreservat einzurichten. Juden aus Wien und Mährisch-Ostrau wurden in je zwei Transporten dahin verschickt. Dafür wurde sogar in Mährisch-Ostrau kurzfristig eine Zentralstelle für jüdische Umsiedlung eingerichtet. Diese Fort einer territorialen Lösung der «Judenfrage» scheiterte an Hitlers Einspruch. Für ihn gab es nur eine Entfernung der Juden aus dem Dritten Reich oder deren Vernichtung.

Mit der Ausweitung des Krieges verlor die Auswanderung der Juden immer mehr ihre Bedeutung. Nach dem Kommissarerlass Hitlers im Juni 1941 (21), erteilte Göring am 31. Juli 1941 den Auftrag, die Endlösung der «Judenfrage» in Angriff zu nehmen. Die Vernichtung der im Reich verbliebenen und der in den besetzten Gebieten befindlichen Juden war nun beschlossene Sache, die bei der berüchtigten «Wannsee-Konferenz» (22) lediglich nur mehr die staatliche Administration in diesen Prozess einbezog. Die Zentralstellen für jüdische Auswanderung waren aussersehen, die Deportationen in die Vernichtungslager durchzuführen. Aus den bei diesen Stellen aufliegenden Namenskarteien wurden die Deportationslisten zusammengestellt und aus den bis 1941 eingehobenen, aber aus der für jeden zur Deportation bestimmten Juden zu bezahlenden Auswanderungs- bzw. Abwanderungsabgabe wurden die Kosten für den Abtransport bestritten.

Am Beispiel Wiens ersieht man, dass nach den grossen Deportationsaktionen im Herbst 1942 die Aufgaben der Zentralstelle erfüllt waren. Die Zentralstelle übersiedelte aus dem Rothschild-Palais in die jüdische Schule in Wien II, Castellezgassee 35 und wurde im März 1943 aufgelöst. Die Agenden für die hier verbliebenen restlichen Juden wurden der Gestapo übergeben. Der letzte Leiter der Wiener Zentralstelle, Alois Brunner, wurde nach Saloniki abkommandiert, um die Depor-

tierung der griechischen Juden zu organisieren. Die Abteilung Eichmanns im Reichssicherheitshauptamt und Eichmanns Handlanger wurden die Exekutoren des Genocids an den Juden Europas.

Anmerkungen

- 1) Gerhard Botz: Wien vom «Anschluss» zum Reich, Wien – München 1978, S. 252f.
- 2) Eichmann-Prozessjerusalem, Beweisdokument Nr. 1512 Herbert Rosenkranz: Verfolgung und Selbstbehauptung. Die Juden in Österreich 1938-1945, Wien – München 1978, S. 71
- 3) Jewish Telegraphic Agency: Bulletin 186 v. 14.3.1938 Rosenkranz (Anm. 2), S. 51
- 4) Rosenkranz (Anm. 2), S. 49
- 5) Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes: DÖW 1972
Siehe auch: J. Moser: Das Schicksal der Wiener Juden in den März- und Apriltagen 1938, in: März 1938, Forschungen und Beiträge zur Wiener Stadtgeschichte II, Wien 1978, S. 175
- 6) Widerstand und Verfolgung in Wien 1934-1945 – Hrsg. Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes, Bd. DI, Wien 1975, S. 229
- 7) J. Moser (Anm. 5), S. 176
- 8) Jewish Telegraphic Agency: Bd. IV, Nr. 16, 19-4.1938
- 9) Eichmann-Prozessjerusalem, Beweisdokument Nr. 1515
- 10) ebenda, Beweisdokument Nr. 1169 und Nr. 1513
- 11) ebenda, Beweisdokument Nr. 1515
- 12) ebenda
- 13) Widerstand (Anm. 6), S. 235, Anm. 1
- 14) ebenda, S. 235f-
Allg. Verwaltungsarchiv, Rk 209 (2240/4)
- 15) Report of the Vienna Jewish Community. Hrsg. Benjamin Murmelstein, Wien 1940, S. 140
- 16) Botz (Anm. 1), S. 252f.
- 17) ebenda, S. 253f-
- 18) Nürnberger Dokument PS 1816
- 19) Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte, Juli 1961, S. 292
- 20) Nürnberger Dokument PS 710
- 21) Jüdisches Nachrichtenblatt (Wien), 8. und 15-9.1939
H. Jacobsen, Kommissarerlass und Massenexekutionen sowjetischer Kriegsgefangener, in: Anatomie des SS-Staates, dtv-Taschenbuchverlag, Nr. 463, München 1967, Bd. II, S. 143ff.
- 22) Robert M.W. Kempner: Eichmann und Komplizen, Zürich – Stuttgart – Wien 1961, S. 126ff.

Die jüdische Bevölkerung Wiens nach dem Zweiten Weltkrieg

Nach dem Zweiten Weltkrieg bestand die jüdische Restbevölkerung aus drei verschiedenen Restgruppen:

1. Die Restgruppe der im Land Überlebenden.
2. Zurückkehrende KZ-Häftlinge (sowohl direkt aus Österreich oder den besetzten Gebieten).
3. Rückkehrer, die die Verfolgungszeit im Ausland verbracht hatten.

Zur zweiten Gruppe gehören auch die Displaced Persons (DP's), die durch Österreich reisten und aus irgendwelchen Gründen hier verblieben. Die Majorität dieser Juden kam aus den früher besetzten Gebieten; viele hatten ein erneutes, schweres Schicksal hinter sich, nämlich überschäumenden Antisemitismus und Hass, als sie endlich in ihre Heimat kamen.

Die Restgruppe war die zahlenmässig stärkste im Jahre 1945. Sie bestand in erster Linie aus Partnern von Mischehen, durch ihre Arbeit geschützte Juden und einzelne «U-Boote».

Tabelle 1 zeigt, dass diese Gruppe zahlenmässig stark ist; jedoch der wichtigste demographische Punkt liegt in der bereits deutlich sichtbaren, erschreckend **negativen** Altersstruktur der Überlebenden und der KZ-Rückkehrer. Dies ist hauptsächlich bedingt durch die bereits vor 1938 sich entwickelnde Überalterung und die Tatsache, dass zu dieser Zeit die überlebenden jungen Menschen sich im Zuge ihrer illegalen Emigra-

tion nach Palästina von DP-Lager zu DP-Lager bewegten.

Tabelle 2 zeigt, wie sich – trotz späterer Immigrationswellen nach Österreich – diese negative Altersstruktur gewissermassen wie ein roter Faden durch die Nachkriegsgeschichte des österreichischen Judentums zieht. Die ersten Jahre waren von grossen Transmigrationen junger Überlebender durch die verschiedenen Besatzungszonen geprägt. Dies erforderte diverse Versorgungseinrichtungen. So wurden allein durch das DP-Lager des früheren Rothschildspitales beinahe 170.000 Menschen geschleust:

Juli	–	Dezember	1945	50.000
Jänner	–	Dezember	1946	85.100
Jänner	–	Dezember	1947	20.048
Jänner	–	Dezember	1948	2.804
Jänner	–	Dezember	1949	11.110
				Total 169.113

Die Israelitische Kultusgemeinde war zuerst Nachfolgerin des durch die Nationalsozialisten errichteten «Ältestenrates», doch wurde sie durch die Regierung am 24. September 1945 rekonstituiert.

Der Aufgabenkreis war vom hauptsächlichlichen Religiösen zu einer gewaltigen Wiederaufbauarbeit angewachsen. Im Dezember 1947 standen 265 Personen im Dienste der Kultusgemeinde, von denen allein 83 auf

Spitalsbedienstete entfielen. Die Zeit bis zum zweiten Tätigkeitsbericht der Israelitischen Kultusgemeinde (1952-1954) steht im Zeichen starker Zu- und Abwanderung als auch des beginnenden Kampfes um Wiedergutmachung. Tabelle 3 zeigt, im Auszug, nach wievielen verschiedenen Ländern und von wieviel Ländern Juden nach Wien kamen. Die höchste Anzahl von Immigranten (zum Grossteil Rückwanderer) kam aus Israel, die meisten Emigranten gingen nach den USA und in nicht bekannte Länder. Tabelle 4 gibt einen Überblick über die Berufssituation, die sich auch in späteren Jahren ähnlich verhält. Die grösste Berufsgruppe ist im Handel tätig, also entweder als Angestellte oder selbständige Kaufleute.

Tabelle 5 zeigt einen weiteren demographischen Überblick der auch in anderen jüdischen Zentren sich ausweitenden Überalterung im Zeitraum des dritten Be-

TABELLE I
BEVÖLKERUNGSGLIEDERUNG
STAND 31. DEZEMBER 1945

Im Alter v.	Männer				Frauen				Zusammen:			
	Wien	KZ	Ausland	Ins-ges.	Wien	KZ	Ausland	Ins-ges.	Wien	KZ	Ausland	Ins-ges.
0-6	11	2	5	18	7	4	4	15	18	6	9	33
7-14	35	10	9	54	25	13	3	41	60	23	12	95
15-18	23	27	-	50	20	28	2	50	43	55	2	100
19-25	39	123	15	177	47	119	13	179	86	242	28	356
26-45	144	279	43	466	252	228	50	530	396	507	93	996
46-60	391	221	53	665	347	174	31	552	739	395	84	1217
ü. 60	453	160	13	626	183	339	10	532	636	499	23	1158
Summe	1096	822	138	2056	881	905	113	1899	1977	1727	251	3955

PROZENTUELLE AUFTEILUNG
DER ERWACHSENEN BEVÖLKERUNG

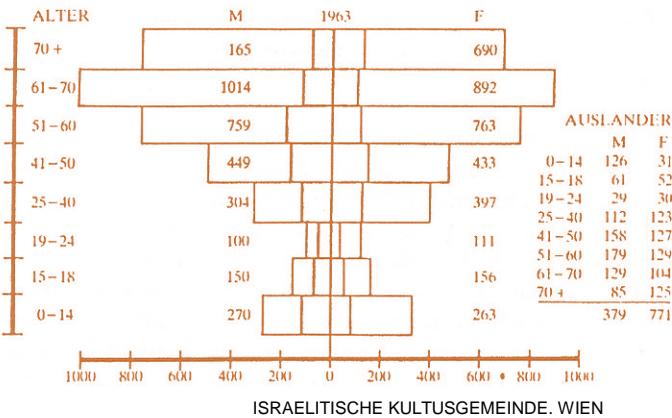
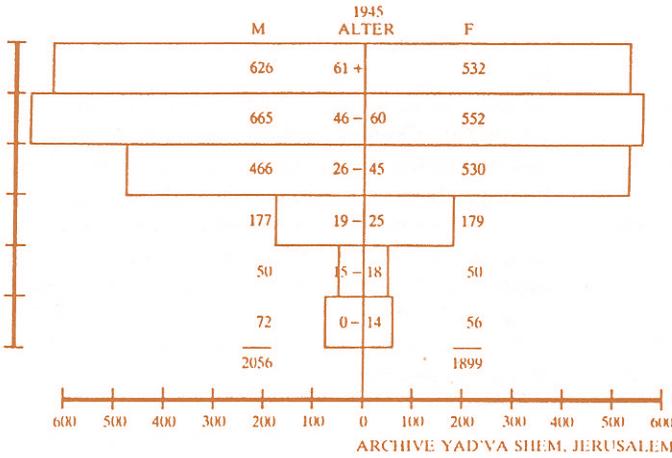
Alter	Männer			Frauen			Insgesamt
	Wien	KZ	Ausland	Wien	KZ	Ausland	
19-25	22	69.5	8.5 (N=177)	27	66	7 (N=179)	9.0
26-45	31	60	9 (N=466)	47	43	10 (N=530)	25.1
46-60	58.4	33	8.6 (N=665)	63	31.5	5.5 (N=552)	30.5
über 60	72.5	25.5	4 (N=626)	34.2	64	1.8 (N=532)	29.0

(N=3.955)

richtes der Kultusgemeinde (1961-1963) und nachher. Der Kindermangel ist z.B. in der Bundesrepublik Deutschland in den jüdischen Gemeinden und insbesondere in der UdSSR, aber selbst in der österreichi-

Ära der Transmigration sein, nämlich die der Juden aus der Sowjetunion. Der Höhepunkt wurde 1972 mit 31140 Einwanderern erreicht., 1977 waren es immerhin 15.711. Auch 1978 wurden in Moskau 30.536 Sichtvermerke an

TABELLE 2
ALTERSAUFBAU DER JÜDISCHEN GEMEINDE WIENS



sehen Gesamtbevölkerung spürbar. Auch die Tendenz zu einer Vergrößerung der Gruppen um und über 50 Jahre ist deutlich. In den Beginn der sechziger Jahre, der durch weitergehende Integration der Juden aus der Tschechoslowakei und Ungarn im Gefolge der Weltgeschichte gekennzeichnet ist, fällt auch das Ereignis des 150. Jubiläums des Wiener Stadttempels. Weiterhin und dauernd musste eine eher finanzschwache Kultusgemeinde die immer weiter ansteigende Zahl von älteren Menschen betreuen, was zu einer immer grösseren Belastung durch ein allen Ansprüchen gerechtes Altenheim mit geriatrischer Station führte.

Tabelle 6 gibt einen Überblick bezüglich der demographischen Weiterentwicklung nach 1960: man kann ohne Weiteres die Einwanderungsspitzen mit Geschehnissen der europäischen Geschichte in Zusammenhang bringen. Die Geburtenrate bleibt in diesem Zeitraum sehr niedrig.

Ab den beginnenden siebziger Jahren setzt eine neue

der österreichischen Botschaft ausgestellt, mit denen 26.914 Einwanderer nach Österreich kamen. Die meisten dieser Einwanderer und die kleineren Gruppen, die nachher kamen, wanderten nach Israel und in die USA (Familienvereinigung) weiter; jedoch fiel es wieder der Israelitischen Kultusgemeinde zu, vor allem den jede starke Emigration begleitenden Rückwandererschub zu betreuen. Es ist jedoch diese Gruppe, die nunmehr durch in Israel geborene Kinder die Überalterung etwas vermindert und das Durchschnittsalter herabsetzt. Auch wird durch die «lingua franca», vor allem der Kinder, der jüdischen Schulbewegung und der vergrößerten Anzahl von hebräisch erzogenen Kinder Auftrieb gegeben. Das Durchschnittsalter – obwohl noch immer sehr hoch – ging immerhin zurück: so zeigt die Bevölkerungsstatistik vom 27. Jänner 1978, dass 54% der Bevölkerung über 50 Jahre alt sind; eine kleine, aber konstante Senkung, die sich auch – einwanderungsbedingt – in der Statistik der jüdischen Gemeinden der Bundesrepublik Deutschland bemerkbar macht. Die bisher erläuterte Situation (siehe insbesondere Tabellen 7-9) weisen daraufhin, dass sich die sehr schlechte Altersstruktur aus eigenem kaum verändert. Typisch kann man auch die auf Tabelle 9 ersichtliche Erhöhung der Einwohnerzahl im 19. Wiener Gemeindebezirk ansehen: Sie erklärt sich aus der stets wachsenden Zahl der Bewohner des jüdischen Elternheimes. Wohl zeigen die «Baby-Boom-Jahre» in der Pyramide für 1986 eine

entsprechende Vergrößerung der Basis (Kleinkinder, Kinder) wird jedoch weiterhin durch die grosse Zahl der erhaltungsbedürftigen – wie in der gesamten Weltjudentum ausser Israel – alten Menschen neutralisiert. So zeigt die letzte publizierte Statistik der IKG (31.12.1987) insgesamt 5.954 Mitglieder auf, von denen 40% unter und 52% – also mehr als die Hälfte – über 50 Jahre alt sind.

Der Vergleich mit Deutschland (Tabelle 8) zeigt – wie immer wieder betont werden muss – bei den registrierten Mitgliedern der Gemeinden eine etwas günstigere Entwicklung (grössere Basis). Aber auch hier ist die erschreckende Anzahl der beinahe 50% Anzahl der Menschen über 60 besorgniserregend. Aus diesem Grund ist die Entwicklung – notgedrungen bisher undokumentiert, einer völlig different strukturierten jüdischen Gruppe besonders interessant, gleichzeitig jedoch – durch völlige Abwesenheit jeder Registrierung, sehr schlecht wissenschaftlich zu erfassen. Bis zu der – für die Autorin persönlich verfasste Aufstel-

TABELLE 3
ZU- UND ABWANDERUNGEN IN DEN JAHREN 1952 BIS 1954.
NACH LÄNDERN GEORDNET

Land	Zuwanderungen	Abwanderungen
Australien	15	116
Afrika	4	3
Asiatische Länder	10	1
Belgien	60	30
Kanada	9	172
China	70	1
CSSR	103	4
Deutschland	23	69
England	135	73
Frankreich	87	53
Israel	551	200
Italien	39	65
Jugoslawien	8	8
Mittelamerika	2	3
Polen	40	19
Rumänien	76	-
Skandinavische Länder	7	8
Sowjetunion	7	-
Südamerika	44	82
Schweiz	44	28
Ungarn	22)	1
USA	117	458
Diverse europäische Länder	6	4
Österreich	186	165
Unbekannt	47	467
Insgesamt	1911	2030

TABELLE 4
BERUFSSCHICHTUNG DER BEI DER ISRAELITISCHEN KULTUSGEMEINDE
WIEN REGISTRIERTEN JUDEN, 1952

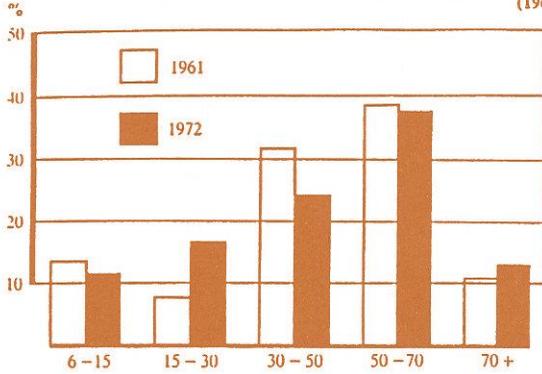
Beruf	Österreicher			Ausländer		
	Männer	Frauen	Insges.	Männer	Frauen	Insges.
Ärzte	132	18	150	6	3	9
Rechtsanwälte	129	6	135	23	1	24
Akademiker	15	2	17	12	-	12
Ingenieure	112	-	112	21	-	21
Freie Berufe	144	23	167	54	2	56
Techniker	141	1	142	71	7	78
Zahntechniker	59	12	71	16	-	18
Studenten	96	82	178	48	24	72
Rabbiner	2	-	2	17	-	17
Kantoren	1	-	1	5	-	5
Industrielle	54	-	54	62	-	62
Kaufleute	911	31	942	131	4	135
Bauern. Gärtner	13	1	14	11	3	14
Lehrer. Erzieher	36	76	112	13	9	22
Medizinisches Hilfspersonal	24	92	116	11	9	20
Privatangestellte	855	375	1230	44	23	67
öffentlich Angestellte	49	5	54	-	-	-
Qualifizierte Handwerker	228	25	253	22	9	31
Photographen	18	3	21	4	3	7
Uhrmacher	52	-	52	13	-	13
Lehrlinge. Praktikanten	27	5	32	-	-	-
Schneider	93	148	241	31	41	72
Schuster	36	-	36	11	-	11
Friseure. Kosmetiker	24	24	48	5	8	13
Hutmacher. Modistinnen	13	30	43	3	8	11
andere Handwerker	76	5	81	20	4	24
Chauffeure. Taxichauffeur	38	-	38	8	-	8
Kellner	38	4	42	-	-	-
ungelernte Arbeiter	70	32	102	11	1	12
im Haushalt tätig	-	2648	2648	-	604	604
ohne Beruf	723	-	723	258	-	258
Insgesamt	4209	3643	7852	931	765	1696

Quelle: Matrikelamt der Israelitischen Kultusgemeinde, Wien (H Jonas-Schachtitz)

Anm.: „Österreicher“ und „Ausländer“ bezieht sich auf die Staatsbürgerschaft

TABELLE 5
ALTERSAUFBAU VERSCHIEDENER BEVÖLKERUNGEN

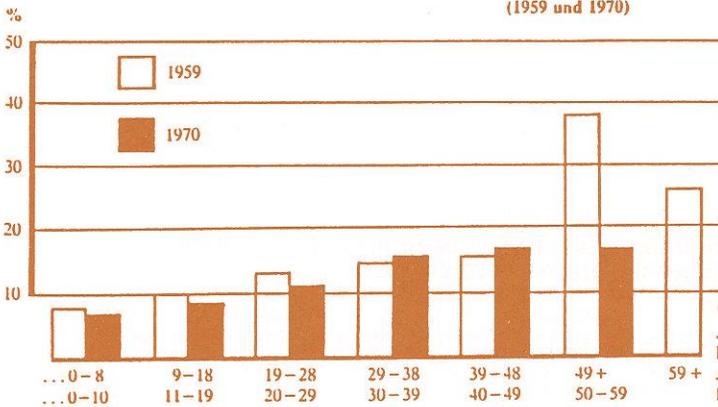
I. JÜDISCHE BEVÖLKERUNG DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
(1961 und 1972)



IN ZAHLEN		
ALTER	ANZAHL 1961	ANZAHL 1972
0-3	420	508
4-6	542	484
7-15	1.974	1.790
16-20	473	1.433
21-30	1.186	2.626
31-40	2.993	2.163
41-50	3.779	4.360
51-60	4.452	5.007
61-70	3.696	4.871
70+	2.240	3.537
	<u>21.755</u>	<u>26.779</u>

ZENTRALWOHLFAHRTSSTELLE DER JUDEN
DEUTSCHLANDS (FRANKFURT)

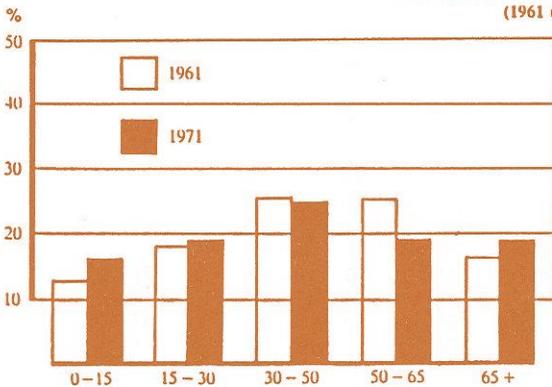
II. JÜDISCHE BEVÖLKERUNG DER UDSSR
(1959 und 1970)



IN ZAHLEN (1970)	
ALTER	ANZAHL
0-16	56.002
11-15	34.335
16-19	31.375
20-29	88.006
30-39	121.675
40-49	129.563
50-59	131.592
60+	213.319
Unbekannt	1.988
	<u>807.915</u>

O. SCHMELZ:
„NEW EVIDENCE ON BASIC ISSUES IN THE
DEMOGRAPHY OF SOVIET JEWS.“
JOURNAL OF JEWISH SOCIOLOGY, XVI No. 2
DECEMBER 1974 p 210 & 214.

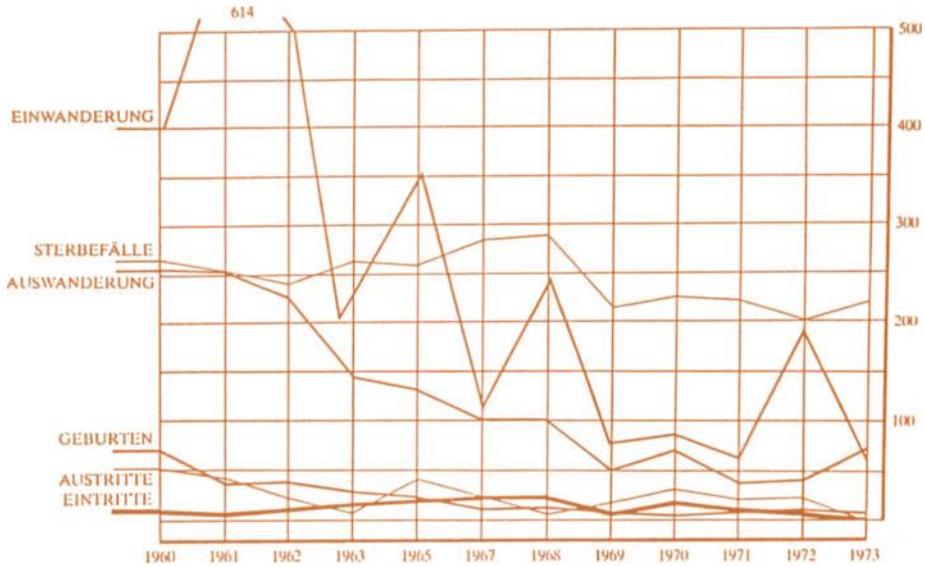
III. GESAMTBEVÖLKERUNG WIEN
(1961 und 1971)



IN ZAHLEN			
ALTER	ANZAHL 1961	ALTER	ANZAHL 1971
0-15	213.291	0-15	263.079
15-30	299.854	15-30	305.796
30-50	415.706	30-50	405.933
50-65	421.452	50-65	316.625
65+	277.757	65+	323.408
	<u>1.628.060</u>		<u>1.614.841</u>

VOLKSZÄHLUNG 12. MAI 1971

TABELLE 6



**SKIZZE
BEWEGUNG DER JÜDISCHEN BEVÖLKERUNG
WIEN 1960-1973**

	1960	1961	1962	1963	1965	1967	1968	1969	1970	1971	1972	1973	BILANZ	
EINWANDERUNG	405	614	501	208	355	137	236	80	90	68	194	61	1960 - 293	19(41 - 112
AUSWANDERUNG	262	253	231	144	135	106	105	52	73	43	45	73	1961 4 108	191.9 - 195
GEBURTEN	71	36	38	30	25	12	14	11	6	7	13	6	1962 + 56	1970 - 227
STERBEFÄLLE	268	256	244	266	265	272	279	224	234	232	213	231	1963 - 170	1971 - 205
EINTRITTE	12	9	13	17	20	25	22	13	18	14	14	4	1965 - 43	1972 - 64
AUSTRITTE	51	42	21	15	43	32	10	23	34	19	27	8	1967 - 236	1973 - 241

Quelle: STATISTIK DER ISRAELITISCHEN KULTUSGEMEINDE WIEN

Tabelle 7
Aufstellung der bei der Israelitischen Kultusgemeinde Wien
registrierten Mitglieder 1963

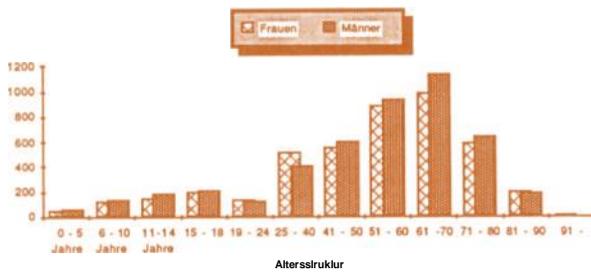
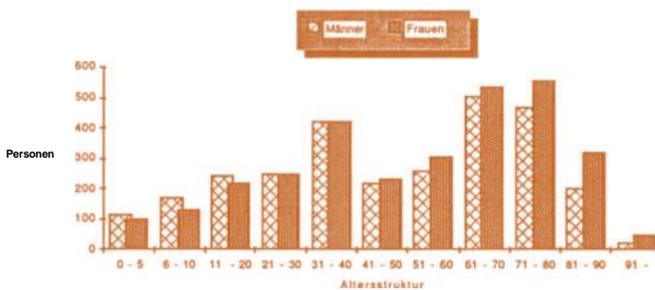


Tabelle 7
Aufstellung der bei der Israelitischen Kultusgemeinde Wien registrierten Mitglieder 1986



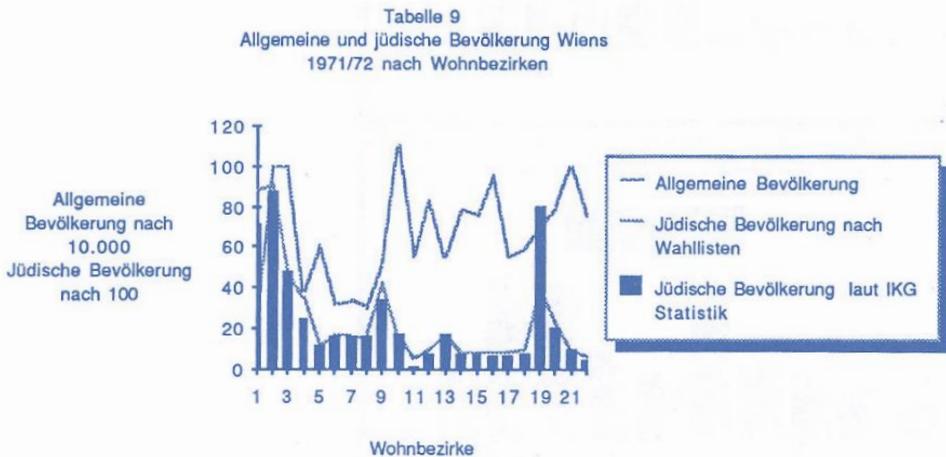
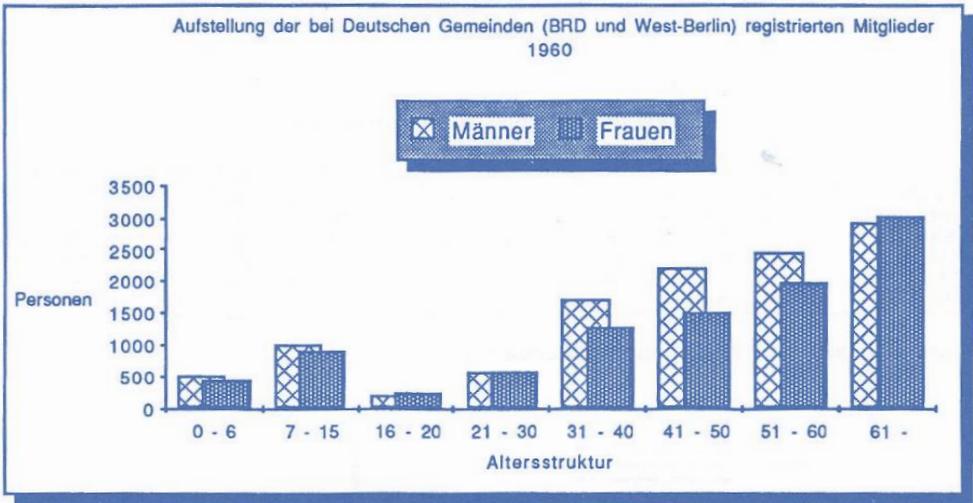
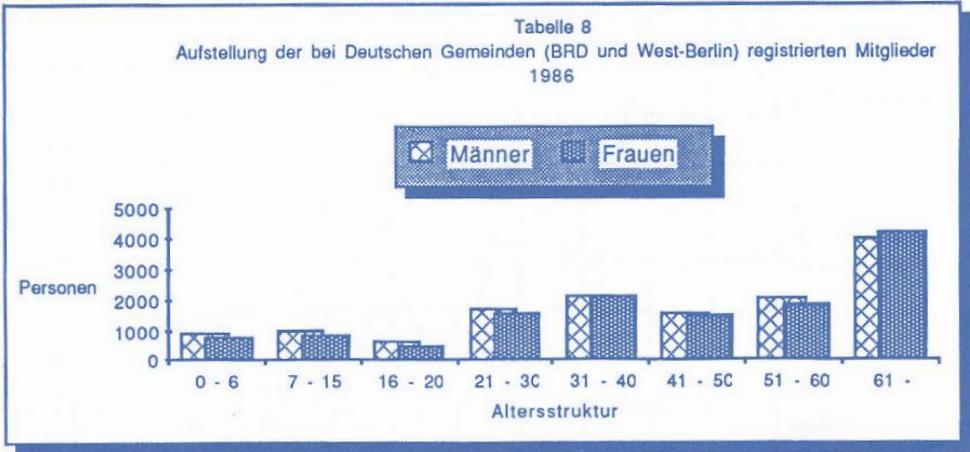


Tabelle 10
Demographische Struktur
der nicht in der Israelitischen Kultusgemeinde aufscheindenden Juden

Alter	0-10	11-20	21-50	über 50	Familien	Total
Bucharen	361	470	652	59	304	1542
Grusinier	131	201	463	197	197	888
Kaukasier	112	188	268	109	109	578
Weissrussen u. andere Askenasim ¹⁾	50	50	400	200	200	600
andere bekennende Juden	250	250	1'500	1'000	1'000	3'000

1) Juden aus dem mitteleuropäischen Herkunftsbereich

Quelle: Zählung durch Rabbi J.J. Bidermann, Direktor des Beth Chabad 8-8-1988

Anmerkung zu Tabelle 10

Es handelt sich hier um die erste konkrete Schätzung eines wichtigen Teiles des hier wohnenden Judentums. Rabbi Bidermann hat oft unorthodoxe Methoden herangezogen, besonders in seiner Schätzung der «bekennenden Juden». Er – gekleidet in traditioneller chassidischer Tracht – wurde häufig von entfremdeten Juden angesprochen – in ähnlicher Weise wie bei christlichen «Erneuerungssektten» – wobei Menschen ihm ihren Konflikt mitteilten, wohl von einer jüdischen Mutter zu stammen, aber «nirgend hinzugehören». Es ist diskutabel, ob ob seine – halachische – Definition annehmbar ist.

Bei den aus der Sowjetunion – mit 90%-iger Re-emigration aus Israel stammenden Juden hat Rabbi Bidermann die wissenschaftlich besser fundierte Anmeldeungsliste von Kindern als Basis seiner Schätzung angenommen, die in der durch ihn geleiteten Schule/Kindergarten von deren Eltern eingeschrieben wurden, und diese Eltern nach den anderen Mitgliedern der Familien befragt. Es darf hier das Moment der Schätzung nicht übersehen werden.

lung durch Rabbi Bidermann war überhaupt nichts – selbst schätzungsweise – keine statistischen Details vorhanden. Die Grundlage – Registrierung von Kleinkindern und Volksschulkindern in einer jüdischen Schule und sehr gute Beziehungen zwischen Rabbi Bidermann und den Eltern – sind eine durchaus annehmbare Basis für eine Schätzung vorher völlig unbekannter demographischer Werte. Und es sind gerade diese Werte, die besonders interessant als Juxtaposition zur Alters- und Familienstruktur der in der Israelitischen Kultusgemeinde registrierten Mitglieder sich darstellt: Es kann auf einen Blick deutlich erkannt werden, dass es sich hier um eine völlig verschiedene, noch in das Muster der Grossfamilie passende, kinderreiche Struktur handelt.

Ethnographisch ist dies völlig kongruent mit einer patriarchalisch strukturierter «Sippen»-Type der transkaukasischen Völker, wobei auch der allgemein stärker ausgeprägte Hang zur Religiosität hervortritt und – durch die Affinität mit der chassidischen Erneuerungsphilosophie Rabbi Bidermanns wieder der – uns hier besonders interessierende – Annehmbarkeit der Schätzungen Glauben verleiht.

Es darf hier nicht vergessen werden, dass es sich um ein besonders schwer zugänglichen Milieu handelt.

Diese Re-migranten haben – nach ihrer Re-migration nach Österreich aus Israel – ein besonders schweres Leben gehabt, was nach der traumatischen Enttäu-

schung eines Nicht-einlebens in Israel und anfänglicher starker Zurückhaltung jüdischer Hilfe, und entstehendem grossen Elend, zu einer starken Bedeutung und Zunahme des Misstrauens führte. Zusammen mit der bei mehrfachen Einwanderern üblichen Angst vor «Kontrollen» resultierte all' dies in einer nur langsam sich lösenden Kluft zwischen «Einheimischen» und «Fremden». Durch seine – oft unorthodoxe (in soziologischen Sinn) – Methoden, Geld und Räumlichkeiten für seine orthodoxe Schule von Privatpersonen und jüdischen Institutionen zu erhalten, errang Rabbi Bidermann das Vertrauen dieser Familien«sippen» und hat ein blühendes Schulwesen organisiert.

Es kann nicht Gegenstand einer sehr kurz gefassten Übersicht sein, die Schwierigkeiten zu beschreiben, mit der sowohl die aus einem völlig anderen, mittelasiatischen Milieu, und ihrem Kulturkonflikt in einem dynamischen Land wie Israel kommenden Juden; als auch die mit ihnen konfrontierte jüdische Gemeinde hatten. Wobei noch das psychische Moment der Enttäuschung beiderseits hochwichtig ist: nämlich auf österreichisch jüdischer Seite die Enttäuschung über «Israel-Flüchtige» gegen einen weitgehend zionistischen Hintergrund; auf der anderen Seite das Bewusstsein des Befremdens mit «dem eigenen Volk» und erneuter Suche nach Bleibe.

Die Situation, die durch die geschilderten Vorgänge entsteht, ist soziologisch hochinteressant:

Wir haben hier zwei Parallelgemeinden, mit – soweit nach meinen eigenen Schätzungen wahrnehmbar, einer stark nach innen-gerichteten, vielleicht sogar introvertierten, Haltung der drei grossen sephardischen (spaniolischen) russischen Gruppen, mit praktischer Abwesenheit von Kontakten mit der askenasischen jüdischen Bevölkerung. Noch immer stark verbreitete Mehrkinderfamilien – im krassen Gegensatz zu den beinahe ausschliesslich Einkinder (wenn überhaupt) – Familien der Wiener «registrierten» Judenheit.

Andererseits, jedoch, kann kein Zweifel darüber mehr bestehen, dass die einzige Hoffnung einer, selbst bescheidenen – Existenz der jüdischen Gemeinde in Wien nur in der Absorption dieser kaukasischen Gruppen besteht.

Es braucht – siehe der Kontrast zwischen den Tabellen, deren Struktur und Tabelle 10 – nicht viel darüber erklärt zu werden, jedoch ist die Praxis, die Konsequenz dieser Lage mehr als problematisch.

Die Wiener Judenheit ist hochassimiliert und tendiert sehr stark zur Auflösung durch Mischehen und deren Folgen der im heiratsfähigen Alter befindlichen jungen Menschen. Es besteht jedoch ein Kulturkonflikt der ausserordentlich ernst ist. Gezielte Versuche werden durch die Israelitische Kultusgemeinde gemacht, durch Beistellung spezieller Zentren (sephardisches Zentrum) aber auch durch zwanglose Diskussionsgruppen für Jugendliche, die Gruppen näher zusammenzubringen, insbesondere, da es sich um ein brisantes Problem bei dem Grad der bereits vorgeschrittenen Überalterung handelt.

Die psychologischen und kulturellen Aufgaben sind schwer, insbesondere, weil noch immer ein sehr stark ausgeprägtes Misstrauen auf Seite der sephardischen Gruppen besteht. So – um ein Beispiel zu nennen – wurde mir, persönlich, durch den Vorsitzenden einer Gruppe beschieden: «Wir geben niemanden Auskunft, das haben wir im Komitee beschlossen» wir glauben auch nicht, wenn einer sagt es sei wissenschaftlich.».

Literatur

F. Wilder-Okladek: «The Return Movement of Jews to Austria after the second World-War», Martinus Nijhoff, 1970

Internationales Komitee für jüdische KZ-Häftlinge und Flüchtlinge in Österreich

Bericht des Präsidiums der Israelitischen Kultusgemeinde, 1945-1948

Die Tätigkeit der Israelitischen Kultusgemeinde Wien, 1952-1954 Bundesministerium für Inneres, Abteilung II/7, «Jüdische Emigration», 1979

Bevölkerungsstatistik der Israelitischen Kultusgemeinde 1984, 1985, 1986

Information Archive Yad'va Shem, Jerusalem

Peter Dusek

Was bleibt vom Gedenken?

Stellungnahmen während einer Diskussion in der Volkshochschule Brigittenau am 19.1.1988

Es ist schon fast zu einer Standardfloskel geworden: das Bedenkjahr 1988 hat sehr wenig gebracht, im Grunde nur eine «Übersättigung mit dem Problemkreis Antisemitismus und NS-Ära – kaum eine positive Fernwirkung.»

Und tatsächlich kann man viele Indizien anführen, um diese These zu untermauern. So braucht man sich nur mit Verlagsleitern unterhalten, dann weiss man, was da passiert ist. Ein Beispiel: Das Buch des Erfolgsautors Helmut Andics «Die Juden in Wien» war 1988 nur schlecht verkäuflich. Ein Sammelband über Minderheiten in Österreich ebenfalls, obwohl viele Autorennamen aufgeboten waren, die ansonsten für volle Kassen bei den Buchherstellern sorgen. Dazu kommt, dass etwas, was ich die «Jubiläumshörigkeit» nennen würde, im Vorjahr besonders deutlich durchschlug. Wir sind es ja schon gewohnt, aus dem Jahr 1975, aus dem Jahr 1978, aus dem Jahr 1980: einmal wurde 30 Jahre Einmarsch der NS-Truppen, dann wieder 20, bzw. 25 Jahre Staatsvertrag, 30, bzw. 35 Jahre Kriegsende wahrgenommen. 1988 übertraf alles: so viele Serien, Filmbeiträge, Reden etc. wie im abgelaufenen Jahr hat es aus Anlass 50 Jahre «Anschluss», 50 Jahre «Reichskristallnacht» noch nie gegeben. Dies hängt meines Erachtens nicht nur mit der «Jubiläumshörigkeit» zusammen. Diesmal war es auch Ausdruck der Polarisierung, die sich nun nicht mehr wegdiskutieren lässt: auf der einen Seite Politiker und Journalisten, die wieder über die «Umtriebe des Weltjudentums» herziehen – auf der anderen Seite engagierte Intellektuelle, Wissenschaftler, Medienleute und beherzte Politiker, die versuchen, gegen den nun erneut manifesten Antisemitismus anzukämpfen. Es war erst 1988 wieder möglich, Stellungnahmen für Fernsehsendungen zu bekommen, wo Herr oder Frau «Österreicher» von der Strasse verkünden: «In Österreich haben die Juden wieder alle wichtigen Positionen erobert. Fast alle Rechtsanwälte, Ärzte und Journalisten sind Juden ...»

Der Irrationalismus feiert also wieder fröhliche Urständ. Und die «Aufklärer», die durch Vorträge, Symposien und Publikationen dagegen ankämpfen wollen, befinden sich offenbar auf aussichtslosem Terrain.

Ich habe solche pessimistischen Ansichten schon vertreten, als rund um die Holocaust-Ausstrahlung des ORF grosse «Aufklärungskampagnen» gestartet wurden. Mein Eindruck war damals: «Wir werden nur von jenen eingeladen, bei denen wir offene Türen einren-

nen.» Die grosse Zahl der Desinteressierten griff auf die vielen Zeitgeschichte-Angebote der späten 70er und frühen 80er Jahre nicht zurück. Die Medienkoffer, die wir damals erarbeiteten, wurden in manchen Schulen gar nicht ausgepackt. Der Referenten Vermittlungsdienst des Instituts für Zeitgeschichte vermittelte immer nur an dieselben Schulen; und wenn Leon Zelman ein Preisausschreiben in den Schulen initiierte, dann kamen wieder dieselben Schulklassen.

Andererseits gab und gibt es erfolgreiche Aktivitäten der «Gegenaufklärung» am Stammtisch, durch ewig Unverbesserliche, durch latente – «stille» – Nationalsozialisten.

Diese negative Bilanz von Aktivitäten, an denen alle hier am Podium massgeblich beteiligt waren, bedeutet aber nicht, dass ich so grundlegende Kritik übe, wie unlängst erst wieder Gerhard Botz, der bei einer öffentlichen Diskussion in Salzburg meinte: «Das Be- oder Gedenkjahr 1988 sei nichts als nur eine standardisierte und oberflächliche Beschäftigung mit dem Antisemitismus gewesen. Einziger Vorteil des Bedenkjahres sei die Enttabuisierung dieser Themen gewesen.» (Wiener Zeitung, 14.1.1989).

Ich sehe das anders: Der Antisemitismus ist die Fieberkurve für neurotisierte, unmündige Staatsbürger, die sowohl in der Familie wie am Arbeitsplatz in der «Radifahrer-Tretmaschine» zermürbt werden oder als verklemmte Intellektuelle ihre Selbstunsicherheit kompensieren.

Mit anderen Worten: Man müsste zunächst einmal die Aufklärung über historische Verbrechen und über die Wurzeln des Antisemitismus, weg vom Konnex der «Jubiläumshörigkeit» bringen.

Man braucht nicht glauben, dass die viel zu späte Beschäftigung mit diesen Themen innerhalb weniger Jahre nachgeholt werden kann: Zeitgeschichte ist schliesslich nicht zufällig in Österreich erst seit den späten 60er Jahren eine Universitätsdisziplin.

Die entscheidende Schlacht gegen Irrationalismus und Antisemitismus kann aber nur durch einen anderen Umgang der Menschen untereinander erzielt werden: Der Kindergarten, die Volksschule, die Beziehung der Eltern zu ihren Kindern, das Klima am Arbeitsplatz – in all diesen Lebensbereichen wird die «Fieberkurve» gespeist, die wir 1988 so deutlich messen konnten.

Immerhin gehören auch die Pflicht- und AHS-Schulen zu jenem «Hoffungsgebiet», wo Strukturveränderungen Langzeitwirkungen erzielen könnten. Und hier bin ich mit Umfrageergebnissen konfrontiert, die dem

Pessimismus eines Gerhard Botz doch deutlich widersprechen. In einer statistischen Befragung des Österreichischen Instituts für Berufsbildungsforschung, die von 183 Lehrkräften ausgefüllt wurde, lauten die Ergebnisse u.a.: Die Hälfte der Lehramtleute diesmal das Interesse der Schüler sehr gross: «Die Schüler waren leicht zu motivieren, zeigten grosses Interesse für die vorhandenen Materialien, versuchten zu bestimmten Themen einen Gegenwartsbezug herzustellen und werden sicher versuchen, privat weiterzuarbeiten.»

Und hinsichtlich des Einsatzes von Medien und zeitgeschichtlichen Unterrichtsmitteln kommt die Studie zu folgenden Schlüssen: «Die Befragung zeigt, dass seitens der Lehrer beträchtliche Anstrengungen unternommen werden, den Schülerinnen und Schülern mediale Angebote zur Verfügung zu stellen. Dabei ergaben sich situationsgemäss sehr grosse Unterschiede zwischen jenen Lehrern, die in diesem Schuljahr Zeitgeschichte unterrichteten und jenen, die in diesem Jahr andere Epochen zu behandeln hatten. Während von den «Nicht-Zeitgeschichtlern» nur einer auf mediale Unterstützung zurückgriff, waren über 90% der Zeitgeschichte-Lehrenden um die Bereitstellung medialer Hilfen bemüht. Die Unterrichtsvorbereitung erhielt also dort vor allem ihre mediale Dimension, wo das Thema konkret im Unterricht anstand, während in den anderen Fällen die verbale Ebene eher nicht überschritten wurde.

Meist verwendetes Medium waren neben Büchern Filmen und Videos, vor allen die Videokassetten über die Dokumentation «Österreich I/II» des ORF von Portisch und Riff. Etwa ein Viertel der befragten Lehrer, also die Hälfte der aktuell Zeitgeschichte unterrichtenden Lehrer, verwendete diese ausführliche und anschauliche Dokumentation im Unterricht. Fast gleich oft wurde der Medienkoffer des BMUKS verwendet.

Insgesamt wurden Produkte folgender Medien angeführt:

- Bücher, Broschüren
- Filme, Videos
- Ausstellungen (und Kataloge)
- Tondokumente
- Dias, Fotos
- Zeitungen, Zeitschriften

(Österreichisches Institut für Berufsbildungsforschung ÖIBF, Dez. 88, S. 12)

Aus all dem zeigt sich eines sehr deutlich:

In der Schule hat sich offenbar die «Überfütterung» durch die Medien positiv ausgewirkt; der Dialog über Zeitgeschichte-Themen zwischen Lehrern und Schülern dürfte im Vorjahr intensiver gewesen sei als je zuvor – es sei denn auch die Lehrerbefragung wurde nur unter jenen geführt, bei denen man «offene Türen» vorfindet.

Rechnet man noch hinzu, dass nun viele ehrliche Demokraten aus der Illusion aufgeschreckt wurden, dass das NS-Trauma mit der Zeit von alleine dahin-

schwinden würde, dann könnte die Gesamtbilanz von 1988 vorsichtig optimistisch ausfallen. Die Schule hat die Herausforderung angenommen. Wir müssen nur noch die Gesamtstrukturen der Gesellschaft in Richtung Demokratie verbessern, dann müsste die «Fieberkurve» des Antisemitismus in den nächsten Jahren wieder sinken. Aber nur dann, wenn wir nicht bis zum nächsten «Jubiläum» warten.

Erika Weinzierl

Von der «Macht der Zunge» Gedenken = Bedenken?

Nicht nur im Gedenkjahr 1988 ist unzählige Male das Wort «Vergangenheitsbewältigung» verwendet worden. Es entspricht jedoch nicht der damit verbundenen Intention. «Vergangenheitsbewältigung» ist nicht möglich. Man kann sich der Vergangenheit nur erinnern, sich ihr stellen und sich mit ihr auseinandersetzen. Das Ergebnis eines solchen Prozesses sollte Nachdenklichkeit und Betroffenheit sein. «Vergangenheitsbewältigung» ist daher zu kurz gegriffen. Sie zeigt nämlich die Gefahr an, von der Vergangenheit «überwältigt» zu werden. Wir sollten deshalb dieses Wort nicht gebrauchen.

Nach meiner Erinnerung wurde im Laufe des Jahres 1988 aus dem «Gedenk-Jahr» irgendwann ein «Bedenk-Jahr». Mittlerweile gibt es fast niemanden mehr, der dieses Wort nicht zumindest in Koppelung mit «Gedenk-jahr» verbindet. Damit ist aber auch ein gewisser Bedeutungswandel verbunden, und zwar in Richtung einer Verharmlosung des mit diesem Wort gemeinten Vorganges.

Es mag erstaunlich sein, dass ich mich nur mit «Worten» auseinandersetze. Dies geschieht jedoch deswegen, weil nach meiner Überzeugung alles Gute und alles Böse mit der Sprache beginnt. Schliesslich heisst es schon in den Sprüchen Salomons: «Tod und Leben sind in der Macht der Zunge». Vorurteile artikulieren sich zuerst in der Sprache, hat man sich erst einmal an sie gewöhnt, so ist der Weg zur Diskriminierung, Entrechtung und schliesslich auch zur Vernichtung des jeweiligen Opfers nicht Lichtjahre entfernt. Sensibilität im Umgang mit der Sprache ist für mich die Voraussetzung für die Wahrung aller Menschenrechte. Diese nicht neue Erkenntnis sollte eigentlich auch ein entscheidendes Ergebnis des Gedenkjahres 1988 sein.

Ernst Steinbach

Das Gedenkjahr in den Wiener Volkshochschulen

Die Wiener Volksbildung wartet nicht bis ein Gedenkjahr auf der Tagesordnung steht, denn die Aufgabe der Volkshochschulen besteht prinzipiell darin, gesellschaftspolitische Themen in ihr Programm aufzunehmen. Unter diesem Vorzeichen war die Auseinandersetzung mit dem Gedenkjahr 1938 für die Volkshochschulen eine Selbstverständlichkeit. Interessant und für weitere Bildungsprojekte entscheidend ist es, die soziale und altersmässige Zusammensetzung der Kursbesucher zu analysieren.

Von den Besuchern waren – wie an Volkshochschulen insgesamt – etwa ein Drittel Angestellte und Beamte. Mehr als 11% der Teilnehmer waren Hausfrauen, 40% waren Pensionisten. 72% der Teilnehmer an diesen «Gedenkveranstaltungen» waren Frauen.

Ich möchte das deshalb so hervorstreichen, weil ein herkömmliches Vorurteil den Frauen vorwirft, dass sie für gesellschaftspolitische Aspekte überhaupt kein Interesse hätten. Hier beweist die Statistik das Gegenteil. Die Altersstatistik belegt, dass auch jüngere Frauen sehr wohl Interesse am Gedenkjahr hatten.

Überraschend war der hohe Anteil der Pensionisten, weil dieser Generation häufig nachgesagt wird, dass sie «davon nichts mehr wissen will». Die Teilnehmer an unseren Veranstaltungen beschäftigten sich sehr wohl mit diesen Problemen und versuchten, bei uns auch jene Aspekte kennenzulernen, die im subjektiven Erleben und Bewerten 40 Jahre später vielfach anders ausschauen als «damals».

Ein weiterer für unsere politische Bildungsarbeit wichtiger Trend lässt sich aus den Veranstaltungsarten ablesen:

19 Kursen stehen 21 Einzelvorträge, Vortragsreihen und Wochenendseminare, 2 Filmreihen (mit 20 verschiedenen Filmabenden) und 7 Ausstellungen gegenüber.

Während in Kursen langfristige Bildungsprozesse stattfinden, die stark auf die Interessen und Bedürfnisse der Teilnehmer eingehen, steht in den Vortragsreihen und Seminaren ein kurzfristigerer Bildungsprozess im Vordergrund, der gleichzeitig die Auseinandersetzung mit aktuellen wissenschaftlichen Ereignissen beinhaltet. Hier zeichnete sich eine verstärkte Tendenz zu Aktualität und wissenschaftlicher Auseinandersetzung in der Volkshochschule ab.

Inhaltlich wurde vor allem das historische Grundlagenwissen zu Faschismus und Nationalismus vermittelt; insgesamt 18 Veranstaltungen bzw. Vortragsreihen bearbeiteten und analysierten das Phänomen des Faschismus künstlerisch und literarisch (Schreibwerkstätten, spezielle künstlerische Kurse usw.).

Trotz dieser Erfolgsbilanz sind auch «Defizite» festzustellen. Zumeist im Zuge von Diskussionen zeigte sich, dass die Ideologie von damals auch heute noch ihre Rückhalte findet, bedauerlicherweise auch bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Bemühungen zum Gedenkjahr dürfen daher mit dem Kalenderjahr nicht abgeschlossen werden.

Was folgt nach dem Gedenkjahr in den Volkshochschulen?

Die Volkshochschulen setzen die mit dem 38/88er Schwerpunktprogramm begonnenen Akzente fort und präsentierten im Kursjahr 1989/90 ein zeitgeschichtliches Schwerpunktprogramm, das dem Vergessen entgegenwirken will. Es werden ungefähr 50 einschlägige Veranstaltungsreihen angeboten. Die Themen beinhalten so wichtige Fragen wie die demokratischen und republikanischen Traditionen und knüpfen an der Französischen Revolution, der Bürgerlichen Revolution in Österreich 1848 und dem November 1918 an.

Arbeiterbewegung sowie Widerstand gegen Faschismus und Unterdrückung sind ebenfalls Bestandteil des VHS-Angebotes. Dem Themenbereich «Vom Vorurteil zum Massenmord» widmen sich mehrere Veranstaltungen, die das Novemberpogrom ebenso umfassen wie die Vernichtung der Zigeuner durch den Nationalsozialismus und die Funktion von Sündenbocktheorien. Dabei kommt der Frage nach den Strategien gegenüber dem (modernen) Rechtsextremismus eine grosse Bedeutung zu.

Damit wird das ständige Bemühen um den gesellschaftspolitischen Bildungsauftrag der Volkshochschulen eindrucksvoll realisiert.

Über die politisch-moralische Sanierung des Landes

Die Erinnerung an die furchtbaren Ereignisse des Jahres 1938 hat in der österreichischen Öffentlichkeit viel Gutes erreicht – wenn auch längst nicht das, was die Organisatoren der Veranstaltungen sich erhofft hatten, nämlich eine innere Einkehr. Anstelle eines Kollektiv-Erlebnisses für alle Österreicher guten Willens ist es zu einer Polarisierung gekommen zwischen den Anhängern einer integralen «Opfertheorie» und jenen, die die Taten und das Verhalten der Mehrheit der österreichischen Bevölkerung im März 1938 verurteilen. (Von den unbelehrbaren Alt-Nazis, die es in Österreich gestern wie heute gibt, soll hier gar nicht gesprochen werden.)

Die ersten Veranstaltungen des Bedenkjahres standen noch im Zeichen einer klaren Anklage gegen das, was damals in Österreich geschehen, respektive gegen das, was damals nicht geschehen ist. Sie wurden von der Allgemeinheit der gutgesinnten Österreicher besucht und akzeptiert. Doch bald folgten Veranstaltungen, die entweder im Zeichen der «Opfertheorie» oder aber im Zeichen des Schuldbekenntnisses standen, beide unter dem Motto «Gedenkjahr». Eine Veranstaltung in der Akademie der Wissenschaften versuchte, eine Brücke zu schlagen, indem man einmal die einen, dann die anderen zu Worte kommen liess. Eine echte Gemeinsamkeit der Auffassungen ist dadurch aber nicht entstanden.

Für diese eigenartige Aufspaltung des Gedenkens sehe ich mehrere Gründe: Erstens ist die Geschichte des März 1938 tatsächlich verschieden interpretierbar. Die «Opfertheorie» trifft insofern zu, als die Ereignisse, natürlich auch die anti-jüdischen Exzesse erst möglich geworden waren, nachdem die österreichische Rechtsordnung gewaltsam beseitigt worden war. Ich bin auch heute noch der Ansicht, dass eine echte Volksabstimmung 1938 zu 60-75% für ein unabhängiges Österreich ausgegangen wäre. Andererseits hat die überwiegende Mehrheit der Menschen in Österreich noch in der Nacht des 11. März ihre Haltung um 180 Grad geändert, so als hätte man ihnen die Maske vom Gesicht gerissen. Die Freunde von gestern Abend waren heute früh zu tödlichen Feinden geworden.

Zweitens spielt die gegensätzliche Geschichts-Interpretation zwischen «Vaterländischen» und Sozialdemokraten in den Dreissigerjahren auch heute noch eine bedeutende Rolle. Für die einen ist Dollfuß ein Held, für die anderen ein Wegbereiter in den Untergang. In München findet soeben eine Ausstellung über die «Opferrolle» Österreichs statt, die in dieser Form in Österreich vermutlich nicht gezeigt werden könnte. Sie

soll vom Aussenministerium in Wien finanziert werden, ob dies zutrifft, konnte ich aber nicht eruieren. Drittens hat die Affäre Waldheim mit allen ihren Auswirkungen auf das politische Leben in Österreich zu jener Polarisierung der Meinungen über die Rolle Österreichs im Zweiten Weltkrieg kräftig beigetragen. Die Vergangenheitsicht der Österreicher ist eben doch durch die Tatsache geprägt, dass die Österreicher in diesem Krieg auf der falschen Seite gestanden sind. Ein Österreicher, der zwischen 1940/45 als Oberleutnant der deutschen Wehrmacht in Siegerpose z.B. über die Champs Elysées in Paris stolziert ist, muss die Dinge anders sehen als jemand, der diese Zeit im KZ, in der Emigration oder im Widerstand verbracht hat. Er wird für seine Handlungsweise stets Erklärungen und Entschuldigungen finden, die die anderen nicht überzeugen können. Ja, er wird den gesamten Kriegsverlauf anders beurteilen.

Es wird gewiss schwer, vielleicht sogar unmöglich sein, diese historischen Tatsachen in absehbarer Zeit soweit zurückzudrängen, dass sich ein einheitliches Geschichtsbild für alle Österreicher ergibt. Die Integration der Österreicher in die Nazi-Maschinerie war eben viel gründlicher als man anfänglich glauben wollte.

Ein wirksame politisch-moralische Sanierung dieses Landes würde erfordern, dass man die Analysen und Erkenntnisse, die im Bedenkjahr gewonnen wurden, weiterführt und z.B. im Schulunterricht integriert. Die Affäre Waldheim setzt solchen Bestrebungen allerdings Grenzen. Das Selbstverständnis und das Selbstwertgefühl der Österreicher muss Schaden nehmen, wenn der oberste Repräsentant der Nation von der Mehrheit der gesitteten Nationen geschnitten wird. Dass das Bedenkjahr praktisch mit den Entwicklungen um das Staatsoberhaupt zusammengefallen ist, erscheint wie ein Wink der Geschichte selbst, ein Wink allerdings, der vom Leopoldinischen Trakt der Hofburg nicht verstanden wird.

Das Bild des Gedenkjahres wäre aber unvollständig, würde man nicht darauf verweisen, dass seine Veranstaltungen doch eine erstaunliche Anzahl vor allem junger Menschen aufgerüttelt hat. Dieses Ergebnis festzuhalten, zu verbreitern und zu vertiefen, wird Aufgabe der Pädagogen, der Medien und nicht zuletzt der Politiker dieses Landes sein.

Die Widerlegung jeder Schönfärberei «Ihr werdet hier keinen grünen Rasen finden»

Streiflichter aus der Diskussion «Was bleibt vom Gedenken?» in der Volkshochschule Brigittenau. Die folgenden Diskussionsbeiträge wurden vom Tonband transkribiert und sollen die konkreten Rahmenbedingungen andeuten, unter denen die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit in Österreich stattzufinden hat.

Zeitzeuge aus dem Publikum:

Ich möchte nur zu dem Einwurf während der Diskussion, dass man Mitbürger, die zufällig Juden sind, nicht mit Gastarbeitern und Ausländern in einen Topf werfen soll. Ich denke jedoch, dass dies nur ein verschiedenes Paar Schuhe sind, und wir uns bei der Aufklärung beide Schuhe anziehen sollten, denn mit einem Schuh und blossfüssig kann man nicht gut gehen. Wir haben ohnehin eine schizophrene Haltung zu beiden Gruppen. Wenn es um österreichische Kultur und Wissenschaft von Weltgeltung geht, dann werden die Juden hochgejubelt, die man andererseits nicht will. Beim Fremdenverkehr sind wir froh über die Ausländer, die wir am Arbeitsplatz gar nicht so gerne haben. Ich glaube, gegen beide Vorurteile muss man auftreten.

Zum einen möchte ich noch kurz Stellung nehmen, wenn wir nicht wegkommen von den Jubeljahren und zum menschlichen Alltagsverhalten kommen, dann werden wir mit der Aufklärung keinen Erfolg haben. Ich bin einer der Zeitzeugen, die in die Schulen gehen. Wenn es uns nicht gelingt, den Schülern den Bezug zur Gegenwart zu zeigen, dann werden wir auch keinen Erfolg haben. Es ist evident, dass es zwischen Vorurteil und Massenmord eine Entwicklung gibt: ohne Vorurteil kein Massenmord. Ohne Egoismus und so wenig Gemeinschaftsgefühl gibt es kein gewissenloses Massenmorden, und ohne Kadavergehorsam und Untertanengeist werden sich die Leute immer auf die Verantwortung irgendwelcher Führer ausreden.

Dame aus dem Publikum:

Ich bin eine Österreicherin, eine Jüdin, die seit 30 Jahren mit einem Katholiken verheiratet ist. Die zwischenmenschliche Beziehung kommt bei mir aus der Familie. Es ist die Sprache, die mich stört. Es ist für mich im Jahr 1988 eine grosse Traurigkeit geblieben. Ich glaube, die Kirchen müssten von der Kanzel die Wärme

predigen, nicht nur sagen, es war unsere Schuld, das hätten wir besser machen können. Vielleicht verärgert man dann viele, wenn dies eingestanden wird, vielleicht treten dann noch mehr aus der Kirche aus. Die Wärme fehlt mir.

Kriegsteilnehmer aus dem Publikum:

Präsident Grosz hat in seinem Referat von zwei Gnaden gesprochen. Von der Gnade des späten geborenen Werdens und der Gnade des schnellen Vergessens. Mir ist noch eine zweite Gnade zuteil geworden. Die Gnade des Überlebens. Ich kann mit Herrn Dr. Dusek nicht übereinstimmen, wenn er von der Grossvätergeneration spricht, die beim Doppelliter Wein sitzt und den Krieg verherrlicht. Für einen Grossteil derer, die den Krieg überlebt haben, war diese Zeit eine Zeit des absoluten Unrechts und der absoluten Rechtslosigkeit des Einzelnen. Wenn an den jüdischen Mitbürgern Verbrechen begangen wurden, so ist der Geist, der die Soldaten nach Stalingrad geschickt hat, um nichts besser, als der der es den «eigenen» Staatsangehörigen mit grosser Unbarmherzigkeit gezeigt hat. Wenn es einzelne Grossväter gibt, die noch positive Erinnerungen haben, so kann ich sagen, dass das nur eine ganz, ganz verschwindende Minderheit ist. Für die Mehrheit ist das die Zeit der absoluten Rechtslosigkeit, die wir gottseidank überlebt haben.

Herr aus Siebenbürgen:

Ich komme aus einem eventuell niederen Volksstamm, ich habe mir die Vorträge von A bis Z angehört. Ich komme aus einem Gebiet, das früher zu Österreich gehört hat – aus Siebenbürgen. Ich möchte Folgendes sagen. Alle haben schöne Worte gesagt. Der Herr Grosz hat sich gefragt, warum uns das Jahr 1938 keine überwältigende Klarheit gebracht hat über die Vergangenheit, in der viele den bitteren Kelch kosten mussten. Auch für uns, die wir den Glauben an die Zeit hatten, war es kein Honiglecken. Wir sind zu unserem Deutschtum gestanden, weit ab vom Deutschen Reich: in Siebenbürgen. Ich will nur sagen: Leute, ihr könnt nicht Unmögliches verlangen hier in Österreich. Ihr seids Juden. Ich ziehe vor den Juden in Israel den Hut und achte und schätze sie, weil sie ihr Land verteidigen, aber warum geht ihr, wo doch schon **6 Millionen umgebracht wurden (??)**, nicht zu euren Glaubensbrüdern nach Israel?

Stimmengewirr

Ich will nicht hingehen, ich lebe hier.
Das ist doch eine Frechheit!
Aber bitte meine Herrschaften!
Das ist der Beweis, das noch viel Aufklärung zu leisten ist.

Herr aus Siebenbürgen:

Ihr sollt mit euren Glaubensbrüdern Tuchfühlung haben, ihr seid Intelligenzler, die brauchen euch jetzt in Palästina, wir sind auch zum Deutschtum gestanden, wir sind zu Hitler gegangen, weil wir Deutsche waren, weil er uns gebraucht hat, wir wussten aber nichts von Konzentrationslagern, das möchte ich vorausschicken. Wir waren einfache Bauern.

Stimmengewirr, Tumult

Es ist genug!
Hören sie auf!
Herr aus Siebenbürgen:
Tut das Beste, geht zu euren Landsleuten, hier werdet ihr keinen grünen Rasen finden, so viel ihr euch bemüht.

Diskussionsleiter Dr. Zemanek:

Ich würde bitten, auch solche Wortmeldungen zu ertragen, weil sie schöne Rede widerlegen, was es dann alles angeblich nicht mehr gäbe. Es ist die ideale Widerlegung der Schönfärberei, dies oder jenes wäre bereits ausgestorben. Welche Virulenz derartige Haltungen habe, das erleben Sie nun, lassen Sie das auf sich einwirken, und denken Sie morgen darüber nach.

Kriegsteilnehmer aus dem Publikum:

Ich möchte nur eines sagen. Warum hat das 88-er Jahr für uns so mies ausgeschaut, warum stehen wir so schlecht da. Die Wurzeln dafür liegen in den Nachkriegsjahren, als die Parteien um die Stimmen der «Ehemaligen» gebuhlt haben. Jetzt geht es wieder so. Es wird immer gezündelt. Meine Kinder haben mich oft gefragt. Ich habe nicht gerne erzählt. Erst jetzt rede ich mit ihnen, aber ich war mit ihnen schon 1960 in Mauthausen. Das muss man ihnen zeigen.

Zeitzeuge aus dem Publikum:

Ich war als Zeitzeuge in Linz und haben mit einem Kollegen in einer Schule über Auschwitz und Buchenwald berichtet. Nach zwei Stunden ist ein Schüler aufgestanden: Ich glaube euch alles, aber meine Mutter ist aus dem Sudetenland vertrieben worden, was sagen sie dazu?. Es geht also immer um die Aufrechnung. Mit dieser Aufrechnung muss man abrechnen. Ich war in vielen kleinen Orten, zum Beispiel im Lungau in Salzburg, da hätten wir nicht so viele fortschrittliche Lehrer

vermutet. Dort hatte ich auch aufbauende Erlebnisse. Wenn man sechs Jahre eingesperrt war, dann ist man manchmal schon am Boden zerstört, wenn man sich die Umgebung ansieht. Von diesen positiven Erlebnissen zehre ich heute noch. Das wichtigste sind die Schulen, die Schüler. Die alten Nazi, die interessieren mich nicht, die jungen Menschen sind wichtig, leider wissen nur die wenigsten Lehrer von dieser Möglichkeit, Zeitzeugen in die Schule zu holen. Was die Schüler alles gefragt haben, das fragen mich nicht einmal Erwachsene, das waren einmalige Diskussionen. Ich lebe heute noch davon, weil ich weiss, dass es solche Menschen gibt in Österreich.

Zeitzeugin aus dem Publikum:

Ich bin durch einen Gedanken bewegt. Ich habe als kleines Kind in der Brigittenau gelebt, jetzt bin ich das erste Mal wieder hier, wenn ich denke, wie der zweite und zwanzigste Bezirk ausgesaut haben, als ich da gelebt habe und heute kein Mensch mehr davon weiss, bin ich mehr als sprachlos. Man kann nicht erwarten, alles in einem Jahr sagen zu können, nachdem man 40 Jahre geschwiegen hat. Was kann man verlangen in einem Jahr zu gedenken, nach diesem Schweigen?

Autorenverzeichnis

Univ. Prof. Dr. Gerhard Botz
Vorstand des Institutes für Zeitgeschichte der Universität Salzburg

Dr. Peter Dusek
Historiker, Österreichischer Rundfunk

Dr. Elisabeth Klamper
Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes

Dr. Günter Fellner
Historiker, Salzburg

Dr. Jonny Moser
Historiker, Wien

Prof. Kurt Pätzold
Historiker, Humboldt Universität Berlin (DDR)

Prof. Ernst Piper,
Historiker, München

Dr. Eduard Staudinger
Historiker, Institut für Zeitgeschichte Graz

Prof. Willy Stern
Zeitzeuge, Wien

Prof. Kurt Schmid
Direktor der Volkshochschule Brigittenau

LAbg. Ernst Steinbach
Vorsitzender des Verbandes Wiener Volksbildung

Mag. Robert Streibel
Historiker, Volkshochschule Brigittenau, Verband Wiener Volksbildung

Dr. Hans Thalberg
Botschafter i.R., Wien

Mag. Brigitte Ungar-Klein
Dissertantin am Institut für Zeitgeschichte Wien

Univ.Prof. Dr. Erika Weinzierl
Vorstand des Institutes für Zeitgeschichte Wien

Dr. Friederike Wilder-Okladek
Sozialwissenschaftlerin, Wien

Kürzlich erschienen

Das erste Heft der Reihe

Augenzeugen berichten

Der Autor, Benedikt Friedmann aus Lemberg, erlebte den Todesmarsch der ungarischen Juden in der Steiermark als polnischer Zwangsarbeiter getarnt. Sein dramatischer Bericht über Verlauf und Aufdeckung der Verbrechen der Volkssturmleute erschien unter dem Titel

"Iwan, hau die Juden!"

Bestellungen im
Institut für Geschichte der Juden in
Österreich
Dr. -Karl-Renner-Promenade 22
A-3100 St.Pölten
Tel. 02742/67171/Kl. 11, 12
Preis S 71,50

Verein Kultur im Alltag

Restaurierung jüdischer Friedhöfe in
Niederösterreich
Eine Initiative des Landesarbeitsamtes
NÖ im Rahmen des Aktion 8000

Diese Initiative versteht sich als kulturpolitischer Beitrag. Die Wiederherstellung der jüdischen Friedhöfe in Niederösterreich soll an die dort begrabenen Juden erinnern und an ihre Nachkommen mahnen, die die Gräber nicht mehr pflegen können, weil sie in der Zeit des Nationalsozialismus vertrieben oder ermordet wurden.

Publikationen

Andrea Jakober: Die jüdische Gemeinde in Tulln.
Wien 1989. 126 Seiten (ÖS60.- inkl Verssnd)

Robert Streibel: Krems 1938 - 1945. Lesebuch.
Wien 1988. 81 Seiten (ÖS 60.- inkl Versand)

Bestellungen an

Rembrandtstr. 26/1
1020 Wien, Tel 35 83 61, 35 87 29

Gerhard Bisovsky. Hans Schafranek . Robert Streibel

DER HITLER-STALIN-PAKT

Voraussetzungen, Hintergründe und Auswirkungen

Am historischen Schnittpunkt der neueren europäischen Geschichte diskutierten im Herbst 1989 Historiker und Politologen aus sieben Ländern in Ost und West im Rahmen eines Symposiums der Volkshochschule Brigittenau in Wien über Ursachen, Inhalt und Folgen des Nichtangriffspaktes zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion. Denn dieser bloss ein halbes Jahrhundert zurückliegende Pakt stellt einen Signifikanten Wendepunkt in der Geschichte Europas dar. Dieser Sündenfall des Kommunismus spaltete Parteien, brachte die Mitglieder der Arbeiterparteien in einen Zwiespalt, ver- bzw. behinderte die antifaschistische Aufklärungsarbeit der kommunistischen Parteien. Die Auswirkungen des Paktes sind bis in unsere Tage – und in Zeiten des gesamteuropäischen Umbruchs vielleicht bewusster als zuvor – spürbar.

Die Autoren: Alain Brossât (Paris), Sabine Combe (Nanterre), Jan Foitzik (Mannheim), Winfried Garscha (Wien), Ilja Kremer (Moskau), Hartmut Mehringer (München), Bruno Toman (Moskau), Reiner Tossdorf (Frankfurt am Main), Michael Voslensky (Bonn).

Ca. 144 Seiten, ca. 30 Abbildungen, broschiert
ISBN 3-85452-214-2

Ceija Stojka

WIR LEBEN IM VERBORGENEN

Erinnerung einer Rom-Zigeunerin
Herausgegeben von Karin Berger

Ceija Stojka, als Kind nach Auschwitz deportiert, durchbricht mit der Veröffentlichung ihrer Erinnerungen das Schweigen, das Roma und Sinti bis heute aufgezungen wird. Sie erzählt von ihrer Kindheit im Wohnwagen, bis ins Marktfahrerinnen-Leben der Nachkriegsjahrzehnte, in denen sie drei Kinder grosszog.

155 Seiten, 12 Abbildungen, Leinen mit Schutzumschlag
ISBN 3-85452-206-1

Hans Safrian • Hans Witek

UND KEINER WAR DABEI

Dokumente des alltäglichen Antisemitismus in Wien 1938 –
Mit einem Vorwort von Erika Weinzierl

Der österreichische Gedächtnisverlust will nicht wahrhaben, was während und nach dem Anschluss an das Deutsche Reich vor sich ging. Neben der planmässig von oben betriebenen Ausgrenzung und Verfolgung von Juden trat die schamlose Beraubung, Erniedrigung und Verfolgung durch die «wild arisierende» Wiener Bevölkerung.

207 Seiten, 23 Abbildungen und zahlreiche Faksimiles, broschiert
ISBN 3-85452-203-7

Claudia Mayerhofer

DORFZIGEUNER

Kultur und Geschichte der Burgenland-Roma
von der Ersten Republik bis zur Gegenwart

Ihre Geschichte, ihre Kultur, ihre Werte und die Lebensart der Ungarika-Roma-Zigeuner hat Claudia Mayerhofer sorgsam nachgezeichnet. Verlorenes, wie Fotomaterial aus der Zwischenkriegszeit, taucht wieder auf, und alles zusammen ergibt ein Bild aus dem Alltag eines Zigeunerdaseins – fernab von allen romantischen Klischees.

PROFIL

244 Seiten, 125 Abbildungen, broschiert
ISBN 3-85452-201-0

Alexander Potyka

DAS KLEINE BLATT

Die Tageszeitung des Roten Wien
Mit einem Vorwort von Bruno Kreisky

Das Kleine Blatt bietet in der vorliegenden Analyse nicht nur ein Bild seiner Zeit, sondern auch der Problematik der Propaganda der Sozialdemokraten in der Zwischenkriegszeit. Denn die zwiespältige Haltung der Partei spiegelt sich wohl kaum wo besser wider als in jenem Organ, das für die Masse der Parteimitglieder, den «Mann von der Strasse» gedacht war.

254 Seiten, 107 Abbildungen, broschiert
ISBN 3-85452-202-7